

Forschungsjournal

Analysen zu Demokratie und Zivilgesellschaft

Soziale Bewegungen



**EUROPÄISCHE ZIVILGESELLSCHAFT
UND DIE ZUKUNFT EUROPAS**
Für eine andere europäische Politik

FORSCHUNGS- JOURNAL SOZIALE BEWEGUNGEN

HERAUSGEBER

Ansgar Klein

Hans Josef Legrand

Thomas Leif (†)

Jochen Roose

DE GRUYTER

Forschungsjournal Soziale Bewegungen (bis 2010: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen)
Gegründet 1988, Jg. 32, Heft 4, Dezember 2019

ABSTRACTED/INDEXED IN Baidu Scholar · CNKI Scholar (China National Knowledge Infrastructure) · CNPIEC: cnpLINKer · Dimensions · EBSCO (relevant databases) · EBSCO Discovery Service · Google Scholar · IBR (International Bibliography of Reviews of Scholarly Literature in the Humanities and Social Sciences) · IBZ (International Bibliography of Periodical Literature in the Humanities and Social Sciences) · International Bibliography of the Social Sciences (ProQuest) · J-Gate · Journal-Guide · JournalTOCs · KESLI-NDSL (Korean National Discovery for Science Leaders) · Microsoft Academic · Naviga (Softweco) · Primo Central (ExLibris) · Publons · QOAM (Quality Open Access Market) · ReadCube · Summon (Serials Solutions/ProQuest) · TDNet · Ulrich's Periodicals Directory/ulrichsweb · WanFang Data · WorldCat (OCLC)

ISSN 2192-4848 · e-ISSN 2365-9890

Alle Informationen zur Zeitschrift, wie Hinweise für Autoren, Open Access, Bezugsbedingungen und Bestellformulare, sind online zu finden unter www.degruyter.com/journals/fjsb

HERAUSGEBER PD Dr. Ansgar Klein; Jupp Legrand; Prof. Dr. Thomas Leif (†); PD Dr. Jochen Roose

REDAKTION Vera Faust, Aachen; Alexander Flohé, Düsseldorf; Jannis Grimm, Berlin; PD Dr. Ansgar Klein, Berlin; Peter Kuleša, Berlin; Jupp Legrand, Wiesbaden; Dr. Aleksandra Lewicki, Bristol (UK); Dr. Albrecht Lüter, Berlin; Dr. Melanie Müller, Berlin; Tobias Quednau, Berlin; PD Dr. Markus Rohde, Bonn; Jan Rohwerder, Aachen; PD Dr. Jochen Roose, Berlin; Laura Sasse, Berlin; Dr. Gabriele Schmidt, Berlin; Stephanie Schmoliner, Hamburg; Moritz Sommer, Berlin; PD Dr. Rudolf Speth, Berlin; Dr. Karin Urich, Mannheim

VERANTWORTLICH FÜR DEN THEMENSCHWERPUNKT Dr. Frank Heuberger (Berlin), Nino Kavelashvili (Berlin) und Mirko Schwärzel (Berlin) (GastherausgeberInnen). PD Dr. Ansgar Klein (V.i.S.d.P.), Berlin

RUBRIKVERANTWORTLICHKEITEN *für IPB beobachtet* Moritz Sommer, E-Mail: sommer.moritz@fu-berlin.de, und Jannis Grimm, E-Mail: jj.grimm@fu-berlin.de; *für Pulsschlag* Alexander Flohé, E-Mail: alex.flohe@web.de; *für Literatur* Dr. Karin Urich, E-Mail: karin.urich@online.de, und Moritz Sommer, E-Mail: sommer.moritz@fu-berlin.de; *für die Rubrik Aktuelle Analyse* PD Dr. Ansgar Klein, E-Mail: ansgar.klein@snafu.de; *für FJSBplus* PD Dr. Ansgar Klein, E-Mail: ansgar.klein@snafu.de, Laura Sasse, E-Mail: laura.sasse@gmail.com und Vera Faust, E-Mail: vera.f Faust@gmail.com; *für Homepage und Social Media* Regina Vierkant, E-Mail: regina.vierkant@sevenminds.de

REDAKTIONSANSCHRIFT Forschungsgruppe SB, c/o PD Dr. Ansgar Klein, Morusstraße 16, 12053 Berlin, E-Mail: ansgar.klein@snafu.de

HOMEPAGE www.forschungsjournal.de

FÖRDERVEREIN Soziale Bewegungen e.V., c/o PD Dr. Ansgar Klein, Morusstraße 16, 12053 Berlin, E-Mail: ansgar.klein@snafu.de; Spendenkonto: Sparkasse KölnBonn, BIC: COLSDE33XXX, IBAN: DE76 3705 0198 0007 5146 07

JOURNAL MANAGER Isolde Grässer, De Gruyter, Genthiner Straße 13, 10785 Berlin, Deutschland, Tel.: +49 (0)30 260 05-271, E-Mail: isolde.graesser@degruyter.com

ANZEIGENVERANTWORTLICHE Claudia Neumann, De Gruyter, Genthiner Straße 13, 10785 Berlin, Deutschland, Tel.: +49 (0)30 260 05-226, Fax: +49 (0) 30 260 05-264, E-Mail: anzeigen@degruyter.com

KARIKATUREN Gerhard Mester, Wiesbaden

UMSCHLAG Nina Faber de.sign, Wiesbaden, Titelfoto: © Raimond Spekking / CC BY-SA 4.0 (via Wikimedia Commons), CC BY-SA 4.0

© 2020 Walter de Gruyter GmbH, Berlin/Boston

SATZ Dörlemann Satz, Lemförde

DRUCK Franz X. Stückle Druck und Verlag e.K., Ettenheim



Inhalt

Themenheft: Europäische Zivilgesellschaft und die Zukunft Europas. Für eine andere europäische Politik

Editorial

Frank Heuberger, Nino Kavelashvili, Mirko Schwärzel (Gast-HerausgeberInnen), Ansgar Klein (für Herausgeber und Redaktion)

Europäische Zivilgesellschaft und die Zukunft Europas. Für eine andere europäische Politik — 489

Aktuelle Analyse

Silke Hünecke

Unabhängigkeitsbewegung in Katalonien. Bestandsaufnahme und Protestformen — 497

Themenschwerpunkt

Rupert Graf Strachwitz

Ein neues Narrativ für Europa — 512

Berliner Agenda. Forderungen der europäischen Zivilgesellschaft zu den Europawahlen 2019 und darüber hinaus — 529

Jürgen R. Grote

Civil Society and the European Union. From Enthusiasm to Disenchantment — 543

Bernd Hüttemann und Elena Sandmann

Im Mittelfeld der Europapolitik: Zivilgesellschaft, Lobbyismus und Partizipative Demokratie im Mehrebenensystem der EU — 557

Christine Landfried

Bürgerkonferenzen als Potential für einen Neuanfang der EU — 570

Felix Oldenburg und Max von Abendroth

**Binnenmarkt für Philanthropie. Programm für eine europäische
Stiftungspolitik — 584**

Pulsschlag

Christian Moos

Wer rettet die liberale Demokratie in Europa? — 592

Ulrich Lilie

UNERHÖRT! Diese Antieuropäer*innen — 600

Anja Nordmann

Europa braucht uns – wir brauchen Europa! — 609

Susanne Keuchel

**Nachhaltigkeit, Kulturelle Bildung und zivilgesellschaftliches Engagement
Zur den Chancen Europas als Wegbereiter für gesellschaftliche
Transformationsprozesse — 612**

IPB beobachtet

Débora Medeiros und Renata Motta

Ein Blick aus der Bewegungsforschung auf den Rechtsruck in Brasilien — 619

Literatur

Nino Kavelashvili

Europa zwischen Teufelskreis und neuer Souveränität

*(Hillje, Johannes 2019: Plattform Europa. Warum wir schlecht über die EU reden
und wie wir den Nationalismus mit einem neuen digitalen Netzwerk überwinden
können. Bonn: Dietz) — 631*

Felix Schilk

Rechtspopulismus in postindustriellen Gesellschaften

(Adorno, Theodor W. 2019: Aspekte des neuen Rechtsradikalismus. Frankfurt am Main: Suhrkamp; Koppetsch, Cornelia 2019: Die Gesellschaft des Zorns. Rechtspopulismus im globalen Zeitalter. Bielefeld: transcript) — 635

Maik Fielitz

Die Identitäre Bewegung in Nahaufnahme

(Zúquete, José Pedro 2018: The Identitarians. The movement against globalism and Islam in Europe. Notre Dame, Indiana: University of Notre Dame Press) — 643

Sebastian Sommer

Protest als kollektive Erfahrung

(Donath, Stefan 2018: Protestchöre. Zu einer neuen Ästhetik des Widerstands. Stuttgart 21, Arabischer Frühling und Occupy in theaterwissenschaftlicher Perspektive. Bielefeld: Transcript) — 647

Online-Rubrik

Zivilgesellschaft und Europa. – Ein gemeinsamer Kongress des BBE mit dem Zentrum für Zivilgesellschaftsforschung am WZB

Editorial

Frank Heuberger, Nino Kavelashvili, Mirko Schwärzel und Ansgar Klein

Für ein anderes Europa – Die EU in der zivilgesellschaftlichen Diskussion

<https://doi.org/10.1515/fjsb-2019-0056>

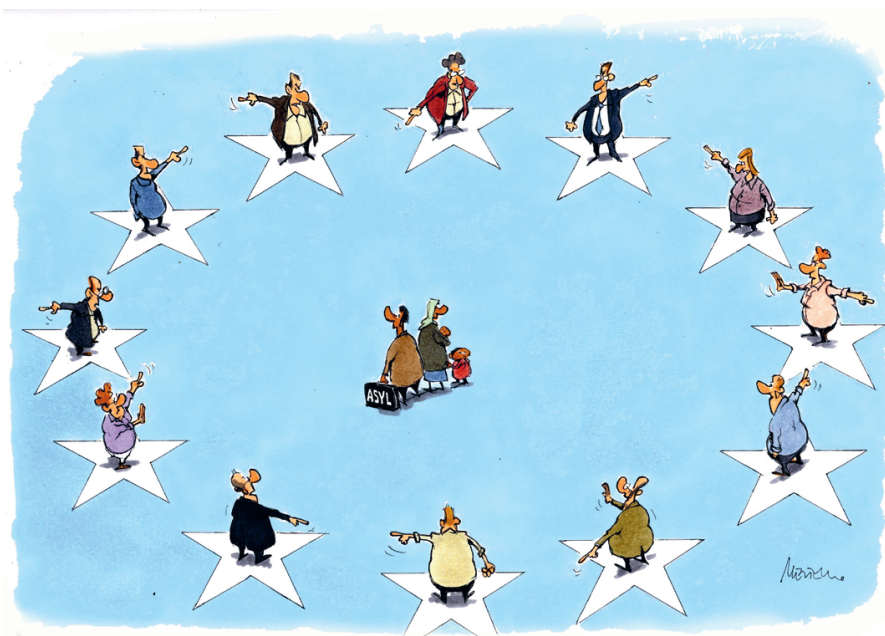
Die Wahlen zum Europäischen Parlament im Mai 2019 sind von Vielen im Vorfeld als Wahlen von historischer Bedeutung bezeichnet worden. In ganz Europa wurden in den vergangenen Jahren bereits ein politischer Rechtsruck und nationalistische Tendenzen beobachtet. Dadurch hat auch die allgemeine Zustimmung zur europäischen Integration Schaden genommen. Der Brexit kam verschärfend hinzu. Doch waren es weniger die Wahlprogramme der etablierten Parteien, die dem Projekt Europa neue progressive Ideen und notwendige Reformperspektiven geben konnten. Vielmehr war es die europäische Zivilgesellschaft, die mit ihren zahlreichen Kampagnen und Aktionen ein deutliches Zeichen für die europäischen Werte setzte. In ihren Manifesten und Positionspapieren hat sie konkrete Forderungen für die Zukunft der EU formuliert. Wie das neugewählte EU-Parlament und die neuformierte EU-Kommission nun mit dieser erstarkten europäischen Zivilgesellschaft zusammenarbeiten könnte, soll in diesem Themenschwerpunkt beleuchtet werden.

Die Europawahl 2019

Mit einer Wahlbeteiligung von 61,4 Prozent bei der Europawahl in Deutschland wurde die höchste Beteiligungsquote seit der Wiedervereinigung erreicht. Auch europaweit war die Wahlbeteiligung mit 51 Prozent die höchste seit 20 Jahren. Die Polarisierung vor der Wahl – repräsentiert zum einen von den rechtspopulistischen Nationalisten und Europakritikern, zum anderen von den pro-europäischen Kampagnen – hat Wirkung gezeigt. Die WählerInnen haben realisiert, dass es um die künftige Ausrichtung der Europäischen Union geht und diese Wahl, anders als in der Vergangenheit, von entscheidender Bedeutung ist. Immer wieder war die Rede von einer „Schicksalswahl“ (vgl. Bukow 2019). Der Brexit, aber auch eine von rechtspopulistischen und rechtsextremen Parteien forcierte

Renationalisierung, die Frage der sozialen Dimension Europas und nicht zuletzt die drängenden Herausforderungen des Klimawandels haben die Wahlbeteiligung nach oben getrieben. Insbesondere Umweltthemen und Klimapolitik, ins Zentrum der Wahrnehmung gerückt durch „Fridays for Future“, haben dabei eine dominante Stellung eingenommen und vor allem den Grünen in Deutschland gute Wahlergebnisse beschert (vgl. Sommer, Rucht, Haunss, Zajak, 2019).

Die alten Volksparteien haben dagegen bei der Europawahl schlecht abgeschnitten. Überfordert durch die Anforderungen einer immer stärker von den Sozialen Medien bestimmten Wahlkampfkommunikation (exemplarisch die Reaktion der CDU/CSU auf die REZO-Kritik in den Sozialen Medien), haben sie die Rolle des Internets in der kurzfristigen Meinungsbildung und Wählermobilisierung ebenso deutlich unterschätzt wie das zentrale Thema des Klimawandels (vgl. Studie BMU 2018). So wurde schnell die Frage aufgeworfen, ob die Volksparteien in ihrer Schwerfälligkeit, mit ihrem alten Wählerklientel und einer weiterhin v. a. traditionellen Kommunikation bald am Ende sind. Je jünger die Wähler in Deutschland waren, desto mehr grün haben sie gewählt. Bei den unter 40 Jährigen wurden die Grünen sogar stärkste Kraft. Und während die SPD in allen Altersgruppen stark verlor, konnte die CDU nur noch in der Gruppe der über 60 Jährigen ihre Spitzenposition halten.



Zwar blieb in Deutschland der Rechtsruck im zuvor befürchteten Umfang aus – die AfD konnte die erhofften Wählerprozente nicht realisieren. Doch ist dieses Ergebnis nicht auf die Europawahl insgesamt übertragbar und von Entwarnung kann auch hierzulande keine Rede sein. Betrachtet man die Ergebnisse für die rechtspopulistischen und rechtsnationalistischen Parteien in Frankreich, Italien, Großbritannien, Ungarn, Polen, Griechenland oder Österreich, so zeichnet sich hier ein durchaus dramatischeres Bild ab. Insgesamt hat mit dieser Wahl die Polarisierung in der Europäischen Union deutlich zugenommen – eine schwere Hypothek für die notwendigen politischen Maßnahmen. Darüberhinaus werden Entscheidungsfindung und Initiativen, die vom neu gewählten europäischen Parlament ausgehen, in Zukunft eher noch schwerer werden. Womit sich die Frage stellt, ob das EU Parlament noch der Garant für eine erhoffte Demokratisierung der EU sein kann oder ob es sich nicht noch euroskeptischer positionieren wird?

Bruch mit dem SpitzenkandidatInnen-Prinzip: Die Agenda von der Leyens

Zudem haben die nationalen Regierungen das vom Europäischen Parlament eingeforderte Spitzenkandidatenprinzip desavouiert und an den SpitzenkandidatInnen vorbei eine eigene Kandidatin, Ursula von der Leyen, als neue Kommissionspräsidentin nominiert. Darin offenbart sich nicht zuletzt die Schwäche des EU Parlaments. Eine unglückliche Entwicklung, denn die nationalen Kampagnen vieler europäischer Zivilgesellschaftsorganisationen haben sich an den SpitzenkandidatInnen, ihren Programmen und Versprechungen orientiert. Das Europäische Parlament hat schließlich von der Leyen mit knapper Mehrheit bestätigt – es bleibt aber abzuwarten, wie sich diese Entwicklung auf das Projekt einer gestärkten und demokratisierten Europäischen Union auswirken wird.

Zum Thema europäische Demokratie kündigte von der Leyen in ihrer Bewerbungsrede vor dem Europäischen Parlament eine zweijährige Konferenz für Europa ab 2020 an, bei der die Bürgerinnen und Bürger eine führende und aktive Rolle spielen sollen. Sie betonte auch, dass das Spitzenkandidaten-System gestärkt werden müsse und die Einführung transnationaler Listen bei künftigen Europawahlen in Erwägung gezogen werden sollte. Sie erklärte ihre volle Unterstützung für ein Initiativrecht des Europäischen Parlaments und verpflichtete sich, einen Legislativvorschlag als Reaktion auf jede Entschließung vorzulegen, die mit der Mehrheit der Mitglieder des Parlaments angenommen wird. Für die Bekämpfung des Klimawandels kündigte sie einen „Green Deal für Europa“ und ein europäisches Klimagesetz an. Um einen Plan für nachhaltige Investitionen

umsetzen zu können, sollen Mittel in Höhe von einer Billion Euro innerhalb eines Jahrzehnts bereitgestellt werden. Große Konzerne etwa der Internetindustrie sollen in Europa künftig angemessene Steuern zahlen.

In der im Wahlkampf strittigen Frage der Migration betonte von der Leyen in ihrer Rede, dass zu den europäischen Werten auch die Pflicht gehöre, Leben auf See zu retten. Folgerichtig müsse eine humane Grenzpolitik umgesetzt werden. Sie sprach sich für einen „neuen Pakt über Migration und Asyl“ und für die Reform der Dubliner Verordnung aus und fügte hinzu, dass die Frontex-Belegschaft schon bis 2024 auf 10 000 Mitarbeiter anwachsen und alle Länder ihren gerechten Anteil an der Last auf der Grundlage des Grundsatzes der europäischen Solidarität übernehmen sollten. Dass hier noch viel Überzeugungsarbeit zu leisten ist, kann kaum übersehen werden.

Themenschwerpunkt: Europäische Zivilgesellschaft und EU

Vor dem skizzierten Hintergrund stellt der vorliegende Themenschwerpunkt die Frage nach den Folgen der Europawahl für die Akteure der europäischen Zivilgesellschaft. Den Auftakt macht *Rupert Graf Strachwitz* mit grundlegenden Hinweisen zum gemeinsamen europäischen Narrativ. Gebraucht wird ein Ordnungsmodell für das 21. Jahrhundert. Es wird sich wahrscheinlich eher auf Regionen als auf Nationen und ganz sicher auf eine europäische Zivilgesellschaft stützen müssen. Auch diese muss sich allerdings erst entwickeln, obwohl es seit fast 100 Jahren zivilgesellschaftliche europäische Bewegungen gibt.

Die Agenda der europäischen Zivilgesellschaft

Viele pro-europäische Kampagnen haben sich in einem erheblichen Umfang in die Wahlkampfkommunikation eingebracht. Das deutsche Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE) war Ende März 2019 Gastgeber der über das European Civic Forum vernetzten Organisationen der europäischen Zivilgesellschaft. Deren Vertreter haben im Vorfeld der Europawahl 2019 im Roten Rathaus die „Berliner Agenda“ beschlossen, die das Forschungsjournal in diesem Heft dokumentiert.

Dabei ist die Berliner Agenda kein neues Positionspapier. Vielmehr integriert und ergänzt sie zentrale Bereichs-Agenden der europäisch vernetzten zivilgesell-

schaftlichen Organisationen und fasst zusammen, wie sich die Zivilgesellschaft die Zukunft Europas vorstellt. Sie greift auf Standpunkte, Vorschläge und Forderungen zurück, die bereits zuvor von zahlreichen zivilgesellschaftlichen Netzwerken, Vereinen, Stiftungen und Denkfabriken beschlossen und veröffentlicht wurden. Die Agenda konzentriert sich auf die Kernthemen Demokratisierung der Europäischen Union, uneingeschränkte zivilgesellschaftliche Öffentlichkeit sowie Nachhaltigkeit und soziale Gerechtigkeit (vgl. Berliner Agenda). Konzipiert als offenes Dokument, kann und soll an der Agenda kontinuierlich weitergearbeitet werden. Das BBE und seine europäischen Partner planen bereits einen zivilgesellschaftlichen Begleitkongress für die EU-Ratspräsidentschaft im zweiten Halbjahr 2020 in Berlin, bei dem Umsetzung und Fortschreibung der „Berliner Agenda“ im Zentrum stehen.

Die weiteren Beiträge greifen einige der in der Berliner Agenda diskutierten Vorschläge auf und stellen sie in den Kontext der Reformdebatte der europäischen Demokratie und einer stärkeren Einbindung der Zivilgesellschaft in politische Entscheidungsprozesse.

Jürgen R. Grote zeichnet in seinem Beitrag das Verhältnis der EU(-Institutionen) und der organisierten Zivilgesellschaft in den vergangenen drei Jahrzehnten nach. Seiner Ansicht nach hat es kaum eine staatliche Institution gegeben, die die Beteiligung der Zivilgesellschaft an politischen Entscheidungsprozessen so sehr gefördert hat wie die EU-Kommission. Gleichwohl sei die Beziehung der europäischen Zivilgesellschaft zu den EU-Institutionen durch Höhen und Tiefen gekennzeichnet. Vieles an programmatischen Vorgaben aus den Hochzeiten sei in der Entwicklung wieder verloren gegangen oder harre noch der Umsetzung. In der aktuellen Krisensituation des europäischen Projekts liege aber auch die Hoffnung und Chance, dass sie eine kollektive Antwort und Rückbesinnung auf die Wichtigkeit zivilgesellschaftlicher Mitwirkung hervorbringt. Grote, der direkt in die Planung und Durchführung italienischer Partnerschaftsabkommen eingebunden war, beschreibt den Zusammenhang von Zivilgesellschaft und EU daher aus regionaler und europäischer Perspektive. Die Tatsache, dass sein Beitrag auf Englisch erscheint, ist dem späten Rückzug seiner französischen und polnischen Koautoren geschuldet.

Der Beitrag von *Christine Landfried* beschäftigt sich mit der Frage, wie einzelne EU-BürgerInnen an der Diskussion um notwendige Reformen der EU beteiligt werden können. Am derzeitigen Wendepunkt des europäischen Integrationsprozesses brauche es eine grundlegende Richtungsweisung in Form eines Verfassungsvertrags, der in einem Verfassungskonvent erarbeitet werden sollte. Landfried schlägt Bürgerkonferenzen zur Beteiligung eines möglichst breiten Querschnitts der europäischen Bürgerschaft vor. Orientiert am Konzept der Zukunftsräte beinhaltet der Beitrag auch einen konkreten Umsetzungsplan.

Bernd Hüttemann und *Elena Sandmann* beleuchten in ihrem Beitrag die zivilgesellschaftlich-verbandliche Interessenvertretung in Brüssel und den Zusammenhang zwischen politischer Einflussnahme von Interessengruppen im EU-Gesetzgebungsprozess und pluralistischer Demokratie im europäischen Mehrebenensystem. Dabei gehen sie kritisch der Frage nach, ob (zivil-)gesellschaftliche Interessenvertretung analytisch vom (Wirtschafts-)Lobbyismus unterschieden werden sollte. Zentrale These ist, dass Interessenvertretung nur im Kontext größerer Transparenz aller beteiligten gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, staatlichen, gesetzgeberischen und mittelbaren Akteure zu mehr Demokratie und Legitimation im Mehrebenensystem der EU beitragen kann.

Felix Oldenburg und *Max von Abendroth* legen mit ihrer Idee eines „Binnenmarktes für Philanthropie“ konkrete Vorschläge für die Stärkung der transnationalen Stiftungsarbeit in Europa und einer europäischen Zivilgesellschaft vor. Wesentliches Element einer Stärkung der Möglichkeiten für zivilgesellschaftliche Organisationen, ihre Anliegen in die politischen Entscheidungsprozesse in Brüssel hineinzutragen, sind rechtliche und finanzielle Rahmenbedingungen. Im Mittelpunkt eines solchen philanthropischen Binnenmarktes stünden Reformschritte zur Beseitigung administrativer Hürden und die Anerkennung der Rechtspersönlichkeit von Stiftungen innerhalb der gesamten EU.

Wie kann eine Umsetzung der europäischen Agenda der Zivilgesellschaft gelingen?

Das vorliegende Themenheft ist in enger Kooperation mit dem Europeatteam des Bundesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement (BBE) entstanden (Gast-Herausgeberschaft). Nach seiner Mitwirkung an der Erarbeitung der Berliner Agenda zur Europawahl 2019 wird das BBE im Jahr der deutschen Ratspräsidentschaft 2020 weiter an der Vernetzung und Abstimmung zivilgesellschaftlicher Positionen zur Zukunft Europas arbeiten.

Um die Frage nach den Folgen der Europawahl für die europäische Agenda der Zivilgesellschaft weiter zu präzisieren, haben das BBE und das Zentrum für Zivilgesellschaftsforschung am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) am 28./29. November 2019 im WZB einen Wissenschaftskongress „Zivilgesellschaft und Europa“ veranstaltet. Aus dokumentarischen Gründen und mit Blick auf die erwartbare Anschlusspublizistik nach dem Kongress im Forschungsjournal, dokumentieren wir das Kongressprogramm in der online-Rubrik zu diesem Heft.

Im Kontext der EU-Ratspräsidentschaft Deutschlands, das ist bereits Tradition in der Europäischen Gemeinschaft, wird im Herbst 2020 ein Begleitkongress der europäischen Zivilgesellschaft stattfinden. Mit den Akteuren der europäischen Zivilgesellschaft wurde bereits vereinbart, dass das BBE diesen Kongress in Berlin durchführen wird. Mit diesem Kongress bietet sich die Möglichkeit, die Implementierungsfortschritte der „Berliner Agenda“ zentral zu erörtern und voranzutreiben.

Strategisch notwendig erscheint insbesondere die Stärkung der europäischen Öffentlichkeit als Voraussetzung für die kontinuierliche Umsetzung einer gemeinsamen Agenda der Zivilgesellschaft. Eine solche europäische Öffentlichkeit scheitert nicht an der Vielsprachigkeit der Europäischen Union, sondern daran, dass bisher nicht die gleichen Themen in identischen Zeitkorridoren in den EU-Mitgliedsländern intensiv erörtert werden. Damit fehlen nach wie vor die Voraussetzungen für eine gemeinsame transnationale Meinungsbildung.

Derzeit wird im BBE daran gearbeitet, eine Partnerschaft mit jeweils einer großen Tageszeitung pro EU-Mitgliedsland aufzubauen und auf dieser Basis regelmäßig zivilgesellschaftliche Fragestellungen zu erörtern. Dies wäre ein substantieller Beitrag zur Stärkung der europäischen Öffentlichkeit und zur Profilierung einer europäischen Agenda der Zivilgesellschaft.

Dabei muss freilich auch mit Kontroversen innerhalb der Zivilgesellschaft gerechnet werden – sind doch die rechtspopulistischen und nationalistischen Akteure Teil der zivilgesellschaftlichen Handlungsräume, solange sie sich nicht durch eindeutig antidemokratisches Handeln aus der rationalen Diskursarena verabschiedet haben. Diese Debatte gilt es zu führen, mit offenem Visier. Ohne diese Debatte dürfte eine europäische Agenda der Zivilgesellschaft und auch eine europäische Öffentlichkeit nicht zu haben sein. Die Auswahl der Beiträge in diesem Heft favorisiert dabei deutlich die pro-europäische Perspektive.

Die Debatte um Europa bestimmt diesmal auch die Beiträge der Rubrik Puls-schlag. Sie sind in enger Zusammenarbeit mit dem BBE aus dessen Newsletter (Nr. 5/2019 des BBE Newsletter für Engagement und Partizipation) entnommen – wir danken den AutorInnen und dem BBE für die Abdruckgenehmigung in diesem Themenheft. Hier finden sich hochrangige Beiträge der Europa-Union (Christian Moos), der Diakonie (Ulrich Lilie), des Deutschen Frauenrates (Anja Nordmann) und aus der kulturellen Bildung (Susanne Keuchel, Akademie der Kulturellen Bildung des Bundes und des Landes NRW e.V).

Dem Themenschwerpunkt vorgelagert präsentiert die „Aktuelle Analyse“ von Silke Hünecke eine Bestandsaufnahme der katalanischen Unabhängigkeitsbewegung, ihres Selbstverständnisses, ihrer Anliegen und Protestformen. Damit eröffnet sich ein anderer Blick auf das Verhältnis regionaler und nationaler zivilgesellschaftlicher Identitäten und ihr Verhältnis zum Nationalstaat und zu Europa.

Das Institut für Protest- und Bewegungsforschung (ipb) veröffentlicht in seiner Rubrik eine aktuelle Analyse des sich derzeit in Brasilien abspielenden Rechtsrucks unter Präsident Bolsonaro.

In der online-Rubrik zu Heft 4/2019 dokumentieren wir zudem das Programm des Europakongresses der Zivilgesellschaftsforschung, die das BBE und das Zentrum für Zivilgesellschaftsforschung Ende November 2019 in Berlin gemeinsam durchgeführt haben.

In unserer Literaturreubrik findet sich neben anderen eine Rezension von Felix Schilk zu Cornelia Koppetsch (2019) *Die Gesellschaft des Zorns. Rechtspopulismus im globalen Zeitalter*. Bielefeld: transcript. Wir weisen an dieser Stelle darauf hin, dass der Transcript-Verlag den Band wegen fehlender Quellenbelege aus dem Handel zurückgezogen hat. Vor Neuerscheinungen sollen alle Fehler beseitigt sein. Zeitangaben zum Erscheinungstermin der 3. Auflage konnten vom Verlag noch nicht gemacht werden.

Dr. Frank Heuberger, Europa-Beauftragter des Bundesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement (BBE); *Nino Kavelashvili*, Europa-Referentin des Bundesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement (BBE), *Mirko Schwärzel*, Leiter der Europäischen Netzwerkstelle des Bundesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement (BBE) (*GastherausgeberInnen*)

PD Dr. Ansgar Klein, Mitherausgeber des Forschungsjournal *Soziale Bewegungen* und BBE-Geschäftsführer (*für Redaktion und Herausgeber des Forschungsjournal*s)

Literatur

Bukow, Sebastian 2019: Europawahl in Deutschland 2019, Ergebnisse und Analysen. In: *böll. brief* 2019. Demokratie & Gesellschaft # 12. Mai 2019.

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (Hrsg.) 2019: Umweltbewusstsein in Deutschland 2018. Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsbefragung. Mai 2019.

Sommer, Moritz/Rucht, Dieter/Haunss, Sebastian/Zajak, Sabrina 2019: Fridays for Future. Profil, Entstehung und Perspektiven der Protestbewegung in Deutschland. ipb working paper 2/2019.

Aktuelle Analyse

Silke Hünecke*

Unabhängigkeitsbewegung in Katalonien

Bestandsaufnahme und Protestformen

<https://doi.org/10.1515/fjsb-2019-0057>

Zusammenfassung: Dieser Beitrag befasst sich mit der katalanischen Bewegung im 21. Jahrhundert und ihren Protestformen sowie mit Selbstverständnis und Anliegen der Bewegung. Zudem werden die Hintergründe erläutert, die zu ihren Erstarkungen in den letzten Jahren beigetragen haben. Jahrelang wurde der sich spätestens seit 2010 zuspitzende Katalonienkonflikt außerhalb Spaniens kaum wahrgenommen. Dieses änderte sich schlagartig mit der versuchten Durchführung des verbotenen Unabhängigkeitsreferendums am 1. Oktober 2017. Dabei ist dies ein jahrhundertealter Konflikt, der insbesondere ab dem 17. Jahrhundert in wiederkehrenden sozialen Protestwellen, die mit Unabhängigkeitsbestrebungen verknüpft wurden, seinen Ausdruck fand. Im Folgenden richtet sich der Blick auf die sich seit 2010 neuformierte Unabhängigkeitsbewegung.

Review on the Catalan independence movement and its protest forms

Abstract: This article deals with the Catalan movement in the 21st century and its forms of protest, as well as with the self-understanding and the main issues of the movement. It also explains the background that has contributed to its growth in recent years. For years the Catalonia conflict that has escalated since 2010 at the latest was barely perceived outside Spain. This has changed with the attempted independence referendum on October 1, 2017. This is a centuries-old conflict that found its expression in recurring social protest waves that were linked to independence efforts in particular since the 17th century. The article focuses on the newly formed independence movement since 2010.

*Kontakt: Dr. phil. Silke Hünecke, Technische Universität Chemnitz, Institut für Europäische Studien und Geschichtswissenschaften (IESG), Chemnitz, Deutschland, E-Mail: silke.huenecke@phil.tu-chemnitz.de

1 Eine Charakterisierung der aktuellen katalanischen Bewegung¹

Organisationsform und Selbstverständnis des zivilgesellschaftlichen Teils der Bewegung

Die gegenwärtige katalanische Bewegung versteht sich selbst als „*transversal*“, d. h. als eine Bewegung, die quer durch die Bevölkerung geht und Generationen-, Klassen-, Geschlechter-, Herkunfts- und politische Einstellungen übergreifend ist (Zelik 2018: 177). Der Aspekt der politischen Diversität spiegelt sich in der Bewegung auch in struktureller Form wieder: Es handelt sich um ein *mobilisiertes Netzwerk*, das sich einerseits aus unterschiedlichsten Unabhängigkeitsparteien und andererseits aus diversen zivilgesellschaftlichen Akteurinnen zusammensetzt. Dabei reicht das Spektrum der Parteien von Konservativen (PDeCAT) über die Mitte-Links-Partei (ERC) bis hin zur antikapitalistischen Linken (CUP) (Zelik 2018: 185).

Konzentriert werden soll sich auf die zivilgesellschaftlichen Akteure der Bewegung, da diese für die Protestformen im öffentlichen Raum maßgeblich verantwortlich sind. Charakteristisch für diese Akteure ist, dass sie versuchen, dem Anspruch der „Transversalität“ gerecht zu werden, indem sie nicht als Vertreterin einer der Parteien auftreten. Als zentrale zivilgesellschaftliche Akteure sind die beiden großen NGOs *Omnium Cultural* (OC) und *Assemblea Nacional Catalana* (ANC) zu nennen. Ihr Einfluss zeigt sich einerseits durch ihre Organisationsstrukturen – mit mehreren zehntausend Mitgliedern, hunderten lokalen Niederlassungen und Festangestellten – und andererseits durch ihre öffentliche Außenwirkung mit der Organisation von demonstrativen Aktionen (Demonstrationen, Kundgebungen) und Propaganda- und Informationsmaterial (Transparente, Plakate, Flyer, Webauftritte, Social Media).

Bereits während der Diktatur im Jahr 1961 wurde OC gegründet und war zunächst verboten, nach eigenen Angaben hat OC heute über 125.000 Mitglieder. Dazu OC selbst: „*Omnium Cultural was launched to combat the censorship and persecution of Catalan culture and to fill the gap left by the political and civil insti-*

¹ Der Artikel wurde vor dem Ende des Gerichtsprozesses wegen der Durchführung des Referendums gegen zwölf wichtige Vertreter_innen der Unabhängigkeitsbewegung verfasst. Am 1. Oktober 2019 wurden neun der Protagonist_innen wegen Aufruhr und die Politiker_innen zusätzlich wegen Veruntreuung, zu Haftstrafen zwischen neun und 13 Jahren verurteilt. Daraufhin kam es erstmals bei den Protesten für die Unabhängigkeit auch zu gewalttätigen Ausschreitungen. Diese jüngsten Entwicklungen konnten nicht mehr berücksichtigt werden.

tutions of Catalonia that were forbidden by the dictatorship.“² Jahrzehntelang hatte OC sich auf Kulturarbeit, sprich die Förderung der katalanischen Sprache und Kultur, konzentriert. Das änderte sich 2010. In der Selbstdarstellung heisst es dazu: „since 2010 Òmnium is the group that has carried out the largest peaceful demonstrations in Europe, along with the National Assembly of Catalonia (ANC), in support of the people of Catalonia’s right to democratically decide their own political future by means of a self-determination referendum.“³

2011 wurde der ANC gegründet. Er beschreibt sich selber als „a grassroots organisation that brings together around 80,000 people from all parts of the Catalan society, including different ideologies, religions and nationalities. We work on a voluntary basis for a common cause: to win Catalan independence in a completely peaceful and democratic way.“⁴ Sein demokratisch organisiertes Netz umfasst 520 lokale Gruppen, deren höchstes Organ die jährliche Hauptversammlung ist, an der alle zahlenden Mitglieder teilnehmen können. Dazwischen werden die Entscheidungen durch das Nationale Sekretariat getroffen, das sich aus 75 gewählten Mitgliedern (25 nationalen, 50 regionalen Vertreter_innen) zusammensetzt, die alle parteilos sein müssen.⁵

Bei den CDRs (*Comités de Defensa del Referéndum*, heute *Comités de Defensa de la República*) hingegen handelt es sich um auf lokaler Ebene agierende Initiativen. 2017 gab es nach eigenen Angaben mehr als 390 dieser Initiativen, die lose miteinander vernetzt sind. In einem gemeinsamen Kommuniqué vom 4.11.2017 heisst es, dass es ihr Anliegen ist, „defender la República de forma pacífica, pero contundente“ (dt. die Republik in friedlicher, aber entschiedener Form zu verteidigen).⁶ Neben ihrer zentralen Rolle bei der Umsetzung des Referendums waren es in erster Linie die CDRs, die in der Folge Straßen- und Gleisblockaden organisierten. Politisch setzen sich die CDRs zusammen aus Einzelpersonen v. a. der Unabhängigkeitsparteien, von OC und ANC, anderen sozialen Bewegungen sowie z. T. vorher nicht politisch aktiven Personen.⁷ Bei den basisdemokratisch organisierten CDRs gibt es keine offiziellen Vertreter_innen.⁸

2 Òmnium Cultural, Presentation.

3 Òmnium Cultural, Presentation.

4 ANC, What is the ANC?

5 Vgl. ANC Deutschland.

6 Raons per la República, 8.4.2018.

7 Vgl. Ubieta, 7.11.2017.

8 Vgl. Fernández, 8.4.2018.

Zur kollektiven Identität

Ein Charakteristikum sozialer Bewegungen – auch bei der katalanischen Bewegung – ist ihre Heterogenität, mit der grundsätzlich eine „Ungewissheit über das Kooperationsverhalten von anderen“ (Kern 2008: 119) einhergeht. Für ein gemeinsames Handeln ist es wichtig, diese Ungewissheit zu reduzieren. Dies lässt sich laut Thomas Kern dadurch herstellen „dass die Akteure eine maximale Übereinstimmung in ihren Werten, Interessen und Zielen anstreben.“ (ebenda) Dafür ist ein auf einer *kollektiven Identität begründetes Handlungssystem* von zentraler Bedeutung. Grundsätzlich lassen sich „drei Dimensionen kollektiver Identität unterscheiden: (a) In der *sozialen Dimension* geht es um die Attribute, mit denen sich die Koalition von ihrer sozialen Umwelt abgrenzt, vor allem von ihren Gegnern. Im Zentrum steht dabei die Definition von Kriterien für die Zugehörigkeit bzw. Nicht-Zugehörigkeit der Mitglieder. (b) In der *sachlichen Dimension* geht es um die thematische Übereinstimmung der Beteiligten. Hier werden die inhaltlichen Kriterien – gemeinsame Interessen und Ziele – definiert, durch die sich die Koalition von anderen Kollektiven unterscheidet. Im Mittelpunkt stehen dabei zumeist Machtinteressen, Sicherheitsbedürfnisse oder kollektive Betroffenheit. (c) In der *zeitlichen Dimension* geht es darum, wie die Gruppe ihr historisches „Werden“ im kollektiven Gedächtnis beschreibt.“ (Kern 2008: 120 f.)

Zur *sozialen Dimension*: Hinsichtlich der Zugehörigkeit zur katalanischen Gemeinschaft wurde eine Aussage des langjährigen katalanischen Regierungspräsident Jordi Pujol (1980–2003) von 2012 nachhaltig prägend: „es catalana qualquier persona que vive y trabaja en Catalunya, y que lo quiere ser.“⁹ (dt. Katalane ist, wer in Katalonien, lebt und arbeitet und es sein will). Dieses Identitätsverständnis hat sich innerhalb der Bewegung scheinbar durchgesetzt, da es immer wieder zitiert wird. Zur *sachlichen Dimension* dem Anliegen der Bewegung lässt sich sagen: An erster Stelle steht die Forderung nach einem Referendum über die Frage nach der Gründung der eigenständigen *República Catalana* (dt. Katalanischen Republik) – die im Gegensatz zur spanischen parlamentarischen Monarchie steht. So wurde auf dem Wahlzettel für das verbotene Referendum 2017 gefragt, ob „Katalonien ein unabhängiges Land in Form einer Republik“ werden soll (Liebert 2018: 339).

Im Laufe der Zeit wurde die Idee der *República Catalana* zunehmend mit mehr politischen, sozialen und ökologischen Rechten verknüpft (Zelik 2018: 182). Zurückzuführen ist dies u. a. auf den Einfluss von gesamtspanischen sozialen Bewegungen – wie der Krisenbewegung, Klimabewegung und feministischen

⁹ Pujol, 4.10.2012.

Bewegung –, deren Aktivist_innen auch innerhalb der Unabhängigkeitsbewegung wirken. Dies spiegelt sich auch im Selbstverständnis des ANC wieder: „The ANC aims at decisively contributing to the foundation of a Catalan Republic based on the principles and values of democracy, freedom and social justice.“¹⁰ Und auch in von der katalanischen Regierung in den 2010er Jahren erlassenen Gesetzen ist diese progressive Ausrichtung wiederzufinden. Verwiesen sei hier auf das Fracking-Verbot, die Atomstrombesteuerung, die Gesetze zur effektiven Geschlechtergleichstellung sowie zum Schutz vor Zwangsräumungen (Zelik 2018: 184).

Die *zeitliche Dimension* und damit verknüpft das *kollektive Gedächtnis* (Assmann) ist für die katalanische Identitätsbildung von besonderer Bedeutung. Zentral für das *katalanische Gedächtnis* ist die Bezugnahme auf die (weitgehende) Eigenständigkeit Kataloniens vom Ende des 8.–15. Jahrhundert und auf die ab dem 17. Jahrhundert stattfindenden Protestwellen, deren Ziel es war, diese Eigenständigkeit wiederzuerlangen. Hervorgehoben wird ebenso, dass es trotz über die Jahrhunderte wiederkehrender Verbote der katalanischen Sprache, Kultur und Tradition gelang, diese zu erhalten. Seit Beginn des 21. Jahrhunderts fördert die katalanische Regierung stark ein eigenes kollektives Gedächtnis bezüglich des Spanischen Bürgerkrieges und der franquistischen Diktatur: Sie erließ ein eigenes Erinnerungsgesetz und gründete das Institut *Memorial Democràtic* (MD, dt. demokratische Erinnerung). Im Fokus steht dabei der republikanische und antifranquistische Widerstand sowie die Unterdrückung während der Diktatur in Katalonien. Teil heutiger Geschichtsvermittlung, von Narrationen und kulturellen Erinnerungen sind daher unterschiedliche historische Ereignisse und Mythen.

2 Protestformen der katalanischen Bewegung in den 2010er Jahren

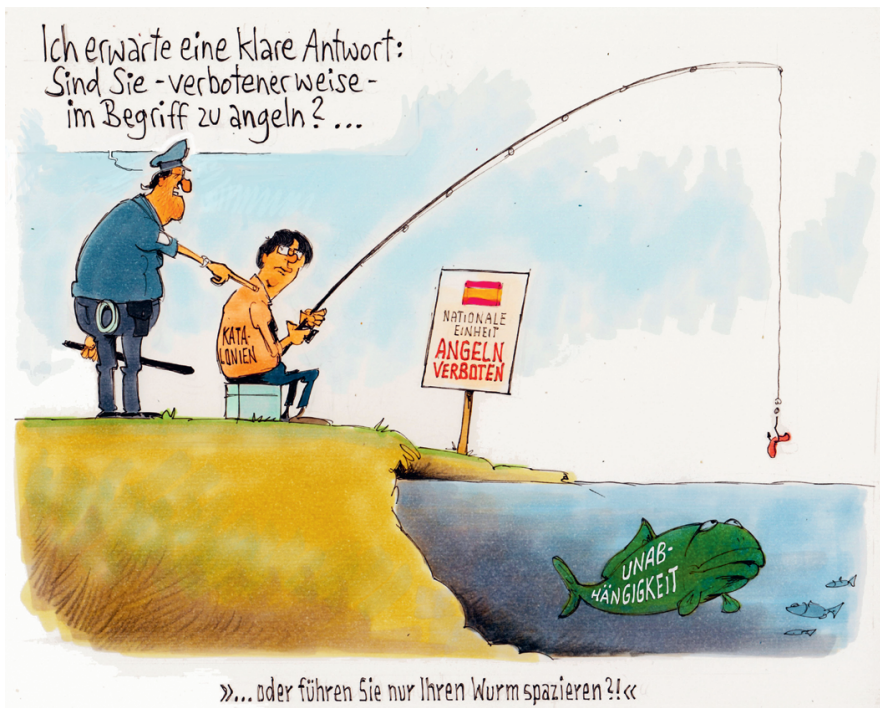
Um die Breite und Heterogenität der Aktionsformen der Unabhängigkeitsbewegung darzustellen, wird auf die systematische Unterteilung von Joachim Raschke in *intermediäre, direkte und demonstrative Aktionsformen* zurückgegriffen.

¹⁰ ANC, What is the ANC?

Organisierte Massendemonstrationen zu „La Diada“

Als die gängigste Protestform sozialer Bewegungen gilt die Demonstration, wobei diese bereits „Ausdruck und Ergebnis der Dynamik und Eskalation des zugrundeliegenden Konfliktes“ ist (Balistier 1996: 33). Schließlich haben Aktivist_innen bereits an dieser Stelle für sich die Feststellung getroffen, dass ihre bisherigen niedrigschwelligeren *intermediären Aktionsformen*, etwa Resolutionen, nicht zu dem gewünschten Ergebnis geführt haben.

Diese Entwicklung lässt sich bei der ersten katalanischen Massendemonstration im 21. Jahrhundert unter der Parole „Som una nació. Nosaltres decidim“ (dt. Wir sind eine Nation. Wir entscheiden) am 10. Juli 2010, initiiert von Omnium Cultural (OC), feststellen: Sie war eine Reaktion auf die Entscheidung des spanischen Verfassungsgerichts, das neue katalanische Autonomiestatut gravierend einzuschränken. 2006 war eine Einigung über eine Erweiterung des Autonomiestatuts zwischen der spanischen sozialdemokratischen PSOE-Regierung (2004–2011) und der katalanischen Regierung zustande gekommen, die Katalonien mehr Rechte (u. a. Steuerrecht, Kultur- und Bildungspolitik) einräumte. Auch die katalanische Bevölkerung hatte diesem Statut in einem Referendum zugestimmt.



Gegen das Statut hatte die spanische rechtskonservative Partei Partido Popular (PP) geklagt und 2010 wurde ihr in vielen Punkten Recht gegeben (Bernecker 2018: 348). Dieser Gerichtsentscheid wird als Zäsur und Anlass für das plötzliche Erstarren der Bewegung gewertet. Laut einer Umfrage des *Instituto Nacional de Estadística y sondeo* wollten 2007 nur 14,5 % der Befragten, dass Katalonien ein eigenständiger Staat sein sollte. Bis 2012 hatten sich die Zustimmungswerte auf 44,3 Prozent verdreifacht – dieser hohe Zustimmungswert hat sich bis 2018 manifestiert.¹¹

Massenchoreographien zu „La Diada“

In den folgenden Jahren sollten der Unmut über die Beschränkung des Autonomiestatuts und der zunehmende Wunsch nach einer eigenständigen Republik v. a. am 11. September – dem katalanischen Nationalfeiertag „La Diada“ – ihren demonstrativen Ausdruck finden. Erstmals 2012 bei der von ANC und OC organisierten Diada-Demonstration forderten je nach Quelle zwischen 600.000 (spanische Regierung) bis zu zwei Millionen Menschen (katalanische Polizei) einen „eigenständigen katalanischen Staat in Europa“.¹² Auch in den Folgejahren mobilisierten ANC und OC hunderttausende Menschen für die „Diada“-Demonstrationen, die durch ihre symbolisch aufgeladenen Massenchoreographien auffallen.

Beispielhaft soll die Konzeption und Umsetzung der Demonstrationssperformance von 2015 erläutert werden. Die Besonderheit der Demonstration von 2015 liegt darin, dass sie das Wertesystem der Bewegung und damit ihre Überschneidung zu klassischen sozialen Bewegungen deutlich macht. Unter dem Slogan „Via Lliure a la República Catalana“ (dt. freier Weg in die katalanische Republik) sollten die zentralen Wertvorstellungen, die mit der Konstruktion einer *República Catalana* einhergehen, symbolisch dargestellt werden. Von Seiten des ANC hieß es dazu, dass sich die Mobilisierung in zehn Abschnitte teilt, welche die Werte symbolisieren, auf die sich das neu aufzubauende Land gründen soll.¹³ Als die zehn Säulen wurden Demokratie, territoriales Gleichgewicht, Solidarität, Weltoffenheit, Diversität, Nachhaltigkeit, Gleichheit, soziale Gerechtigkeit, Innovation, Kultur und Bildung festgelegt.¹⁴

¹¹ Electomamía, 28.11.2018.

¹² Delclós, 13.9.2012.

¹³ Vgl. Assemblée Nacional Catalana (ANC), Què és l'Assemblea, Història, La gran V.

¹⁴ Vgl. La Vanguardia, 5.9.2015.

Durch verschiedene Farben, die jeweils einem Straßenabschnitt zugeordnet wurden, sollte dieses Wertefundament symbolisiert werden. Die Farben wurden durch Pappschilder, die die Demonstrierenden hochhielten, dargestellt. Die Performance begann damit, dass alle Teilnehmenden die weiße Seite der Schilder hochhielten, symbolisch dafür, dass die Konstruktion der *República Catalana* auf einem „weißen Papier“ steht. Zur symbolischen Uhrzeit um 17:14 (das Jahr der endgültigen Niederlage Kataloniens) trugen Läufer_innen durch die Mitte der Menschenmassen einen großen Zeiger. In dem Augenblick, als der Zeiger an den Menschen vorbei kam, drehten diese ihre Pappschilder um, wodurch farbliche Blöcke aus der Vogelperspektive sichtbar wurden. Am Ende des Demonstrationsweges zeigte der Zeiger auf eine überdimensionale Wahlurne, die vor dem Parlament stand.¹⁵

Kollektive direkte Aktionen um das verbotene Referendum 2017

„Wenn die im System vorgesehenen Wege des Wandels und des Lernens keinen ausreichenden Erfolg versprechen, kommt es in den sozialen Bewegungen fast zwangsläufig zu der Frage, wie sich der notwendige Wandel und die Aufklärung über die Widersprüche und Gefahren beschleunigen lassen. Wenn die Frage so gestellt wird, sind auch die herkömmlichen, etablierten Rechtsordnungen nicht länger tabu, sondern es wird unter den Protestierenden über begrenzte oder auch weitgehende Regelverletzungen und das Übertreten von Normen nachgedacht“, so Theodor Ebert (Ebert 2012: 60 f.) Eine Entwicklung, die auch bei der katalanischen Bewegung zu beobachten ist: von *intermediären Aktionen*, wie den zwischen 2009–2011 durchgeführten lokalen zivilgesellschaftlichen Befragungen über die Unabhängigkeit, über *demonstrative Aktionen*, wie den Diada-Demonstrationen, hin zu *direkten Aktionen*, wie der Durchführung des verbotenen Referendums 2017.

Anhand der Definition von Jürgen Habermas zu zivilen Ungehorsams soll reflektiert werden, inwiefern der Begriff bei der Umsetzung des verbotenen Referendums zutreffend ist. Nach Habermas ist ziviler Ungehorsam „ein moralisch *begründeter* Protest, dem nicht nur private Glaubensüberzeugungen oder Eigeninteressen zugrunde liegen dürfen; er ist ein *öffentlicher* Akt, der in der Regel angekündigt ist und von der Polizei in seinem Ablauf kalkuliert werden kann; er schließt die *vorsätzliche Verletzung* einzelner Rechtsnormen ein, ohne den

¹⁵ Sabaté, 2.7.2015.

Gehorsam gegenüber der Rechtsordnung im Ganzen zu affizieren; er verlangt die Bereitschaft, für die rechtlichen *Folgen* der Normverletzung einzustehen; die Regelverletzung, in der sich ziviler Ungehorsam äußert, hat ausschließlich *symbolischen Charakter* – daraus ergibt sich schon die Begrenzung auf *gewaltfreie Mittel* des Protests.“ (Habermas 1983: 35)

Moralisch begründet wurde das Referendum damit, dass aus katalanischer Perspektive alle bisherigen Mittel von politischen Maßnahmen sowie demonstrativen Aktionen erschöpft zu sein schienen. Zum Verständnis: Nach ihrer erfolgreichen Klage gegen das Autonomiestatut 2010 verweigerte die neue PP-Regierung (2011–2018) in der Folge den Dialog mit Katalonien. Von katalanischer Seite gab es bis 2017 „18 Versuche, mit dem spanischen Parlament und der spanischen Regierung ein Referendum zur Selbstbestimmung über die Unabhängigkeit Kataloniens zu vereinbaren.“ (Liebert 2018: 339) Durch das wiederholte Verbot eines Referendums seit 2013 sah sich die Bewegung in ihrem demokratischen „dret a decidir“ (dt. Recht zu entscheiden) gehindert (Zelik 2018: 178).

Auf Massendemonstrationen hatten Hunderttausende über Jahre hinweg ihre Unabhängigkeitsforderung erklärt. Auf dieses Anliegen reagierte die PP mit anti-katalanischer Stimmungsmache bis hin zu Boykottaufrufen (Bernecker 2018: 348). Diese Entwicklungen förderten innerhalb der Bewegung die Bereitschaft zu einer kollektiven Aktion in Form der Vorbereitung und Durchführung des verbotenen Referendums. Dabei handelte es sich um einen *öffentlichen Akt*: Bereits Monate vorher fanden Mobilisierungen für das Referendum durch Wahlplakate, Social Media, Fernsehspots und Veranstaltungen statt.¹⁶ Das Referendum war nicht nur durch die PP-Regierung verboten, sondern diese hatte angekündigt, es „mit allen verfügbaren juristischen und polizeilichen Mitteln“ zu verhindern (Bernecker 2018: 354). Im Vorfeld des Referendums wurden 17.000 Polizist_innen, darunter Einsatzkräfte der Guardia Civil (Militärpolizei), nach Katalonien geschickt. Sie suchten nach Propagandamaterial, Wahlunterlagen, Wahlzetteln und Wahlurnen. Es kam zu Inhaftierungen, (Internet-)Zensur und Beschlagnahmung von Propagandamaterial und Wahlzetteln (Zelik 2018: 193).

„Operació Urnes“: Kollektives klandestines und illegales Handeln

Durch das Verbot und die repressiven Maßnahmen war die Durchführung des Referendums nur durch die *vorsätzliche Verletzung* einzelner Rechtsnormen

¹⁶ El País Honduras, 1.10.2017.

möglich. Diese begann mit der Organisierung der Wahlurnen. Eine bedeutende Rolle für eine unter den Umständen „geordnete Durchführung“ des Referendums nahm der Einsatz von ordentlichen Wahlurnen ein. Denn ohne echte Wahlurnen wäre es schwierig geworden, dass das verbotene Referendum einer Prüfung durch die Weltöffentlichkeit hätte Stand halten können.¹⁷ Das Verbot verhinderte, dass Wahlurnen regulär gekauft werden konnten. Entsprechend mussten 10.000 Urnen illegal beschafft und klandestin auf ca. 2.000 Wahllokale verteilt werden. Die Beschaffung und das Verstecken der Urnen waren geprägt von einer kollektiven *Verletzung einzelner Rechtsnormen*.

Laut journalistischen Recherchen von Laia Vicens und Xavi Tedó, Autor_innen des Buches *Operació Urnes*, wurde bereits im März 2017 mit den Vorbereitungen begonnen: Die ganze Operation hat ihren Informationen nach mittels eines „Pyramidensystems“ funktioniert.¹⁸ Den Plan zur Urnenbeschaffung und -verteilung hatte eine Kleingruppe entwickelt. Im Juni wurden 10.000 Urnen von einer Person (Pseudonym „Lluis“) über eine französische Firma in Guangzhou (China) gekauft. Diese wurden im Juli nach Marseille verschifft und von dort zum französischen Grenzort Elna gebracht.¹⁹ Ab diesem Zeitpunkt begann der Akt des kollektiven klandestinen Handelns: Unter der Leitung von acht Koordinator_innen wurden die Urnen einzeln mit hunderten von Privat-Pkws über Wochen hinweg über die französisch-spanische Grenze in acht verschiedene Lager in Katalonien geschmuggelt. (Aufgrund islamistischer Attentate in Frankreich und Barcelona fanden zu der Zeit vermehrt Grenzkontrollen statt.)

Um die Polizeikontrollen zu umgehen, entwickelten die Aktivist_innen ein eigenes Warnsystem: Beim Schmuggeln der Urnen (sowie in Frankreich gedruckter Wahlzettel) fuhr ein Wagen voraus, um zu klären, ob es Polizeikontrollen gab. Über verschlüsselte Messenger wurden die Informationen weitergegeben.²⁰ Ab den Lagern übernahmen lokale Koordinator_innen, die Organisation der Weiterverteilung und des Versteckens der Urnen.²¹ Auch hier fungierte ein Netzwerk aus Freunden, - Familien, - Bekannten- und politischen Kreisen, welches die Urnen klandestin weiterreichte. Kurz vor dem Referendum wurden die Urnen in Nähe der Wahllokale versteckt.

¹⁷ Vgl. Méndez, 3.10.2017.

¹⁸ Vgl. Redacción, La Vanguardia, 29.12.2017.

¹⁹ Vgl. Redacción, La Vanguardia, 29.12.2017.

²⁰ Siehe auch Videoclip, „Charlas en clave, imprentas en Francia y urnas en cochebes“, www.elconfidencial.com.

²¹ Güell, 3.10.2017.

Verbotenes Referendum und massenhafter ziviler Ungehorsam

Um die Durchführung des verbotenen Referendums zu gewährleisten, hatten sich die lokalen CDRs gegründet. Ihr Hauptanliegen war die Öffnung von Schulen als Wahllokale.²² Dafür wurden über das Wochenende 24stündige Schulaktivitäten wie Sport, Theater sowie Bastelworkshops gemeinsam mit Schüler_innen, Lehrer_innen, Eltern und Nachbar_innen organisiert. Dies sollte verhindern, dass die Schulen durch die spanische Polizei geschlossen werden konnten.²³ Um das Vorgehen der Polizei weiter zu behindern, kam es auch zu illegalen (nächtlichen) Aktivitäten, u. a. wurden Straßennamen entfernt und mit Traktoren Straßen und Schulen blockiert.

In den frühen Morgenstunden des 1. Oktober sollte die Bevölkerung zum Schutz der Schulen animiert werden. Dazu wurden sogenannte „Escraches“ (Protestform des „Lärm-Machens“, insbesondere durch Schlagen auf Kochtöpfe) durchgeführt. Ab 5 Uhr morgens sammelten sich um die provisorischen Wahllokale hunderte Bürger_innen und bildeten friedliche Menschenketten und Sitzblockaden, um eine Schließung der „Wahllokale“ zu verhindern. Zeitgleich tauchten die Wahlurnen und Wahlzettel auf. Zum Teil warteten Bürger_innen stundenlang, um abzustimmen und den Ort zu schützen. Im Tagesverlauf versuchte die spanische Polizei in verschiedene Schulen einzudringen, um Urnen zu beschlagnahmen und die Wahllokale zu schließen. Dabei setzten sie u. a. Schlagstöcke und in Katalonien verbotene Gummigeschosse ein: Es gab über tausend verletzte Bürger_innen.

In kürzester Zeit verbreiteten sich die Bilder des polizeilichen Vorgehens in den sozialen Medien. Statt Einschüchterung hatten die Bilder den gegenteiligen Effekt: Viele Bürger_innen sahen die Meinungsfreiheit gefährdet, verurteilten die polizeiliche Gewalt und gingen deswegen wählen. Im Nachhinein kritisierte u. a. Amnesty International die „exzessive Gewalt gegen friedliche Demonstrierende“²⁴ durch spanische Ordnungskräfte. Dennoch hielten sich die Bürger_innen an den vereinbarten pazifistischen Aktionskonsens, womit das Habermasche Kriterium der „Begrenzung auf gewaltfreie Mittel des Protests“ erfüllt ist.

Als ein weiteres Kriterium gilt der „ausschließlich *symbolische Charakter*“ (Habermas 1983: 35). Um diesen Aspekt zu beleuchten, müssen die Entwicklungen um und nach dem Referendum betrachtet werden. Beim verbotenen Referen-

22 Comitès de defensa del Referèndum.

23 Raons per la República.

24 Amnesty International, 23.5.2018.

dum gaben 2.262.424 von 5.313.000 Wahlberechtigten ihre Stimme ab. Über 90 % votierten für die Unabhängigkeit, dies entspricht 42,5 % aller Wahlberechtigten.²⁵ In der Folge sah sich das katalanische Parlament an sein Versprechen gebunden, nach einer positiven Entscheidung die *República Catalana* auszurufen. Am 10.10.2017 wurde eine Unabhängigkeitserklärung abgelegt, die jedoch gleich wieder ausgesetzt wurde, um in einen Dialog mit der spanischen Regierung eintreten zu können.

Vor allem aufgrund des Drucks der Straße wurde am 27.10.2017 vom katalanischen Parlament verkündet: „Wir konstituieren die katalanische Republik als unabhängigen und souveränen Staat.“ (Bernecker 2018: 356) Einerseits wurde dies als gültige Ausrufung eines katalanischen Staates gewertet, z. B. machte EU-Ratspräsident Donald Tusk daraufhin deutlich, „dass die spanische Regierung weiterhin der einzige Ansprechpartner der EU sein werde.“ (ebenda) Andererseits erklärte u. a. die katalanische Parlamentspräsidentin Carmen Forcadell später vor Gericht, dass diese Erklärung nur von „symbolischer“ Natur und ohne jede Rechtsfolgen gewesen sei.²⁶ An dieser Stelle lässt sich nicht abschließend klären, inwiefern die Ausrufung ein „symbolischer Akt“ oder mehr gewesen ist.

Ein weiteres Kriterium nach Habermas ist „die Bereitschaft, für die rechtlichen *Folgen* der Normverletzung einzustehen“. Infolge der Ausrufung des katalanischen Staates reagierte der spanische Senat umgehend, indem er den Paragraphen 155 anwendete: Dies bedeutete für Katalonien die Absetzung der Regierung, Parlamentsauflösung und Neuwahlen. Zudem ordnete die spanische Strafkammer das Erscheinen des damaligen katalanischen Präsidenten Puigdemont und weiterer Kabinettsmitglieder vor Gericht an, woraufhin einige ins Exil flohen. In der Folge wurden mehrere Politiker_innen inhaftiert, zuvor waren bereits die beiden Vorsitzenden vom ANC und OC verhaftet worden. Der Vorwurf lautete auf *rebelion* (Rebellion), *sedición* (Aufruhr) und den Politiker_innen wurde zudem *malversación* (Veruntreuung öffentlicher Mittel) im Zusammenhang mit dem Referendum vorgeworfen.

Im aktuell laufenden Prozess gegen zwölf katalanische Repräsentant_innen fordert die Staatsanwaltschaft bis zu 25 Jahre Haft (Bernecker 2018: 356). Die ins Exil Geflohenen weigerten sich, vor einem spanischen Gericht zu erscheinen, da sie keinen fairen Prozess erwarteten. Aufgrund von Spanien erlassener europäischer Haftbefehle wurden sie dann im Exil inhaftiert. Allerdings kamen deutsche und belgische Gerichte zu dem Schluss, dass die Tatvorwürfe nicht erfüllt wären, weswegen keine Auslieferung stattfand. Demnach haben sich diejenigen, die

²⁵ Generalitat de Catalunya, 2.10.2017.

²⁶ Guindal, 9.11.2017.

nach Ansicht des spanischen Gerichts für das Referendum verantwortlich waren, ihrer Verantwortung gestellt – wengleich z. T. vor Gerichten anderer EU-Länder.

3 Resüme

Nach der Anwendung der Habermaschen Definition von zivilem Ungehorsam auf das verbotene Unabhängigkeitsreferendum lässt sich feststellen, dass nahezu alle seiner Kriterien erfüllt worden sind. Diskussionspotential besteht um den Sachverhalt des Kriteriums des „ausschließlich *symbolischen Charakters*“: Ist dieses erfüllt oder sind die Handlungen anders einzustufen?

Insbesondere das repressive Vorgehen der spanischen Institutionen – der Polizeieinsatz beim Referendum, der Einsatz des § 155 sowie der Prozess gegen katalanische Repräsentant_innen – hat zur Verhärtung der Haltung auf der katalanischen Seite geführt. Bisher ist es mit dem Referendum und anschließenden Blockadeaktionen bei begrenzten Regelverletzungen geblieben. Allerdings ist fraglich, inwiefern es bei diesen Protestformen bleibt. Zu Prozessbeginn Anfang 2019 hat der Katalonienexperte Peter Kraus die Konfliktsituation folgendermaßen problematisiert: Bisher habe die spanische Regierung „die Entscheidung den Gerichten überlassen, die eigentlich auf politischem Weg hätten getroffen werden müssen“.²⁷ Solange es nicht zu einer ernstzunehmenden politischen Dialogbereitschaft – auch unter internationaler Vermittlung – kommt, besteht die Gefahr, dass es in Zukunft zu einer weiteren Zuspitzung der Katalonienkrise kommen kann.

Dr. phil. Silke Hünecke ist Politikwissenschaftlerin und wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Professur Kultureller und Sozialer Wandel am Institut für Europäische Studien und Geschichtswissenschaften (IESG) der Technischen Universität Chemnitz. Ihre Forschungs- und Arbeitsschwerpunkte sind Erinnerungspolitik, Konfliktforschung, Soziale Bewegungen, Iberische Studien (Schwerpunkt: Spanien/Katalonien) und qualitative Sozialforschung. Ihre 2013 an der Freien Universität Berlin veröffentlichte Dissertation trägt den Titel: „Die Überwindung des Schweigens. Verdrängte Geschichte, politische Repression und kollektives Trauma als Gegenstand der Arbeit der erinnerungspolitischen Bewegung im spanischen Staat.“ Kontakt: silke.huenecke@phil.tu-chemnitz.de

²⁷ Kraus im Interview, 25.3.2019.

Literatur

- Assmann, Aleida* 2003: Erinnerungsräume. Formen und Wandlungen des kulturellen Gedächtnisses. Beck-Verlag.
- Assmann, Jan* 2002: Das kulturelle Gedächtnis. Schrift, Erinnerung und politische Identität in frühen Hochkulturen. Beck-Verlag.
- Balstier, Thomas* 1996: Straßenprotest. Formen oppositioneller Politik in der Bundesrepublik Deutschland. Westfälisches Dampfboot.
- Bernecker, Walther* 2018: Spaniens Geschichte seit dem Bürgerkrieg. München.
- Bernecker, Walther* 2007: Tausend Jahre katalanische Geschichte: ein Überblick. In: Eßer Torsten/Stegmann, Tilbert D. (Hg.): Kataloniens Rückkehr nach Europa 1976–2006. Geschichte. Politik, Kultur und Wirtschaft. LIT-Verlag, 7–17.
- Ebert, Theodor* 2012: Erfolg durch zivilen Ungehorsam? In: Forschungsjournal soziale Bewegungen 25(1), 60–65.
- Habermas, Jürgen* 1983: Ziviler Ungehorsam – Testfall für den demokratischen Rechtsstaat., In: Glotz, Peter (Hrsg.): Ziviler Ungehorsam im Rechtsstaat. Suhrkamp, 29–53.
- Hünecke, Silke* 2013: Die Überwindung des Schweigens. Verdrängte Geschichte, politische Repression und Kollektives Trauma als Gegenstand der Arbeit der erinnerungspolitischen Bewegung im spanischen Staat. Berlin. refubium.fu-berlin.de.
- Kern, Thomas* 2008: Soziale Bewegungen. Ursachen, Wirkungen, Mechanismen. VS Verlag.
- Liebert, Ulrike* 2018: Staatenverein oder demokratische Bürgerunion? Die Katalonien-Krise als Testfall für die Zukunft Europas. In: Forschungsjournal soziale Bewegungen 31(1–2), 337–347.
- Rucht, Dieter* 2004: Anstöße für den Wandel – Soziale Bewegungen im 21. Jahrhundert. In: Vortrag im Rahmen der Gründungsversammlung für „Die Bewegungsstiftung – Anstöße für soziale Bewegungen“, Haus der Demokratie, Berlin, 2. März 2002, URL www.wzb.eu
- Zelik, Raul* 2018: Spanien. Eine politische Geschichte der Gegenwart. Bertz + Fischer Verlag.

Internetliteratur

- Amnesty International (AI), Amnesty International Report 2017/2018. Spanien 2017/18, in: amnesty.de, 23.5.2018, www.amnesty.de/jahresbericht/2018/spanien.
- Assemblea Nacional Catalana (ANC): What is the ANC?, in: assemblea.cat, assemblea.cat.
- Assemblea Nacional Catalana (ANC), Què ès l'Assemblea. Història. Via catalana cap a la independència, in: assemblea.cat, assemblea.cat.
- Assemblea Nacional Catalana (ANC), Què ès l'Assemblea. Història. La gran V, in: assemblea.cat, assemblea.cat.
- Assemblea Nacional Catalana (ANC) Deutschland, Die Katalanische Nationalversammlung. Bürgerbewegung für die Unabhängigkeit Kataloniens, in: anc-deutschland.cat, www.anc-deutschland.cat.
- BBC News, España y los „craches“: ¿protesta legítima o acoso?, in: BBC News, www.bbc.com.
- Comitès de defensa del Referèndum, Comunicado de los 'Comitès de defensa del Referèndum' de Catalunya (cast/cat), in: kaosenlared.net, kaosenlared.net, 15.10.2017.
- Delclós, Tomàs, Cálculo de manifestantes, in: elpais.com, 13.9.2012.

- El País. Honduras. Redacción, Piqué, Guardiola y Xavi a favor del referéndum, in: elpais.hn, 1.10.2017.
- Electomamía, ICPS: se mantiene la división en Cataluña sobre la opción independentista, in: eleczomania.es, 28.11.2018.
- Méndez, Rafael, Charlas en clave, imprentas en Francia y urnas en coche: así burló el 1-O al Estado, in: elconfidencial.com, 3.10.2017.
- Fernández, Antonio, Así funcionan los 390 grupos de CDR, los ,comandos Y' vascos de Cataluña, in: elconfidencial.com, 8.4.2018.
- Generalitat de Catalunya, El „sí“ s'imposa amb un 90 % dels vots dels 2.262.424 catalans que han pogut votar, in: govern.cat.
- Greis, Friedhelm, Wie Katalonien die spanische Internetzensur austrickste, Golem. IT-News für Profis, in: golem.de, 5.1.2018.
- Guindal, Carlota, Tribunal Supremo. La Fiscalía pide prisión incondicional para Forcadell y otros tres miembros de la Mesa, in: lavanguardia.com, 9.11.2017.
- Guindal, Carlota, Vía Forcadell. Junqueras asume el 155 y define la DUI como meramente “política”, in: lavanguardia.com, 21.11.2017.
- Güell, Oriol, El secreto mejor guardado de Cataluña, in: El País, 3.10.2017, elpais.com.
- Hecking, Claus, Rapp, Tobias, Carles Puigdemont im Interview. Kataloniens Premier über den Bruch mit Spanien. „Wir wollen unser Recht“, in: spiegel.de, 21.09.2017.
- Kraus, Peter, „Die Politik hat sich verabschiedet“, in: Tagesschau24-Interview, Experte zu Katalonien, 25.3.2019, www.tagesschau.de.
- La Vanguardia. Redacción, Dos periodistas reconstruyen la operación clandestina para poner urnas el 1-O, in: lavanguardia.com, 29.12.2017.
- La Vanguardia. Redacción, Los tramos de la Via Lliure. In: La Vanguardia, www.lavanguardia.com.
- Méndez, Rafael, Charlas en clave, imprentas en Francia y urnas en coche: así burló el 1-O al Estado, in: El Confidencial, www.elconfidencial.com.
- Omnium Cultural, Presentation, www.omnium.cat.
- Pujol, Jordi, Artículo del 'Expresident' de la Generalitat. Jordi Pujol: Nadie tiene que marcharse, in: elperiodico.com, 4.10.2012.
- Raons per la República, Wer sind die CDRs?, in: Der Freitag. Das Meinungsmedium, Community, freitag.de, 8.4.2018.
- Sabaté, Josep, Pressekonferenz, La Via Lliure per la República Catalana: els primers detalls. La mobilització de la Diada té el propòsit d'omplir de dalt a baix la Meridiana. In: dailymotion.com, 2.7.2015.
- Schreiber, Krystyna, Sosna, Gunther, Mund halten – Spaniens Kampf gegen die Meinungsfreiheit in der Demokratie, in: Neue Debatte, 14.1.2018, neue-debatte.com.
- Ubieto, Gabriel, El órdago independentista. Comités de Defensa de la República, los ,soviets' de la ,revolució dels somriures', in: elperiodico.com, 7.11.2017.
- Vallvé i Ribera, Joan, Persönliche Email Korrespondenz. Email Antwort von Joan Vallvé i Ribera auf meine Fragen bzgl. der Konzeption und Durchführung der Diada-Demonstrationen, 20.12.2018.

Themenschwerpunkt

Rupert Graf Strachwitz*

Ein neues Narrativ für Europa

<https://doi.org/10.1515/fjsb-2019-0058>

Zusammenfassung: Gedanken und Aufrufe zu einer neuen europäischen Ordnung gibt es schon bald 150 Jahre. Es scheint aber, daß wir keinen Schritt weitergekommen sind. Heute brauchen wir diese neue Ordnung dringender denn je. Uns nur auf technische Innovation zu verlassen, erscheint gefährlich. Gebraucht wird ein Ordnungsmodell für das 21. Jahrhundert. Es wird sich wahrscheinlich eher auf Regionen als auf Nationen und ganz sicher auf eine europäische Zivilgesellschaft stützen müssen. Auch diese muss sich allerdings erst entwickeln, obwohl es seit fast 100 Jahren zivilgesellschaftliche europäische Bewegungen gibt. Hierzu bedarf es eines neuen europäischen Narrativs.

The New Narrative for Europe

Abstract: Thoughts and appeals for a new European order have been around for nearly 150 years. But it seems we have not made any progress. Today our need for this new European order is greater than ever. It would be dangerous to rely on technical innovation only. We are called upon to develop a model for the 21st century. It will most probably rely on regions rather than on nation states, and most certainly on a European civil society. This has yet to emerge, although European civil society movements have existed for more than 100 years. To this end, we need a new European narrative.

1 Einführung

„Im Juni 1914 siegten die Nationalstaaten über den proletarischen Internationalismus und den bürgerlichen Kosmopolitismus. Seither wurde die Nation zur allumfassenden Identität der europäischen Völker.“ (Heller 2019: 21) Diese Analyse ist, so muss man 100 Jahre später mit Bedauern feststellen, völlig zutreffend. Unwidersprochen blieb das nicht. Im Oktober 1914 verfasste eine kleine Gruppe

*Kontakt: Dr. phil. Rupert Graf Strachwitz, Maecenata Stiftung, Maecenata Instituts für Philanthropie und Zivilgesellschaft, Berlin, Deutschland

von Deutschen um den Arzt Georg Friedrich Nicolai und den Physiker Albert Einstein einen „Aufruf an die Europäer“. Er war als Antwort auf das sogenannte Manifest der 93 Wissenschaftler „An die Kulturwelt“ gedacht, in dem dessen Unterzeichner, darunter Max Planck, die These von der deutschen Kriegsschuld zurückgewiesen und die Kriegsverbrechen der Armee in den ersten Kriegswochen in Belgien verteidigt hatten. Dort heißt es unter anderem: „Die Welt ist durch die Technik kleiner geworden, die Staaten der großen Halbinsel Europa erscheinen heute einander so nahe gerückt wie in alter Zeit die Städte jeder einzelnen kleineren Mittelmeerhalbinsel, und Europa – ja man könnte fast sagen, die ganze Welt – stellt bereits durch die mannigfachsten Beziehungen eine in den Bedürfnissen und Erlebnissen jedes einzelnen begründete Einheit dar.“ (Nicolai 1917)

Weiter führte Nicolai aus: „Da wäre es doch wohl Pflicht der gebildeten und wohlwollenden Europäer, wenigstens den Versuch zu machen zu verhindern, dass Europa infolge seiner mangelhaften Gesamtorganisation dasselbe tragische Geschick erleidet wie einst Griechenland. [...] Wir wollen grundsätzlich betonen, dass wir fest davon überzeugt sind, dass die Zeit da ist, in der Europa als Einheit auftreten muß, um seinen Boden, seine Bewohner und seine Kultur zu schützen“ (Nicolai 1917). Der Aufruf endete mit einem Appell: „Wir selber wollen hierzu nur anregen und auffordern, und so bitten wir Sie, falls Sie unser Gesinnungsgenosse und gleich uns entschlossen sind, dem europäischen Willen einen möglichst weitreichenden Widerhall zu verschaffen, Ihre Unterschrift zu senden.“ (Nicolai 1917)

Obwohl in diesem Beitrag vor allem von einem neuen Narrativ die Rede sein soll, erscheint es wichtig, an relativ lang zurückliegende Bemühungen zu erinnern, die Idee eines vereinigten Europas auf die politische Tagesordnung zu setzen. Bereits 1871 hielt der Engländer John Robert Seeley in London einen Vortrag, dem er den Titel „The United States of Europe“ gab. Darin erinnerte er daran, es habe die Hoffnung bestanden, dass die Einführung demokratischer Regierungen Krieg überflüssig machen würde. Dieses habe sich aber nicht bewahrheitet (Seeley 2008). Die Lösung, die Seeley anbot, enthielt unter anderem folgenden Vorschlag: „Um stark und effektiv zu sein, muß ein solches System [einer Föderation aller Mächte (Anm. d. Verf.)] mit Sicherheit einen engeren Zusammenschluss beinhalten; das heißt nicht einen Bund nach Art des früheren Deutschen Bundes, sondern einen Zusammenschluss nach dem Modell der Vereinigten Staaten mit einem vollständigen Apparat der legislativen, exekutiven und judikativen Gewalten und erhaben über jede Abhängigkeit von den Regierungen der Staaten.“ (Seeley 2008: 17)

Auf der italienischen Gefängnisinsel Ventotene schrieben 1941 drei dort inhaftierte Italiener mit dem Ruß abgebrannter Streichhölzer das „Manifest von Ventotene“ und gaben ihm den Titel „Für ein freies und einiges Europa“. Dort

heißt es unter anderem: „Die Nation ist im Gegenteil zu einem göttlichen Wesen geworden, das ausschließlich seine eigene Existenz und Entwicklung im Auge behalten soll, ohne Rücksicht darauf zu nehmen, dass es dadurch anderen Schaden zufügt.“¹ Im weiteren heißt es dann: „Da die Zeit reif ist, neue Werke zu vollbringen, wird es auch die Zeit neuer Menschen sein: die Zeit der Bewegung für ein freies und vereintes Europa.“ (ebenda)

Die hier beispielhaft genannten Zeugnisse haben eines gemeinsam: Es waren Bewegungen, die von Bürgerinnen und Bürgern ausgingen und die von den Regierungen kaum anerkannt wurden, obgleich sie wesentliches beitrugen. Sie zeigen, dass schon im Rückblick das im öffentlichen und politischen Diskurs nach wie vor vorherrschende Narrativ des europäischen Eingungsprozesses, dargestellt als der erfolgreiche Versuch von Politikern, die Folgen des 2. Weltkriegs, die (angebliche) deutsch-französische Erbfeindschaft und andere historische Hinterlassenschaften der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts zu überwinden, historisch zwar nicht falsch, aber denkbar unvollständig ist.

Die suggestive Wirkung dieses Narrativs ist inzwischen sehr gering und nimmt weiter ab, zumal diplomatisches Verhandeln immer weniger in der Lage ist, die Emotionen der Bürgerinnen und Bürger zu wecken und diese nicht ohne Grund immer mehr daran zweifeln, ob die Politiker die europäische Einigung tatsächlich wollen. Die Mischung aus Spektakel und Kuhhandel, die bei den Sitzungen des Europäischen Rates jedes Mal zu beobachten ist, vermittelt jedenfalls diesen Eindruck. Wenn nach über 100 Jahren der ernsthaften Bemühungen noch immer gesagt werden kann: „*L'Europe n'existe pas*. Europa ist kein integrierter Kontinent, sondern nur die Summe seiner Ängste und Antipathien“ (Gujer 2016: 1), ist offenkundig, dass es so nicht weitergehen kann, wenn Europa gewollt wird.

Die Narrative der mehr als zwei Generationen zurückliegenden politischen Ausgangslage des Vereinigungsprozesses sind den nur eine Generation zurückliegenden Narrativen des Transformationsprozesses vergleichbar. Auch hier wird der Beitrag der Bewegungen in ganz Mittel- und Osteuropa zugunsten des angeblich strategischen Planens der Regierungen gern verdrängt (Muschter/R. Strachwitz/V. Strachwitz 2009). Soll aber Europa sich weiter entwickeln, muss es zum einen Narrative geben, die emotional ansprechen und zugleich rational begründbar sind, zum anderen muss der oft entscheidende Beitrag von Bewegungen, die die entscheidenden Anstöße geben, deutlicher in das Blickfeld gerückt und gewürdigt werden. Die Narrative müssen von den Herausforderungen des

¹ <https://www.jef-bw.de/wp-content/uploads/2014/01/Manifest-von-Ventotene-Deutsch.pdf> (25. August 2019)

21. Jahrhunderts ausgehen und die Realität des 21. Jahrhunderts widerspiegeln. Dies ist kein Sakrileg gegenüber den Leistungen der Väter, sondern eine praktische Notwendigkeit. Es leuchtet heute mehr denn je ein, Europa zu begreifen, zu verteidigen und zu erkämpfen als:

- Antwort auf die Herausforderung der Globalisierung,
- Schutz vor imperialen Mächten,
- Akteur in den Konflikten des 21. Jahrhunderts,
- Sicherheit im Zeitalter von Trump, Putin und anderen,
- Weltregion der Partizipation und des Handlungsraums einer freien Zivilgesellschaft und
- erstrebenswerte Lebens- und Wertegemeinschaft

Das Interesse an Europa war im Vorfeld der letzten Wahlen zum Europäischen Parlament größer als je vorher; neue Bewegungen wie *Pulse for Europe* haben dazu entscheidend beigetragen. Noch erfreulicher ist, dass die Zustimmung zu Europa bei den Bürgerinnen und Bürgern deutlich gestiegen ist². Aber dies darf nicht dazu verführen, zu glauben, es bedürfe nun keiner weiteren Debatte. Im Gegenteil: Daran besteht akuter Bedarf. Einige Themen sollen in diesem Beitrag zur Diskussion gestellt werden:

- die geopolitische Herausforderung,
- die Herausforderung einer neuen politischen Ordnung,
- der Beitrag der Zivilgesellschaft,
- die europäische Identität.

2 Die geopolitische Herausforderung

Europa hat wenige Freunde in der Welt, aber viele Wettbewerber. In vielen Regionen der Welt gibt es nach wie vor ein erhebliches Mißtrauen gegenüber früheren Kolonialmächten und – höchst lebendigen – eurozentristischen Attitüden. China, die USA und Russland demonstrieren uns ganz offen, wie sehr sie allein die Herren im *global village* sein wollen, die BRICS-Staaten warten in der Tür, und die bislang noch nicht so sehr in Erscheinung getretenen Staaten entlang der „Seidenstraße“ werden in Kürze ebenfalls zur Stelle sein (Frankopan 2015: 509), weil „in vielerlei Hinsicht, das 20. und frühe 21. Jahrhundert für die Vereinigten Staaten und für Europa eine Art Katastrophe waren, indem sie erfolglos versuchten, ihre Position

² Die größte pro-europäische Demonstration fand am 23. März 2019 in London statt.

gegenüber den wichtigen Regionen zu behaupten, die den Osten und den Westen verbinden“ (ebenda: 508).

Für Deutschland hat dies noch eine zusätzliche Bewandnis. Jahrzehntlang mußte sich Deutschland – wohlgerne aus guten Gründen – gefallen lassen, dass die Karte der Nazi-Greuel und der verlorenen zwei Weltkriege gezogen wurde, wenn deutsche politische Positionen irgendjemandem nicht gefielen. Dies machte Rußland ebenso wie Israel, Frankreich ebenso wie Griechenland, Großbritannien ebenso wie die Vereinigten Staaten. Seit der von Angela Merkel initiierten Willkommenskultur durch ihre Ankündigung, die Grenzen für Flüchtlinge und Migranten weit zu öffnen (Merkel 2015), sticht diese Karte im internationalen diplomatischen Geschäft nicht mehr und wird auch nicht mehr ernsthaft gezogen. In der seit 2014 aktuellen Krise um die Ostukraine wuchs Deutschland in die Rolle einer *leading nation* hinein, ohne dass es „durch lautstarke Hinweise anderer europäischer Mächte gebremst wurde, indem diese auf die Rolle hinwiesen, die Deutschland am Ende des Ersten und im Zweiten Weltkrieg in der Ukraine gespielt hatte“. (Münkler 2015: 50)

Es geht also nicht mehr oder kaum noch darum, das große und potenziell gefährliche Deutschland einzubinden oder einzudämmen. Vielmehr hat mit oder ohne Donald Trump im Weißen Haus und Wladimir Putin im Kreml Europa gar keine andere Wahl, als sich zusammenzutun, wenn diese Staatengemeinschaft weiterhin oder vielleicht sogar erstmals als globale Akteurin respektiert werden möchte – mit den Akzenten, die sie setzen kann, als „normative Macht“ mit *soft power* (Offe 2016: 89). Wenn sie das schafft, ist sie ein starker, wenn nicht, ist sie überhaupt kein Partner.

In den Brexit-Verhandlungen mit Großbritannien haben die 27 anderen EU-Mitglieder gezeigt, dass sie zusammenstehen können. Den Kräften in USA, Russland und Großbritannien, die die anti-europäische Stimmung im Vereinigten Königreich dazu nutzen wollten, um Europa aufzusprengen, ist dies jedenfalls bisher nicht gelungen. Doch ist dieser Zusammenhalt der Regierungen, wie man bei anderen Themen ständig beobachten kann, nach wie vor höchst fragil – und bleibt hinter der Identitätsfindung der Bürgerinnen und Bürger weit zurück.

Es kann keinerlei Zweifel daran geben, dass sich die Bürger Europas große Sorgen über eine gemeinsame Verteidigungspolitik und gemeinsame geopolitische Strategien machen. Europäer wollen heute nicht unter dem Diktat Washingtons leben, und es ist anzunehmen, dass die Zeiten vorbei sind, in denen einige Europäer sich im Interesse der Vereinigten Staaten in ein militärisches Abenteuer hineinziehen lassen würden. Auf diese Sorgen antworten die Regierungen trotz einer im Kern gleichen und neuartigen Interessenlage mit Rezepturen des 20. Jahrhunderts. Sicherheit, Freiheit, die Weiterentwicklung unserer Demokratie und unserer Wirtschaftsordnung, die Antworten auf die unübersehbaren Heraus-

forderungen des Klimawandels und vieles andere mehr übersteigen bei weitem den Deliberations-, Entscheidungs- und Handlungsrahmen aller europäischen nationalen Regierungssysteme, zumal ihre Behauptung, sie seien souverän, schon angesichts der kaum noch überschaubaren internationalen Vertragsbindungen geradezu lächerlich ist. „Alte Parolen klingen hohl.“ (Heller 2019: 52)

Am 16. Februar 1919 notierte Harry Graf Kessler, Kunstförderer, großer Europäer und genauer Beobachter des Weltgeschehens, in sein Tagebuch, der Völkerbund könne doch auch als ein Bund von Verbänden konzipiert werden, um den ständigen Widerstreit unterschiedlicher nationaler Interessen zu überwinden. So neu wäre daher heute die Idee nicht, das große europäische Projekt von den Nationalstaaten abzukoppeln. Die Geschichte lehrt, dass politische Ordnungen ebenso endlich sind wie politische Narrative. Zu glauben, eine Ordnung sei endgültig, das „Ende der Geschichte“ (Fukuyama 1992) sei erreicht, hat sich immer und immer wieder als irrig erwiesen. Die Zeitspanne eines Ordnungssystems war selten länger als zwei, allenfalls drei Generationen.

In Europa sind wir heute an einem historischen Punkt, der ein neues Ordnungskonzept dringend erforderlich erscheinen lässt. Brexit, gemeinsame Sicherheitsinteressen, Prinzipien, die den Europäern gemeinsam sind, sie aber von anderen Bürgerinnen und Bürgern dieser Welt unterscheiden, und anderes mehr sind Indikatoren dafür, dass die Europäische Union in ihrer derzeitigen Gestalt nicht der Weg zur großen europäischen Einigung ist. Die EU arbeitet zentrale gemeinsame Anliegen ab. Aber vielleicht müssen wir ein neues, zivilgesellschaftlich geprägtes europäisches Projekt darüber legen? Wie das gehen soll, wissen wir noch nicht.

3 Die Herausforderung einer neuen politischen Ordnung

„Nationsbildung gilt seit dem Westfälischen Frieden im 17. Jahrhundert und vor allem seit den nationalen Bewegungen im 19. und 20. Jahrhundert als natürlichste Gebietseinheit, dabei ist sie historisch sehr jung – und könnte ein Auslaufmodell sein.“ (Leggewie 2017: 95) Der Nationalstaat europäischer Prägung ist ein Ergebnis der politischen Philosophie des 16. – 18. Jahrhunderts, endgültig politisch umgesetzt in der Schlussakte des Wiener Kongresses, die am 8. Juni 1815 von den europäischen Mächten unterzeichnet wurde. Er ist wegen geographischer, ethnischer, kultureller und religiöser Inkompatibilität ein Auslaufmodell. Er widersteht dank der Pfadabhängigkeit des politischen Systems noch dem Druck, übersieht aber nicht nur die geopolitischen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts, sondern

auch das in der letzten 200 Jahren gewachsene und nunmehr zu verteidigende Gewicht gemeinsamer Vorstellungen von einer lebenswerten Gesellschaft und die Stärke der transnationalen Zivilgesellschaft.

Die Schlussakte des Wiener Kongresses kann daher ebensowenig die Folie sein, auf der sich Europa weiterentwickelt, wie die nun 70 Jahre alten ersten europäischen Verträge. Ob der Vertrag von Lissabon³ die richtige Folie ist, kann bezweifelt werden. Als ideelles Fundament, als Idee auf der Höhe der Ideengeschichte, ist er wohl doch zu mager, zu technisch, zu detailverliebt. Ein vereinigtes Europa muß nicht die immer engere Union sein. Aber ein in der europäischen Geschichte lange nicht gekanntes Attribut weist sie auf: „Die Kriterien für die Mitgliedschaft [in der Europäischen Union] basieren weniger auf geographischen, sondern auf Wertgrundsätzen.“ (Rifkin 2004: 217)

Dass sich die heutige europäische Vertragsordnung linear und unter Beibehaltung aller Souveränitätsrechte der derzeitigen Mitgliedsstaaten zu einem europäischen Staatswesen nationalstaatlicher Prägung weiter entwickeln könnte, ist dennoch – jedenfalls in absehbarer Zeit – ebensowenig zu erwarten, so sehr sich die Regierungen der Mitgliedsländer auch öffentlich an diese Vorstellung klammern. Sie reden denn auch davon, dass europäische Regelungen stets nur subsidiär gegenüber nationalstaatlichen Regelungen eingeführt werden dürfen. Damit plappern sie und mit ihnen die Medien und viele Bürgerinnen und Bürger unreflektiert etwas nach, was sie nicht durchdacht haben. Sie unterstellen, dass der Nationalstaat das Ordnungskonzept schlechthin darstellt, dem sich alle übrigen unterzuordnen haben. Dies erscheint angesichts der Herausforderungen unrealistisch. Nur technisch voranzugehen, das grundsätzliche Ordnungskonzept aber unverändert beizubehalten, kann nicht funktionieren. Es ist also, unbeschadet Dieter Grimms Kritik, sehr wohl zu fragen, „ob es überhaupt noch Sinn hat, [die Europäische Union] unter Souveränitätsgesichtspunkten zu betrachten“ (Grimm 2016: 49).

Benötigt werden neue Konzepte, die sehr wohl das gemeinsame kulturelle Erbe Europas im Blick haben, aber umfassende Subsidiarität, Inklusion und partizipative Demokratie zum Ausdruck bringen; aber diese Konzepte gibt es nicht. So wenig die britische Regierung vor dem Referendum im Juni 2016 geprüft hatte, welche Konsequenzen der Austritt aus der Europäischen Union einerseits, der

3 Der am 13. Dezember 2007 von den damals 27 Mitgliedern der Europäischen Union abgeschlossene und am 1. Dezember 2009 in Kraft getretene „Vertrag von Lissabon zur Änderung des Vertrags über die Europäische Union und des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft“ ist die derzeit gültige völkerrechtliche Vertragsgrundlage der Europäischen Union (Amtsblatt der Europäischen Union 2007/C 306/01, zuletzt bekanntgemacht durch Abdruck der konsolidierten Textfassungen im Amtsblatt 2012/C 326/01)

Verbleib in ihr andererseits haben würden, und entsprechende konzeptionelle Vorstellungen entwickelt hatte, so wenig haben die europäischen Eliten bisher irgendwelche konzeptionellen Modelle dafür entwickelt, wie das integrierte oder vereinigte Europa als gesamthafter Ordnungsrahmen aussehen könnte. In der öffentlichen Diskussion werden von Charles de Gaulles „Europa der Vaterländer“ bis zu den „Vereinigten Staaten von Europa“ nach 240 Jahre altem amerikanischem Muster traditionelle Konzepte schlagwortartig und unwidersprochen in den Raum gestellt.

Anders als in den USA vor 1776, in Frankreich vor 1789 und in Deutschland vor den Beratungen des Parlamentarischen Rats 1948⁴ mangelt es an weitblickenden Überlegungen, wie eine künftige Ordnung aussehen sollte. „Zwei schwerwiegende Gefahren könnten aus [...] technokratischen Verhältnissen folgen: Die Abwendung von der Idee Europas, die Regression der europäischen Integration und die Verstärkung der ohnehin zu beobachtenden Renationalisierung der Politik in Europa einerseits; andererseits die Banalisierung der Politik ganz grundsätzlich, das Ende der Substanz der demokratischen Idee, die Regression des Citoyens als zentraler Akteur und Handelnder einer Demokratie zum Konsumenten anderswie gestalteter [...] Politik.“ (Gross 1995: 184)

Seit einer Generation laborieren beispielsweise nationale Regierungen mit der Einrichtung von Regionen herum. Der lange Zeit in Europa gehörte Spott über Deutschland als unvollendeter Nationalstaat ist verstummt. Regionalisierung ist angesagt, kann aber nur erfolgreich sein, wenn sie nicht nur als administrative Maßnahme gesehen wird, sondern auch mit einer kulturellen Identität verknüpft wird. Diese zu wecken, ist schwierig, wenn sie nicht historisch gewachsen ist. Das wusste auch der niederländische Unternehmer Alfred H. (Freddy) Heineken, der 1992, angeregt durch die Philosophie Leopold Kohrs (Kohr 1957)⁵, aus eigener Initiative mit einigen Mitstreitern ein Manifest unter dem Titel ‚The United States of Europe‘ veröffentlichte. Darin schlug er vor, Europa in 75 Regionen zu gliedern, die in etwa eine ähnliche Zahl von Bürgerinnen und Bürgern umfassen sollten. Deutschland würde beispielsweise in neun Regionen aufgeteilt werden, eine zehnte würde aus Luxemburg und Teilen Westdeutschlands bestehen (Heineken 1992). Damit würde ein Ausgleich zwischen großen und kleinen Nationen

⁴ Der parlamentarische Rat baute nicht nur auf den Erfahrungen der Vergangenheit, sondern auch auf Konzepten auf, die über Jahre im äußeren und inneren Exil, in nach 1945 lebhaft geführten Debatten, in intensiven Diskussionen mit den westlichen Siegermächten und zuletzt durch den Verfassungskonvent von Herrenchiemsee (1948) entwickelt worden waren.

⁵ Kohr hatte schon 1941 vor einer Nachahmung des amerikanischen Modells der Vereinigten Staaten ebenso gewarnt wie vor großen Nationalstaaten und das Schweizer Kantonsmodell als Vorbild für Europa bezeichnet.

geschaffen und eine neue Ordnung begründet werden. Diese Gedanken machten sich auch Robert Menasse (2013) und später Ulrike Guérot (2016) zu eigen, die in vielen Publikationen für ein Europa der Regionen geworben haben. „Die innere Dynamik der EU gibt den Abgeordneten der Regionalparlamente immer größere Bedeutung [...]. Dann kann dieser kühne Traum Wirklichkeit werden: Europa als erster nachnationaler Kontinent der Weltgeschichte“. (Menasse 2013: 24; Menasse 2012). Es erscheint undenkbar, dass ein künftiges Europa sich als Vereinigte Staaten von Europa nach dem amerikanischen Vorbild aus dem 18. Jahrhundert organisieren wird. Deswegen erscheint es trotz der unbedingt richtigen Forderung nach einer „Abnabelung des gegenwärtigen Standes der Europäischen Integration von den Nationalstaaten, den *Herren* der Verträge“ (Koch 2019, 144) nicht weiterführend, nach einer „Europäischen Nation“ (Ebd., 85 und passim) zu rufen.

Gebraucht wird ein Governance-Modell für das 21. Jahrhundert. Es ist gut möglich, dass dieses Modell starke regionale Elemente enthalten wird, die dazu dienen, schottische, bayerische, katalanische, lombardische, bretonische oder flämische Bürger kulturell einzubinden. Und das ist nur einer der Gründe, warum es sehr unwahrscheinlich erscheint, dass Europas Governance künftig dem gleichen wird, was wir aktuell von der Europäischen Union kennen.

Damit das geschieht, muss intensiv nachgedacht werden. Noch sind diskussionswürdige Modelle und Vorschläge aber nicht in Sicht. Überall in Europa gibt es eine große Zahl wissenschaftlicher Institutionen und unabhängiger Think Tanks, die bereit sind, Ideen zu entwickeln, wie Europa in Zukunft aussehen könnte. Diese muss man ermutigen und dazu befähigen, diese Arbeit weiter auszubauen. Darauf scheint die Politik bisher nicht eingestellt sein.

4 Der Beitrag der Zivilgesellschaft

Es ist denkbar, fast wahrscheinlich, dass eine neue Form von Governance die Zivilgesellschaft – und lokale Regierungen – in einem System der Gewaltenteilung und gegenseitigen Kontrolle („Checks and Balances“) einbezieht, um das derzeitige System zu ersetzen, das in der jüngsten Vergangenheit in nahezu allen sogenannten „westlichen“ Demokratien so eklatante Schwächen gezeigt hat (Crouch 2011: 222ff.). Die Geschichte hat gezeigt, dass neue Ideen häufig in der Zivilgesellschaft entstehen.

„Die Zivilgesellschaft, die Vereine, die Stiftungen, das Sich-drum-Kümmern, das Sich-Einsetzen, das Sich-Engagieren vieler – all das hat ungeheuer zugenommen in den letzten Jahrzehnten. Dies ist eine neue Ressource für das Zusammenwachsen Europas von unten, die in früheren Phasen noch weitgehend fehlte.“

(Kocka 2018: 11) Die Beobachtung der heutigen Situation ist gewiss richtig, aber ob diese Ressource früher gefehlt hat, mag bezweifelt werden. Am Anfang der Versuche, Europa zusammenzuführen, standen zivilgesellschaftliche Bewegungen. 1923 gründete Graf Coudenhove-Kalergi in Wien die Paneuropa-Union. Europäische Bewegungen entstanden 1934 auch in der Schweiz, 1938 in London, 1943 in Italien, 1944 in Frankreich, 1946 in Deutschland. Aufsehen erregten 1950 junge Franzosen und Deutsche, die an der gemeinsamen Grenze Schlagbäume hochrissen. Ohne diese europäische Grundstimmung hätten Politiker die ersten Schritte nicht gehen können.

Dass Zivilgesellschaft in der Lage ist, voranzugehen, hat sie im Helsinki-Prozess bewiesen, der zur Transformation in Mittel- und Osteuropa führte. Sie hat immer wieder den staatlichen Apparat vor sich hergetrieben und sich durchgesetzt. Dies muss auch hier und jetzt geschehen. Denn eines ist klar: Gelingt es nicht, das Projekt Europa in eine generelle Akzeptanz zurückzuführen, bleiben alle Bemühungen vergeblich. Die Bürgerinnen und Bürger Europas müssen das schaffen. Zu glauben, dies alles könne man beim Nachdenken über eine gute politische Ordnung vernachlässigen, ist nicht nur naiv, sondern gefährlich. Letztlich wird der Erfolg des europäischen Projekts davon abhängen, dass die Bürgerinnen und Bürger eine Unumkehrbarkeit hergestellt haben.

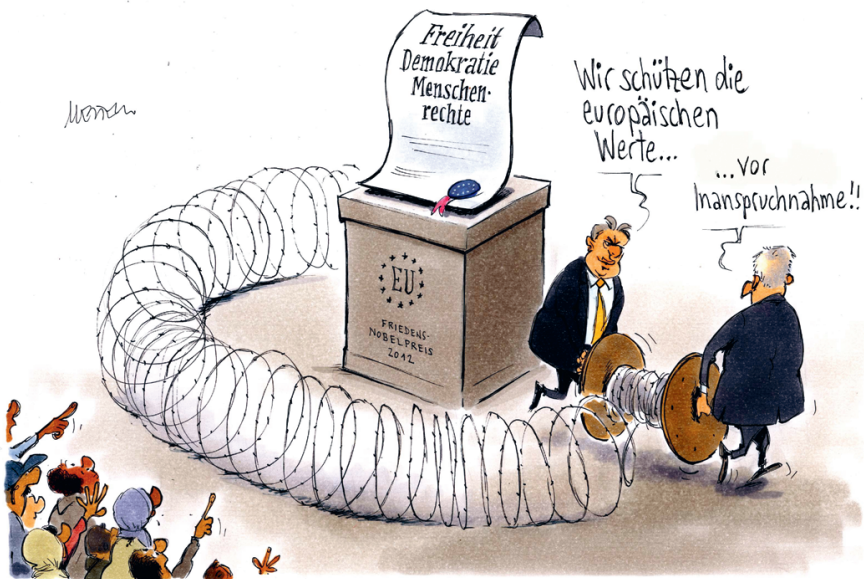
Ruhe ist daher heute gewiss nicht mehr „die erste Bürgerpflicht“⁶. Identität und Loyalität beruhen auf dem aktiven Einreten für das subjektiv erkannte Gemeinwohl. Dazu gehört auch, dass engagierte Bürgerinnen und Bürger heute die Lösungen vorbereiten, die deren gewählte Vertreter dann umzusetzen haben. Gender-Politik, Umweltpolitik und Mauerfall sind nur drei von vielen Beispielen dafür, dass „der Staat“ in den letzten Jahrzehnten das Gestaltungsmonopol aus guten Gründen wieder verloren hat, das er sich angeeignet hatte. Heute gehören Partizipation, Inklusion und Integration zu den Themen, bei denen die Bürgerinnen und Bürger den Staat hinter sich her ziehen müssen.

Allerdings hat die europäische Zivilgesellschaft selbst bisher über eher basale Forderungen hinaus keine Vorstellung davon, geschweige denn ein schlüssiges Gesamtkonzept dafür entwickelt, welchen Rahmen sie sich eigentlich wünschen würde. Noch schlimmer: „Die Bürgerinnen und Bürger merken oft nur langsam, dass ihre Demokratie abgebaut wird – obwohl es vor ihren Augen geschieht.“ (Levitsky/Ziblatt 2018: 92)

⁶ Ursprung dieses geflügelten Wortes ist ein roter Zettel, den der Gouverneur von Berlin, Friedrich Wilhelm Graf Schulenburg, nach der Niederlage in der Schlacht bei Jena (1806) gegen Napoleon an die Straßenecken der Stadt schlagen ließ: „Der König hat eine Bataille verloren. Jetzt ist Ruhe die erste Bürgerpflicht; ich bitte darum. Schulenburg.“

In Europa gibt es durchaus starke Zivilgesellschaften, aber sie werden bedrängt – in Ungarn und Polen zur Zeit mehr als anderswo, aber auch in Westeuropa (Bouchet/Wachsmann 2019). Es muss daher darauf ankommen, aus der Zivilgesellschaft in Europa eine europäische Zivilgesellschaft zu entwickeln. Was dies eigentlich bedeutet, haben nationale Parlamente und Regierungen bisher nicht, die Zivilgesellschaft selbst nur ansatzweise verstanden. Mit „Zuckerbrot und Peitsche“, mit Fördermitteln und hoheitlichen Beschränkungen versuchen erstere, die Zivilgesellschaft an sich zu binden. Aus der Entwicklung Europas versuchen Parlamente und Regierungen, die Zivilgesellschaft herauszuhalten. Regionale und lokale, europäische und andere – nicht zuletzt zivilgesellschaftliche – Loyalitäten könnten sich viel komplikationsloser zu dem Loyalitäts- und Identitätsmix entwickeln, der die Mitglieder moderner Gemeinwesen je einzeln prägen sollte.

Eine europäische Dimension erreicht die Zivilgesellschaft, so lässt sich daher zusammenfassen, nur dann, wenn sie als europäischer *demos*, als europäisches Volk, auftritt oder sich dafür einsetzt. Dies muss nicht analog zum politischen Einigungsprozess im engeren Sinn geschehen (Schmale 2008: 168), schon gar nicht ist, wie Simms und Zeeb meinen, eine europäische Staatlichkeit dafür die Voraussetzung (Simms/Zeeb 2016: 122).



Bei ihrer Bewerbungsrede vor dem Europäischen Parlament versprach Ursula von der Leyen: *“I want European citizens to play a leading and active part in building the future of our Union. I want them to have their say at a Conference on the Future of Europe, to start in 2020 and run for two years.”* (von der Leyen 2019) An diesem Satz wird sie sich messen lassen müssen. Einen konkreten Vorschlag gibt es hierzu aus Österreich, ein Plädoyer für einen Bürgerkommissar (Citizen Commissioner) neben den anderen Kommissaren der Europäischen Kommission, um das Feld der Bürgerbeziehungen zu institutionalisieren. Im Vergleich zu anderen Ressorts wie Wettbewerb oder Handel liegt dieses rechtlich, strukturell, finanziell und politisch brach. Das Vertrauen der Bürger in die EU stellt das schwächste Glied der Kette dar, weist zugleich aber das größte Potenzial für eine starke EU auf (Ringler 2019).

Allerdings ist durchaus Wachsamkeit angebracht. Schon jetzt setzt die Europäische Kommission verstärkt auf sogenannte Bürgerdialoge (Europäische Kommission 2017). Diese sind unter der Überschrift „Den Bürgern zuhören“ (ebenda: 3) zweifellos zu begrüßen. Doch dürfen sie nicht dazu führen, dass die von der organisierten und unorganisierten Zivilgesellschaft selbstermächtigt eingeforderte und selbstorganisiert ausgeübte Beteiligung an der deliberativen Demokratie dadurch verdrängt wird (Habermas 2008: 144; Hierlemann/Huesman 2018). Bewegungen der Bürger selbst sind nicht durch Befragungen seitens der Regierungen ersetzbar.

5 Die Europäische Identität

Alle Zeichen sprechen letztlich dafür, dass das europäische Projekt zwar verzögert, aber nicht aufgehoben werden kann. Ob es aber so gestaltet wird, wie wir uns das vorstellen, liegt an den Bürgerinnen und Bürgern. Das erfordert Engagement und Ressourcen, vor allem aber ein disruptives Herangehen an die Fragestellungen. Das „Nachdenken über die Zukunft der Eurozone und der EU insgesamt erfordert es, sich von Scheren im Kopf zu verabschieden. Scheren, von denen die wohlmeinende, konsensorientierte Europadebatte in Deutschland über Jahrzehnte geprägt war. Dazu gehört auch, zentrale Leitmotive des Integrationsprozesses im Lichte der Krise zu überdenken und entlang künftiger Herausforderungen neu zu deuten. Was kann Solidarität nach der Krise in Europa heißen?“ (Möller 2013: 35)

Der Schulteranschluß der Regierungen mit der Wirtschaft lässt ein solches disruptives Herangehen nicht erwarten, ebensowenig, dass die Solidarität der Bürgerinnen und Bürger Europas hinreichend gewürdigt wird (Stiftung Markt-

wirtschaft 2019)⁷. Wenn bürgerschaftlich Engagierte aus Großbritannien, Deutschland und anderen Ländern zusammentreffen – sei es am Rande von politischen „Gipfeln“, als Hilfsorganisationen bei Katastrophen, als Sänger bei einem Festival der Laienchöre, in einer Organisation zum Schutz des europäischen Kulturerbes, einem Jugendcamp oder an anderer Stelle – interessiert sich niemand ernsthaft für nationale Zugehörigkeiten oder für Politiker. Was die Menschen wirklich bewegt, ist die gemeinsame Mission, sind gemeinsame Anliegen und Interessen, ist die Solidarität unter Gleichgesinnten. Anders gesagt: Regierungen sind den Menschen nicht so wichtig, wie die Regierungen glauben. So sehr sie auch glauben wollen, dass sie das Steuer in der Hand haben, so sehr ist die Lebenswirklichkeit der meisten Menschen doch eine andere: Loyalitäten und Identifizierungen gelten einer hochgradig individuellen Mischung aus Familie, Gemeinde, zivilgesellschaftlicher Organisation, Glaubensgemeinschaft, Region, Nation, Europa und dem „global village“. Diese Komplexität, wenn nichts anderes, ist das Narrativ Europas (Green 2015: 57).

Es gilt, aus der europäischen Kulturgeschichte das identitäts- und loyaltätsstiftende Narrativ für Europa weiterzuentwickeln (Quaedvlieg-Mihailovic/Strachwitz 2007). Es war Theodor Heuss, der gesagt hat, Europa sei auf drei Hügeln gebaut: dem Kapitol, der Akropolis und Golgotha (Heuss 1950: 32). Er erinnert uns, wie unterschiedlich und doch wie stark auf einander bezogen unsere kulturellen und geistigen Traditionslinien sind. Verschiedenheit und eine gemeinsame Geistes- und Kulturgeschichte prägen gemeinsam Europa. Nationalistischer Ungeist des 19. und 20. Jahrhunderts hat versucht, von der französischen Malschule („*école française*“) über die „deutsche Dichtkunst“ bis zum als Kainszeichen erdachten und zum Gütesiegel gewordenen „Made in Germany“ alles wider besseres Wissen mit einem nationalen Etikett zu versehen. Es waren die späten Zuckungen eines Widerstands gegen eine Entwicklung, zu der das Suchen nach größeren Räumen in einer globalisierten Welt schon seit mehr als 100 Jahren zentral gehört. Allerdings: Der Mittelmeerraum gehört dazu – seit Jahrtausenden. Die Wiege Europas liegt an der Südostsee des Mittelmeeres. Die Menschen dort gehören zu Europa. Wenn zu Europas Identität gehört, dass altes zu bewahren ist, um das neue zu bewältigen, ist diese Erkenntnis fundamental.⁸

Identität und Loyalität bleiben ebenso wichtige wie fragile Elemente einer tragfähigen Ordnung. Beide sind heute schwer erschüttert, beide müssen neu

⁷ S. bspw. Stiftung Marktwirtschaft 2019. Die Worte Bürger/Bürgerin, Zivilgesellschaft o. ä. kommen dort nicht vor.

⁸ S. hierzu u.v.a.: Div. Hrsg.: Europe and the Mediterranean – Talking, Working, Learning, and Living Together (7 Bde.). Berlin: Maecenata – Europa Bottom-Up Serie Nr. 11/12 (2015), 17/18/19 (2017), 21/22 (2019).

aufgerichtet werden. Hierzu bedarf es neuer Formen, Verfahren und Zusammen-schlüsse, um Demokratie, die Herrschaft des Rechts, die Menschen- und Bürger-rechte und nicht zuletzt die kulturellen Traditionen so zu bewahren und zugleich so weiter zu entwickeln, dass sie die tragfähigen Pfeiler unserer Gesellschaft bleiben. Darauf beruht europäische Identität. „Historisch betrachtet, ist der fällige Schritt zu einer politisch handlungsfähigen Euro-Union die Fortsetzung eines ähnlichen Lernprozesses, der mit der Herausbildung des Nationalbewusstseins im 19. Jahr-hundert schon einmal stattgefunden hat.“ (Habermas 2018: 96)

6 Folgerungen

Ist es möglich, aus diesen und anderen Überlegungen ein neues europäisches Narrativ zu entwickeln? Ist dieses so tragfähig, dass die Europäerinnen und Euro-päer sich damit identifizieren können?

Angesichts des Drucks auf Europa, ein Einwanderungsland zu werden, und der Widerstände, die bei den Europäern dagegen entstanden sind, sind es viel-leicht nicht die Finanzen, nicht der Brexit, nicht der äußere Druck aus China, Russ-land und den USA und schon gar nicht die Regulierungsorgane der Europäischen Kommission, die die Europäer dazu bringen werden, sich neu aufzustellen und ein neues Narrativ zu entwickeln. Zur Zeit scheint sich das europäische Projekt viel eher an dem Begriff der Inklusion festzumachen. 30 Jahre nach dem Trans-formationsprozess sagen junge Eliten in Mittel- und Osteuropa, sie fühlten sich gegenüber Westeuropäern zurückgesetzt und benachteiligt. Überall in Europa entstehen Bewegungen von Bürgern, die von sich sagen, sie würden nicht mit-genommen, von den Problemen der Zuwanderer ganz zu schweigen.

Dabei entspricht Inklusion, das Zulassen von und der Respekt vor Unter-schiedlichkeit, guter alter europäischer Tradition. Wer auch immer Abschottung und Ausgrenzung fordert, knüpft nicht nur an die Folgen der Katastrophe von 1914 an, sondern damit auch an ein europäisches Narrativ, das kaum weiter zurückreicht als bis in das 20. Jahrhundert. Verschiedenheit ist das Narrativ, das Europa seit Jahrtausenden geprägt hat. Jeder, so hat einmal ein preußischer König gesagt, möge nach seiner Façon selig werden. Das galt, als er es sagte, besonders für die, die, aus welchen Gründen auch immer, den Weg nach Preußen gesucht und oft mit großen Anstrengungen gefunden hatten⁹.

⁹ Friedrich II., König von Preußen: Randbemerkung auf einer Eingabe zur Frage, ob die katholischen Schulen im mehrheitlich protestantischen Preußen wieder abgeschafft werden

Aus heutiger Sicht ist zu bezweifeln, ob der von den Bürgerinnen und Bürgern mit der Gestaltung von Rahmenbedingungen beauftragte Akteur, der Staat, befähigt erscheint, nachhaltig brauchbare Lösungen zu entwickeln. „Dem antikisierenden Blick auf das immergleiche Auf und Ab der Imperien entgeht das historisch Neue an der heutigen Situation.“ (Habermas 2018: 96) Die neuen Narrative werden anderswo entstehen und wie 1989 die Regierungen vor sich herschieben müssen (Thaler/Sunstein 2009). Sie werden dort entstehen, wo Vertrauen herrscht, nicht dort, wo Regulierung und Kontrollen herrschen. „Reziprokes Vertrauen, in unserem Fall Vertrauen über nationale Grenzen hinweg, ist eine eben so wichtige Variable wie das langfristige Eigeninteresse. Das Vertrauen überbrückt die Frist bis zur möglichen Probe auf eine im Prinzip erwartbare Gegenleistung, von der aber ungewiß ist, ob und wann und wie sie fällig wird.“ (Habermas 2018: 94)

Das Vertrauen in Politik und Politiker ist geschwunden. Schuld daran sind unter anderem die extrem schlechte Leistungsbilanz, das geradezu pathologische Misstrauen des Staates gegen die eigenen Bürgerinnen und Bürger, unverständliche politische Grabenkämpfe und häufiges persönliches Fehlverhalten. Anstatt daran zu arbeiten, Vertrauen zurückzugewinnen, schotten sich die Regierenden unter dem Vorwand der Sicherheit immer mehr von den Bürgerinnen und Bürgern ab. Bürgerbeteiligungen sind zu rituellen Übungen ohne Folgen, Inklusion ist zum Fremdwort geworden. Geredet wird von Integration. Es kann aber nicht darum gehen, dass alle so werden, wie die Regierung das will. Vielmehr müssen Menschen- und Bürgerrechte, müssen Respekt und Einheit in der Vielheit (Offe 2016: 89) das Narrativ Europas sein. „Wenn wir in der Konfliktsituation verharren, verlieren wir den Sinn für die tiefe Einheit der Wirklichkeit, halten die Geschichte an und verfallen der inneren Zermürbung durch fruchtlose Widersprüche.“¹⁰

Demokratie ist gewiss nicht konfliktfrei, aber die Solidarität der Europäer kann nur wachsen, wenn Europas Staat, Markt und Zivilgesellschaft es schaffen, unter- und miteinander nachhaltig daran arbeiten, sie zu bauen. Wie so oft in der Geschichte, werden Bewegungen dafür das Narrativ schreiben.

Dr. phil. Rupert Graf Strachwitz ist Vorstand der Maecenata Stiftung, München, und Direktor des Maecenata Instituts für Philanthropie und Zivilgesellschaft, Berlin (www.strachwitz.info / www.maecenata.eu).

sollten (22. Juni 1740), in der Urfassung: „Hier mus ein jeder nach Seiner Fasson Selich werden! [sic]“

¹⁰ Papst Franziskus in seiner Ansprache vor den Gremien des Europarats in Straßburg am 25. November 2014

Literatur

- Bouchet, Nicolas/Wachsmann, Inga* 2019: A Matter of Precaution – Watching the Shrinking Civic Space in Western Europe. *Maecenata* (Observatorium Nr. 29).
- Brendan Simms/Benjamin Zeeb* 2016: Europa am Abgrund. Plädoyer für die Vereinigten Staaten von Europa. Beck.
- Crouch, Colin* 2011: Das befremdliche Überleben des Neoliberalismus. Berlin: Suhrkamp 2011.
- Europäische Kommission (Hrsg.) 2017: Bürgerdialoge zur Zukunft Europas. Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union.
- Frankopan, Peter* 2015: The Silk Roads – A New History of the World. Bloomsbury.
- Fukuyama, Francis* 1992: The End of History and the Last Man. Free Press 1992 (dt.: Das Ende der Geschichte. Wo stehen wir? Kindler 1992).
- Green, Stephen* 2015: The European Identity. Haus Publishing.
- Grimm, Dieter* 2016: Europa ja – aber welches? Beck.
- Gross, Andreas* 1995: Eine europäische Verfassung als Fundament für eine transnationale – direktere – Demokratie. In: Erne, Roland/Gross, Andreas/Kaufmann, Bruno/Kleger, Heinz (Hrsg.): Transnationale Demokratie – Impulse für ein demokratisch verfaßtes Europa. Realtopia 178–195.
- Guérot, Ulrike* 2016: Warum Europa eine Republik werden muß. Dietz.
- Gujer, Eric* 2016: Ein Kontinent überschätzt sich. In: Neue Züricher Zeitung, 18./19.06.2016, 1 (zitiert nach: Hannes Androsch, Europe Today and What's Next. Liechtenstein Institute for Self-Determination at Princeton University, White Paper no. 2, December 2016)
- Habermas, Jürgen* 2008: Ach, Europa. Suhrkamp.
- Habermas, Jürgen* 2018: Unsere große Selbsttäuschung – Ein Plädoyer gegen den Rückzug hinter nationale Grenzen. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, 63(8): 91–96.
- Heineken, Alfred H.* 1992: The United States of Europe – A Eurotopia? De Amsterdamse Stichting voor de Historische Weltenschap.
- Heller, Ágnes* 2019: Paradox Europa. Edition Konturen.
- Heuss, Theodor* 1950: Rede am 16. September 1950 zur Einweihung der wieder errichteten Gebäude des Robert-Mayer-Gymnasiums und der Rosenschule in Heilbronn. In: Ders., Reden an die Jugend. R. Wunderlich.
- Hierlemann, Dominik/Huesmann, Christian* 2018: European Citizens' Panel on the Future of Europe: Evaluation Report. Bertelsmann Stiftung.
- Koch, Marcus* 2019: Nation Europa! Warum aus der Europäischen Union die europäische Nation werden muss. Transcript
- Kocka, Jürgen* 2018: Die Integration ist auf dem Weg – Europa kann von der Zivilgesellschaft und neuen Narrativen profitieren (Interview). In: WZB Mitteilungen: 11
- Kohr, Leopold* 1957: The Breakdown of Nations. Routledge and Kegan Paul.
- Leggewie, Claus* 2017: Kleiner – größer – anders: Regionen der Zukunft und Zukunft der Regionen in Europa. In: Grätz, Ronald (Hrsg.): Kann Kultur Europa retten? Bundeszentrale für politische Bildung (Schriftenreihe Band 10105).
- Levitsky, Steven/Ziblatt, Daniel* 2018: How Democracies Die. Penguin Random House.
- Ménasse, Robert* 2012: Der Europäische Landbote. Zsolnay.
- Ménasse, Robert* 2013: FAQ Europa. *Maecenata* (Europa Bottom-Up Nr. 1).
- Merkel, Angela* 2015: „Wir schaffen das!“ am 31. August 2015 in der Bundespressekonferenz, Berlin. https://de.wikipedia.org/wiki/Wir_schaffen_das

- Möller, Almut* 2013: Das Ende der EU wie wir sie kennen. In: Neue Gesellschaft Frankfurter Hefte 60(1): 33–35.
- Münkler, Herfried* 2015: Macht in der Mitte – Die neuen Aufgaben Deutschlands in Europa. Edition Körber Stiftung.
- Muschter, Gabriele/Strachwitz, Rupert Graf/ Strachwitz, Victoria* 2009: Keine besonderen Vorkommnisse? Stapp.
- Nicolai, Georg Friedrich* 2017: Aufruf an die Europäer. Im Oktober 1914 privat verschickt. In: ders.: Die Biologie des Krieges – Betrachtungen eines deutschen Naturforschers. Zürich 1917, korrigierte Fassung Zürich 1919, Nachdruck Verlag Darmstädter Blätter 1983.
- Offe, Claus* 2016: Europa in der Falle. Suhrkamp.
- Quaedvlieg-Mihailovic, Sneska/Strachwitz, Rupert Graf* (Hrsg.) 2007: Kulturerbe – Eckstein Europas. Maecenata.
- Rifkin, Jeremy* 2004: Der europäische Traum – Die Vision einer leisen Supermacht. Campus 2004.
- Ringler, Verena* 2019: Einen Bürgerkommissar für die EU, bitte! In: Die Presse Online, 16.07.2019. diepresse.com.
- Schmale, Wolfgang* 2008: Geschichte und Zukunft der europäischen Identität. Kohlhammer 2008.
- Seeley, John Robert* 2008: United States of Europe. In: Krompotic, Louis (Hrsg.): Die EU und ihre Ahnen in Spiegel historischer Quellen. HZ.
- Simms, Brendan/Zeeb, Benjamin* 2016: Europa am Abgrund. Pklädoyer für die vereinigten Staaten von Europa. Beck.
- Stiftung Marktwirtschaft* (Hrsg.) 2019: Europa zwischen Aufbruch und Frustration: Wie erreichen wir mehr Integration und Stabilität (Tagungsbericht). Stiftung Marktwirtschaft.
- Thaler, Richard H./Sunstein, Cass R.* 2009: Nudge – Wie man kluge Entscheidungen anstößt. Econ.
- von der Leyen, Ursula* 2019: Rede der künftigen Präsidentin der Europäischen Kommission vor dem Europäischen Parlament, Straßburg, 16.07.2019.

Themenschwerpunkt



European Civic Forum/
Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement

Berliner Agenda

Forderungen der europäischen Zivilgesellschaft zu den Europawahlen 2019 und darüber hinaus

<https://doi.org/10.1515/fjsb-2019-0059>

WIR, DIE ZIVILGESELLSCHAFTLICHEN AKTEURE, teilen die Vorstellung und glauben daran, dass Europa unsere gemeinsame Zukunft ist, aber ein anderes Europa ist notwendig, dringend geboten und auch möglich.

Wir rufen die Bürgerinnen und Bürger in ganz Europa dazu auf, durch die Erhebung ihrer Stimmen und die Stärkung unserer Bündnisse und gemeinsamen Anstrengungen Demokratie, Gleichberechtigung, Solidarität und Inklusion, die bei der Debatte über die Zukunft Europas und unserer Gesellschaften im Mittelpunkt stehen sollten, einzufordern und gemeinsam zu praktizieren. Wir brauchen einen innovativen und mutigen Plan für ein gemeinsames Europa. Ein Europa der Demokratie und Freiheit, der Rechte und Gleichberechtigung, der sozialen Gerechtigkeit und Klimagerechtigkeit, der Solidarität und Teilhabe, des Friedens und der ökologischen Nachhaltigkeit.

Erarbeitet wurde diese Agenda im Rahmen der europäischen Konferenz „Nicht ohne Uns!“¹, die vom Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE) mit Unterstützung des European Civic Forum im Rahmen der europäischen Kampagne „Make Europe Great for All – #MEGA“² am 21. und 22. März 2019 in Berlin veranstaltet wurde. Die „**Berliner Agenda**“ umfasst Standpunkte, Vorschläge und Forderungen, die bereits zuvor von zahlreichen zivilgesellschaftlichen Netz-

1 <https://megacampaign.eu/events/berlin-conference/>

2 <https://megacampaign.eu/>

werken, Vereinen, Stiftungen und Denkfabriken beschlossen und veröffentlicht wurden und zu unseren gemeinsamen Kernthemen aufgeführt sind: Ein wirklich **demokratisches Europa**, mit einer lebendigen **zivilgesellschaftlichen Öffentlichkeit** und gestützt auf die Paradigmen **Nachhaltigkeit und soziale Gerechtigkeit**.

Die Berliner Agenda ist nicht als neues Positionspapier gedacht, mit dem bestehende Papiere ersetzt werden sollen; vielmehr soll sie auf bestehenden Manifesten und politischen Vorschlägen aufbauen, um zivilgesellschaftliche Kampagnen und Initiativen angesichts der bevorstehenden Europawahlen im Mai 2019 und auch darüber hinaus sichtbar zu machen und zu stärken, indem herausgestellt wird, wie sich die Zivilgesellschaft die Zukunft Europas vorstellt. Konzipiert ist sie als offenes Dokument, an dem auch nach der Europawahl 2019 gearbeitet werden kann. Wir werden außerdem die Umsetzung der Vorschläge, Kampagnen und Initiativen verfolgen.

Die Europawahlen und danach: Was steht auf dem Spiel?

Die Gewinner und Verlierer des europäischen Versprechens

Aus den Trümmern des Krieges heraus erwuchs vor 60 Jahren Europa als ein Versprechen von Frieden, Freiheit, Wohlstand und Demokratie. Heute profitieren viele Europäer von Freizügigkeit, billigeren Flügen und den entfallenen Roaminggebühren. EU-Arbeitnehmer haben Anspruch auf vier Wochen bezahlten Urlaub im Jahr. Wir können überall in der EU leben, arbeiten und uns zur Ruhe setzen. Die EU soll ein Motor des wirtschaftlichen Fortschritts sein. Doch trotz des langfristigen Wirtschaftswachstums insgesamt wird das europäische Versprechen durch zunehmende und nicht hinnehmbare Ungleichgewichte zwischen Arm und Reich in Frage gestellt. Ein Viertel der Europäer ist von Armut oder sozialer Ausgrenzung betroffen. Die Zahl der „Abgehängten“ steigt und die vielen Menschen, die Angst haben, abgehängt zu werden, bangen um ihre Zukunft und haben das Vertrauen in das politische System verloren.

Menschen, die sich um ihre Zukunft sorgen: eine Herausforderung für die Demokratie

Das europäische Projekt gründet auf Fortschritten bei den Rechten und der Demokratie, auf Siegen gegen Diktaturen und autoritäre Regime, auf dem Kampf zur Überwindung des Kolonialismus, des Patriarchats und des Rassismus. Die Zusammenführung der Märkte ohne eine entsprechende Stärkung der Rechte und der Gleichberechtigung war allerdings ein großer Fehler, und wir laufen Gefahr, einen hohen Preis dafür zu zahlen. Die europaweit wachsende Empfänglichkeit für rückwärtsgewandte populistische Programme und deren Wahlerfolge verdeutlichen mehr denn je, dass die aktuelle Politik den Erwartungen der Menschen nicht hinreichend Rechnung trägt. Immer mehr Menschen glauben, dass Europa keine Antwort auf ihre Probleme bietet. Nationalismus, Fremdenfeindlichkeit und eine auf Ausgrenzung beruhende identitäre Politik treten zunehmend an die Stelle der Idee einer gemeinsamen Zukunft.

Es gibt keinen anderen Weg, als den Lauf der Politik zu verändern

Durch die Segel der Europäischen Union scheint wieder ein noch lauer, aber positiver und realer Wind zu wehen, denn die Rezession weicht einem leichten Wirtschaftswachstum und es sind vermehrt Investitionen geplant. Nun lautet die Frage: Wer soll von diesem Wind profitieren? Das gegenwärtige Modell hat zu Fragmentierung, zu sozialem Wettbewerb und Konkurrenz zwischen den Generationen, zu Spannungen zwischen Gläubiger- und Schuldnerländern, zu Ängsten und Spannungen zwischen Einheimischen und Migranten sowie zu Konkurrenz zwischen Menschen in Armut und prekären Lebenslagen geführt. Die Aufgabe besteht nun darin, allen mehr Demokratie, Gleichberechtigung und Solidarität zu bieten, damit der Teufelskreis aus ungerechter Politik und rückwärtsgewandten populistischen Antworten durchbrochen werden kann.

Europa von unten her verändern: eine Demokratie, die alle zu Wort kommen lässt

Die sozioökonomischen, ökologischen, institutionellen und politischen Krisen zeigen, dass es einer Politik für das Gemeinwohl bedarf, die sich auf die von uns erwähnten Werte gründet, um so über Technokratie und ökonomische und

finanzielle Partikularinteressen wieder die Oberhand zu gewinnen. Um Europa umzugestalten und die verlorengegangenen Stimmen zurückzuerobern, reichen politische Fachdebatten nicht aus: Die Bürgerinnen und Bürger müssen in der europäischen Politik ein Mitspracherecht haben. Ein Weitermachen wie bisher ist keine Lösung. Eine wirklich demokratische Gesellschaft braucht offene und aufgeschlossene Institutionen und eine starke und anerkannte Zivilgesellschaft. Eine Einflussmöglichkeit der Menschen und aufgeklärte Bürgerinnen und Bürger sind für das demokratische Funktionieren unserer Gesellschaften von zentraler Bedeutung.

Die Zivilgesellschaft ist eminent wichtig, um die Bedürfnisse und Erwartungen der Bürger zu organisieren und zu kanalisieren sowie ihre Enttäuschungen und Sorgen gegenüber den Institutionen zu vertreten. Verbände können bei der Förderung und Wahrung europäischer Werte treibende Kräfte sein, aber auch die institutionellen und politischen Rahmenbedingungen dahingehend beeinflussen, dass das Gemeinwohl bei der Entscheidungsfindung in den Vordergrund rückt. Dazu muss die Rolle der Verbände und ihre Befugnis, dies zu tun, anerkannt werden.

Schaffung eines offenen und förderlichen Umfelds für die Zivilgesellschaft

In einer Zeit, in der zivilgesellschaftliches Engagement überall in Europa diffamiert wird und in manchen Ländern in echte Gefahr gerät, ist es ungemein wichtig, den Mehrwert, den die **Zivilgesellschaft** den europäischen Demokratien verschafft, **öffentlich zu unterstützen und anzuerkennen**, indem täglich darauf hingewirkt wird, den Rechten für alle Menschen Geltung zu verschaffen, die Bürgerinnen und Bürger über die Werte der EU aufgeklärt werden und Verstöße gegen die Rechtsstaatlichkeit gemeldet werden. Die organisierte Zivilgesellschaft ist ein nachhaltiger Akteur für die Verteidigung dieser Werte und für die soziale Gerechtigkeit auf lange Sicht. Parallel dazu entstehen themenbezogene und kurzlebige Bürgerbewegungen. Sie können bei kurzfristigen Anliegen große Wirkung zeigen. Das Potenzial all dieser verschiedenen Formen des Engagements zur Neubelebung der Demokratie ist davon abhängig, inwieweit die Institutionen fähig und willens sind, sie anzuerkennen, in einen Dialog zu treten und auf ihre Forderungen einzugehen.

- Die **Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit** sollte bei der Bewertung dessen, inwieweit EU-Werte, Rechtsstaatlichkeit und die Charta der Grundrechte umgesetzt werden, neben der Medienfreiheit und dem Medienpluralismus als **Indikator für Demokratie** anerkannt werden.

- Das Mandat der **EU-Agentur für Grundrechte** sollte erweitert und gestärkt werden, um mehr wertebasierte Strategien zu entwickeln und sicherzustellen, dass in den EU-Rechtsvorschriften Rechte nicht bagatellisiert werden. Das Mandat sollte der Agentur vor allem ermöglichen, für die einzelnen Länder eingehende Bewertungen zur Einhaltung und Verwirklichung von Grundrechten seitens der EU-Organe wie auch der Mitgliedstaaten vorzunehmen und Beschwerden entgegenzunehmen und zu prüfen. Eine solche Bewertung sollte in Abstimmung mit anderen einschlägigen Institutionen im Bereich der Überwachung von Menschenrechten und mit Akteuren der Zivilgesellschaft vorbereitet und umgesetzt werden.
- Die institutionelle Überwachung sollte mit einer **wirksameren Sanktionsregelung** verknüpft werden. Die EU darf nicht tatenlos zusehen, wenn ihre Werte verletzt werden: Sie sollte sie verurteilen und über geeignete Mittel verfügen, um Regierungen dafür zur Verantwortung zu ziehen. Es muss über positive Konditionalität und neue Formen der Ahndung nachgedacht werden, bei denen die Regierungen ins Visier genommen und gleichzeitig die Gesellschaften eingebunden werden.
- Bei Ländern, die unter das Instrument für Heranführungshilfe fallen, sollte die EU die demokratische Konsolidierung durch die Stärkung der Rolle der Zivilgesellschaft unterstützen, um eine nachhaltige Entwicklung zu erreichen.
- Unterstützt wird eine starke, unabhängige und breit gefächerte organisierte Zivilgesellschaft durch eine **angemessene öffentliche Finanzierung**. Stärkung der Zivilgesellschaft bedeutet Verbesserung des Zugangs zu Finanzierungsmöglichkeiten für die kleinsten Organisationen und die am stärksten benachteiligten gesellschaftlichen Gruppen sowie für nationale Organisationen und europäische Infrastrukturorganisationen, die die Schaffung einer europäischen zivilgesellschaftlichen Öffentlichkeit ermöglichen.
- Die neue Finanzierungslinie zur Unterstützung der Förderung und des Schutzes von Grundwerten im Rahmen des **Finanzierungsprogramms „Rechte und Werte“** muss großzügig ausgestattet werden. Die Kommission sollte sicherstellen, dass der Fonds bei der Durchführung dieses Teils des Programms allen europäischen, nationalen und örtlichen zivilgesellschaftlichen Organisationen in den einzelnen Mitgliedstaaten zugänglich ist, namentlich Menschenrechtsverteidigern, die die Grundwerte der EU fördern und schützen wollen. Um dieses Ziel zu erreichen, sollte der Fonds Betriebskosten sowie auch Prozesskosten, den Kapazitätsaufbau und Überwachungsmaßnahmen abdecken.
- Die Europäische Kommission sollte rasch mit geeigneten Maßnahmen reagieren, darunter Vertragsverletzungsverfahren gegen Mitgliedstaaten, wenn

nationale Verwaltungs- oder Rechtsvorschriften den Zugang nationaler Organisationen der Zivilgesellschaft zu EU-Mitteln einschränken, unter anderem dann, wenn Finanzierungsbedingungen auferlegt werden, durch die ihre Aktivitäten im Bereich der Interessenvertretung eingeschränkt werden.

Förderung einer Kultur der aktiven Teilhabe

- Die Europäische Union und die Mitgliedstaaten sollten es **Bürgerinnen und Bürgern** aller Altersgruppen, Geschlechter und Gesellschaftsschichten **ermöglichen, in vollem Umfang am sozialen, kulturellen und demokratischen Leben teilzunehmen**, und das lebenslange Lernen fördern, um ihre aktive Mitwirkung in allen Lebensbereichen zu erleichtern.
- **Soziale Inklusion und aktive Bürgerschaft** sind eng miteinander verknüpft. Bei einer Kultur der aktiven Teilhabe ist besonders darauf zu achten, dass von den in der EU lebenden Bürgerinnen und Bürgern niemand ausgeschlossen wird und dass niemand aufgrund der mangelnden Achtung seiner sozialen und wirtschaftlichen Rechte Gefahr läuft, ausgegrenzt oder diskriminiert zu werden.
- Durch **Staatsbürgerkunde und die Förderung kritischen Denkens** sollten Menschen in die Lage versetzt werden, sich aktiv an öffentlichen Debatten zu beteiligen und an Wahlen teilzunehmen. Zu diesem Zweck sollte die EU **Reformen der Bildungssysteme** fördern und unterstützen, um junge Menschen leichter zu aktiven Bürgerinnen und Bürgern werden zu lassen und dafür zu sorgen, dass sie in den gesellschaftlichen Fortschritt eingebunden sind. Neben der Anerkennung von formalen Bildungsabschlüssen sollte zusätzlich zur Beschäftigungsfähigkeit ein Schwerpunkt darauf gelegt werden, allen eine hochwertige staatspolitische Bildung zu bieten, damit junge Menschen kritisches Denken trainieren und ihre politische Urteilsfähigkeit und Medienkompetenz verbessern. Bürgerengagement und außerschulische Bildungserfahrungen durch zivilgesellschaftliche Organisationen sollten aufgrund ihres erzieherischen und gesellschaftlichen Wertes gewürdigt werden. Der Beitrag von Jugendarbeit, ehrenamtlichen Tätigkeiten und außerschulischer Bildung für das Leben der Menschen und die Gesellschaft ganz allgemein sollte förmlich anerkannt werden.
- Die Wiederbelebung **freier, vertrauenswürdiger und pluralistischer Medien** in Europa ist für die Kultur der aktiven Teilhabe ebenfalls eine äußerst wichtige Komponente. Es müssen Gesetze gegen Medienmonopole und marktbeherrschende Stellungen durchgesetzt werden, um bei den Medien in puncto Eigentumsverhältnisse und Management für Transparenz

zu sorgen. Die Mitgliedstaaten sollten aufgefordert werden, eine unabhängige Aufsicht und wirksame Mechanismen zur Einhaltung der Vorschriften sicherzustellen, um Interessenkonflikte zu vermeiden, die redaktionelle Unabhängigkeit zu gewährleisten und die Rolle der Medien als öffentliche Kontrollinstanz zu wahren. Der **Schutz von Whistleblowern** sollte ebenfalls gewährleistet werden.

Demokratisierung der europäischen Demokratie: ein Dienst am europäischen Gemeinwohl

Um das Vertrauen in die Demokratie und die universellen Werte, das ein wachsender Teil der europäischen Bevölkerung verloren hat, wiederherzustellen, bleibt keine andere Möglichkeit als zu zeigen, dass Demokratie den sozialen Zusammenhalt fördert.

Die Idee des „Europäischseins“ mit einer demokratisch engagierten Bürgerschaft kann nicht einfach von oben vorangetrieben werden, sondern sollte von den europäischen Bürgerinnen und Bürgern selbst ausgehen. Das Projekt der Europäischen Union wurde durch die Vereinheitlichung des Binnenmarktes entwickelt. In den letzten Jahrzehnten haben die Bürger eine zunehmende Ungleichheit und Prekarisierung erlebt. Heute ist es notwendig, sich auf eine wirklich demokratische Union zuzubewegen, die sich an den Grundsätzen der repräsentativen Demokratie, der Partizipation und der Rechenschaftspflicht orientiert und die nicht nur im wirtschaftlichen, sondern auch im sozialen Bereich ihr Versprechen einlösen muss.

Die EU-Demokratie muss die Bedürfnisse der Menschen und die Vielfalt besser repräsentieren

Die Organe der Europäischen Union sollten die repräsentative Demokratie stärken und die Legitimität der Europäischen Union wiederherstellen, indem sie die demokratische Rechenschaftspflicht und die Kontrolle der Entscheidungen durch die Bürgerinnen und Bürger verbessern.

- Innerhalb des derzeitigen institutionellen und rechtlichen Gefüges sollte dem **Europäischen Parlament ein starkes politisches Gewicht verliehen** werden, schließlich ist es die einzige europäische Institution, die direkt von den europäischen Bürgern gewählt wird: Es ist nicht hinnehmbar, dass seine Rolle auf die Mitentscheidung mit dem Rat reduziert wird und dass sich seine

- Befugnisse auf die Fähigkeit zur Blockade oder Änderung beschränken. Bei EU-Wahlen sollten **länderübergreifende Listen** eingeführt werden, um einer europäischen Wählerschaft konkrete Gestalt zu verleihen, und es sollte eine Entwicklung hin zu einem Europäischen Parlament geben, das Entscheidungen im Sinne des europäischen Gemeinwohls trifft.
- **Benachteiligten Bevölkerungsgruppen** wie jungen Menschen, Frauen, in Armut lebenden Menschen, Migranten, Menschen mit Behinderung, LGBTI-Personen, Roma usw. sollte es erleichtert werden, **bei Wahlen abzustimmen oder zu kandidieren**. Die Parteien sollten dazu animiert werden, diese Gruppen innerhalb ihrer eigenen Strukturen zu fördern.
 - Es sollten Gesetze geschaffen werden, die für **Transparenz bei der Wahlkampffinanzierung** und den **Wahlkampfausgaben** sorgen. Die europäischen und nationalen Wahlgesetze sollten dahingehend reformiert werden, dass jede Stimme zählt und die gewählten Sitze den erhaltenen Stimmen entsprechen.
 - Die EU muss das Recht auf Information, Partizipation und Gerechtigkeit für alle sowie **eine größere Transparenz der Entscheidungen und bei der Lobbyarbeit** gewährleisten und die **Auflagen zur Verhinderung des „Dreh-türeffekts“** verschärfen.
 - **Der Geheimniskrämerie bei der Lobbyarbeit ein Ende setzen:** ein **obligatorisches EU-Transparenzregister** für alle Lobbyisten ist unabdingbar, damit die Institutionen zu mehr Rechenschaft verpflichtet werden und Journalisten und Bürger einschätzen können, wer die EU-Politik beeinflusst. Dies ist ein unerlässlicher und notwendiger Schritt dahingehend, die EU-Politik transparenter sowie bürgernäher und gemeinwohlorientierter zu gestalten.

Den Bürgerinnen und Bürgern und ihren Organisationen eine echte Mitsprache bei Entscheidungsprozessen der EU ermöglichen

Die partizipative Demokratie ist ein demokratisches Gebot, das zur Stärkung der repräsentativen Demokratie und zur Gewährleistung einer wirksamen Kontrolle der Entscheidungsprozesse beiträgt, darunter auch zu einer angemessenen und kontinuierlichen Artikulierung der wirtschaftlichen, sozialen und demokratischen Komponenten des europäischen Projekts.

Mit dem Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union wurde eine wichtige Neuerung eingeführt: das in Artikel 11 dargelegte Konzept der Bürgerbeteiligung. Doch selbst zehn Jahre nach seiner Verabschiedung sind seine

Bestimmungen nicht umgesetzt worden, abgesehen von der Europäischen Bürgerinitiative – und diese auch nur mit begrenztem Erfolg. Die Möglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger, über die Abstimmung bei Wahlen hinaus an Entscheidungen teilzunehmen, ist nach wie vor sehr begrenzt, was zu doppelter Unzufriedenheit führt, nämlich mit der Politik selbst und mit dem Mangel an Möglichkeiten zur Beeinflussung von Entscheidungen.

Um einen kohärenten Rahmen für die Beziehungen zwischen der Zivilgesellschaft und der Europäischen Union sowie für konkrete partizipatorische Verfahren vorzugeben, bieten die Bestimmungen von Artikel 11 in ihren vier Dimensionen – Entwicklung einer europäischen Öffentlichkeit, Bürgerdialog, Anhörung und Bürgerbeteiligung – die Voraussetzung für ein bürgernäheres Europa. Sie können durch die folgenden Maßnahmen konkret ausgestaltet werden:

- Veranstaltung **von Bürgerversammlungen zufällig ausgewählter Personen** auf nationaler und/oder EU-Ebene, um konkrete Empfehlungen für die demokratische Zukunft Europas zu erarbeiten.
- Nutzung des Potenzials der **Europäischen Bürgerinitiative (EBI), damit die Bürgerinnen und Bürger die Agenda bestimmen**: Mit der jüngsten Reform wird die EBI zu einem leichter zu nutzenden Instrument der partizipativen und direkten Demokratie in Europa. Ihr politischer Einfluss auf die EU-Politik bleibt aber die größte Schwachstelle in der neuen Verordnung.
- **Verbesserung der Rahmenbedingungen für öffentliche Konsultationen** im Hinblick auf leichtere Nutzbarkeit, Zugänglichkeit für die breite Öffentlichkeit, Transparenz und Reaktionsmöglichkeiten der Europäischen Kommission auf die erhaltenen Beiträge sowie die Art und Weise, wie sie bei der Ausarbeitung von Rechtsvorschriften berücksichtigt wurden.
- Alle **EU-Organe** müssen ihre **Bedingungen für die Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Organisationen überprüfen**, um zu vermeiden, dass Konsultationen zur Pflichtübung werden oder nur einseitig oder einmalig erfolgen, und sicherstellen, dass die Organisationen rechtzeitig und sachkundig zur Gestaltung der EU-Politik beitragen können.
- Annahme einer **interinstitutionellen Vereinbarung über den Bürgerdialog**, damit die EU-Organe einen offenen, regelmäßigen und transparenten Dialog mit den Organisationen der Zivilgesellschaft führen können, indem sie **nichtstaatlichen Organisationen einen mitwirkenden Status** im Rahmen der politischen Entscheidungsprozesse der EU nach dem Vorbild internationaler Institutionen wie der Vereinten Nationen oder des Europarates gewährleisten.
- Das **Mandat des neuen ersten Vizepräsidenten/der neuen ersten Vizepräsidentin der Europäischen Kommission**, der/die für Rechtsstaatlichkeit und Grundrechte zuständig ist, sollte das spezifische Ziel beinhalten.

- ten, die **Rolle der Zivilgesellschaft** zu achten, **zu schützen und zu fördern**. Das Mandat sollte auch eine Verpflichtung enthalten, die Arbeiten innerhalb der Kommission zu koordinieren und sicherzustellen, dass alle EU-Verantwortlichen systematisch einen Dialog mit der Zivilgesellschaft führen.
- Ein **Bürgerdialog** sollte von allen einschlägigen nationalen und europäischen Institutionen auf allen Entscheidungsebenen in Gang gesetzt werden. Zur Wiederherstellung des Vertrauens ist es wichtig, dass die Bürgerinnen und Bürger einerseits einen einfachen Zugang zu Informationen über den Entscheidungsprozess sowohl auf EU-Ebene als auch über ihre gewählten Vertreter und ihre Regierung haben, aber andererseits sollten sie auch in der Lage sein, sich sinnvoll an solchen Entscheidungen zu beteiligen.

Schaffung eines sozial gerechten und nachhaltigen Europas für heutige und künftige Generationen

Wir brauchen ein demokratisches Europa, in dem das Gemeinwohl und die sozialen und ökologischen Rechte vor wirtschaftlichen Partikularinteressen stehen. Europa sollte ehrgeizige sozioökonomische Konvergenzmaßnahmen durchführen, um die großen Ungleichgewichte zwischen Ländern und Gebieten, sozialen Gruppen und Menschen, Männern und Frauen in Europa, in unseren Wohnbezirken, Regionen und in der ganzen Welt zu verringern. Europa ist nicht nur die EU, seine Zukunft entscheidet sich auch an seinen Rändern.

Wir fordern ein wirklich inklusives europäisches Sozialmodell jenseits des BIP-Indikators, das Wirtschaft und Wohlstand vereint – ein Modell im Dienste der Menschen und der Umwelt. Die EU, die Nationalstaaten, die lokalen Behörden und Gemeinden sollten gemeinsam aktiv an dieser gerechteren, inklusiven und nachhaltigen Lösung mitwirken.

Gewährleistung eines gleichberechtigten Zugangs zu Grundrechten für alle

- Politik und Gesetzgebung sollten dafür sorgen, dass im Einklang mit den europäischen und internationalen Menschenrechtsnormen **alle europäischen Bürger und Einwohner das gleiche Schutzniveau genießen und ihre Grundrechte und -freiheiten ausüben können**, so dass sie nach ihren eigenen Überzeugungen nach den Grundsätzen der Selbstbestimmung und der Menschenwürde frei von Diskriminierung leben können.

- Um das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in eine Union wiederherzustellen, die bereit und in der Lage ist, ihren Bedürfnissen gerecht zu werden, sollten die EU-Institutionen den **gleichberechtigten Zugang aller zu sozio-ökonomischen Rechten** gewährleisten und die **Beteiligung der Bürger durch bürgerliche und politische Rechte** sicherstellen.
- **Harmonisierung der Sozialpolitik nach oben** und Förderung des universellen Zugangs zu Sozialleistungen und angemessenen Sicherheitsnetzen sowie eines integrativen und gerechten Arbeitsmarktes mit Chancengleichheit.
- Sicherstellung einer **gleichberechtigten Vertretung von Frauen und Männern bei politischen Entscheidungen in EU-Gremien**, darunter auch in EU-Spitzenpositionen.
- Festlegung **europäischer Zielvorgaben für Betreuungsinfrastrukturen für pflegebedürftige, ältere und behinderte Menschen**. Einführung einer „Betreuungsgarantie“ zur Deckung des im Laufe des gesamten Lebens entstehenden Betreuungsbedarfs als wichtiger Bestandteil einer funktionierenden Gesellschaft und Investitionen in die Betreuungswirtschaft durch entsprechende Mittelzuweisungen im EU-Haushalt.
- Verabschiedung einer **Europäischen Behindertenstrategie 2020–2030** mit Einrichtung eines strukturierten Dialogs mit Menschen mit Behinderungen und ihren Vertretungsorganisationen und Schaffung einer eigenen Haushaltlinie.
- Einführung einer **am Menschen orientierten Migrationspolitik**. Asylbewerber sollten in Europa willkommen geheißen und im Sinne der UN-Konventionen behandelt werden.

Hin zu sozialer und ökologischer Nachhaltigkeit in Europa

- Das **Europäische Sozialmodell sollte allen Bürgerinnen und Bürgern einen umfassenden und fairen Schutz bieten**, gleichzeitig die Armut lindern und allen die Möglichkeit bieten, sich zu entfalten. Soziale Inklusion und sozialer Schutz, menschenwürdige Arbeit, Gleichstellung der Geschlechter, öffentliche Gesundheit und Gesundheitsversorgung, Zugang zu erschwinglichem und hochwertigem Wohnraum, Umweltgerechtigkeit, hochwertige Bildung und gleichberechtigter Zugang zu Kulturangeboten müssen die maßgeblichen Prinzipien sein, die die politische Agenda auf nationaler und europäischer Ebene bestimmen.
- Unterstützung von Maßnahmen für einen erfolgreichen Übergang von der Schule ins Berufsleben. Starke Investitionen in die **Jugendgarantie** und in

- die Verbesserung ihrer Wirksamkeit, damit sie allen jungen Menschen, insbesondere den am stärksten gefährdeten, eine Zukunft bieten kann.
- Mithilfe wirksamer und koordinierter steuerlicher Maßnahmen sollte sichergestellt werden, dass alle Unternehmen ihren **gerechten Anteil an Steuern** zahlen und zu den nationalen Haushalten und dem EU-Etat für den Zugang zu sozioökonomischen Rechten und Gesundheitsleistungen beitragen. Die EU muss sich verpflichten, **Steuerhinterziehung weltweit wirksam zu bekämpfen** und die europäischen Steueroasen zu schließen.
 - Das Klimaübereinkommen von Paris sollte vollständig umgesetzt werden, wozu die EU entsprechend ihre Emissionsminderungsziele für die Jahre 2030 und 2050 mit der **Verpflichtung, den Temperaturanstieg auf 1,5°C zu begrenzen**, in Einklang bringen und eine **ehrgeizige Klimapolitik** verfolgen sollte, unter anderem durch einen raschen Ausstieg aus allen fossilen Brennstoffen und den Übergang von der Energieeffizienz zu einer absoluten Verringerung des Energieverbrauchs. Die EU sollte den gerechten und nachhaltigen Übergang zu einer 100 %igen Versorgung mit erneuerbaren Energien, die sauber und erschwinglich ist, das kommunale Eigentum fördert und nicht zu Energiearmut führt, beschleunigen.
 - Das neue Europäische Parlament sollte einen **Kommissionspräsidenten mit der Umsetzung der Ziele für nachhaltige Entwicklung** beauftragen, die für die Entwicklung der EU bis 2030 den übergeordneten Rahmen bilden sollten.
 - Eine Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik ist unabdingbar für die Erzeugung **gesünderer Nahrungsmittel und die Zahlung fairer Preise an europäische Klein- und Biobauern**. Dies bedeutet mehr Umwelt- und Naturschutz, mehr Nahrungsmittelsouveränität, regionale Bauernmärkte, gesündere Ernährungssysteme, weniger Lebensmittelabfälle und das Verbot von Dumping im Globalen Süden. **Die EU sollte dem Übergang zu ökologischer, bäuerlicher Landwirtschaft und der Aufforstung als Schlüsselmaßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels Priorität einräumen.**
 - **Das Potenzial des EU-Haushalts als Katalysator für Nachhaltigkeit, wirtschaftliche Gerechtigkeit und Wohlstand durch Investitionen** in soziale Infrastrukturen, Bildung, Kultur und Klimaschutz sollte genutzt werden. Dazu gehören die schrittweise Einstellung nicht nachhaltiger Investitionen und Beihilfen sowie die Stärkung der Mechanismen der Rechenschaftspflicht. Mit anderen Worten: Es sollte ein Haushalt sein, der *für* die Menschen und den Planeten und *mit* ihnen gemacht wird.

Make Europe great for all: die weiteren Schritte

Die vorliegende Agenda ist ein fortzuschreibendes Dokument, in dem die Vorschläge der Zivilgesellschaft für eine ehrgeizige Vision des europäischen Projekts zusammengetragen werden.

- Wir, die zivilgesellschaftlichen Akteure, sind entschlossen,
- unser politisches Mitspracherecht und einen Diskussionsraum einzufordern, um auf die Versäumnisse in den aktuellen politischen Rahmenbedingungen hinzuweisen und zum Wiederaufbau eines europäischen Gesellschaftsprojekts beizutragen, das auf den Werten der Inklusivität, Gleichberechtigung und Solidarität beruht;
 - für die Unteilbarkeit aller Rechte, d. h. politischer, bürgerlicher, wirtschaftlicher, sozialer und ökologischer Rechte, zu sensibilisieren, denn wenn eine Kategorie von Rechten gefährdet ist, schmälert dies die Gesamtheit der Rechte;
 - unsere Bemühungen um Demokratie und soziale Gerechtigkeit besser zu bündeln, um einen Systemwandel herbeizuführen;
 - eine europäische Strategie für die Zivilgesellschaft zu entwickeln, die nicht nur auf die Mechanismen und die Funktionsweise der Demokratie eingeht, sondern auch auf ihre Fähigkeit, integrative politische Konzepte für alle her vorzubringen;
 - Veranstaltungen und Debatten der europäischen Zivilgesellschaft über die Europawahlen hinaus zu verfolgen, um diese Vision weiter in konkrete Vorschläge umzusetzen;
 - mit allen Institutionen und politischen Kräften zusammenzuarbeiten, die bereit sind, diese Agenda Realität werden zu lassen.

Referenzen

Die Berliner Agenda berücksichtigt die folgenden Positionspapiere und Standpunkte der folgenden Organisationen.

AGE Platform: The Europe we want is for all ages! https://www.age-platform.eu/sites/default/files/PRESS_RELEASE_21_February_2019_Launch_of_AGE_EP_campaign.pdf

Österreichisches Institut für Internationale Politik. BAOBAB experience (Italien).

Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement.

Civil Society Europe: Civic Space in Europe <https://drive.google.com/file/d/1UG4PIg7t0bjUoK9tBKq3ldqCT-eB5iM9/view>

- Democracy International. Deutscher Naturschutzring. European Alternatives.
- European Civic Forum: Manifest „Make Europe Great For All“. http://megacampaign.eu/wp-content/uploads/2018/02/MEGA_Manifesto.pdf
- European Civic Forum: Stellungnahme zum Vorschlag der Europäischen Kommission für eine Verordnung zur Aufstellung des Programms „Rechte und Werte“. http://www.nvo.lv/site/attachments/08/10/2018/European_Civic_Forum_opinion_Rights_and_Values_programme.pdf
- European Civic Forum: Towards an enabling environment for civil society in Europe. <http://civic-forum.eu/publication/view/towards-an-enabling-environment-for-civil-society-in-europe>
- Europäische Zivilgesellschaft – Gemeinsame Erklärung: Civil society on the frontline – 5 Points for EU action. https://civilsocietyeuopedoteu.files.wordpress.com/2018/11/joint-civil-society-statement_fundamental-rights-colloquium.pdf
- European Council on Foreign Relations.
- Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss: Finanzierung zivilgesellschaftlicher Organisationen durch die EU. <https://www.eesc.europa.eu/en/our-work/opinions-information-reports/opinions/financing-civil-society-organisations-eu>
- Europäischer Journalistenverband: Journalists' Manifesto. <https://europeanjournalists.org/wp-content/uploads/2019/03/manifestoEN-3.pdf>
- European Volunteer Center.
- Europäisches Jugendforum: 10 ideas to #YouthUp the 2019 European Elections. https://www.youthforum.org/sites/default/files/publication-pdfs/0142-18_EP2019_Policy%20Platform_FINAL.pdf
- Stiftung für die Entwicklung der Zivilgesellschaft (Rumänien).
- Heinrich-Böll-Stiftung (Deutschland).
- IDDR – Institut für nachhaltige Entwicklung und internationale Beziehungen (Frankreich).
- Institut für öffentliche Angelegenheiten (Polen).
- Liberties: Participatory democracy under threat: Growing restrictions on the freedoms of NGOs in the EU.
- Liberties: Two proposals to promote and protect European values through the Multiannual Financial Framework: Conditionality of EU funds and a financial instrument to support NGOs <https://drive.google.com/file/d/1UG4PIg7tObjUoK9tBKq3ldqCT-eB5iM9/view>
- Maecenata-Stiftung (Deutschland).
- Manifesto for a Sustainable Europe for its citizens (entworfen von SDG Watch, Friends of the Earth Europe, GCAP, European Humanist Federation, EEB, Global Health Advocates, Solidar, COFACE, European Civic Forum, Eurodiaconia, Nyt Europa).
- NECE – Networking European Citizenship Education. Ökotárs Alapítvány (Ungarn).
- Nationaler Verband polnischer NROs – OFOP.
- SOLIDAR: Civic education. http://www.solidar.org/system/downloads/attachments/000/000/238/original/2015_building_learning_societies_case_studies_civic_education-2.pdf?1457601298

Themenschwerpunkt

Jürgen R. Grote*

Civil society and the European Union. From enthusiasm to disenchantment

<https://doi.org/10.1515/fjsb-2019-0060>

Abstract: This paper adopts the wide definition of civil society, namely the one suggested by the EU. It includes all sorts of private collectives from producer groups, trade unions, care and common cause organizations, NGOs, to social and protest movements. Distinguishing between a structural (governance) and an actor-centred perspective (collective action) and, orthogonally, two levels of territorial complexity (the sub-, and the supranational), the history of the relationship between the EU and civil society is presented for the period of the past 35 years. It turns out that despite enormous efforts invested in the relationship from the part of both sides, and of many heroic declamations aimed at pathbreaking reform, the outcome tends to be relatively meagre and disenchanting both in institutional and organizational terms.

Zivilgesellschaft und Europäische Union. Zwischen Begeisterung und Verdrossenheit

Zusammenfassung: Ausgehend von der seitens der EU verwendeten Definition wird der Begriff Zivilgesellschaft in diesem Beitrag sehr weit gefasst. Er umfasst Wirtschaftsverbände, Gewerkschaften, karitative und freiwillige Vereinigungen, NGOs sowie soziale und Protestbewegungen. Unterschieden wird zwischen einer strukturellen, auf Formen des Regierens orientierten und einer akteurszentrierten, auf Kollektivhandlungen ausgerichteten Perspektive. Hinzu kommt eine territoriale, die sub- und die supranationale Ebene umfassende Dimension. Diesem Schema folgend wird versucht, die Geschichte des Verhältnisses von EU und Zivilgesellschaft für den Zeitraum der letzten 35 Jahre nachzuzeichnen. Das Resultat bleibt zumindest für zivilgesellschaftliche Akteure enttäuschend: Trotz enormer Anstrengungen und auf beiden Seiten vorgenommener Investitionen – Reformrhetorik und heroische Absichtserklärungen eingeschlossen – ist es mit Blick auf institutionelle und Organisationsreformen außerordentlich bescheiden.

*Contact: Jürgen R. Grote, DOC Berlin, Berlin, Germany, E-Mail: JGrote@doc-research.org

1 Introduction

Soon after the historical defeat inflicted upon the National Union of Mineworkers (NUM) by the Thatcher government in the mid-1980s, the Secretary General of the British Trade Union Congress, Ron Todd, did not hesitate to exclaim that “the only card game in town is in Brussels.” For a British trade unionist, this must have seemed outrageous. Yet, considering what had happened in Britain and what was going on in Brussels at about the same time, Todd’s wake-up call may not have been too far-fetched.¹ While trade union power at home diminished across the board, the European Community, as it was called at that time, had set in motion a whole range of recommendations, regulations, directives and decisions supporting organized labour – and its counterpart, organized business – on a Europe-wide scale. Sometime later, with concerted forms of policymaking in steady decline, civil society organizations (CSOs), NGOs, and social movements entered the scene and substantially enhanced their standing in EU affairs. Considering that the space available for civil society activities in the member states is currently shrinking everywhere (Grote 2019), CSOs have every reason to reiterate Ron Todd’s early cry of despair. We shall see whether the Union is able and prepared to respond to that in a manner like thirty years ago.

This contribution tries to describe the relationship between the European Union (authorities) and civil society (organizations).² There are at least four aspects worth being considered. A distinction is made between two dimensions, namely a structural one (governance and governance arrangements) and an actor-centred one (collective action by CSOs). They may be approached from different perspectives. One may envisage structural and actor-centred developments as unfolding at the level of the EU. The issue may just as well be approached from the bottom-up, i. e. from the subnational or the regional level. This would create a rectangular matrix with four quadrants. Although all of them are of importance, the following remarks will consider some of them more explicitly while paying less attention to others. Just as with the bulk of the existing literature, they essentially turn to the two “governance quadrants” and are less concerned with collective action.

¹ In 1988, the then president of the EU Commission, Jacques Delors, addressed the British Trade Union Congress; his speech about a *Social Europe* was pivotal in turning British Labour pro-European and the British Conservatives against it.

² Use will be made of a broad notion of CSO. Included are the traditional social partners (trade unions and business associations), nongovernmental organizations, social movements, and protest groups. We will see that, over time, at least when measured against the relevance of the latter, the importance of the former has tended to decrease in EU politics.

2 Partnership and subsidiarity

After years of political and institutional stalemate – *euro sclerosis* was the term used at that time – the period between the mid-1980s and the early 1990s saw far-reaching reforms initiated by European Community authorities. There were several reasons for that turning point. A decisive one was certainly the election of Jacques Delors to the position of president of the Commission in 1985.³

The Delors Commission envisaged the completion of the internal market, laid the foundations for the single European currency, and signed the Single European Act (SEA) in February 1986 and the Treaty of Maastricht in 1992. Most significant for the present argument were the social and structural policy reforms, the creation of the Committee of the Regions (CoR) in 1992, and Delors' idea to establish a cohesion policy aimed at diminishing territorial and social discrepancies across the Member States of the EU. The SEA laid the ground for a radical re-orientation of structural funds. The Commission now had the power to directly establish relations with subnational actors, thus partly bypassing national governments and their respective agencies for social and regional policy. This has very much been to the taste of both regional and local authorities as much as private actors and associations who sought to increase their room of manoeuvre vis-à-vis their national capitals. The key words here were partnership and subsidiarity – two interconnected strategies of which the functionality on the ground had already been tested successfully in a couple of far-reaching pilot projects such as, for instance, the so-called Integrated Mediterranean Programmes (IMPs; see Grote and Bianchi 1991; Grote, Bianchi and Pieracci 1995).⁴ The initiatives have been so successful in societal terms that some have even introduced a distinction between a functional dimension (horizontal inclusion of private and civil society actors) and a territorial dimension (vertical relations between EU, national, and local authorities) in that respect (see Grote 1993a; 1995). Civil society associations were now firmly involved in the design and the management of the policy. On the one hand, this triggered a process that later became known under the acronym MLG (multilevel governance). Policies were not implemented by decree, downwards from the top, but elaborated by way of joint policymaking involving different layers of government. On the other hand, this simultaneously

³ Delors presided over the European Commission for three terms, from 1985 to 1988, from 1989 to 1992, and from 1993 to 1994, making him its longest serving president up to that point. His Commission is also seen as the most successful in advancing European integration.

⁴ The IMPs involved a total of 29 Mediterranean areas and triggered a sequence of reforms in administration and in the civil society sector which were felt to be revolutionary and often even went beyond what had been standard in the wealthier centre-north regions of the EU.

led to the inclusion of a whole range of private actors and organizations into both policy deliberations and implementation (Grote 1993a; 1993b; 1996; 2007).

With the network metaphor gaining increasing attention, relationships both in the territorial and the functional dimension were now conceived to be of reciprocal nature: Commission officials monitored the composition of regional management committees set up for the distribution of funds for specific projects and looked out for an appropriate balance between public and private actors. Conversely, these actors gained additional opportunities to directly connect with EU institutions and organizations with a view to promote their concerns. Although this was not equally successful everywhere (see: Grote 1998a; 1998b), overall, the process led to much enthusiasm among regional policy makers and CSOs as much as academics who adopted MLG as a new mode of societal guidance, if not as an entirely new theory of EU integration.

The “Europe of the Regions” hype accompanying the whole process came to be embraced by Venetians, the Scottish, Bavarians, Welsh and, not least, the Catalans alike. Unfortunately, it not only evaporated soon after but, as we know today, led to the criminalization of an entire regional government whose members are now facing severe punishment. The fact that an institution which had helped setting that process in motion is today turning away from the events by pursuing a politics of non-intervention is scandalous, if not appalling.

3 Social dialogue and tripartite concertation

The reform of regional politics apart, Delors must be credited with yet another achievement, namely the promulgation of the concept of Social Europe and the institutionalization of social dialogue.⁵ Without overstressing the importance of “the men behind the decisions” (Rosenthal 1975), Delors’ insistence on subsidiarity and social dialogue resonate well with his roots in a Catholic and Socialist cosmology.⁶ Long before the term social dialogue became part of official EU rhetoric, the Commission started experimenting with a form of concerted action that

⁵ It is this, not least, which might explain the sudden decision by Ron Todd to suggest Brussels as a place of last resort.

⁶ Subsidiarity is among the most characteristic directives of the Church’s social doctrine. See: Leo XIII, Encyclical Letter *Rerum Novarum: Acta Leonis XIII*; 11, 1892: 101–103. Interestingly, *Rerum Novarum* does not only elaborate on the relation between authorities and individuals but also emphasizes the importance of intermediary actors or, in modern parlance, of civil society organizations.

involved representatives of capital and labour and became known as the “Val Duchesse process”.

After some initially unsuccessful attempts made by the then French President of the Council of Ministers, Pierre Bérégovoy, Delors introduced a more informal type of meeting (see: Grote 1985; Welz 2008). Only General Secretaries of capital (UNICE; today BusinessEurope) and labour (ETUC) were invited, the public was excluded right from the start, and everything was done to avoid the conclusion of formal agreements. The meetings took place without a postal address, a secretariat, or a telephone number to be dialled for receipt of further information. Altogether, this very much resembled the type of fireside talks, suggested by the then mushrooming literature on neo-corporatism, to be the most promising recipe for overcoming controversies and arriving at tricky social and economic decisions by way of antagonistic cooperation.

Throughout that social democratic era of EU integration, European labour was able to substantially improve its status, while the organizations’ power reached far into the key positions of European institutions anyway.⁷ In the academic field, the enthusiasm for the cause of workers interests was soon reflected in a wave of literature on what later became known as Euro corporatism. The repercussions of the kick-off on organized interests and the European Community (Greenwood, Grote, Ronit 1992) had a long-lasting effect and opened an intense debate on forms of interest intermediation in the European Union including ever wider parts of civil society. Initially, in their attempts to identify instances of corporatist policymaking in even the most bizarre political environments, scholars seem to have been blinded by the speed with which respective arrangements made their way into several key policy fields in Brussels – something unlikely to happen in the more pluralistically organized political economies of some of these authors’ home countries.⁸

Over time, the significance of producer groups in such joint policy circuits came to decrease while, simultaneously, other civil society actors (NGOs,

⁷ The President of the ETUC, Heinz-Oskar Vetter, was at the same time President of Germany’s powerful peak associations of labour, the DGB. Delors himself had a union background in the French CFDT, and the same applied to his social affairs adviser, Patrick Venturini as much as to Francois Staedelin, the later President of the European Economic and Social Committee. Jean Degimbe, Director General of DG Employment had a strong affiliation to the Belgian Christian trade union. Not to forget, with substantial help from the part of the EU, the ETUC could set up a well-staffed research institute, the European Trade Union Institute (ETUI).

⁸ The attempt by some (Grote and Schmitter 2003) to link the failure of Euro-corporatism to a resurgence of corporatism at the national level proved to be quite unsuccessful in the long term.

social movements, environmental groups, etc.) gained more and more attention and access. With hindsight, it could today be argued that both the structural policy initiatives at the bottom (inclusion of CSOs into regional policy networks) and the social policy initiatives at the top (incorporation of social partners in key policy decisions in Brussels) somehow converged around the early 2000s, albeit in a quite unexpected and contradictory fashion. On the one hand, experiences made with functional and territorial subsidiarity materialized in a public policy document on new forms of governance (The White Paper on European Governance). At the same time, driven by the slowly unfolding *Lisbonization* of cohesion and of social policies, and by the investiture of a conservative Commission headed by José Manuel Barroso, real existing developments increasingly turned towards competitiveness rather than solidarity, to innovation rather than participation, and to effectiveness rather than inclusion.

4 Governance, the de-mystification of participatory democracy, and the polycrisis

The White Paper published by the EU Commission (2001) hit the very core of the nexus linking European civil society to participatory democracy. More than at any time in the past, and most likely as a response to the alleged dominance of business interests in the institutions' ventricles of power in Brussels, it was now NGOs, social movements, charities, etc. being put in the forefront. Taking over from the interim president Jacques Santer (1995–99), but essentially following Delors in that respect, the new President of the Commission Romano Prodi argued that there is a need to "(...) radically rethink the way we do Europe [and] to devise a completely new form of governance for the world of tomorrow" (Prodi 2000). "People want a much more participatory, 'hands-on' democracy. They will not support the European project unless they are fully involved in setting goals, making policy and evaluating progress" (ibid.). In order to achieve that goal, Prodi asked the Forward Studies Unit (FSU), originally installed within the President's office under Delors' presidency, to come up with appropriate suggestions in that respect.

Although quite far-reaching in its inventiveness and visions, at least by comparison with what had been achieved before, it was not actually the White Paper itself which made the event so noteworthy but, rather, the preparatory work leading to its final draft. In the latter, several elements that directly addressed the core of the EU-civil society nexus had to be sacrificed to internal and exter-

nal critique.⁹ As it turned out, the now curtailed version was hardly more than an exercise in window dressing appearing precisely at a time when the overall system of the EU turned increasingly neoliberal. The original drafts submitted by the FSU (see Lebessis and Paterson 1997) contained a number of recommendations that might have brought about radical change not only with respect to participation. To get an idea of the difference, just compare the building blocks of good governance as listed by the FSU with those contained in the White Paper. The eight principles of the former document were all related to participation and the inclusion of society into European policymaking (ibid.: 21–22; see also Grote and Gbikpi 2002). Conversely, in what remained of that in the final version of the White Paper document, participation is merely one of other four points which anticipated what has later come to be called the *Lisbonization* of EU politics, namely coherence, openness, accountability, and effectiveness (EU Commission 2001: 10).

The reluctance to fully embrace the suggestions made by the FSU had several reasons. Firstly, throughout the initial deliberations, the document was under critical if not hostile, scrutiny from the part of contending actors such as the EP, the CoR, and the European Economic and Social Committee (EESC). Each of them claimed to possess a unique role in matters concerning the relations between the Union and civil society. Accordingly, the document was viewed with much suspicion. Even the trade unions shared that critical attitude. Too excessive an involvement of CSOs by the EU might have endangered their status as sole representatives of the working population. Secondly, in the ambit of national governments, the very term of governance itself appeared to be a misnomer. Accordingly, their representatives in the Council took an equally critical stance. Finally, the preliminary versions by the FSU touched upon thorny issues of democratic theory thereby going far beyond of what a public institution was accorded to do. For instance, elaborating on representative democracy and participatory governance, the FSU concludes that the former of these two may be “(...) increasingly inadequate to cope with both the scale of the problems (...) and with the emergence of new governance arrangements” (Lebessis and Paterson 1997: 17). It is underlined that, nevertheless, “(...) the rhetoric of national policies frequently continues to insist on the form and concept of representative democracy” (ibid.: 18). This must have been too daring a statement for a unit positioned in the midst of the President’s office.

⁹ For what follows see Grote and Gbikpi (2002: 265–74); Armstrong (2002); Kohler-Koch (2013: 22–28). Heidbreder (2012) has produced the most comprehensive literature review on the issue.

Today, there is not much left of what has once been thought to represent good governance. Rather, governance is in a state of organic crisis. Following the events after 2008, even leading figures of the EU have described the situation in terms of an “existential crisis” (Juncker 2016; Mogherini 2016; Prodi 2016). A slightly more analytical report presented by a group of leading European think tanks (EPC 2017) speaks of a polycrisis (see also Blockmans and Russack 2019)¹⁰, whereas the author of this present contribution rather prefers the notion of a threefold crisis of neoliberal governance which embraces the market, the state, and society alike (Grote 2019). The hijacking of the latter two systems of societal order by market forces has come to trigger a process whereby relations formally resting on mutual understanding, on trust, on political exchange, and on balanced coordination have come to be increasingly commodified. In such a situation, there is not much space left for deliberation and inputs from the part of civil society.

The two decades in between the dusk and the dawn of good governance (rhetoric) were characterized by disenchantment on the part of civil society and by a steady decline of hopes that things may turn to the better. Analytical attempts to de-mystify the assumed increase of participation in local and regional governance arrangements (Grote 2007) were soon followed by similar endeavours aimed at unmasking the participatory rhetoric of EU authorities. Kohler-Koch and Quittkat dedicated an entire book to the topic (Kohler-Koch and Quittkat 2013). Scrutinizing the inner organs of the Commission’s consultation regime across different policy domains including the institution’s complex devices for online consultation, the authors come to the conclusion that the overall exercise primarily benefited the Commission which had instrumentalized CSOs to shelter itself from increasing accusations of a democracy deficit. Overall, the experience with the White Paper has been a one-off exercise and civil society participation added up to hardly more than a further pluralization of the European lobby.

10 According to the authors, the polycrisis rests on two pillars – on the one hand, increased fragmentation and divergence both across the Member States and within the Member States and, at the same time, the assault from the part of authoritarian populism (EPC 2017: 3).

5 Collective action and the Europeanization of protest

Thus far, only two quadrants of the initially introduced matrix have been filled, while the other two related to collective action have been left out. The question to be addressed is how governance related activities by the EU impact the presence and the strength of CSOs both regionally and in Brussels.

At the regional level, the inclusion of civil society organizations in structural and social policy networks had a remarkable impact especially in parts of those areas where such organizations could lean on a consolidated history of their own. The participation of trade unions, business associations, and NGOs in the various management and surveillance committees dealing with the design and implementation of development plans substantially improved these organizations' expertise, their reputation, and their organizational clout. It was a direct effect of the Union's insistence on partnership and subsidiarity. This could be verified for several regions in Europe's South where pilot projects such as the IMPs (see above) had prepared the ground for subsequent actions formalized by successive reforms of the structural funds (Grote 1996). In some of these regions, where CSOs had before been marginalized, they even came to occupy central positions in territorial governance networks outcompeting political authorities and public administration (Grote 1995, 1997, 1998a, 1998b). In other parts of Europe, especially in some of the Visegrad Four (see: Petrova and Tarrow 2007), the presence of CSOs had been much less pronounced. Even if the EU helped with some seed money to support the creation of appropriate structures, this often did not go beyond the setting up of letterbox associations staffed with only a couple of "representatives" in the absence of any grassroots activism from below.¹¹ Accordingly, the positioning of such organizations in the respective policy networks turned out to be quite insignificant (Grote 2008, 2009; Kutter and Trappmann 2007).

More recent information on locally and regionally based CSOs and on their relation to the European Union has mostly been provided by labour relations and social movement research. Yet, again, it is the crisis ridden Mediterranean area of countries suffering most from austerity policies where scholars have detected relevant EU-related activities and protests¹². The number of contributions touching upon the social movement/EU nexus at least to some extent is legion.

¹¹ For a slightly more encouraging view, see Parau's (2009) analysis of the Romanian case.

¹² See the contributions on Spain (Köhler and Calleja Jiménez), Italy (Mattoni), Portugal (Costa and Estanque) and Greece (Vogiatzoglou) assembled in Grote and Wagemann (2018).

Considering the claim of a “Europeanization of conflict” first advanced by Tarrow, Rucht (2000) has argued that much of this expectation may have been wishful thinking. He presents own original data and does not find any consistent picture. His conclusion is that the number of transnational EU-related protests does not increase and that the debate on a presumed Europeanization of conflict might add yet another piece to the many hypes swamping the social sciences every second year or so. Some two decades later, Della Porta (2019) fully subscribes to this view. According to her, the financial crisis and the EU’s response to austerity have largely frustrated hopes for a social Europe. The management of the crisis has even increased the power of the least transparent and accountable institutions thus reducing the role of civil society and of parliaments both in Brussels and in the national capitals. While the European project, especially with a view to its social dimension (Della Porta 2006), has originally been shared and embraced by social and protest movements for quite some time (see: Della Porta 2006), civil society organizations today would be less and less prepared to come up with alternative frames for Europe, “or even to talk about Europe” (Della Porta 2019) altogether. Accepting the claim that a crucial precondition for the emergence of a European public sphere is contestation and conflict (see: Risse 2003), the prospects for such a scenario appear to be quite meager.

This is not to say that CSOs and civil society-related groups active in Brussels would not count at all. An impressive ecology of such organizations has developed over time that is well documented and analyzed by the literature on European interest intermediation and by research on lobbying (see Ruzza 2011; Saurugger 2006; Smismans 2009). Organizations such as, for instance, Civil Society Europe (CSE 2013) have a broad constituency and are present in many working groups and committees run by the Commission, the CoR, and the EESC. CSE has recently addressed the incoming president of the Commission asking for more participatory rights at both the European and the national level and to strengthen the role of civil society in all directorates of the Commission (CES 2019). Group III of the EESC (Diversity Europe) has been very active in promoting the concerns of local and national CSOs, of combatting “shrinking spaces” and the threat of right-wing populism. Following similar activities of that type, Diversity Europe has recently launched an own initiative opinion on “Populism and fundamental rights – suburban and rural areas” (EESC 2019) which is currently in the process of being adopted by the Committee’s Plenary. All this, however, does not solve the latent tension mentioned by Kohler-Koch and Quittkat (2013), namely to overcome the dilemma of mediating between the “logic of influence” and the “logic of membership”. Albeit EU-level CSOs have been quite successful in voicing civil society concerns in Brussels, many of them have developed

an exclusionary club mentality. They are regarded as elitist and out of touch by many of their constituent members.

6 Concluding remarks

There is hardly any public authority worldwide that has promoted civil society participation and new modes of governance as much as the Commission of the European Union in its joint efforts with the CoR (Committee of the Regions) and the EESC (Economic and Social Committee). These activities have triggered far-reaching institutional reforms and have activated civil society organizations at the subnational and the supranational level alike. The academic world has equally been shaken up and has produced myriads of books and articles on the role of civil society in regional and supranational governance, on participatory democracy, and on Euro-corporatism and social dialogue. Yet, with hindsight, and separating the wheat of substantial change from the chaff of rhetorical performance, much less is left than originally expected.

The relationship between the European Union and civil society has seen many ups and downs. It started with quite some enthusiasm, lasting until far into the new millennium, but subsequently lost much of its appeal and led to disenchantment, especially among those being most concerned, i. e., civil society organizations at all levels of territorial complexity. It has not entirely been a story of rhetoric and declamatory statements though. Institutional reforms led to experiments with new forms of governance at the subnational and the supranational levels and CSOs were clearly able to enhance their standing within these arrangements. Yet the early invitations made by EU authorities to join the project of European integration soon collided with the inverse path taken in favour of a quite different project, namely, to make Europe fit for a neoliberal reconstruction based on competitiveness, innovation, liberalization, deinstitutionalization, and privatization.

Much of the social objectives originally envisaged by the White Paper then got finally lost, first in a succession of partial crises and then, finally, in the three-fold crisis of governance embracing both the European and national political economies alike. The EU is now externally squeezed in between quite unfriendly contenders from the US, China, Russia, and Eurasia. Internally, it is drawn apart by drives towards exit, by populist nationalism, and by *retrotopian* (Bauman 2017) visions of different sorts. Civil society organizations have by now become an indispensable part of the enterprise. They are better endowed with expertise and with personal, organizational, and logistic resources than at any time during the thirty-year process described in this brief synthesis. If there is any advice to

be given to them, then it is (1) to capitalize on the crisis; (2) to take advantage of the relative decline affecting institutions practically everywhere; (3) to develop *real-utopian* (Wright 2017) strategies; (4) to struck alliances with likeminded actors and institutions at the national and the European level (Grote 2019; Wage-mann and Grote 2018); and (5) to place themselves in the forefront of the fight for “another Europe”. It is a false expectation that bottom-up initiatives by civil society may “empower citizens to take *back* (emphasis added by author) control of their Union” (Blockmans and Russack 2019). Citizens never ever had that control. Yet, the crisis may stimulate a collective response by a broad-based countermovement from below helping to design and supervise developments (*for the first time*) across the entire range of European Union institutions.

Jürgen R. Grote, Senior Researcher, DOC Berlin. Contact: JGrote@doc-research.org

References

- Armstrong, K. A.* 2002. Rediscovering Civil Society: The European Union and the White Paper on Governance. In: *European Law Journal*, 8(1): 102–132.
- Bauman, Z.* 2017. *Retrotopia*. Polity Press.
- Blockmans, S. and S. Russack* (eds.) 2019. *Direct Democracy in the EU: The Myth of a Citizens' Union*. Rowman & Littlefield.
- CSE* 2013. *Building Civil Society Europe*; European Coordination of Civil Society Organisations; Civil Society Europe (CSE). Rome, December 16, 2013.
- CSE* 2019. Open Letter to the President-designate of the EU Commission, Ms. u. von der Leyen; Civil Society Europe (CSE). Brussels, July 25, 2019.
- Della Porta, D.* 2006. *Social Movements and the European Union: Eurosceptics or Critical Europeanists? Notre Europe; Etudes & Recherches*; Brussels; July 2006.
- Della Porta, D.* 2019. *Europeanization from below: still time for another Europe?* In: *Europe 2015 – A New Agenda. Social Europe Dossier*; Hans-Böckler Stiftung; Friedrich-Ebert Stiftung; *Social Europe*: 32–36.
- EESC* 2019. European Economic and Social Committee. Own initiative opinion on “Populism and Fundamental Rights – Suburban and Rural Areas”. NAT/771-EESC-2019.
- EPC* 2017. *Europa neu beleben – New Pact for Europe, Rebuilding trust through dialogue*. Dritter Bericht. European Policy Centre in Zusammenarbeit mit der King Bauduin Foundation, Bertelsmann Stiftung, Open Society Foundation, Fundacao Calouste Gulbenkian, BMW Foundation, Network of European Foundations. November 2017.
- EU Commission* 2001. *European Governance: A White Paper*. COM (2001) 428, Commission of the European Communities, Brussels.
- Greenwood, J., J. R. Grote and K. Ronit* (eds.) 1992. *Organized Interests and the European Community*. Sage Publications.
- Grote, J. R.* 1985. *Tripartism and European Integration*. In: G. Spyropoulos (ed.) *Trade Unions Today and Tomorrow*. Presses Press Interuniversitaires Européennes.

- Grote, J. R. 1992. *Evolving Patterns of Organizing Interests in the European Community*. In: J. Greenwood, J. R. Grote and K. Ronit (eds.) *Organized Interests and the European Community*. Sage Studies in Neo-corporatism. Sage Publications: 238–252.
- Grote, J. R. 1993a. *On functional and territorial subsidiarity: between legal discourse and societal needs*. Papier vorgelegt auf der Fachtagung der DVPW über 'Legitimation und Handlungsfähigkeit der EG nach Maastricht, Universität Mannheim; November 1993.
- Grote, J. R. 1993b. *Obstacles and opportunities to social, economic, and institutional cohesion in Italy*. Paper presented at Conference on EC Cohesion Policies and National Networks, Nuffield College, Oxford, Centre for European Studies, December 1993; United Kingdom.
- Grote, J. R. 1995. *Réseaux de politiques ou échanges clientéliste: des métaphores à l'évaluation des relations État-société*. In : Pôle Sud. *Revue de Science Politiques* ; Vol. 3: 55–72.
- Grote, J. R. 1996. *Regionalpolitik*. In: B. Kohler-Koch und W. Woyke (Hrsg.) *Lexikon der Politik*; Band 5; *Die Europäische Union*. C. H. Beck: 232–237.
- Grote, J. R. 1997. *Intermediazione degli interessi e politiche regionali nel Mezzogiorno: Il caso della Sicilia*. In: *Stato e Mercato*, n. 51: 419–457.
- Grote, J. R. 1998a. *Interorganisatorische Strukturdifferenzen regionaler Politikgestaltung*. In: B. Kohler-Koch u. a. *Interaktive Politik in Europa: Regionen im Netzwerk der Integration*, Leske und Budrich: 62–96.
- Grote, J. R. 1998b. *Politique territoriale et intérêts régionaux dans le Mezzogiorno. Un analyse formelle des réseaux d'intermediation*. in: Négrier, E. et B. Jouve (sous la direction) *Que gouvernement les régions d'Europe? L'Harmattan* : 273–297.
- Grote, J. R. 2007. *Local Governance und organisierte Zivilgesellschaft*. In: L. Schwalb und H. Walk (eds.) *Local Governance. Mehr Transparenz und Bürgernähe? VS Verlag für Sozialwissenschaften*: 39–66.
- Grote, J. R. 2008. *The Role of Civil Society and Structural Funding in Central and Eastern Europe*. Paper presented at Civil Society Forum on "What Role for Civil Society and Participatory Democracy in European Cohesion Policy for Tomorrow?"; European Citizen Action Service (ECAS) and EU Commission. October 8, 2008.
- Grote, J. R. 2009. *Transactionalism and Civil Society in the Czech Republic. From the exceptionalism of pre- towards the 'normal politics' of post-accession*. Paper presented at Conference "5 Years after Enlargement: Reinventing the Union or Facing Stalemate?". Central European University in Budapest (DVPW and UACES); May 8–9, 2009.
- Grote, J. R. 2012. *Participatory Governance Reloaded: The Horizontalist Expectation*. In: B. Egner; M. Haus und G. Terizakis (eds.) *Regieren. Festschrift für Hubert Heinelt*. Springer VS: 75–98.
- Grote, J. R. 2019. *Shrinking Spaces: Räume kontrahierender und expandierender Governance*. In: *Forschungsjournal Soziale Bewegungen*; FJSB 32(2): 270–78.
- Grote, J. R. and B. Gbikpi 2002. *Participation and Meta-Governance: The White Paper of the EU Commission*. In: J. R. Grote and B. Gbikpi (eds.) *Participatory Governance. Political and Societal Implications*. Leske und Budrich: 265–275.
- Grote, J. R. and G. Bianchi 1991. *Come creare ordine dalla confusione? Progettazione e attuazione dei Programmi Integrati Mediterranei*. In: F. Boscacci e G. Gorla (a cura di) *Economie locali in ambiente competitivo*. Franco Angeli Editore: 309–341.
- Grote, J. R.; G. Bianchi and S. Pieracci 1995. *Dalla coesione economica alla coesione istituzionale: Sussidiarietà funzionale e reti socio-istituzionali nelle politiche regionali*. In: G. Gorla e O. V. Colonna (a cura di) *Regioni e sviluppo: modelli, politiche e riforme*, Franco Angeli Editore: 305–331.

- Grote, J. R. and P. Schmitter 2003. The Renaissance of National Corporatism: Unintended Side-effects of European Economic and Monetary Union, Or Calculated Response to the Absence of European Social Policy? In: Van Waarden, F. and G. Lehmbruch (eds.) *Renegotiating the Welfare State. Flexible Adjustment through Corporatist Concertation*. Routledge: 279–302.
- Grote, J. R. and C. Wagemann 2018. *Social Movements and Organized Labour. Passions and Interests*. London; Routledge.
- Heidbreder, E. G. 2012. Civil society participation in EU governance. In: *Living Reviews in European Governance*, Vol. 7(2).
- Kohler-Koch, B. 2013, Governing with the European Civil Society. In: Kohler-Koch, B. and C. Quittkat (eds.) *De-Mystification of Participatory Democracy. EU Governance and Civil Society*. Oxford University Press: 18–41.
- Kohler-Koch, B. and C. Quittkat (eds.) 2013. *De-Mystification of Participatory Democracy. EU Governance and Civil Society*. Oxford University Press.
- Kutter, A. and V. Trappmann 2007. Civil society in Central and Eastern Europe: The ambivalent legacy of accession. In: *Acta Politica* 45(1–2): 41–69.
- Lebessis, N. and J. Paterson 1997. *Evolution in Governance: What Lessons for the Commission? A First Assessment*. Forward Studies Unit Working Paper. EU Commission.
- Parau, C. E. 2009. Impaling Dracula: How EU Accession Empowered Civil Society in Romania. In: *West European Politics* 32(1): 119–141.
- Petrova, T. and S. Tarrow 2007. Transactional and Participatory Activism in the Emerging European Polity. The Puzzle of East-Central Europe. In: *Comparative Political Studies* 40(1): 74–94.
- Prodi, R. 2000. Reviewing governance in an enlarged Union, and mastering technology to create a new economic and social agenda: two EU challenges at the dawn of the 21st century. Speech delivered at the European Academy of Sciences and Arts; Bilbao, 28 April 2000.
- Risse, T. 2003. An Emerging European Public Sphere? Theoretical Clarifications and Empirical Indicators. Paper presented to the Annual Meeting of the European Union Studies Association (EUSA); Nashville, TN; March 27–30, 2003.
- Rosenthal, G. G. 1975. *The Men Behind the Decisions. Cases in European Policy-Making*. Lexington Books.
- Rucht, D. 2000. Zur Europäisierung politischer Mobilisierung. In: *Berliner Journal für Soziologie* 10(2): 185–202.
- Ruzza, C. 2011. Social Movements and the European Interest Intermediation of Public Interest Groups. In: *Journal of European Integration*, 33(4): 453–469.
- Saurugger, S. 2006. The professionalisation of interest representation: a legitimacy problem for civil society in the EU? In: *Civil Society and Legitimate European Governance*; Simismans, S. (ed.); Edward Elgar: 260–276.
- Smismans, S. 2009. European Civil Society and Citizenship: Complementary or Exclusionary Concepts? In: *Policy and Society*, 28(1): 59–70.
- Wagemann, C. and J. R. Grote 2018. Countermovement Formation in Times of Radical Change. In: Grote, J. R. and C. Wagemann (eds.): *Social Movements and Organized Labour. Passions and Interests*. Routledge: 203–218.
- Welz, C. 2008. The European social dialogue under Articles 138 and 139 of the EC Treaty: Actors, processes, outcomes. Alphenaan den Rijn; Kluwer Law International.
- Wright, E. O. 2017. *Reale Utopien. Wege aus dem Kapitalismus*. Suhrkamp.

Themenschwerpunkt

Bernd Hüttemann* und Elena Sandmann

Im Mittelfeld der Europapolitik: Zivilgesellschaft, Lobbyismus und Partizipative Demokratie im Mehrebenensystem der EU

<https://doi.org/10.1515/fjsb-2019-0061>

Zusammenfassung: Der Beitrag beleuchtet den Zusammenhang zwischen politischer Einflussnahme von Interessengruppen im EU-Gesetzgebungsprozess und pluralistischer Demokratie im europäischen Mehrebenensystem. Dabei geht er kritisch der Frage nach, ob (zivil-) gesellschaftliche Interessenvertretung analytisch vom (Wirtschafts-)Lobbyismus unterschieden werden sollte. Zentrale These ist, dass Interessenvertretung nur im Kontext größerer Transparenz aller beteiligten gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, staatlichen, gesetzgeberischen und mittelbaren Akteure zu mehr Demokratie und Legitimation im Mehrebenensystem der EU beitragen kann.

In the midfield of European Politics: Civil Society, Lobbyism and Participative Democracy within the EU's Multi-level System of Governance

Abstract: The article sheds light on the relation between political influence of interest groups in the EU legislative process and pluralist democracy in the European system of multi-level governance. In this context, the article critically examines whether the representation of societal interests can be analytically distinguished from (corporate and private) lobbyism. It is the article's main thesis that interest representation can only contribute to more democracy and legitimacy in the EU system of multi-level governance if all corporate, governmental, and legislative actors involved in the decision-making process commit themselves to greater transparency.

Hinweis: Der Artikel beruht im Wesentlichen auf: Hüttemann 2018 und Hüttemann 2019 im Erscheinen.

***Kontakt:** Bernd Hüttemann, Europäische Bewegung Deutschland e.V. (EBD); Europäische Bewegung International; Universität Passau, E-Mail: bernd.huettemann@netzwerk-ebd.de
Elena Sandmann, Europäische Bewegung Deutschland e.V. (EBD),
E-Mail: elena.sandmann@netzwerk-ebd.de

1 Einleitung

Die europäische Integration unterliegt einer Dynamik, die nicht nur in der Politik, sondern auch in ihrer Verfasstheit ein immer breiter und dichter werdendes Beziehungsgeflecht im Mehrebenensystem der EU aufweist. Letzteres ist ohne Zweifel komplex und verleitet mitunter zur Kapitulation vor einer vermeintlichen Undurchschaubarkeit.

Neben mitgliedstaatlichen und supranationalen parlamentarischen sowie administrativen Akteuren gelten vor allem „Lobbyisten“ als Teil eines undurchdringlichen Brüsseler Dschungels, der Effizienz, Demokratie, Transparenz und Bürgernähe nahezu unmöglich erscheinen lässt. „Mehr Zivilgesellschaft“ müsse die Lösung sein (Katzemich et al. 2019: 8). In der Tat ist die Einbindung „der Zivilgesellschaft“ seit den 1990er Jahren *das* Instrument, um partizipative Demokratie in Europa zu verwirklichen – als Gegenpol einer von technokratischen und/oder mitgliedstaatlichen Akteuren gestalteten EU (Alemanno 2018). Eine andere, in vielen pluralistischen Demokratien bekannte Einflussnahme im Gesetzgebungsprozess wird jedoch geradezu verteufelt: der Lobbyismus, der einen übermäßigen Einfluss auf die EU-Gesetzgebung habe. „Schluss mit Lobbyismus!“ (Pohl 2012), „Lobby-Republik“ (Tillack 2015) und „Lobbyplanet“ (LobbyControl 2015) sind nur einige Beispiele, die einen schlechten Ruf bescheinigen.

Während der Begriff Lobbyismus selten Teil offizieller Dokumente ist, spielt der Begriff Zivilgesellschaft eine prominente Rolle in den geltenden Verträgen der EU, insbesondere in Art. 11 des Vertrags über die Europäische Union (EUV). Dennoch findet Lobbyismus im Mehrebenensystem der EU statt. Er ist insbesondere dann für Intransparenz und mangelnde Rechenschaft („accountability“) anfällig, wenn er indirekt über öffentliche oder staatseigene Interessengruppen erfolgt, die mehr oder weniger von Regierungen der Mitgliedstaaten betrieben werden.

Der Verdacht liegt nahe, dass eine unreflektierte Dichotomie zwischen Zivilgesellschaft und Lobbyismus einer transparenten Demokratie keinen Vorschub leistet. Beide scheinen Teil einer pluralistischen Interessenvertretung zu sein, die auch Wirtschaftsverbände, Gewerkschaften und Berufsverbände umfasst. Ist es das Ziel, Demokratie im Mehrebenensystem der EU für die Bürgerinnen und Bürger berechenbar und damit beeinflussbar zu machen, müssen organisierte Einflussnahme und Interessenvertretung auf allen Ebenen klar definiert werden, sowohl auf supranationaler Ebene des Europäischen Parlaments und der Europäischen Kommission als auch auf intergouvernementaler Ebene der Mitgliedstaaten, ihrer Ständigen Vertretungen und des Rates der EU.

2 Das „Mittelfeld in der Europapolitik“

Zivilgesellschaft und Lobbyismus lassen sich im öffentlichen Diskurs, aber auch in der Wissenschaft dem intermediären Bereich zwischen Bürgern und Staat zuordnen.¹ Die Interaktion im Mittelfeld zwischen diesen beiden Polen verläuft selbstverständlich nicht einheitlich und umfasst neben Parteien unterschiedlichste Organisationsformen, etwa Vereine, Verbände, Stiftungen und Unternehmen. Sie alle agieren im gegenseitigen Wettbewerb mit dem Staat und dem Bürger und streben nach Mehrheiten und Einfluss in der Gesetzgebung.

Im innerstaatlichen Bereich geht man gemeinhin von öffentlichen und privaten Interessen aus (Schendelen 2013: 40 ff). Selbstverständlich entstehen rechtlich und politisch sich ändernde Grauzonen zwischen diesen beiden Polen. Je umfassender ein Gemeinwesen strukturiert ist, desto vielfältiger werden die Formen der Interessenorganisation. Besonders deutlich wird dies in Mischsystemen mit hoher Interdependenz zwischen öffentlichen und privaten Organisationsformen. Im öffentlichen Diskurs hat sich eingebürgert, selbst die mit dem öffentlichen Sektor „vermischten“ Interessengruppen von Regierungen oder Staatlichkeit zu trennen und als „Nichtregierungsorganisation“ (NRO)² zu bezeichnen. Zusätzlich werden Interessengruppen aufgrund ihrer sektoralen Dimension (Wirtschafts- und Berufsverbände, Arbeitnehmerinteressen, sonstige bürgerschaftliche Interessen) und ihrer territorialen bzw. (sub-)staatlichen Interessen unterschieden (Greenwood 2017: 4 f).

Das Mehrebenensystem der Europäischen Union eröffnet jedoch zusätzliche räumliche und zeitliche Dimensionen der Interaktion zwischen den Ebenen. So ist etwa territoriale Einflussnahme, vornehmlich durch die Mitgliedstaaten, Teil des europapolitischen Systems. In diesem System können Interessengruppen wechselnde Rollen als territoriale und sektorale Interessengruppen übernehmen. Auch der Wechsel von Gemeinwohl- zu Wohlfahrts- und zu Unternehmensinteressen ist über die Gruppierung hinweg möglich. Zwölf „Vektoren der Europäisierung“ (Schendelen 2013: 45 ff) zwischen national, europäisch, öffentlich und privat lassen Interessengruppen im Mehrebenensystem je nach Zusammenhang

1 Wenn in dieser Darstellung vom intermediären Bereich oder dem Mittelfeld gesprochen wird, so werden Parteien bewusst ausgespart. Denn ihre von den meisten demokratischen Verfassungen zugesprochene Rolle ist für den Staat konstituierend. Sie können sich allerdings der Methodik von Interessengruppen bedienen.

2 Die Bezeichnung stammt ursprünglich vom englischen „non-governmental organization“ (NGO) und müsste im eigentlichen Wortsinn mit „Nichtstaatliche Organisation“ (NSO) übersetzt werden.

unterschiedlich erscheinen. Je nach Umgebung passen sie sich dem Chamäleon gleich der Umgebung an.

Auf rein europäischer Ebene bietet das „Transparenzregister“, das ursprünglich sinnhafterweise „Lobbyregister“ heißen sollte, eine mögliche Einordnung von Interessengruppen an. Neben europäischen sind freilich auch lokale, regionale und nationale Interessengruppen vertreten. Es schlägt folgende Einordnung von Interessengruppen vor (mit Anzahl der registrierten Organisationen) (Europäisches Parlament/Europäische Kommission 2019):

- Beratungsfirmen/Anwaltskanzleien/selbständige Berater (1.085)
- In-House-Lobbyisten, Gewerbe-, Wirtschafts- und Berufsverbände (6.081)
- Nichtregierungsorganisationen (3.185)
- Denkfabriken, Forschungs- und Hochschuleinrichtungen (882)
- Organisationen, die Kirchen und Religionsgemeinschaften vertreten (52)
- Organisationen, die lokale, regionale und kommunale Behörden, andere öffentliche oder gemischte Einrichtungen vertreten (583)

Allerdings werden nur Interessengruppen aufgenommen, die ihre Interessen im Europäischen Parlament und in der Europäischen Kommission vertreten. Es fehlt die Interessenvertretung beim Rat der EU, bei den Mitgliedstaaten und bei Europaabgeordneten vor Ort sowie in den nationalen Hauptstädten.³ Immerhin bietet das Transparenzregister seit einigen Jahren einen Beitrag zur Versachlichung bei der Betrachtung organisierter Interessen im Mittelfeld zwischen Entscheidungsträgern und Bürgerschaft. Auf den Begriff „Zivilgesellschaft“ wird bei dieser Matrix der Interessenlandschaft bezeichnenderweise verzichtet.

2.1 Zivilgesellschaft vs. Lobbyismus?

Der heutige Gebrauch des Begriffes Zivilgesellschaft hat seinen Ursprung im lateinischen *societas civilis*, der sich in den unterschiedlichen Sprachen etwa durch *society*, *società*, *société* fortschrieb. Im Zuge der Industrialisierung kam schließlich die Frage auf, wie die privat gesteuerte Wirtschaft in die neue Gesellschaftsordnung einzufügen ist. Ausgerechnet der Wirtschaftsphilosoph Adam Smith (1723–1790) und der Sozialist Karl Marx (1818–1883) stimmten offensichtlich darin überein, dass wirtschaftliche Vereinigungen sehr wohl zur Zivilgesellschaft zu rechnen seien. Im Gegensatz dazu stand für Alexis de Tocqueville (1805–1849),

³ Zur Bedeutung von Interessengruppen in der nationalen europapolitischen Koordinierung vgl. Hüttemann 2015a.

der vielfach als eigentlicher Vater des modernen Verständnisses von Zivilgesellschaft gilt, das Vereinswesen im Vordergrund (Tocqueville 1835). Seine Vorstellung einer „Assoziativen Demokratie“ ist seither Gegenstand sozialwissenschaftlicher Reflexion (Reutter 2012). In der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts wurde der Begriff der Zivilgesellschaft nur selten genutzt.

In der Nachkriegszeit schließlich ist es vor allem Jürgen Habermas, der in seinen normativen Vorstellungen einer *deliberativen Demokratie* wieder den Begriff einer Zivilgesellschaft verstärkt nutzt, diesmal aber mit einem entscheidenden Unterschied: Den Kern der Zivilgesellschaft bildet nach Habermas – hier durchaus im Sinne von Tocqueville – ein mehr oder weniger spontanes und organisiertes Assoziationswesen, das problemlösende Diskurse zu Fragen allgemeinen Interesses im Rahmen veranstalteter Öffentlichkeiten institutionalisiert (Habermas 1994: 443). Für Habermas gilt ein normatives Demokratiemodell⁴, das aber allgemeinwohlorientierte „zivilgesellschaftliche Gruppen“ von Interessengruppen unterscheidet, die lediglich für die materiellen Mitgliederinteressen wirken (Kohler-Koch 2011: 54). Damit verneint Habermas kategorisch, dass wirtschaftliche Assoziationen zur Zivilgesellschaft zu zählen sind.

Seitdem wird (Wirtschafts-)Lobbyismus im öffentlichen Diskurs der demokratischen und gemeinwohlorientierten Sphäre zwischen Staat und Bürger entzogen. Noch heute folgen die meisten lobbykritischen Interessengruppen und Aktivisten eben genau dieser Vorstellung. Allerdings ist sowohl in der Wissenschaft als auch in der Praxis eine Änderung erkennbar. Sukzessiv gelangt der Begriff zu einer neutraleren Verwendung: So wird mitunter selbst die Europäische Bürgerinitiative als „outside lobbying tool“ (Oleart/Bouza 2018: 871) bezeichnet und Transparency International spricht davon, dass „lobbying [...] a vital part of any healthy deliberative democracy“ (Bendel 2016) sei. Dies impliziert eine schrittweise Legitimation von Interessenvertretung – auch durch Lobbyismus – als Bestandteil der Demokratie.

2.1.1 Zivilgesellschaft in der EU

Im Zuge der EU-Beitrittsverhandlungen ost- und mitteleuropäischer Staaten und den damit einhergehenden demokratischen Bestandteilen der „Kopenhagener Kriterien“ machte der Zivilgesellschaftsbegriff auch europäische Karriere. Zwar

⁴ Zur Erklärungskraft von demokratietheoretischen sowie europawissenschaftlichen Ansätzen und Theorien mittlerer Reichweite für den intermediären Bereich im politischen System der EU vgl. Hüttemann 2018.

kamen die Kriterien noch ganz ohne den Begriff aus⁵, doch im Weißbuch „Europäisches Regieren“ der Europäischen Kommission 2001 wird schließlich die Förderung von „Nichtregierungsorganisationen“, „Sozialpartnern“ und der „Zivilgesellschaft“ als Teil der EU-Governance bezeichnet (Europäische Kommission 2001). Im Zuge der Diskussionen zum Verfassungsvertrag haben vor allem verschiedenste Interessengruppen auf den Konvent so stark eingewirkt, dass ein noch heute gültiger Artikel für die „Beteiligung von Zivilgesellschaft“ entstanden ist, der heutige Art. 11 EUV.

Der Artikel hatte den Lissaboner Vertrag erstaunlich unbeschadet überlebt: Lediglich die Überschrift „Grundsatz der partizipativen Demokratie“ wurde entfernt. Bemerkenswert ist im nun gültigen Vertragstext das Nebeneinander von „Bürgerinnen und Bürgern“, „repräsentativen Verbänden“ und „Zivilgesellschaft“. Die Teilnahme an schon vor dem Lissaboner Vertrag bei der Europäischen Kommission üblichen deliberativen Beteiligungsverfahren ist mithin ausdrücklich auf ein breites Verständnis einer „EU-Bürgerschaft“ (Classen 2014: 105) ausgerichtet, wobei auf Repräsentativität ausdrücklich hingewiesen wird. Im engeren Sinne partizipative Elemente des EU-Vertrages sind die im Art. 11 Abs. 4 EUV genannte „Europäische Bürgerinitiative (EBI)“ sowie die in Art. 11 Abs. 2 und 3 EUV vorgesehenen Konsultationen und Bürgerdialoge. Bisher kamen die beiden letztgenannten Instrumente jedoch nicht über deklaratorische Schlussfolgerungen hinaus (Europäische Bewegung Deutschland e.V. 2018) und hatten keine nachhaltige Auswirkung auf die Europapolitik der Mitgliedstaaten.

Angesichts der bisher geringen Wirkungskraft bleibt abzuwarten, wie Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen ihr Vorhaben einer zweijährigen Bürgerkonferenz über die Zukunft Europas umsetzen wird. In Briefen an die sozialdemokratischen und liberalen Fraktionen im Europäischen Parlament versicherte sie, die Ergebnisse der Konferenz sollten in Legislativakten oder anderen Initiativen, einschließlich Vertragsänderungen, münden (Valero 2019). Andere fordern nun sogar die Einführung eines EU-Kommissars für Bürgerbeziehungen und Zivilgesellschaft (Ringler 2019). Die Konferenz könnte zu einer weiteren Undurchschaubarkeit führen, einem Dschungel aus bürgerschaftlichen, repräsentativen und gouvernementalen Interessen.

Die EBI wurde zwar im Frühjahr 2019 reformiert. Dennoch bleibt die EBI ein Instrument, das zu einem großen Teil von repräsentativen Organisationen genutzt wird, wie Umweltverbänden oder Gewerkschaften. Ihre Rückkopplungsmöglichkeiten an eine „Unionsbürgergesellschaft“ bleiben sehr begrenzt und

⁵ Im Vertrag von Amsterdam 1999 wurden die Kopenhagener Kriterien ohne den Begriff der Zivilgesellschaft zum Verfassungsprinzip der EU (heute Art. 2 EUV).

führen zu entsprechender Enttäuschung bei normativen Anhängern einer bürgerschaftlichen Einwirkungsmöglichkeit. Gleichzeitig spielt die EBI in den eigentlichen Gesetzgebungsfragen eine Rolle am Rande (Alemanno 2018). Sie steht weiterhin im Spannungsfeld zwischen Gemeinwohl und Eigennutz und sieht sich Vorwürfen der Verfolgung von Einzelinteressen ausgesetzt (Kandyla/Gherghina 2018: 1223). Zwar dürfte sich die Europäische Bürgerinitiative weiter etablieren, doch wird sie vermutlich auch weiterhin keine breite öffentliche Wirkung erzielen (Hüttemann 2019).

Schon vor der Einführung des Zivilgesellschaftsbegriffes in den EU-Verträgen gab es Bestrebungen, die bürgerschaftliche Dimension der europäischen Integration mit den im europäischen Raum tätigen Interessengruppen zu verbinden. Seit den Gründungsverträgen 1957 existiert der (Europäische) Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) als Nebenorgan der Gemeinschaft. Der EWSA nahm spätestens während der europäischen Konjunkturphase des zivilgesellschaftlichen Begriffes für sich den Begriff der „organisierten Zivilgesellschaft“ an (Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss 1999: 30). Nicht nur aufgrund der Zusammensetzung des EWSA aus Arbeitgeber- und Arbeitnehmergruppen und mittlerweile aus einer „Gruppe der Sonstigen“ war für den EWSA der Einschluss von Wirtschaftsvereinigungen und sogar von Unternehmen wie der Deutschen Bahn AG selbstverständlich. Durch die Einrichtung einer „Liaison Group“ 2004 versuchte der EWSA, eine Verbindung zu den europäischen Interessengruppen herzustellen, waren doch seine Mitglieder nur Vertreter nationaler Interessengruppen. Im Rahmen der EBI versteht sich der EWSA als „Mittler zwischen der Kommission und den Bürgern“ (Drbalová et al. 2019: 6), dürfte aber ähnlich der EBI keine breite öffentliche Wirkung haben. Als korporatistischer Ankerpunkt für Lobbyismus in Brüssel dürfte der EWSA hingegen weiterhin eine hintergründige Rolle spielen.

Spätestens seit der Juncker-Kommission 2014 scheint die rhetorische Erhöhung des zivilgesellschaftlichen Begriffes im Sinkflug zu sein. Die Agenda für bessere Rechtsetzung hat mittlerweile den zivilgesellschaftlichen Ansatz der Prodi-Kommission durch die Politik einer effizienteren Politikgestaltung („Programm zur Gewährleistung der Effizienz und Leistungsfähigkeit der Rechtsetzung (REFIT)“) verlassen. Der Begriff Zivilgesellschaft wird in der 2016 neu eingerichteten REFIT-Plattform innerhalb der Interessenträger-Gruppe („Stakeholder group“) genannt, doch insgesamt erinnert die Mitgliederstruktur eher an eine klassische korporative Herangehensweise staatlicher Zusammenarbeit mit Interessengruppen (Hüttemann 2016). Zwar kann sich die Statistik des Programms mit 417 öffentlichen Konsultationen und 150 Vereinfachungsinitiativen der Kommission im Zeitraum 2015–2018 sehen lassen, doch muss sich die Reduktion von Rechtsakten stets an der inhaltlichen Qualität in einer neuen korporatistischen Zusammen-

arbeit zwischen Interessenträgern und den europäischen Institutionen messen lassen (Hüttemann 2019).

Auch die Europawissenschaft hat den Begriff Zivilgesellschaft lange Zeit inflationär benutzt. Sowohl in der Literatur als auch in der empirischen Gesamtschau neigten Wissenschaftler dazu, mit Zivilgesellschaft Vereinigungen zu bezeichnen, die ein „allgemeines Interesse“ sowie Werte und Rechte vertreten. Nicht nur der Markt, sondern auch Wirtschafts- und Berufsverbände werden oftmals nicht als zivilgesellschaftliche Organisationen angesehen (Kohler-Koch 2011: 63).

Zivilgesellschaft bleibt auch auf europäischer Ebene ein Programm zwischen normativer politisch-gesellschaftlicher Utopie und einem empirisch formalen, analytisch-deskriptiven Konzept. Doch die Zeit einer überfrachteten und „trügerischen“ (Kohler-Koch 2011: 72) Erwartungshaltung gegenüber der Zivilgesellschaft in der europäischen Integration scheint vorüber. Der Begriff Zivilgesellschaft scheint seine deliberative Bedeutung zu verlieren. Gleichzeitig gewinnt ein lange Zeit diskreditierter Begriff Anerkennung: Lobbyismus.

2.1.2 Lobbyismus in der EU

Wenngleich das Transparenzregister von Kommission und Parlament nicht als Lobbyregister und die darin verzeichneten Organisationen nicht als Lobbyorganisationen bezeichnet werden, betreiben letztere unzweifelhaft Lobbyismus in der europäischen Gesetzgebung. Doch im Unterschied zur normativ propagierten „Zivilgesellschaft“ gelten beim „Lobbyismus“ umgekehrte Voraussetzungen: Er wird in der Öffentlichkeit ungern verwendet. Keine Person, sei sie noch so sehr als Lobbyist tätig, würde diese Berufsbezeichnung auf eine Visitenkarte schreiben: Man nennt sich stattdessen „Consultant, Public Affairs Manager, Head of Government Relations, Director External Liaison, EU-Coordinator, Policy Advisor, Head of EU Department, European Affairs Manager oder ganz simpel ‚Leiter Büro Brüssel‘“ (Dialer/Richter 2014). Umgekehrt nutzen gerade Vertreter einer Zivilgesellschaft das Wort Lobbyist zur Abgrenzung der eigenen Einflussnahme auf Entscheidungsträger, indem sie ihre Einflussnahme „advocacy“ nennen.

Unstrittig ist, dass Lobbyismus eine wichtige und wirkmächtige Tätigkeit im intermediären Bereich, dem „Mittelfeld“ ist. Ähnlich wie propagierte zivilgesellschaftliche Aktivitäten findet Lobbyismus landläufig bei staatlichen Akteuren und durch nichtstaatliche Akteure statt. Gängige Interpretationen sind:

- *Generell*: Lobbying als Ansammlung unorthodoxer Bemühungen, um Informationen und Unterstützung im Spiel der Interessen zu erlangen und dadurch ein gewünschtes Ergebnis zu bekommen (McGrath 2005: 2).

- *Enges Verständnis*: Lobbying wird von Personen und Gruppen betrieben, die nicht selbst Teil des politischen Systems sind, um staatliches Handeln oder Rechtsetzung in einem abgegrenzten Zeitraum zu beeinflussen (Speth/Zimmer 2015).
- *Weites Verständnis*: Lobbying ist mit Interessenvertretung gleichzusetzen, die über individuelles Bestreben Einfluss zu nehmen hinausgeht (Klüver et al. 2015: 452).

Während klassischer Lobbyismus zur Einflussnahme Formen der Beratung, Information und Kommunikation gegenüber Entscheidern nutzt, findet im heutigen Internetzeitalter lobbyistische Einflussnahme auf Entscheider zunehmend über öffentliche Meinungsbildung statt (Speth/Zimmer 2015: 12f). Die Auseinandersetzungen zu den Freihandelsabkommen TTIP und CETA oder zur Urheberrechtsrichtlinie 2018/19 zeigen, dass der lobbyistische Einfluss auf Entscheidungsprozesse sehr wohl nicht nur von wirtschaftlich wohlhabenden Interessengruppen geprägt werden kann, sondern über „öffentlichen und lobbyistischen Druck“ Entscheidungen beeinflusst werden können.

2.2 Camouflage ein und desselben Chamäleons?

Es ist ein Kampf um die Deutungshoheit von Begriffen, der noch nicht entschieden ist. Beide Begriffe gleichen einem Chamäleon, das sich je nach Umgebung anpasst, aber stets um die eigenen Ziele bemüht, defensiv wie offensiv. Die Camouflage dient der:

- *Abwehr*: Viele Interessengruppen, wie Kirchen, Gewerkschaften und Kommunen, kämpfen darum, nicht als Lobbyisten bezeichnet zu werden (Stahl 2014). Aber auch „echte Lobbyisten“ mit Marktorientierung bevorzugen den Begriff „Public Affairs“, um in der Öffentlichkeit nicht diskreditiert zu werden. Umgekehrt klingt Zivilgesellschaft in Diplomatie/Verwaltung, Wirtschaft, Wissenschaft und teilweise auch in der Politik und der medialen Öffentlichkeit nach wenig Einfluss und wenig professionell. Zivilgesellschaft hat den Hauch des Machtlosen.
- *Tarnung*: Der ungeliebte, aber durchaus für einige attraktiv scheinende, verwegene Charakter des Lobbyismus wird von nichtmarktorientierten Interessengruppen oft als „advocacy“ bezeichnet (Jurka 2015). Unter dem Begriff Zivilgesellschaft wird vielfach auch ein Vertretungsanspruch für die gesamte Bevölkerung suggeriert, obwohl viele Vertreter von Organisationen, Initiativen, Stiftungen und Aktivisten keinesfalls gewählt sind. Zivilgesellschaft wird zu einem Qualitätssiegel, mit dem sich Interessengruppen schmücken können.

Im wissenschaftlichen Diskurs mehren sich die Stimmen, dass die Etikettierung als Akteur der Zivilgesellschaft oder als Lobbyist in die eine oder andere Richtung nicht weiterführt: „Much of what passes for ‚dialogue with civil society‘ at EU level is dialogue with interest groups“ (Greenwood 2017: 2). Wissenschaftler, die die politische Rolle der Zivilgesellschaft im Sinne der Interessenrepräsentation im Blick haben, akzeptieren einen breit gestreuten Pluralismus, der auch die Wirtschaftsverbände, Gewerkschaften und Berufsverbände umfasst (Kohler-Koch 2011: 62).

Die größte Aufgabe bleibt im „Dschungel EU“, die Rolle der Mitgliedstaaten, ihrer Ständigen Vertretungen und des Rates transparent aufzubereiten (Hüttemann 2015b). Der Nationalstaat wird, sobald er die supranationale und intergouvernementale Sphäre betritt, wie auch nichtstaatliche Interessengruppen zu einem Chamäleon mit einer ganz besonderen Fähigkeit zur Camouflage.

3 Berechenbarkeit und Verantwortung als Grundlage europäischer Demokratie

Das bloße Propagieren einer marktfernen und wenig verbandsdemokratischen „Zivilgesellschaft“ hat die Transparenz in vielen mitgliedstaatlichen Demokratien nicht unbedingt gestärkt. Die EU kann auf innerstaatliche demokratische Prozesse und die Transparenz ihrer Mitglieder nur sehr indirekt einwirken. Anläufe, den Demokratie- und Transparenzgehalt des Art. 11 auf nationale Ebene als Standard auszuweiten (European Economic and Social Committee 2015), sind bis dato erfolglos. Gleichzeitig hat die mangelnde Transparenz nationalstaatlich geprägter Institutionen direkte Auswirkungen auf die demokratische Gesamtkonstruktion der Union.

Zur Enttäuschung vieler scheiterten im April endgültig die interinstitutionellen Verhandlungen über ein verpflichtendes Transparenzregister zwischen der Kommission, dem Rat der EU und dem Europäischen Parlament (Nielsen 2019). Losgelöst davon erhöhte das Parlament im Januar 2019 die Gesetzgebungstransparenz: Seit dieser Legislaturperiode müssen die Abgeordneten alle geplanten Treffen mit im Transparenzregister verzeichneten Lobbyisten veröffentlichen (Europäisches Parlament 2019). Auch die Europäische Kommission zeigt seit Oktober 2018 alle Treffen registrierter Organisationen mit Kommissionmitgliedern und ihren engsten Beratern an (Europäisches Parlament/Europäische Kommission 2019).

Schwachstelle *in puncto* Transparenz bleibt nach wie vor der Rat der EU. Bemühungen, die Arbeit im Rat transparenter zu machen, werden von einigen

Mitgliedstaaten blockiert, allen voran Frankreich. Auch die Europäische Bürgerbeauftragte kritisierte 2019 die Intransparenz im Rat und der Eurogruppe, blieb jedoch ohne Erfolg (Hüttemann 2019). Hohe Intransparenz und mangelnde Rechenschaft prägen vor allem die „informellen Trilogie“, die nunmehr zur Normalität geworden sind. Sie sind somit ein leichtes Ziel für Euroskeptiker, die ihre Kritik auf einer idealisierten Form der Demokratie gründen (Greenwood/Roedder-Rynning 2019: 137 f). Obwohl der Europäische Gerichtshof 2018 urteilte, dass das Europäische Parlament auf einen konkreten Antrag hin grundsätzlich Zugang zu den Dokumenten über die laufenden (noch immer „informellen“) Trilogverfahren gewähren muss, fand dieses Urteil in der vergangenen Legislaturperiode keine Anwendung (Hüttemann 2019).

Solange nationale Akteure als Teil der EU-Gesetzgebung auf europäischer Ebene (z. B. im Sinne von Staatsunternehmen) lobbyistisch handeln bzw. lobbyistisch beeinflussbar sind, sollte dies im öffentlichen Diskurs klarer herausgesellt werden. Forderungen nach mehr Transparenz sollten sich insofern nicht nur auf die „üblichen Verdächtigen“ aus der Wirtschaft beziehen, sondern auch auf weitere mitgliedstaatliche Bereiche ausgeweitet werden, wobei institutioneller Auftrags- und Vertrauensschutz gewährleistet werden sollte und möglich ist. Nur so lässt sich vermeiden, dass sich indirektes Lobbying über staatliche Vertreter negativ auf eine sich entwickelnde junge europäische Demokratie, eine im besten Sinne pluralistische parlamentarische Demokratie, auswirkt.

Denn nur eine für die Bürgerinnen und Bürger nachvollziehbare Berechenbarkeit und Verantwortlichkeit der beteiligten staatlichen, gesetzgeberischen und mittelbaren Akteure schafft demokratische Legitimität im Mehrebenensystem EU.

Bernd Hüttemann ist Generalsekretär der Europäischen Bewegung Deutschland e.V. (EBD), Vizepräsident der Europäischen Bewegung International und Lehrbeauftragter an der Universität Passau. Kontakt: bernd.huettemann@netzwerk-ebd.de

Elena Sandmann ist Studentische Mitarbeiterin der Europäischen Bewegung Deutschland e.V. (EBD) und studiert an der Freien Universität Berlin im Masterstudiengang Internationale Beziehungen. Kontakt: elena.sandmann@netzwerk-ebd.de

Literatur

- Alemanno, Alberto* 2018: Beyond Consultations: Reimagining EU Participatory Politics. carnegieeurope.eu.
- Bendel, Yannik* 2016: Keep your head. Lobby responsibly. transparency.eu/lobbyresponsibly.
- Classen, Alexander* 2014: Interessenvertretung in der Europäischen Union. Zur Rechtmäßigkeit politischer Einflussnahme. Springer VS.
- Dialer, Doris/Richter, Margarethe* 2014: Einleitung. Entmystifizierung von EU-Lobbying. In: Dialer, Doris/Richter, Margarethe (Hg.): Lobbying in der Europäischen Union. Zwischen Professionalisierung und Regulierung. Springer VS, 1–13.
- Drbalová, Vladimíra/Schmidt, Peter/Somville, Yves* 20.03.2019: Stellungnahme. Für eine nachhaltige Zukunft Europas auf die Menschen hören (Sibiu und darüber hinaus). www.eesc.europa.eu.
- Europäische Bewegung Deutschland e.V.* 2018: Bürgerdialoge zur Zukunft Europas: Wenn, dann richtig! EBD-Vorstand und Spitzenverbände nehmen Stellung. www.netzwerk-ebd.de.
- Europäische Kommission* 2001: Mitteilung der Kommission vom 25. Juli 2001 „Europäisches Regieren – Ein Weißbuch“. Das Weißbuch „Europäisches Regieren“. eur-lex.europa.eu.
- Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss* (1999): Stellungnahme des Wirtschafts- und Sozialausschuss zum Thema „Die Rolle und der Beitrag der organisierten Zivilgesellschaft zum europäischen Einigungswerk“. 1999/C 329/10. eur-lex.europa.eu.
- Europäisches Parlament* 2019: Änderungen der Geschäftsordnung des Parlaments. 31.01.2019. www.europarl.europa.eu.
- Europäisches Parlament/Europäische Kommission* 2019: Transparenz und die EU. ec.europa.eu.
- European Economic and Social Committee* 2015: Fahrplan für die Umsetzung von Artikel 11 Absatz 1 und Absatz 2 des Vertrags über die Europäische Union (EUV). www.eesc.europa.eu.
- Greenwood, Justin* 2017: Interest Representation in the European Union. Palgrave Macmillan.
- Greenwood, Justin/Roederer-Rynning, Christilla* 2019: Taming Trilogues: The EU's Law-Making Process in a Comparative Perspective. In: Costa, Olivier (Hg.): The European Parliament in times of EU crisis. Dynamics and transformations. Palgrave Macmillan, 121–142.
- Habermas, Jürgen* 1994: Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats. Suhrkamp.
- Hüttemann, Bernd* 2015a: Das „Schwarze Loch“ der deutschen Europapolitik. Lobbyismus und europapolitische Koordinierung in Deutschland. In: Göler, Daniel/Schmid, Alexandra/Zech, Lukas (Hg.): Europäische Integration. Beiträge zur Europaforschung aus multidimensionaler Analyseperspektive. Nomos, 174–195.
- Hüttemann, Bernd* 2015b: Lobbyismus und Interessenvertretung. In: Weidenfeld, Werner/Wessels, Wolfgang (Hg.): Jahrbuch der Europäischen Integration 2015. Nomos, 369–373.
- Hüttemann, Bernd* 2016: Lobbyismus in der partizipativen Demokratie. In: Weidenfeld, Werner/Wessels, Wolfgang (Hg.): Jahrbuch der Europäischen Integration 2016. Nomos, 173–176.
- Hüttemann, Bernd* 2018: Ein und dasselbe Chamäleon? Zivilgesellschaft und Lobbyismus im europäischen Mehrebenensystem. In: Göler, Daniel/Stratenschulte, Eckart D. (Hg.): Norm- und Regeltransfer in der europäischen Außenpolitik. Nomos, 37–90.
- Hüttemann, Bernd* 2019: Lobbyismus in der partizipativen Demokratie. In: Weidenfeld, Werner/Wessels, Wolfgang (Hg.): Jahrbuch der Europäischen Integration 2019. Nomos.
- Jurka, Karl* 2015: Bundeshauptstadt Berlin. Das Leben der Lobbyisten. www.sueddeutsche.de.

- Kandyla, Anna/Gherghina, Sergiu* 2018: What Triggers the Intention to Use the European Citizens' Initiative? The Role of Benefits, Values and Efficacy. In: *Journal of Common Market Studies* 56(6): 1223–1239.
- Katzemich, Nina/Lange, Timo/Bank, Max* 2019: EU-Lobbyreport 2019. Lobbyismus in der EU: Eine Bilanz. www.lobbycontrol.de.
- Klüver, Heike/Braun, Caelesta/Beyers, Jan* 2015: Legislative lobbying in context: towards a conceptual framework of interest group lobbying in the European Union. In: *Journal of European Public Policy* 22(4): 447–461.
- Kohler-Koch, Beate* 2011: Die vielen Gesichter der europäischen Zivilgesellschaft. Suhrkamp.
- LobbyControl* (Hg.) 2015: LobbyPlanet Berlin. Der Reiseführer durch den Lobbydschungel. Köln.
- McGrath, Conor* 2005: Lobbying in Washington, London, and Brussels: the persuasive communication of political issues. The Edwin Mellen Press.
- Nielsen, Nikolaj* 2019: Lobby register transparency talks collapse. euobserver.com.
- Oleart, Alvaro/Bouza, Luis* 2018: Democracy at Stake: Multipositional Actors and Politicization in the EU Civil Society Field. In: *Journal of Common Market Studies* 56(4): 870–887.
- Pohl, Ines* (Hg.) 2012: Schluss mit Lobbyismus! 50 einfache Fragen, auf die es nur eine Antwort gibt. Westend.
- Reutter, Werner* (Hg.) 2012: Verbände und Interessengruppen in den Ländern der Europäischen Union. VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Ringler, Verena* 2019: Why we need an #EUCitizenCommissioner now. www.europeancommons.eu.
- Schendelen, Rinus v.* 2013: The Art of Lobbying the EU. More Macchiavelli in Brussels. Amsterdam University Press.
- Speth, Rudolf/Zimmer, Annette* 2015: Einleitung. Von Interessenvertretung zu „Lobby Work“. In: Speth, Rudolf/Zimmer, Annette (Hg.): Lobby Work. Interessenvertretung als Politikgestaltung. Springer VS, 9–27.
- Stahl, Gerhard* 2014: Der Ausschuss der Regionen. Politische Vertretung und Lobbyist für Städte und Regionen. In: Dialer, Doris/Richter, Margarethe (Hg.): Lobbying in der Europäischen Union. Zwischen Professionalisierung und Regulierung. Springer VS, 127–140.
- Tillack, Hans M.* 2015: Die Lobby-Republik. Wer in Deutschland die Strippen zieht. Hanser Berlin.
- Tocqueville, Alexis d.* 1835: De la démocratie en Amérique. Librairie de C. Gosselin.
- Valero, Jorge* 2019: Von der Leyen spells out concessions to Parliament ahead of crunch vote. www.euractiv.com.

Themenschwerpunkt

Christine Landfried*

Bürgerkonferenzen als Potential für einen Neuanfang der EU

<https://doi.org/10.1515/fjsb-2019-0062>

Zusammenfassung: Es ist die Hypothese des Beitrages, dass die Kluft zwischen geringer demokratischer Mitwirkung und weitreichenden politischen Kompetenzen der EU den Mangel an kulturellen Voraussetzungen der europäischen Demokratie erklärt. Zu diesen Voraussetzungen gehören Vertrauen in die europäischen Eliten und Institutionen, ein Zugehörigkeitsgefühl und die Anerkennung von Anderssein. Zunächst werden empirische Befunde zur Partizipation in der EU beschrieben und mit den Mechanismen des europäischen Regierens erklärt. Auf dieser Basis wird der konkrete Vorschlag entwickelt, die Bürger bei einem neuen Konvent zur Zukunft Europas von Anfang an wirksam zu beteiligen.

Citizens' Conferences as a Potential for a New Beginning of the EU

Abstract: It is the hypothesis of this contribution that the gap between low levels of participation and a high impact of European politics can explain why the cultural conditions of democracy are not sufficiently existing in the EU. Such conditions are the trust in European elites and institutions, a feeling of belonging to the EU and the acknowledgment of difference. First, some indicators demonstrating the poor state of participation in the EU are described, second, these indicators are related to the mechanisms of European governance, and third, a concrete proposal how to enhance the effective participation of citizens in a new Convention on the future of Europe will be developed.

1 Einleitung

Immer wieder hören wir, dass die EU den Bürgern nähergebracht werden müsse. Das politische Geschehen in Brüssel und Straßburg müsse besser vermittelt werden. Doch es geht nicht darum, die europäische Politik möglichst gut zu prä-

*Kontakt: Christine Landfried, Universität Hamburg, Politikwissenschaft, Hamburg, Deutschland, E-Mail: christine.landfried@uni-hamburg.de

sentieren. Die Bürgerinnen und Bürger möchten nicht nur über die EU informiert sein, sondern die praktische Erfahrung machen, dass ihre Stimme in der europäischen Politik zählt. Es ist verblüffend, dass trotz der tiefgreifenden Krisen, die Europa seit 2010 erschüttern, die Europäische Kommission in ihrem „Weißbuch zur Zukunft Europas“ noch immer ein positives Bild der Lage zeichnet. Für die Kommission steht der ökonomische Nutzen des Binnenmarktes im Mittelpunkt. Es sei das Ziel der europäischen Politik, dass jeder Einzelne von der EU profitiere. Der Rückgang des Vertrauens der Bürger liege daran, „dass die EU nicht leicht zu verstehen ist (...) es wird nicht genug erklärt, wer was tut“ (Europäische Kommission 2017: 12).

Diese Diagnose geht an der Realität vorbei. Das geringe Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die EU lässt sich nicht auf das mangelnde Verständnis einer komplexen supranationalen Organisation zurückführen. Die Notwendigkeit eines Zugehörigkeitsgefühls der Bürger zur EU, das über wirtschaftliche Interessen hinausgeht, wird von der Europäischen Kommission verkannt. Ein solches Zugehörigkeitsgefühl entsteht nicht durch Informationskampagnen, sondern durch die demokratische Teilhabe der Bürger und eine politisch wirksame Öffentlichkeit.

Wie jede Demokratie beruht auch die europäische Demokratie auf anspruchsvollen kulturellen Voraussetzungen.¹ Zu diesen Voraussetzungen gehören das Vertrauen der Bürger in die europäischen Eliten und Institutionen, Empathie, das Engagement für eine gemeinsame europäische Zukunft, ein Zugehörigkeitsgefühl zur EU, ein kooperatives Verhalten, die Anerkennung von Anderssein und ein kommunikativer Umgang mit diesem Anderssein (Landfried 2011: 16). Diese Voraussetzungen sind in der EU nicht hinreichend vorhanden.

Es ist meine *Hypothese*, dass die wachsende Kluft zwischen geringer demokratischer Mitwirkung und weitreichenden politischen Kompetenzen der EU den Mangel an kulturellen Voraussetzungen der europäischen Demokratie erklärt. Die kulturellen Grundlagen der Demokratie stehen wiederum in einem engen

¹ Ernst-Wolfgang Böckenförde ist mit seinem Diktum von 1964 „Der freiheitliche säkularisierte Staat lebt von Voraussetzungen, die er selbst nicht garantieren kann“ oft missverstanden worden. In einem Interview mit Christian Rath in der taz vom 23.9.2009 betonte Böckenförde daher, dass auch der Staat die „moralische Substanz seiner Bürger“ stützen könne. Auf die Frage, wie der Staat dies tun könne, antwortete Böckenförde: „Dazu gehört nicht zuletzt der Erziehungsauftrag der Schule, auch wenn der heute leider nur noch schwach wahrgenommen wird. Außerdem kann der Staat selbst glaubwürdig moralische Ziele verfolgen, zum Beispiel soziale Gerechtigkeit, und so ein Klima schaffen, in dem Moral ernst genommen wird.“ Neben den Kirchen könnten auch „weltanschauliche, politische oder soziale Bewegungen den Gemeinsinn der Bevölkerung“ fördern.

Zusammenhang mit den sozio-ökonomischen Entwicklungen.² Wenn ein Teil der Bürger kein Vertrauen in die demokratischen Verfahren mehr hat oder aus wirtschaftlichen Gründen an den Rand der Gesellschaft gedrängt wird – Saskia Sassen spricht vom „systemic edge“ (2014: 211) –, dann schadet dies der demokratischen Politik. Wer sich nicht repräsentiert fühlt, hat keinen Anreiz, demokratische Spielregeln einzuhalten.

Die kulturellen Grundlagen demokratischen Regierens wie Empathie und Vertrauen entstehen unter anderem bei der Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger an der politischen Gestaltung. „Loyalität gegenüber den politischen Institutionen der EU“ bildet sich nur, „wenn sich die gesellschaftliche Integrationskraft von demokratischer Teilhabe transnational entfalten kann“ (Nanz/Leggewie 2018: 101). Die Möglichkeiten zur Beteiligung der Bürger an der politischen Willensbildung und Entscheidungsfindung sind in der EU jedoch rar gesät. Mein Argument werde ich in drei Schritten entwickeln. Zunächst nenne ich einige empirische Befunde zur schwachen Ausprägung der kulturellen Grundlagen der europäischen Demokratie. Sodann erkläre ich diese Befunde mit den Mechanismen des europäischen Regierens und mache abschließend einen Vorschlag, mit dem es gelingen könnte, die kulturellen Grundlagen der europäischen Demokratie zu stärken.

2 Empirische Befunde

„Die Arbeitsweise der Union beruht auf der repräsentativen Demokratie.“ So steht es im EU-Vertrag (Art.10 Abs.1). Repräsentation bedeutet nicht, dass die gewählten Repräsentanten die Meinungen und Interessen der Bürger möglichst unverändert in die Politik übertragen. Die öffentliche Meinung und die kollektiv verbindlichen Entscheidungen der gewählten Repräsentanten sollen vielmehr in einem Zusammenhang stehen. Die Bürgerinnen und Bürger müssen erleben, dass sie an einem nie endenden Prozess der öffentlichen Meinungsbildung (Habermas 1992: 626) teilnehmen, und die gewählten Repräsentanten diese Meinungen in ihren kollektiv verbindlichen Entscheidungen zu Rate ziehen. In einer repräsentativen Demokratie ist die *Verbundenheit* zwischen den Repräsentierten und den Repräsentanten die Grundlage für die rechtliche *Verbindlichkeit* der politischen

² Es wäre zu prüfen, inwieweit auch die „sozioökonomische Konfliktdimension“ und die „kulturell-identitäre Konfliktdimension“, die sich als „eigenständige Konfliktdimensionen“ im Prozess der Globalisierung herausgebildet haben (Grande 2018: 54), in einem Zusammenhang stehen.

Entscheidungen (Preuß 1996: 94). Im „Repräsentationsprozess“ sollen die konkreten Erfahrungen und Konflikte der Bürger so zusammengefasst und abstrahiert werden, „dass sie zum Gegenstand eines alle Staatsbürger in ihrer staatlichen Verbundenheit, kurz: eines allgemeinen Interesses werden können“ (Preuß 1996: 96).

Ein solches allgemeines Interesse kann entstehen, wenn es eine politisch wirksame Öffentlichkeit gibt. Die Bürgerinnen und Bürger müssen also darauf vertrauen können, dass ihre Meinungen für politisches Handeln relevant sind und die Repräsentanten zugleich das allgemeine Interesse im Blick haben. Ein generalisiertes Vertrauen in die Repräsentanten ist notwendig, um zu gewährleisten, dass die Bürger nicht bei jeder kollektiv verbindlichen Entscheidung, die ihrem eigenen partikularen Interesse widerspricht, das ganze demokratische System in Frage stellen.

Wie sieht die Realität in der EU aus? Im März 2019 hatten im Durchschnitt der 28 EU-Mitgliedstaaten nur noch 37 % der Bürgerinnen und Bürger Vertrauen in die EU (Spezial Eurobarometer 486: 111). Diese Zahl ist ernüchternd. Es ist auch kein Trost, dass es in den Mitgliedstaaten noch schlechter aussieht. Nur 32 % der Bürger bringen ihrer nationalen Regierung Vertrauen entgegen, während 63 % ihrer nationalen Regierung „eher nicht vertrauen“ (Spezial Eurobarometer 486: 106).

Den politischen Parteien vertrauen in den 28 EU-Mitgliedstaaten nach derselben Umfrage sogar nur 19 %. Dies zeigt, dass die „auf Parteienkonkurrenz gegründete pluralistische Demokratie“ unter Druck steht. „Es öffnet sich eine Kluft zwischen den politischen Eliten in den Parlamenten und den Regierungen, die an Vertrauen verlieren, und den Bürgern, die sich entweder von der politischen Partizipation abwenden oder in Protestparteien und Bürgerbewegungen für spezifische Anliegen mobilisieren und sich als moralische Mehrheit gegen korrupte Eliten stilisieren“ (Grimm 2019: 296).

Diese Diagnose gilt für die nationalen Demokratien wie für die europäische Demokratie. Auch in der Europawahl am 26. Mai 2019 entschieden sich die Wählerinnen und Wähler für ein Parlament, in dem die beiden großen Fraktionen der Christlichen Demokraten (EVP) und der Sozialdemokraten (S&D) nicht mehr über die absolute Mehrheit verfügen. Die rechtsnationalen Parteien erhielten 171 von 751 Mandaten und erreichten damit einen neuen Höchststand. Auch wenn die Populisten weniger Sitze erlangten als befürchtet, so stimmt es nachdenklich, dass in EU-Gründerstaaten wie Frankreich und Italien „radikal rechtsnationale Kräfte das Feld anführen“ (Neue Zürcher Zeitung, 29.5.2019: 1). Die Erfolge der Populisten mit ihren europa- und fremdenfeindlichen Programmen bei den Wahlen zum Europäischen Parlament zeigen, dass Toleranz und die Anerkennung von Anderssein als wichtige Elemente der kulturellen Grundlagen europäischen Regierens gefährdet sind.

Trotz des Rückgangs des Vertrauens in die EU von 50 % im Herbst 2004 auf 37 % im Frühjahr 2019 und trotz der Erfolge der anti-europäischen Populisten ist eine klare Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger für eine Mitgliedschaft ihres Landes in der EU. Seit Frühjahr 2013 beobachten wir einen kontinuierlichen Anstieg der Zustimmung zur Mitgliedschaft in der EU (EU-27). Im Frühjahr 2019 hielten 61 % der Befragten die Mitgliedschaft ihres Landes in der EU für eine „gute Sache“ und damit 11 % mehr als im Frühjahr 2013.

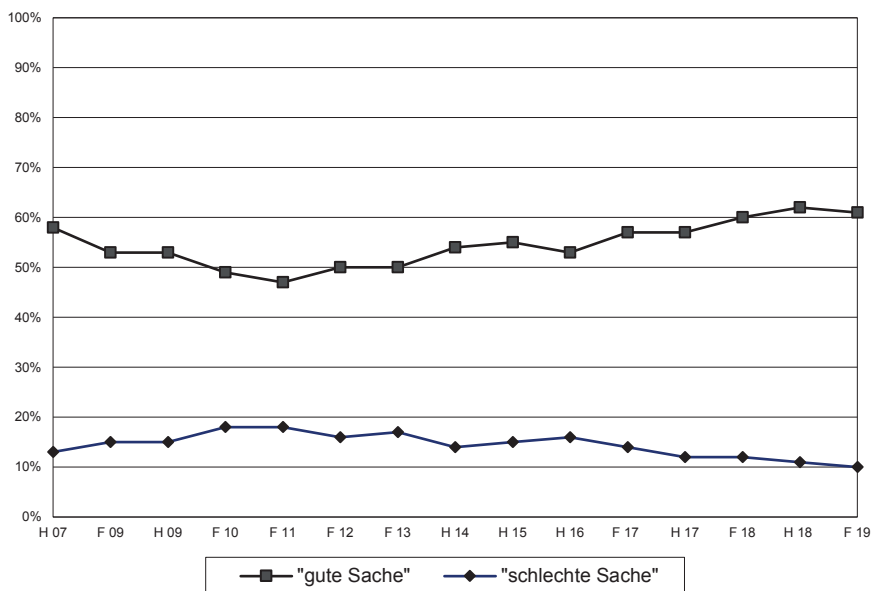


Abbildung: Zustimmung zur Mitgliedschaft in der Europäischen Union (EU-27) 2007 bis 2019 (Durchschnittswert)

F = Umfrage im Frühjahr des entsprechenden Jahres

H = Umfrage im Herbst des entsprechenden Jahres

Quelle: Grafik auf der Grundlage des Eurobarometers 91.1, QA11.

Auffallend ist die hohe Zahl der Bürgerinnen und Bürger, die sich nicht entscheiden können. 27 % antworten im Frühjahr 2019, die Mitgliedschaft in der EU sei „weder eine gute noch eine schlechte Sache“ (Eurobarometer 91.1: 15).

Diese Unsicherheit passt zu dem Befund, dass die Hälfte der befragten Bürgerinnen und Bürger der Meinung ist, die Dinge in der EU entwickelten sich im Allgemeinen in die falsche Richtung (Eurobarometer 91.1: 26). Das Meinungsbild lässt sich als Indikator für ein Krisenbewusstsein der Bürgerinnen und Bürger interpretieren. Die Mitgliedschaft in der EU wird zwar mehrheitlich als eine „gute

Sache“ gesehen, doch das Vertrauen in die EU hat abgenommen. Dramatisch gesunken ist das Vertrauen in wichtige demokratische Organisationen wie die traditionellen Volksparteien. Gerade in Krisenzeiten wäre es jedoch wichtig, dass die Bürger den politischen Eliten und demokratischen Institutionen generell vertrauten. Die EU müsste sich jetzt auf stabile kulturelle Grundlagen des demokratischen Regierens verlassen können (Weiler 2018: 359). Die Kombination des geringen Vertrauens in die EU mit dem Gefühl, dass etwas grundlegend schief läuft, verstärkt die Krise der europäischen Demokratie. Diese Situation wird von den anti-europäischen Populisten ausgenutzt. Wie lässt sich diese Entwicklung erklären?

3 Theoretische Erklärung

Die Asymmetrie zwischen geringer demokratischer Mitwirkung und umfassenden politischen Kompetenzen der EU führt zu einer Krise der Repräsentation. Demokratische Repräsentation erfordert einen kontinuierlichen Austausch zwischen gewählten Repräsentanten und Repräsentierten. In diesem „Repräsentationsprozess“ (Preuß 1996: 96) entstehen Vertrauen in die politischen Eliten und ein Zugehörigkeitsgefühl als kulturelle Grundlagen der europäischen Demokratie. Die Mechanismen des europäischen Regierens sind jedoch wenig geeignet, den Austausch zwischen politischen Eliten und Bürgern zu fördern. Dies ist umso gravierender, je mehr sich die EU von einem Binnenmarkt zu einer politischen Ordnung mit Kompetenzen in einer Vielzahl von Politikbereichen wandelt.

In der EU sind es vor allem die Experten der Kommission und die Regierungen der Mitgliedstaaten, die verhandeln und Entscheidungen treffen. Das direkt gewählte Europäische Parlament ist bei der Gesetzgebung zwar gleichberechtigt mit dem Rat (Art. 294 AEUV), besitzt jedoch noch immer kein Initiativrecht. Die nationalen Parlamente wiederum werden oft erst in die Debatte eingeschaltet, wenn die Entscheidungen schon gefallen sind. Daran hat auch das 2009 mit dem Vertrag von Lissabon eingeführte Recht der nationalen Parlamente, die Einhaltung der Subsidiarität in der europäischen Gesetzgebung zu kontrollieren, nichts geändert.

Am Beispiel der Eurokrise lässt sich dies veranschaulichen. Im Verlauf des Krisenmanagements wurden wichtige Kompetenzen der nationalen Parlamente auf die Kommission, die europäische „Regierung“, übertragen. In kleinen Schritten und weitgehend unbemerkt von der Öffentlichkeit erhielt die Kommission einen beträchtlichen Einfluss auf die Haushaltspolitik der nationalen Parlamente. So ist die Kommission Hauptakteurin bei der Umsetzung der Regeln zur

Förderung eines ausgeglichenen Haushaltes in den Mitgliedstaaten der Eurozone. Diese Regeln wurden im Fiskalpakt vom 2. März 2012 über die „Stabilität, Koordinierung und Steuerung in der Wirtschafts- und Währungsunion“ festgelegt.

Im Fiskalpakt werden national verankerte Vorkehrungen zur Sicherung eines ausgeglichenen Haushalts in den Mitgliedstaaten mit einer europäischen Überwachung verknüpft. Die Kommission schlägt den zeitlichen Rahmen für das Erreichen eines ausgeglichenen Haushaltes vor. Sie bestimmt auch die Grundsätze der nationalen Korrekturmechanismen für den Fall, dass ein ausgeglichener Haushalt nicht erreicht wird (Art. 3 Fiskalpakt). Es überrascht daher, im Fiskalpakt zu lesen, das Haushaltsrecht der nationalen Parlamente werde nicht eingeschränkt (Art. 3 Abs. 2 Fiskalpakt). Diese Beteuerung ist ein Selbstbetrug der politischen Eliten und ändert nichts an dem faktischen Machtverlust der nationalen Parlamente. Den Einfluss der Kommission auf die nationale Haushaltspolitik mag man befürworten oder ablehnen. Er muss jedoch öffentlich diskutiert und demokratisch legitimiert sein.

Eine öffentliche Debatte über solche wesentlichen Änderungen des europäischen Regierens im Verlauf des Managements der Eurokrise fand nicht statt. Die Medien haben zwar ausführlich über die schwierige ökonomische Lage in Griechenland berichtet. Doch über die Machtverschiebung von den nationalen Parlamenten zur Europäischen Kommission wurde in einer breiteren Öffentlichkeit wenig diskutiert. Die Entscheidung wichtiger politischer Fragen ohne öffentliche Diskussion wird auch durch die spezifische Art der europäischen Konstitutionalisierung gefördert.

Eine Verfassung enthält die Regeln der politischen Entscheidungsfindung. Diese Regeln sind dann kein Thema mehr in der täglichen politischen Auseinandersetzung. Da die europäischen Verträge wie eine Verfassung behandelt werden, zugleich aber Vorschriften mit Gesetzescharakter enthalten, sind zahlreiche Fragen zu Details der Politikgestaltung der öffentlichen Diskussion entzogen. Es sind die Richterinnen und Richter des EuGH, also nichtgewählte Experten, die über die Interpretation der Verträge und damit häufig über die Details einzelner Politiken entscheiden. „Die Verschmelzung von verfassungsrechtlichen Bestandteilen mit einfachrechtlichen Bestandteilen in den Verträgen begünstigt die nichtgewählten und nichtverantwortlichen Institutionen gegenüber den demokratisch legitimierten und kontrollierten Organen“ (Grimm 2016: 116).

Der EuGH befasste sich nicht nur mit detaillierten Fragen der politischen Gestaltung, sondern begünstigte aus strukturellen Gründen auch den wirtschaftlichen Liberalismus. Da der EuGH häufig über den Binnenmarkt mit seinen vier wirtschaftlichen Grundfreiheiten des freien Verkehrs von Gütern, Arbeitskräften, Dienstleistungen und Kapital zu entscheiden hatte, und die Verfahren meist von Wirtschaftsakteuren ausgingen, die gegen nationale Regulierungen der

wirtschaftlichen Freiheiten klagten, wirkte sich die Rechtsprechung im Ergebnis zugunsten des Marktliberalismus aus (Grimm 2016: 114). Der EuGH verstärkte daher die Politik der Deregulierungen, die als Reaktion auf eine sich globalisierende Welt seit den 70er Jahren des 20. Jahrhunderts in zahlreichen westlichen Demokratien betrieben wurde. Die Deregulierung wurde mit steuerlichen Entlastungen der einkommens- und vermögensstarken Schichten verknüpft.

Das wirtschaftspolitische Konzept der Liberalisierung hat zu einer ungleichen Verteilung von Gütern, Dienstleistungen, Kapital, von technischen und wissenschaftlichen Errungenschaften geführt. Thomas Piketty zeigt in seiner empirischen Studie zum Kapital im 21. Jahrhundert, dass die Einkommen aus Kapital prozentual stärker steigen als das gesamtwirtschaftliche Wachstum (Piketty 2014: 25). Dieser Mechanismus führe zu einer globalen Dynamik der Vermögensakkumulation und -verteilung, die eine völlig außer Kontrolle geratene Spirale der Ungleichheit in Gang setzen könne (Piketty 2014: 439).

Die entstandenen sozio-ökonomischen Ungleichheiten in und zwischen den EU-Mitgliedstaaten lassen den sozialen Zusammenhalt brüchig werden. Wenn benachteiligte Schichten der Gesellschaft den Eindruck haben, dass die Politik ohnehin nicht für sie da ist, werden sie das Vertrauen in die demokratischen Institutionen verlieren und beispielsweise nicht mehr wählen (Merkel 2014: 118). Die kulturellen Grundlagen der europäischen Demokratie werden also ganz entscheidend durch die zunehmende sozio-ökonomische Ungleichheit beeinträchtigt.

Die Mechanismen des Regierens in der EU sind nicht geeignet, die kulturellen Grundlagen der europäischen Demokratie zu festigen. Daraus kann man jedoch nicht ableiten, dass es ratsam sei, das Projekt der europäischen Integration aufzugeben. Das Plädoyer Wolfgang Streecks, zum Nationalstaat zurückzukehren (2013: 254), ist nicht erfolversprechend. In einer sich globalisierenden Welt können wirksame politische Regulierungen der Wirtschaft nicht mehr mit nationaler Politik erreicht werden. Es kommt vielmehr darauf an, durch transnationale Zusammenarbeit in der EU den rasanten sozio-ökonomischen Wandel mit demokratischer Politik zu gestalten. „If we are to regain control of capitalism, we must bet everything on democracy – and in Europe, democracy on a European scale“ (Piketty 2014: 573). Diese politische Gestaltung ist auf die Mitwirkung der Zivilgesellschaften angewiesen, auch wenn es schwierig ist, jenseits des Nationalstaates die Beteiligung der Bürger zu realisieren.

4 Konkreter Vorschlag

Die vielfältigen und andauernden Krisen, mit denen die EU konfrontiert ist, lassen sich kaum mit den Krisen vergleichen, die es im Laufe der europäischen Integration immer wieder gab und aus denen die EU meist gestärkt hervorging. Die EU steht an einem Wendepunkt. Es ist an der Zeit, die EU in einem Verfassungsvertrag neu zu konstituieren und demokratisch zu legitimieren (Mückenberger et al. 2018: 16).

Lange Zeit schreckten die politischen Eliten vor einem neuen Konvent zurück. Das Scheitern des letzten Verfassungskonventes ist noch lebhaft in Erinnerung. Doch seit der Rede des französischen Präsidenten Emmanuel Macron in der Sorbonne am 26. September 2017 ist Bewegung in die Debatte über eine mögliche Neubegründung Europas gekommen. Auch die neue Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen sprach sich in ihrer Rede im Europaparlament am 16. Juli 2019 für eine Konferenz zur Zukunft Europas aus: „Zunächst möchte ich, dass die Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union eine führende und aktive Rolle dabei spielen, die Zukunft unserer Union zu gestalten. Ich will, dass sie bei einer Konferenz zur Zukunft Europas zu Wort kommen, die 2020 beginnen und sich über zwei Jahre erstrecken soll“ (von der Leyen 2019).

Für die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger bei einem neuen Konvent schlage ich Bürgerkonferenzen vor. Dabei orientiere ich mich an dem Konzept der Zukunftsräte, das Patrizia Nanz und Claus Leggewie entwickelt haben (2018: 58–103). In diesem Konzept stehen fünf Aspekte im Mittelpunkt. Erstens werden Zukunftsräte auf Dauer von der lokalen über die regionale und nationale bis zur europäischen Ebene eingerichtet und miteinander vernetzt (59). Zweitens bestehen diese Räte aus kleinen, die gesellschaftliche Vielfalt repräsentierenden Gruppen mit – je nach Ebene – 25 bis 50 Teilnehmenden, die nach dem Prinzip der qualifizierten Zufallsauswahl ausgesucht werden (71). Drittens nehmen sich die Zukunftsräte der Themen an, die im parlamentarischen oder administrativen Alltag zu kurz kommen (82). Viertens ist zu gewährleisten, dass die Ergebnisse der Arbeit der Zukunftsräte in den politischen Entscheidungsprozessen tatsächlich eine Rolle spielen (101). Und fünftens wird mit Zukunftsräten eine Unterstützung der repräsentativen Demokratie „durch dezentralen Bürgerverstand“ angestrebt (69).

Bürgerkonferenzen nach dem Modell der Zukunftsräte gab es schon einmal. Als im Mai und im Juni 2005 in Frankreich und den Niederlanden die Bürger mehrheitlich den europäischen Verfassungsvertrag ablehnten, war dies ein Paukenschlag. Damit hatten die politischen Eliten nicht gerechnet. Was tun? Die Staats- und Regierungschefs der EU-Mitgliedstaaten beschlossen, eine Phase der Reflexion einzulegen. Die Kommission reagierte mit einem „Plan D für Demokra-

tie, Dialog und Diskussion“ (Europäische Kommission 2005). Mit diesem Plan wollte sie einen Beitrag zur Wiedergewinnung des Vertrauens der Bürgerinnen und Bürger in die EU leisten.

„Letztendlich“, so die Kommission, gehe es darum, „den Bürgern zuzuhören, damit die Europäische Union ihre Belange wahrnehmen kann.“ Doch gleich im nächsten Satz verwickelt sich die Kommission in einen Widerspruch. Sie setze sich zum Ziel, „Anerkennung für den Zusatznutzen zu erhalten, den die Europäische Union bietet“ (Europäische Kommission 2005: 4). Möchte die Kommission den Bürgern zuhören oder ihnen mitteilen, welchen Nutzen die EU mit sich bringt? Hier wird ein charakteristisches Merkmal des europäischen Regierens deutlich. Der Kommission geht es um die öffentliche Präsentation der positiven Aspekte der EU und weniger um die öffentliche Diskussion der Vor- und Nachteile der Integration.

Im Rahmen des „Planes D“ wurden Bürgerkonferenzen eingerichtet, die als begrenzt erfolgreich beurteilt werden können. Erfolgreich, weil 1.800 nach dem qualifizierten Zufallsprinzip ausgewählte Bürgerinnen und Bürger aus 27 Mitgliedstaaten die Möglichkeit erhielten, über die Zukunft Europas in nationalen Runden zu diskutieren (European Citizens' Consultations 2007: 16). Die Bürger entschieden sich bei einer „Agenda-Setting“ Konferenz im Oktober 2006 für folgende drei Themen: Die soziale und ökonomische Lage der Familien in Europa, die Rolle der EU in der Welt und den Umgang mit Migration sowie die Folgen des Energieverbrauchs für Umwelt und Wirtschaft. Die anhaltende Bedeutung dieser Themen spricht für das Urteilsvermögen der Bürger. Die Bürger diskutierten diese Themen bei nationalen Treffen und tauschten sich mit den Konferenzen der anderen Länder aus. Jeweils eine Vertreterin oder ein Vertreter der nationalen Konferenzen beteiligte sich dann an einem Treffen am 9. Mai 2007 in Brüssel, bei dem die nationalen Berichte in einem Dokument „European Citizens' Perspectives“ zusammengefasst wurden. Dieses Dokument wurde anschließend Margot Wallström, der damaligen Vizepräsidentin der Europäischen Kommission, überreicht und mit ihr diskutiert.

Eine Umfrage unter fast 1000 Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Bürgerkonferenzen kommt zu dem Ergebnis, dass in den nationalen Berichten die Vielfalt der diskutierten Perspektiven nicht wiedergespiegelt wurde (Goldschmidt et al. 2008: 19). Die Entsendung jeweils nur eines einzigen Vertreters der nationalen Konferenzen zur „Synthese-Konferenz“ nach Brüssel habe ebenfalls zu einer Verengung des Meinungsspektrums geführt (Goldschmidt et al. 2008: 20).

Die Teilnehmer an den Bürgerkonferenzen schreiben im Schlussbericht: „In addition to the above three topics, many of our panels express a wish to increase opportunities for a more active participation of Europe's citizens (...) Overall, 97 %

of us who participated at the national events say we would invest our time again to travel and participate in policy dialogues on European issues. Many of us believe that a Europe with which we can identify needs to be built with and not without us“ (European Citizens’ Perspectives 2007: 13).

Doch kaum war die Reflexionspause vorbei, kehrten die politischen Eliten zur Herrschaft der Exekutiven und Experten zurück. Die Debatten der Bürgerinnen und Bürger während der Konferenzen blieben ohne Folgen für den weiteren Umgang mit dem Verfassungsvertrag. Die Staats- und Regierungschefs beschloßen im Juni 2007, auf dem gewohnten Wege einer Regierungskonferenz einen Reformvertrag zu verabschieden, in den die wesentlichen Inhalte der gescheiterten Verfassung aufgenommen wurden. Der Reformvertrag wurde am 13. Dezember 2007 in Lissabon von allen Mitgliedstaaten unterzeichnet. Auf diese Weise wurden zwar die wichtigsten Neuerungen des gescheiterten Verfassungsvertrages gerettet. Doch der Anspruch, die EU gemeinsam mit den Bürgern voranzubringen, wurde nicht eingelöst.

Aus den Erfahrungen mit dem Konvent von 2002/2003 können wir lernen. Bei einem neuen Konvent sollten die Bürger von Anfang an in die Arbeit einbezogen werden und nicht erst am Ende die Möglichkeit haben, in Referenden zu den Ergebnissen eines Konventes „Ja“ oder „Nein“ zu sagen (Landfried 2019: 10). Die Bürgerkonferenzen, die nach den Referenden stattfanden, kamen zu spät und wirkten sich nicht auf die politischen Entscheidungen aus. Bei einem neuen Konvent könnte man wie folgt vorgehen: Auf den regionalen Ebenen aller EU-Mitgliedstaaten gründete man Bürgerkonferenzen von 25 Personen. Wie im Modell der Zukunftsräte stellten die Behörden die Melderegister zur Verfügung, und man wählte unter Wahrung des Datenschutzes nach Geschlechterparität, Alters- und Berufsgruppen, der Bildungsgrade und unter Berücksichtigung von Personen mit Migrationshintergrund etwa 1000 Personen pro Mitgliedsstaat aus. Aus dieser Gruppe könnte man anschließend per Losverfahren die jeweiligen regionalen Bürgerkonferenzen zusammenstellen.

Diese Bürgerkonferenzen diskutierten sodann für eine bestimmte Zeit in allen Mitgliedstaaten einen einheitlichen Fragenkatalog zur Zukunft der EU. Den Fragenkatalog könnten die Europaausschüsse der nationalen Parlamente und der Innenausschuss des Europäischen Parlamentes gemeinsam ausarbeiten. Die Bürgerkonferenzen hätten die Möglichkeit, den Fragenkatalog zu ergänzen. Ein denkbare Thema wäre die wachsende Kluft zwischen europäischen Werten und europäischem Handeln. Denn Wissenschaftler aus mehreren europäischen Ländern haben zu Recht angemahnt, die europäischen Werte und das europäische Handeln in Einklang zu bringen (Mückenberger et al. 2018: 16). Nach der Europäischen Grundrechtecharta gründet sich die EU „auf die unteilbaren und universellen Werte der Würde des Menschen, der Freiheit, der Gleichheit und der

Solidarität. Sie beruht auf den Grundsätzen der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit.“ Zur Realisierung dieser Werte könnten die Bürgerkonferenzen Ideen aus der Praxis beisteuern.

Die regionalen Konferenzen müssten sich über ihre Arbeit austauschen und europäisch vernetzen. Hier böte sich die Nutzung der digitalen Kommunikation an. Ein Konferenzbüro könnte Materialien besorgen und Kontakte zu Experten herstellen. So ließen sich der Sachverstand der Experten und das Bürgerwissen bei der Entwicklung eines Rahmens für die zukünftige europäische Politik verknüpfen. Die regionalen Bürgerkonferenzen würden jeweils zwei Mitglieder in die nationale Bürgerkonferenz entsenden, die dort ihre Empfehlungen präsentierten. Die 28 nationalen Konferenzen hätten nun die Aufgabe, die Empfehlungen zu diskutieren, Prioritäten zu setzen und einen nationalen Bericht zu verfassen. In diesen Berichten sollte trotz der notwendigen Prioritätensetzung die Vielfalt der Perspektiven nicht verlorengehen, wie es offensichtlich bei den zurückliegenden Bürgerkonferenzen der Fall war.

Eine andere Lehre, die man aus den Bürgerkonferenzen der Jahre 2006 bis 2007 gewinnen kann, ist die Bedeutung der persönlichen Kommunikation. Der Austausch zwischen den politischen Eliten und den Bürgern sollte sich nicht allein auf schriftliche Berichte oder die digitale Kommunikation beschränken. Es fehlen in der europäischen Öffentlichkeit Räume, in denen es Zeit für Gespräche, Interaktionen, auch Konfrontationen zwischen Bürgern unterschiedlicher Kulturen und sozialer Schichten gibt (Göle 2016: 18, 271). Bürgerkonferenzen könnten solche Räume für die Begegnung, den Dialog und die Deliberation sein. Daher schlage ich vor, dass die nationalen Konferenzen aus ihrem Kreise jeweils zwei Mitglieder mit beratender Funktion in die Konferenz zur Zukunft Europas nach Brüssel delegieren. Der Konvent zur Zukunft Europas bestünde dann nicht wie der Konvent von 2002/2003 allein aus Mitgliedern der nationalen Parlamente und Regierungen sowie der europäischen Institutionen. Es wäre ein Novum, dass 56 Mitglieder der nationalen Bürgerkonferenzen mit den gewählten Repräsentanten der Parlamente, Regierungen und europäischen Institutionen zusammenarbeiteten. Diese Ankopplung der Bürgerkonferenzen an den formalen Entscheidungsprozess trüge dazu bei, dass die Debatten der Bürger nicht folgenlos blieben (Nanz/Leggewie 2018: 100).

Die Einberufung eines neuen Konventes zur Zukunft Europas ist überfällig. Ständige Änderungen des europäischen Regierens ohne öffentliche Debatten untergraben die ohnehin schwache gesellschaftliche Verankerung der EU. Wer die Zukunft der EU auf eine Analyse der gegenwärtigen Realität der europäischen Demokratie gründen möchte, kann dieses nur aus der Vielfalt der Erfahrungen der Bürger heraus bewerkstelligen. Die „Welt, so wie sie ‚wirklich‘ ist“, wird nur „in dem Maße verständlich (...), als Viele miteinander über sie reden und ihre Mei-

nungen, ihre Perspektiven miteinander und gegeneinander austauschen“ (Arendt 1993: 52). Deshalb ist die aktive Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger bei einem neuen Konvent zur Zukunft Europas nicht nur eine Chance, sondern eine Notwendigkeit.

Christine Landfried ist Professorin em. für Politikwissenschaft der Universität Hamburg. Kontakt: christine.landfried@uni-hamburg.de

Literatur

- Arendt, Hannah* 1993: Was ist Politik? Fragmente aus dem Nachlass. Ursula Ludz (Hg.). Piper.
- Böckenförde, Ernst-Wolfgang* 2009: Freiheit ist ansteckend. Interview mit Christian Rath. In: taz vom 23.09.2009, 4.
- Europäische Kommission* 2005: Plan D für Demokratie, Dialog und Diskussion. COM (2005)494.
- Europäische Kommission* 2017: Weißbuch zur Zukunft Europas. COM (2017)2025.
- Europäische Kommission* 2019: Spezial Eurobarometer 486. Die Europäer im Jahr 2019.
- Europäisches Parlament* 2019: Näher an den Bürgern, Näher vor der Wahl. Eurobarometer-Umfrage 91.1 des Europäischen Parlaments.
- European Citizens' Consultations* 2007: European Citizens' Perspectives on the Future of Europe.
- Göle, Nilüfer* 2016: Europäischer Islam. Muslime im Alltag. Wagenbach.
- Goldschmidt, Rüdiger/Renn, Ortwin/Köppel, Sonja* 2008: European Citizens' Consultations Project. Final Report.
- Grande, Edgar* 2018: Zivilgesellschaft, politischer Konflikt und soziale Bewegungen. In: Forschungsjournal Soziale Bewegungen 31(1–2): 52–60.
- Grimm, Dieter* 2016: Europa ja – aber welches? Zur Verfassung der europäischen Demokratie, C.H.Beck.
- Grimm, Dieter* 2019: Wie sähe heute ein neues Grundgesetz aus? In: Heinig, Hans Michael/Frank Schorkopf (Hg.): 70 Jahre Grundgesetz. Vandenhoeck & Ruprecht, 287–301.
- Habermas, Jürgen* 1992: Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats. Suhrkamp.
- Landfried, Christine* 2011: The Concept of Difference. In: Raube, Kolja/Sattler, Annika (Hg.): Difference and Democracy. Exploring Potentials in Europe and Beyond. Campus, 15–45.
- Landfried, Christine* 2019: Die Bürger frühzeitig beteiligen. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 27.07.2017, 10.
- von der Leyen, Ursula* 2019: Rede im Europaparlament, 16.7., Straßburg.
- Macron, Emmanuel* 2017: Initiative für Europa, 26.09.2017, Paris.
- Merkel, Wolfgang* 2014: Is capitalism compatible with democracy? In: Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft 8(2): 109–128.
- Mückenberger, Ulrich/Supiot, Alain/Allamprese, Andrea et al.* 2018: Die EU muss neu gegründet werden. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 22.09.2018: 16.
- Nanz, Patrizia/Leggewie, Claus* 2018: Die Konsultative. Mehr Demokratie durch Bürgerbeteiligung. Wagenbach.

- Piketty, Thomas* 2014: *Capital in the Twenty-First Century*. Harvard University Press.
- Preuß, Ulrich K.* 1996: *Wo bleibt das Volk? Erwartungen an demokratische Repräsentation*.
In: *Fabricius-Brand, Margarete/Börner, Bertram* (Hg.): *4. Alternativer Juristinnen- und Juristentag. Dokumentation*. Nomos, 89–99.
- Sassen, Saskia* 2014: *Expulsions. Brutality and Complexity in the Global Economy*. Harvard University Press.
- Streeck, Wolfgang* 2013: *Gekaufte Zeit. Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus*. Suhrkamp.
- Weiler, Joseph H.H.* 2018: *United in Fear – The Loss of Heimat and the Crises of Europe*. In: *Papadopoulou, Lina/Pernice, Ingolf/Weiler, Joseph H.H.* (Hg.): *Legitimacy Issues of the European Union in the Face of Crisis. Dimitris Tsatsos in memoriam*. Nomos, 359–378.

Themenschwerpunkt

Felix Oldenburg* und Max von Abendroth

„Binnenmarkt für Philanthropie – Programm für eine europäische Stiftungspolitik“

<https://doi.org/10.1515/fjsb-2019-0063>

Zusammenfassung: Wenn eine deutsche gemeinnützige Stiftung ein griechisches Flüchtlingscamp mit Fördermitteln unterstützen möchte, bedeutet das in rechtlicher Hinsicht, Formen der Steuerbegünstigung unterschiedlicher Länder gleichzeitig zu managen. Das ist verbunden mit hohem administrativem Aufwand. Was fehlt, ist ein „Binnenmarkt für Philanthropie“. Dieser Beitrag befasst sich mit der Frage, warum ein europäischer Binnenmarkt für Philanthropie wichtig ist und was die europäische Stiftungswelt mit dem „European Philanthropy Manifesto“ (20. März 2019) fordert.

Abstract: If a German non-profit foundation supports a Greek refugee camp with grants, it means in legal terms, managing forms of tax concessions from different countries at the same time which entails high administrative burdens. What is missing is a single market for philanthropy. This article deals with the question of why a single European market for philanthropy is important. What does the European foundation world advocate with the European Philanthropy Manifesto (20 March 2019)?

Eine Reihe von disruptiven Ereignissen haben Europa und seine BürgerInnen in den letzten Jahren in besondere Weise herausgefordert: Die Finanzkrise ab dem Jahr 2010 beförderte soziale Ungerechtigkeit und verschärfte ungleiche Zukunftschancen für EU Bürger und schafft Unsicherheit unter den Bürgern – den Alten wie den Jungen – sowie auf den Märkten. Die Migrationswelle seit dem Jahr 2015 stellt die EU, die Mitgliedsstaaten, Regionen und Kommunen vor Integrationsherausforderungen, die sich in weiten Teilen Europas zu einer Belastungsprobe für die Politik und die Zivilgesellschaft entwickelt haben: Populismus, Ausgrenzung und Untergrabung des Rechtsstaats in einigen Teilen der EU sind die Folge. Der Kli-

***Kontakt:** Felix Oldenburg, Bundesverband Deutscher Stiftungen und DAFNE, Europäischer Dachverband für Stiftungen, Berlin, E-Mail: felix.oldenburg@stiftungen.org

Max von Abendroth, DAFNE, Europäischer Dachverband für Stiftungen, Brüssel, Belgien, E-Mail: max.abendroth@dafne-online.eu

mawandel und dessen Folgen bestimmen derzeit die öffentliche Debatte wie nie und machen die junge Generation zu engagierten Bürgerinnen und Bürgern, die auf der Straße ihren Forderungen nach einem zukunftsfähigen Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell Nachdruck verleihen.

Es ist daher nicht verwunderlich, dass in Europa der Ruf nach einem Neuaufbruch lauter wird denn je. Angesichts der Herausforderungen, denen sich die EU ausgesetzt sieht, ist dieser Aufbruch nur gemeinsam zu schaffen: Die Politik, die Wirtschaft und die Zivilgesellschaft sind gut beraten, gemeinsam diesen Aufbruch zu gestalten und umzusetzen.

1 Gemeinnützige Stiftungen in Europa

In Europa gibt es seit Jahrhunderten einen stetig wachsenden gemeinnützigen Stiftungssektor, der eine politisch und wirtschaftlich unabhängige Finanzierung zivilgesellschaftlichen Engagements ermöglicht. In Europa gibt es über 140.000 gemeinnützige Stiftungen, die jährlich über 60 Milliarden EU-Fördermittel ausschütten.¹ Darüber hinaus sind mehrere hunderttausend Menschen als professionelle ExpertInnen und Volontäre in Stiftungen und von Stiftungen finanzierten Organisationen und Projekten tätig. Die Bündelung einzigartiger Expertise sowie die Entwicklung und Erhaltung von Netzwerken in den Themenfeldern, in die sich gemeinnützige Stiftungen einbringen, sind über die von Stiftungen bereitgestellten Fördermittel hinaus von herausragendem Nutzen für die Gesellschaft.

Das zivilgesellschaftliche Engagement von Stiftungen erstreckt sich von Bildung, Demokratieförderung und Gesundheit über Wissenschaft, Umwelt und Kultur bis hin zur Armutsbekämpfung und Entwicklungszusammenarbeit. Stiftungen arbeiten in der Regel eng zusammen mit lokalen Behörden, öffentlichen und privaten Instituten und praktizieren Ko-Förderung und Ko-Investitionen mit öffentlichen Geldgebern.² Doch gemeinnützige Stiftungen können ihre Wirkung in Europa nicht voll entfalten, denn in Europa gibt es bislang keinen „Binnenmarkt für Philanthropie“.

¹ Jährliche Statistik von DAFNE (2018); Internetseite: www.dafne-online.eu.

² Die am 15. Mai 2019 vom Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss (EESC) verabschiedete Opinion mit dem Titel „European Philanthropy: an untapped potential“ führt die Bedeutung von gemeinnützigen Stiftungen für die Gesellschaft weiter aus: <https://www.eesc.europa.eu/en/our-work/opinions-information-reports/opinions/european-philanthropy-untapped-potential-exploratory-opinion-request-omanian-presidency>.

Was bedeutet das? Wenn eine deutsche gemeinnützige Stiftung ein griechisches Flüchtlingscamp mit Fördermitteln unterstützen möchte, dann kann die Spende nur mit dem Nachweis steuerlich geltend gemacht werden, dass der Spendenempfänger den Gemeinnützigkeitskriterien im Land des Spenders entspricht. Das ist ein hoher administrativer Aufwand, der in der Regel dazu führt, dass grenzüberschreitende Spenden in Europa unterbleiben. Weiterhin: Wenn Sie als Volontär ein Flüchtlingscamp in Griechenland unterstützen wollen, dann sind Sie weder versichert oder haftungsbeschränkt, wie das der Fall bei Ihrer Mitarbeit als Volontär in einer deutschen gemeinnützigen Organisation wäre. Schließlich können Sie als deutsche gemeinnützige Stiftung Ihr Kapital nicht zu den gleichen steuervergünstigten Konditionen in Italien anlegen, wie das in Deutschland der Fall wäre. Sie sind voll kapitalertragssteuerpflichtig, obwohl gemeinnützige Organisation in Ihrem Heimatland hier bevorzugte Konditionen genießen.

Diese drei Beispiele zeigen: In der Europäischen Union können sich zwar Dienstleistungen und Produkte seit 1. Januar 1993 frei bewegen, aber das Geben von Fördermitteln, der Einsatz der eigenen Arbeitskraft als VolontärIn und die Anlage von gemeinnützigem Kapital machen an den nationalen Grenzen der Mitgliedsstaaten im Jahr 2019 weiterhin Halt.

2 Quo vadis, Europa?

Die designierte Präsidentin der Europäischen Kommission, Ursula von der Leyen, hat in ihrer Bewerbungsrede im Europäischen Parlament am 16. Juli 2019 ihren Plan für einen Neuaufbruch Europas vorgelegt.³ Sie fordert darin einen „Europäischen Grünen Pakt“ als ambitioniertes Klimaschutzprogramm; sie kündigt den Ausbau der sozialen Marktwirtschaft mit dem Ziel an, soziale Gerechtigkeit in unserem bestehenden Wirtschaftsmodell zu fördern; sie ruft zur Umsetzung der „Europäischen Säule sozialer Rechte“ auf, um gleiche Zukunftsperspektiven für alle EU-BürgerInnen zu schaffen (z. B. Zugang zu Bildung, lebenslanges Lernen) und Armutsbekämpfung effektiv zu gestalten; sie möchte die Rolle Europas in der Welt stärken, wobei sie die Bereiche Forschung und Wissenschaft sowie die Entwicklungszusammenarbeit besonders betont; und sie richtet einen starken Fokus auf die Förderung der Demokratie und die Sicherung der Rechtsstaatlich-

³ Rede der designierten Präsidentin der Europäischen Kommission am 16. Juli 2019 vor dem Europaparlament: https://ec.europa.eu/commission/sites/beta-political/files/political-guidelines-next-commission_en.pdf.

keit innerhalb der EU als Schlüssel für ein prosperierendes und zukunftsfähiges Europa.

Die designierte Kommissionspräsidentin betonte in ihrer Bewerbungsrede weiterhin die Notwendigkeit einer engeren Zusammenarbeit zwischen dem privaten Sektor und den öffentlichen Institutionen, wenn es um Investitionen insbesondere auch in sozialen Bereichen geht. Dabei spricht sie sich für den massiven Ausbau von Ko-Investitionen aus, die sich im neuen Mehrjährigen Finanzrahmen (MFF) 2021 – 2027 bereits niederschlagen sollen. Weiterhin betont sie, dass die EU-BürgerInnen eine führende und aktive Rolle bei der Prioritätensetzung für die zukünftige EU spielen sollen: Hierzu wird die Europäische Kommission im Jahr 2020 die „Conference on the Future of Europe“ starten, die über 2 Jahre hinweg Zivilgesellschaft, WirtschaftsvertreterInnen und Politik in einem engen Dialog zu den Fragen über die zukünftige Ausgestaltung Europas zusammenbringen wird.

3 Ein europäischer Binnenmarkt für Philanthropie – warum?

Die von der designierten Präsidentin der Europäischen Kommission formulierten Prioritäten für Europa sind durchweg auch Prioritäten und langjährige Aktivitätsfelder der über 140.000 gemeinnützigen Stiftungen in Europa. Insofern ist der „Binnenmarkt für Philanthropie“, der das volle Potenzial gemeinnütziger Stiftung in ganz Europa grenzüberschreitend entfalten lässt, von größtem Interesse für ein prosperierendes, zukunftsfähiges Europa.

Mit dieser Erwartung hat die europäische Stiftungswelt in einem Festakt am 20. März 2019 im Philanthropy House in Brüssel den VertreterInnen der EU-Institutionen das „European Philanthropy Manifesto“ vorgestellt.⁴ Dieses Manifest schlägt den politischen Entscheidungsträgern vier Handlungsempfehlungen vor, um einen Binnenmarkt für Philanthropie in Europa zu schaffen:

⁴ European Philanthropy Manifesto: https://www.philanthropyadvocacy.eu/wp-content/uploads/2019/03/20190321-Philanthropy-Manifesto_420x210_WEB.pdf.

3.1 Philanthropie anerkennen und fördern

Die Philanthropie und ihre Bedeutung für die Förderung der Zivilgesellschaft, des gesellschaftlichen Zusammenhalts und der europäischen Werte wie Demokratie und Rechtsstaatlichkeit müssen in den EU-Verträgen verankert werden. Weiterhin soll sich der Vertrag über die Freiheiten und Grundrechte der EU klar auf Förderer und Stiftungen jeglicher Art beziehen, damit die institutionelle Philanthropie ihr volles Potenzial für unsere demokratische Gesellschaft entfalten kann.

3.2 Grenzüberschreitende Philanthropie ermöglichen

Im Mittelpunkt eines Binnenmarktes für Philanthropie stehen die Anerkennung eines freien Kapitalflusses innerhalb Europas sowie eine vernünftigeren Anwendung des Nichtdiskriminierungsprinzips zur Beseitigung administrativer Hindernisse und zur Erleichterung einer steuerwirksamen grenzüberschreitenden Philanthropie.

Die Beschränkungen der Auslandsfinanzierung sollen aufgehoben und ein Zugang zu Bank- und Finanzdienstleistungen sowie zu sicheren Kanälen für den Fluss von Stiftungsmitteln innerhalb und außerhalb der EU gewährleistet werden.

Nationale Gesetze und die Politik auf EU-Ebene sollten die grenzüberschreitende Philanthropie fördern und in Einklang mit den Grundrechten und -werten der EU und den Grundfreiheiten bringen.

Der Binnenmarkt für Philanthropie soll es ermöglichen, Stiftungen innerhalb der EU als Rechtspersonlichkeiten anzuerkennen sowie das philanthropische Kapital über die Grenzen hinaus einzusetzen und ein Niederlassungsrecht für die institutionelle Philanthropie zu genießen.

3.3 Philanthropie stärken und schützen

Die europäische Philanthropie könnte bei verbesserten Rahmenbedingungen und Schutzmechanismen effektiver sein. Nationale und europäische Rechtsvorschriften sollten die Philanthropie stärken und in Einklang mit den EU-Grundrechten und -werten und mit den Grundfreiheiten bringen.

Die Europäische Kommission sollte weiterhin Vertragsverletzungsverfahren einleiten, wenn gegen das EU-Recht und die damit verbundenen Rechte aus der Charta verstoßen wird.

Die Vorschriften auf nationaler und EU-Ebene über Steuerhinterziehung, Geldwäsche und Terrorismusbekämpfung müssen in einem angemessenen Ver-

hältnis zu den zu bewältigenden Risiken stehen und dürfen rechtmäßige Wohltätigkeitsvorhaben nicht übermäßig einschränken.

Der Stiftungssektor muss weiterhin Zugang zu Finanzdienstleistungen haben, um seine Arbeit und sichere grenzüberschreitende Transfers zu tätigen. Wir fordern die europäischen PolitikerInnen auf, eine gerechtere Mehrwertsteuerregelung für Wohltätigkeitsorganisationen zu erarbeiten.

3.4 Ko-Finanzierungs- und Investitionsprogramme zum Wohl der Allgemeinheit und der Zivilgesellschaft einführen

Die EU könnte private Ressourcen zum Wohl der Allgemeinheit nutzen, indem sie Ko-Finanzierungsprogramme entwickelt, an denen sich private Stiftungen beteiligen und auf Risikogarantien für wirkungsorientierte Vermögensanlage zurückgreifen können.

Des Weiteren fordern wir einen EU-Fonds für Justiz, Rechte und Werte, um das Engagement von Stiftungen in der unter Druck stehenden europäischen Zivilgesellschaft zu stärken und zu fördern.

Im Europawahljahr 2019 scheinen diese Forderungen Gehör zu finden. Einige nationale Wahlprogramme reflektierten bereits einzelne dieser Punkte.⁵ Die Vorschläge aus dem Manifesto erhalten Eingang in die Briefings für die neuen EU-Kommissare, die ab Ende des Jahres ihre Arbeit in Brüssel aufnehmen. Und schließlich hat die Europäische Kommission im Dezember 2018 einen Arbeitskreis „Philanthropie“ eingerichtet, der die Anliegen unseres Sektors systematisch bearbeitet.

Damit sind die Weichen gestellt, um in der nächsten Legislaturperiode der EU 2019 – 2024 den Ansatz des Binnenmarktes für Philanthropie politisch hoffähig zu machen und die einzelnen Bausteine Stück für Stück umzusetzen.⁶

⁵ Die FDP hat beispielsweise die Idee des Binnenmarktes für Stiftungen in ihr Europawahlprogramm 2019 aufgenommen (Seite 38): <https://www.fdp.de/sites/default/files/uploads/2019/04/30/fdp-europa-wahlprogramm-a5.pdf>.

⁶ Informationen rund um die politische Arbeit der Stiftungen auf EU-Ebene sind auf der Internetseite der „Philanthropy Advocacy“ Initiative zu finden: www.philanthropyadvocacy.eu.

4 Gemeinnützige Stiftungen – ein Glücksfall für Europa

Gemeinnützige Stiftungen sind schon heute ein höchst relevanter Partner der Zivilgesellschaft in Europa – auch im Sinne des oben formulierten Neuaufbruchs der Europäischen Union. Stiftungen treiben Innovation, unterstützen gesellschaftliche Pilotprojekte, gehen Risiken ein, die weder die öffentliche Hand noch die Wirtschaft jemals eingehen würden, sie bringen Akteure mit verschiedener Expertise und verschiedenen Hintergründen zusammen, um in bestmöglicher Weise den anstehenden Herausforderungen zu begegnen.

Gemeinnützige Stiftungen sind außerdem erfahrene und geschätzte Partner der öffentlichen Hand: In zahlreichen Kooperationen, sogenannten Public Private Partnerships, in der Wissenschaft und Forschung, im Gesundheitswesen, im Bildungsbereich, in der Entwicklungszusammenarbeit und in der Kulturförderung manifestiert sich die gestalterische und oft visionäre Rolle von Stiftungen als unabhängige Geldgeber sowie erfahrene Moderatoren von zum Teil komplexen Partnerschaften und Prozessen.

Unter anderem deswegen hat die EU in diesem Jahr eine Verordnung zum InvestEU Programm verabschiedet, in der das neue InvestEU Garantieinstrument Stiftungen als Kooperationspartner bei Investitionen in gesellschaftlich relevanten Projekten vorsieht. Damit sollen zwischen 2021 und 2027 zusätzlich 650 Milliarden EUR für Themen mobilisiert werden, die für Europas Neuaufbruch zentral sind: nachhaltige Infrastruktur; Forschung; Innovation und Digitalisierung; soziale Gerechtigkeit und Armutsbekämpfung.⁷

Auf dem diesjährigen Stiftungstag Anfang Juni in Mannheim, der größten Stiftungskonferenz in Europa mit über 2.000 TeilnehmerInnen, wurde in einer Diskussionsrunde zur Zukunft Europas das Potenzial von Stiftungen herausgearbeitet, Europa mit innovativen Formaten für die BürgerInnen der EU erfahrbar und fühlbar zu machen. Wieder einmal stellte sich heraus, wie elementar die Arbeit der Stiftungen ist, wenn es um neue Bildungskonzepte geht (z. B. Schwarzkopf Stiftung), um die Kommunikation mit den BürgerInnen über Europa (z. B. ZEIT Stiftung Ebelin und Gert Bucerius) oder um die Unterstützung von partizipativer Infrastruktur (z. B. Bürgerstiftungen).

Gerade die Rolle von Stiftungen, eine aktive und vielfältige Zivilgesellschaft unabhängig zu fördern und somit den EU Bürgerinnen und Bürgern einen

⁷ Informationen rund um das InvestEU Programm der Europäischen Kommission finden Sie hier: https://ec.europa.eu/commission/priorities/jobs-growth-and-investment/investment-plan-europe-juncker-plan/whats-next-investeu-programme-2021-2027_en.

Rahmen für gesellschaftliches Engagement anzubieten, ist ein ausgesprochener Glücksfall für Europa.

Damit wird die Einführung eines europäischen Binnenmarktes für Philanthropie ein wichtiger Schlüssel, um das Potenzial der Philanthropie für eine engagierte, innovative und zukunftsfähige europäische Gesellschaft dauerhaft zu sichern.

Felix Oldenburg, Generalsekretär des Bundesverbands Deutscher Stiftungen und Vorsitzender von DAFNE, Europäischer Dachverband für Stiftungen, Berlin. Kontakt: felix.oldenburg@stiftungen.org

Max von Abendroth ist CEO von DAFNE, Europäischer Dachverband für Stiftungen, Brüssel. Kontakt: max.abendroth@dafne-online.eu

Pulsschlag

Christian Moos*

Wer rettet die liberale Demokratie in Europa?

<https://doi.org/10.1515/fjsb-2019-0064>

Einleitung

30 Jahre nachdem der amerikanische Politikwissenschaftler Francis Fukuyama 1989 das »Ende der Geschichte« ausrief, zeigt sich deutlich, wie voreilig seine Prognose war. Das amerikanische Demokratie- und Wirtschaftsmodell hat keinen weltweiten Sieg errungen. Zumindest die liberale Demokratie ist allerorten in großer Gefahr. Wo liegen die Ursachen dieser Entwicklung? Was kann ihr entgegengesetzt werden?

Autoritäre Formen plebiszitärer Herrschaft, die »illiberale« (Viktor Orbán) oder auch »gelenkte« Demokratie (Vladimir Putin) sind auf dem Vormarsch. In Europa sind es nicht mehr nur Ungarn und Polen, die den Rechtsstaat und damit die liberale Demokratie offen herausfordern. Die rumänische Regierung höhlt die Verfassung aus. Italien wird von Populisten und Rechtsextremisten regiert. Auch in Österreich sind diese Kräfte an der Regierung beteiligt. In Frankreich führen sie in den Umfragen zur Europawahl.

Insgesamt droht ein Block aus Europegegnern zur zweitstärksten Fraktion des Europäischen Parlaments zu werden. Und die zivilgesellschaftlichen Räume in Europa werden enger. Ohne eine pluralistische Zivilgesellschaft gibt es aber keine liberale Demokratie. Stirbt die liberale Demokratie, stirbt auch die pluralistische Zivilgesellschaft.

*Kontakt: Christian Moos, Europa-Union Deutschland e.V.; Europäische Bewegung Deutschland, Europa und Internationales des dbb beamtenbund und tarifunion; Diversity Gruppe im Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss, E-Mail: christian.moos@europa-union.de

Die Migrationskrise ist nicht der entscheidende Faktor

Die Gegner der liberalen Demokratie sind in aller Regel fremdenfeindlich. Sie lehnen Migration und Multikulturalität ab. Die große Migrationsbewegung des Jahres 2015, aber auch Probleme der Integration haben den Rechtspopulisten zweifelsohne in die Hände gespielt. Ängste in den Bevölkerungen zu schüren und zu verstärken, war ihnen so ein leichtes Spiel.

Vor allem die mittelosteuropäischen Gesellschaften verfügen über wenig Migrationserfahrung mit Menschen aus anderen Kulturen. Die im Angesicht der Zuwanderung geschürten Ängste können die aktuelle Entwicklung in Europa jedoch nur unzureichend erklären. Sie mögen beschleunigend, verstärkend gewirkt haben. Die autoritäre Versuchung, die heute die liberale Demokratie in Europa herausfordert, hat aber tiefere Wurzeln.

Der Machtwechsel in Polen vollzog sich weitgehend unbeeinflusst von der Migrationsbewegung. Der Umbau des Staates in Ungarn war 2015 bereits weit fortgeschritten. Die Krise der Demokratie hat andere, wichtigere Ursachen.

Reaktion auf emanzipatorischen Fortschritt und neue soziale Frage

Zum einen manifestiert sich in dieser Krise der liberalen Demokratie die Reaktion – im doppelten Wortsinn – auf den emanzipatorischen Fortschritt. Die Gleichstellung von Mann und Frau, aber auch die Anerkennung und die Chancengleichheit sexueller und sonstiger Minderheiten ist den Rechtspopulisten aller Länder ein Dorn im Auge.

Zum anderen ist es die neue soziale Frage, die Europa bedrängt und die Fundamente des liberalen Verfassungsstaats aushöhlt. Ein Teil der Bürgerinnen und Bürger betrachtet sich als von der wirtschaftlichen Entwicklung abgehängt. Angst vor sozialem Abstieg und sozialer Exklusion führt vielfach zu Identitäts- und Identifikationsproblemen.

Dies liegt nicht nur an Rationalisierungsprozessen, die durch die Digitalisierung und die Roboterisierung beschleunigt werden. Eine bestimmte Denkschule, der Neoliberalismus der Chicago-Schule, prägte die Wirtschafts- und Sozialpolitik in allen westlichen Staaten über mehrere Jahrzehnte. Der Staat hatte sich aus dem Wirtschaftsgeschehen herauszuhalten.

Schwacher Staat und krankes Finanzsystem

Die großen Privatisierungswellen beispielsweise der 1990er Jahre in Deutschland und anderen Ländern folgten derselben Logik wie der Rückzug des Staates in Großbritannien ein Jahrzehnt zuvor. Der schlanke Staat war das Maß aller Dinge. Die Folgen für die öffentliche Daseinsvorsorge und die öffentliche Infrastruktur liegen heute offen vor Augen. Der gesellschaftliche Zusammenhalt ist trotz der in vielen EU-Staaten weiterhin hohen Sozialausgaben geringer geworden.

Kritischer noch sind die Folgen dieser Politik für das Weltfinanzsystem. Seit den frühen 1970er Jahren wurde der Kapitalverkehr liberalisiert, ein weltweit vernetzter Finanzmarkt entstand. Diese Entwicklung wurde zur Jahrtausendwende massiv forciert. Die bis heute unbewältigte Weltfinanzkrise ist das Ergebnis einer unverantwortlichen Laissez-faire Politik. Der realen Wirtschaft und ihren Vermögenswerten steht eine vielfach größere Vermögensblase gegenüber.

Die Zentralbanken sahen sich in der Krise gezwungen, diese Blase noch weiter aufzufüllen. Einen Ausgang aus dieser Politik zu finden, ohne die »Kernschmelze« des Weltfinanzsystems zu riskieren, erweist sich offenkundig als außerordentlich schwierig. Dieser fortgesetzte geldpolitische Ausnahmezustand hat erhebliche Nebenwirkungen. Während in den vergangenen Jahren an den Börsen der Welt viel Geld verdient werden konnte, verloren die Sparer einen Teil ihrer Altersrücklagen.

Die herrschende Lehre des Laissez-faire hat zudem die Steuerungsfähigkeit der Staaten, vor allem ihre finanzpolitische Finanzierungsgrundlage, ausgehebelt. Denn leistungsgerechte Besteuerung gilt de facto nur noch für die abhängig Beschäftigten. Große Unternehmen, transnationale Konzerne entziehen sich der Besteuerung. Sie spielen in dieser schönen neuen Welt nach eigenen Regeln. Steuergerechtigkeit, so es sie je gab, existiert nicht mehr. Manche Unternehmen haben heute mehr Macht als die Mehrzahl der Staaten sie je hatte.

Gewinner und Verlierer der Globalisierung

Zweifelsohne hat die beschleunigte Globalisierung, die heute vor allem von der Digitalisierung getrieben wird, auch viele Gewinner hervorgebracht. Entwicklungsländer konnten zu Schwellenländern oder gar zu neuen Industriemächten aufsteigen. Im globalen Maßstab ist die absolute Armut trotz großen Bevölkerungswachstums seit 1990 rückläufig.

Die relative Armut innerhalb der Gesellschaften hat aber signifikant zugenommen. Die sozialen und ökologischen Kosten der sprunghaften Entwicklung

sind enorm hoch, auch wenn niemandem das Recht auf Entwicklung abzusprechen ist, und es europazentriert sein mag, heute nicht-nachhaltige Entwicklung zu kritisieren, wo Europas Industrialisierung auch wenig Rücksicht auf Verluste genommen hat.

Für die Stabilität jeder politischen Ordnung ist wirtschaftliche Teilhabe von entscheidender Bedeutung. In den Gesellschaften der alten Industriestaaten hat sich spätestens seit den 1990er Jahren eine zunehmende Schere aufgetan zwischen der Wohlstandsentwicklung der abhängig Beschäftigten und der Vermögenseigner.

Die nivellierte Mittelstandsgesellschaft, die der Soziologe Helmut Schelsky in den Wirtschaftswunderjahren entstehen sah, existiert nicht mehr. Diese Beobachtung gilt nicht nur für Deutschland, sondern für ganz Westeuropa.

Liberalisierung im Zeitraffer

In den neuen EU-Mitgliedstaaten hat sich dieser Mittelstand als größte Schicht ohnedies kaum herausbilden können, da die Gesellschaften der ehemaligen Ostblockländer einer wirtschaftlichen Liberalisierung im Zeitraffer ausgesetzt wurden und Wohlfahrtsstaaten wie in Westeuropa auch vor dem Hintergrund der in den 1990er Jahren vorherrschenden Wirtschaftsdeologie nicht entstehen konnten.

Das Problem der insgesamt durchaus erfolgreichen wirtschaftlichen Entwicklung der meisten dieser Staaten besteht darin, dass ein relativ großer Anteil ihrer Bevölkerung sich nicht hinlänglich an den materiellen Segnungen der neuen Freiheit beteiligt sieht. Letztere wird mit der neuen demokratischen Ordnung assoziiert, diese damit in den Augen eines signifikanten Teils der Menschen teilweise delegitimiert, zumal hier und da auch Vertreter der alten kommunistischen Unterdrücker als Gewinner der Transformation sichtbar wurden.

Teilhabe wird bei weitem nicht nur aus materiellen Gründen von zu vielen Bürgerinnen und Bürgern nicht mehr erlebt oder empfunden. Es wäre gefährlich, dies nur auf sozialpolitische Verteilungsfragen im engeren Sinne zurückzuführen. Die neue soziale Frage geht weit darüber hinaus.

Medienkonsum und Engagement

Die Veränderungen im alltäglichen Miteinander durch den seit den 1980er Jahren erheblich veränderten Medienkonsum, das Aufkommen des Privatfernsehens und die durch die mobile Kommunikation und das Internet ausgelösten Revolu-

tionen spielen eine Rolle. Durch die jederzeit gegebene Verfügbarkeit von Vereinzelung begünstigender Ablenkung haben sich gesellschaftliche Bindungen, die für bürgerschaftliches und demokratisches Engagement unverzichtbar sind, stark gelockert.

Die rückläufige Entwicklung des Engagements in den klassischen Strukturen der gesellschaftlichen Teilhabe, den demokratischen Parteien, Gewerkschaften und demokratischen gemeinnützigen Vereinen, ist auch eine Folge der »Brot und Spiele« unserer Zeit.

Viele, vor allem junge Menschen, engagieren sich punktuell und in Ad-hoc-Initiativen. Zwar stärkt auch Ad-hoc-Engagement die Demokratie, weil es die Repräsentanten zwingt, ihre Entscheidungen zu begründen und zu rechtfertigen. Es stärkt die Verantwortlichkeit gewählter Entscheidungsträger. Es ist allerdings kein Ersatz für dauerhafte Formen des politischen Engagements in Parteien und Verbänden. Ad-hoc-Engagement kann keine Willensbildung leisten, es kann nur bereits gebildete Meinungen artikulieren. Es kann daher kein Ersatz sein für die Strukturen der repräsentativen Demokratie.

Dass direkte Demokratie leicht zu manipulieren ist, hat nicht zuletzt das Brexit-Referendum offenbart. Prozesse der Abwägung, des Prüfens, der Kompromiss-suche und des Zweifels sind hier nicht vorgesehen. Sie sind der repräsentativen Demokratie vorbehalten, die allerdings mittelbarer, langsamer, letztlich unvollkommener ist.

Deliberativen Prozessen in Echtzeit zu folgen, ist eine Anstrengung, die heute kaum noch jemand auf sich nehmen mag, vor allem dann nicht, wenn profundere Sachkenntnis und Information die notwendige Voraussetzung dafür sind. So wird Kompromisslosigkeit im Verfolgen politischer Ziele zur Tugend.

Bonapartismus und Faschismus

Der Narzisst Donald Trump ist ein Kind unserer Zeit, wenn auch ein besonders aufgeblasenes. Er wendet sich gerne an das »echte Volk«, stützt sich auf dessen vermeintlichen Willen. Dabei ist auch dies kein ganz neues Phänomen.

Schon im 19. Jahrhundert kannte Europa den Bonapartismus als Herrschaftsmethode. Auch in der untergehenden Römischen Republik spielten populistische Volkstribune eine große Rolle. Die Diktatoren, die sie entmachteten, bedienten sich letztlich derselben Methoden, um Unterstützung für ihre Sache zu gewinnen.

Autoritäre Herrscher suchen immer wieder die Nähe zum Volk, das für sie ein homogener Körper ist, den es vor »Schwäche« (abweichenden Meinungen)

und »Krankheitserregern« (Minderheiten) zu bewahren gilt. Im Faschismus fand dieses völkische Verständnis im frühen 20. Jahrhundert seinen vollendeten, im Nationalsozialismus seinen radikalsten Ausdruck.

Ansätze zu völkischem Denken sind auch heute wieder in Europa festzustellen, nicht nur am extremen rechten Rand. Sie sind teilweise bereits regierungsamtliche Politik. Die liberale Demokratie ist in der Tat in großer Gefahr.

Libérale Demokratie und bürgerschaftliches Engagement

Was zeichnet nun die liberale Demokratie aus, die nicht zu verwechseln ist mit dem Neo- beziehungsweise Ultraliberalismus der Chicago-Schule?

Die liberale Demokratie kennt ein System der wechselseitigen Machtkontrolle, der »Checks and Balances«, das vor Machtmissbrauch bewahren soll. Die Macht der Regierungen wird in einem Mehrparteiensystem durch starke Oppositionsrechte begrenzt.

In der liberalen Demokratie gelten universale Grund- und Freiheitsrechte und der Schutz von Minderheiten. Diese Rechte werden durch eine unabhängige Justiz verbürgt. Demokratie und Rechtsstaatlichkeit gehen Hand in Hand, bedingen einander, sind untrennbar miteinander verbunden.

Zentrale Voraussetzung für eine liberale Demokratie ist eine pluralistische Zivilgesellschaft, ist das bürgerschaftliche Engagement in einer offenen Gesellschaft. Ironischerweise stellen ausgerechnet die USA heute ihr eigenes Erfolgsmodell in Frage, jedenfalls der Mann an ihrer Spitze und die ihn tragende Republikanische Partei.

Verletzung der europäischen Werte und zivilgesellschaftlicher Widerstand

Die Europäische Union stand und steht für Werte, die den Fortbestand der liberalen Demokratie garantieren sollen. Sie sind in Artikel 2 des Vertrags über die Europäische Union verankert und sie spiegeln sich in der Europäischen Charta der Grundrechte wider. Deshalb richten die autoritären Parteien und Bewegungen ihre wütenden Angriffe vor allem auf die EU, auch wenn sie nicht unbedingt in erster Linie aus euroskeptischen Motiven von den Menschen gewählt werden.

In mehreren Mitgliedstaaten werden die Verfassungen seit einigen Jahren so verändert, dass Rechtsstaatlichkeit und liberale Demokratie systematisch unterminiert werden.

Die Zivilgesellschaft kann dieser Fehlentwicklung zivilen Widerstand entgegensetzen. Ab einem gewissen Stadium des konstitutionellen Umbaus wird bürgerschaftliches Engagement aber zu einer Gefahr für die Engagierten. In Ungarn, wo der Prozess der Umgestaltung hin zu einer autoritären Demokratie am weitesten fortgeschritten ist, ist dies bereits der Fall. Wer hier als Gegner der Regierung wahrgenommen wird, riskiert inzwischen seine bürgerliche Existenz.

Was gilt es also zu tun? Was können die liberalen Demokraten, die Vertreterinnen und Vertreter einer offenen Gesellschaft dieser Entwicklung entgegensetzen?

Engagiert Euch!

Wer die Zeichen der Zeit erkannt hat, muss sich engagieren und damit das Fundament der liberalen Demokratie stärken, ehe es von Hass und Desinformation unterspült wird. »Engagiert Euch!«, lautet das Gebot der Stunde. In den demokratischen Parteien, in den sozialpartnerschaftlichen Verbänden, in den zivilgesellschaftlichen Vereinen.

Frei nach Kennedy gilt es heute zu fragen, was jede Einzelne, jeder Einzelne für den Erhalt der liberalen Demokratie tun kann. Gemeinsam nach Antworten auf die neue soziale Frage zu suchen, ist dabei eine herausragende, vielleicht die vordringlichste Aufgabe. Die scheidende Europäische Kommission hat dies teilweise erkannt und die Verwirklichung der europäischen Säule sozialer Rechte zu ihrem Kernanliegen gemacht.

Eine weitere, sehr wichtige Aufgabe besteht im Schutz der Meinungsfreiheit und der Meinungsvielfalt, wie sie nur eine pluralistische, freie Presse garantieren kann. Eine jede Demokratin, ein jeder Demokrat stärke die vierte Gewalt durch entsprechendes Konsumverhalten. »Lest Bücher«, hat Timothy Snyder zu Recht in seinen sehr lesenswerten »20 Lektionen für den Widerstand« formuliert.

Wo der Staat noch Interesse an einer lebendigen, vielfältigen Zivilgesellschaft hat, um seine freiheitlich-demokratische Grundordnung zu schützen, gilt es zweifelsohne, die Förderung bürgerschaftlichen Engagements als eine wichtige Barriere gegen illiberale Bestrebungen auszubauen. Gleichzeitig sollten alle zivilgesellschaftlichen Organisationen zusehen, soweit als möglich auch unabhängig von staatlicher Förderung handlungsfähig zu bleiben.

Auf europäischer Ebene brauchen die bürgerschaftlich Engagierten analog zu den Sozialpartnern eine Plattform, damit sie dort ihre Kräfte bündeln und

ihre Stimme gegenüber den Institutionen und den Mitgliedstaaten besser hörbar machen können. Ein europäisches Vereinsrecht kann hilfreich sein, wenn der nationale Rechtsstatus von einem Unrechtsregime angegriffen wird.

Vernetzung ist das Gebot der Stunde

Auf deutsche LeserInnen mag dieser Beitrag alarmistisch wirken, in mehreren EU-Staaten ist die Entwicklung aber bereits sehr weit fortgeschritten. Der Marsch der Neo-Faschisten durch die Institutionen hat längst begonnen, und sie werden nicht zuletzt von Russland und neuerdings auch von rechtsextremen amerikanischen Kräften nachhaltig unterstützt. Und im Hintergrund lockt die neue Weltmacht China mit ihrem totalitären Gesellschaftsmodell, das keine politische Freiheit kennt.

Autoritäre Regierungen wählen inzwischen auch in Europa die Vertreterinnen und Vertreter aus, die an der Spitze von Nichtregierungsorganisationen stehen sollen. Das Entstehen einer »uncivil society« ist die Folge.

Die europäische Vernetzung der organisierten Zivilgesellschaft zur Hilfestellung für diejenigen, die bereits nicht mehr frei operieren können, ist ein Gebot der Stunde. Die bürgerschaftlich Engagierten können einen entscheidenden Beitrag zur Bewahrung der liberalen Demokratie in Europa leisten.

Es ist höchste Zeit, aktiv zu werden.

Christian Moos ist Generalsekretär der Europa-Union Deutschland e.V., Vorstandsmitglied der Europäischen Bewegung Deutschland, Geschäftsbereichsleiter Europa und Internationales des dbb beamtenbund und tarifunion und Mitglied der Diversity Gruppe im Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss. Kontakt: christian.moos@europa-union.de

Weitere Informationen:

www.europa-union.de

Redaktion

BBE-Newsletter für Engagement und Partizipation in Deutschland

Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE)

Michaelkirchstr. 17/18

10179 Berlin

Tel: +49 30 62980-115

newsletter@b-b-e.de

www.b-b-e.de

Pulsschlag

Ulrich Lilie*

UNERHÖRT! Diese Antieuropäer*innen

<https://doi.org/10.1515/fjsb-2019-0065>

Einleitung

»Die Zukunft Europas ist sozial, oder sie ist nicht«. Mit dieser Perspektive fokussierte Heribert Prantl von der Süddeutschen Zeitung das, was mit Europa passieren würde, wenn es gut läuft, aber auch wenn es nicht sozial gerecht zugeht und es schlecht läuft. Europa bzw. die Europäische Union, beruht seit ihrer Gründung am 1. Januar 1958 auf Verträgen zwischen den Mitgliedstaaten, in denen einmal mehr politisch-programmatisch, ein anderes Mal mehr rechtlich verbindlich steht, auf was sich Mitgliedstaaten verpflichtet haben: Frieden und Wohlstand waren die Basics. Die Bekämpfung von sozialer Ausgrenzung und Diskriminierungen sowie die Förderung sozialer Gerechtigkeit und von sozialem Schutz sind neben der Achtung der Menschenwürde, Solidarität, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit verbrieft Ziele und Werte, auf die sich Europa gründet.

Wie sieht heute die politische Realität in dieser so positiven Verfasstheit der EU aus? Betrachtet man die EU einmal unabhängig von ihren vertraglichen Grundlagen, so befindet sie sich seit Jahren in mehrfacher Hinsicht in der Krise. Regierungen der Mitgliedstaaten stellen den nach dem Zweiten Weltkrieg aufgebauten Konsens von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in Frage. Geschehnisse wie »Brexit« sind ein drastisches Beispiel für Empfindungen und Haltungen von politisch Verantwortlichen und Teilen des demos in unseren Ländern, die sich selbst in der Krise als »unerhört« wahrnehmen und auf einfache Antworten vertrauen: Das Projekt der europäischen Einigung steht auf der Kippe. Wir erleben heute einen zunehmenden Rückzug auf nationalistische und einseitig geprägte Muster zur Lösung vielfältiger Probleme, die vernünftig nur europäisch oder in einem Multilateralismus global bewältigt werden können.

*Kontakt: Ulrich Lilie, Diakonie Deutschland; Evangelisches Werks für Diakonie und Entwicklung, E-Mail: praesidialbereich@diakonie.de

Die Strategie Europa 2020

So kam es 2010 zur zehnjährigen Strategie Europa 2020, die sich neben wirtschaftlichen und ökologischen Zielen auch der sozialen Nachhaltigkeit verschrieben hat. Eine Strategie, die die Politiken der Mitgliedstaaten zu einer ganzheitlichen und integrierten Ausrichtung bringen sollte. Sie hat auch die Bekämpfung der Armut zum Ziel. 20 Millionen Menschen, die europaweit von Armut betroffen sind, sollten von diesem Stigma befreit werden und einen Lebensstandard erreichen, der mit der Menschenwürde vereinbar ist. Was bleibt allerdings ein Jahr vor Ablauf dieser Strategie? Die bittere Erkenntnis, dass dieses Ziel der Bekämpfung von Armut nicht erreicht werden kann, dass keine integrierten Strategien zur Bekämpfung von Armut entwickelt und umgesetzt wurden, aber – und das ist trotz allem eine wichtige Wirkung dieser Strategie – Armut ist endlich ein Thema der EU-Politik.

Ab 2021 sollen 25 % der Mittel des Europäischen Sozialfonds zur Armutsbekämpfung (»soziale Inklusion«) bereit gestellt werden, ohne dass eine zwingende Verknüpfung mit Integrationsmaßnahmen in den Arbeitsmarkt erforderlich ist. Das ist ein wichtiger Punkt für die Menschen, die nicht erwerbsfähig oder vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen sind. Zudem gibt es einen Hilfsfonds für die am stärksten von Armut betroffenen Personen (EHAP) – und dies obwohl das Prinzip der Subsidiarität immer wieder als Bremse auf diesem Gebiet wirkt, wollen doch die Mitgliedstaaten die Armutsbekämpfung national steuern.

Auch über Verfahren, die sich für die Zivilgesellschaft öffneten, brachte die EU sich mit der Strategie Europa 2020 in den vergangenen Jahren in nationale Politiken ein. Sie band die organisierte Zivilgesellschaft in die Bewertung der Zielerreichung ein. Es ging jedes Jahr im Zyklus des Europäischen Semesters darum, die Ziele der Strategie vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung im jeweiligen Land einzuordnen und Fort- bzw. Rückschritte zu markieren. Diese Rolle der Zivilgesellschaft, die auch die Diakonie Deutschland im Zusammenspiel mit Regierung und EU-Kommission einnimmt, kann als Baustein europäischer Demokratie angesehen werden. Zwar muss man deutlich kritisieren, dass das Europäische Parlament in diesem Europäischen Semester so gut wie ausgeblendet ist. Auf der anderen Seite stellt die Öffnung der Abläufe für die Zivilgesellschaft einen wichtigen Ausgangspunkt für mehr Transparenz und Beteiligung dar.

Die Zivilgesellschaft als Akteur europäischer Demokratie

Denn nach der Bewertung z. B. des Status Quo des Armutsziels durch die Bundesregierung, die von der Zivilgesellschaft mit anderen Indikatoren und Daten konfrontiert wird, gibt die Kommission politische Empfehlungen vor, wie das Ziel künftig besser erreicht werden kann. Diese Empfehlungen gehen, jedenfalls systematisch und im Idealfall, auch auf die Eingaben der Zivilgesellschaft zurück. So hat die Diakonie in den vergangenen Jahren z. B. immer wieder kritisiert, dass im Europäischen Semester die sozialen Ziele der Strategie 2020 gerade im Vergleich zu den Einsparungszielen des Stabilitäts- und Wachstumspaktes nachrangig behandelt worden sind. Jetzt, auch verknüpft mit der Europäischen Säule sozialer Rechte, wurden sie etwas aufgewertet.

Zivilgesellschaft und EU sind auch auf dem Gebiet der Umsetzung der Strukturfonds, insbesondere des Europäischen Sozialfonds (ESF), eng miteinander verknüpft. Dies sollte auch in Zukunft weiter wirken. Aus deutscher Sicht ist das seitens der EU etablierte »Partnerschaftsprinzip« gut umgesetzt, was die Vorbereitung, Umsetzung und Bewertung des Einsatzes der Fonds im Vergleich zu den Bundes- und den Landesregierungen verbessert.

Aus der Sicht der Zivilgesellschaft anderer Mitgliedstaaten ist hier noch viel Aufbauarbeit nötig, wenn es um die gleiche Augenhöhe zwischen Ministerien und zivilgesellschaftlichen Akteuren bei der Aushandlung der Operationellen Programme geht, welche den ESF in die Praxis umsetzen. Da die Umsetzung des Partnerschaftsprinzips dafür sorgt, dass die Erfahrungen aus der Praxis in die Konzipierung und Gestaltung der nationalen Umsetzung einfließen, ist es ein Anliegen der EU, dass gerade die realen Beteiligungsmöglichkeiten in allen Mitgliedstaaten gestärkt werden. Die EU-Kommission könnte hier ihre Position nutzen, um sowohl die Zivilgesellschaft in den einzelnen Ländern in die Lage zu versetzen, die Mitwirkungsmöglichkeiten wahrzunehmen, als auch die Mitgliedstaaten dazu zu bewegen, die Mitwirkungsrechte auch in der Realität zu gewähren.

Plädoyer zur Stärkung europäischer Zivilgesellschaft

Die Diakonie plädiert hier im Kontext der Bundesarbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtspflege (BAGFW) dafür, dass das bürgerschaftliche Engagement und die Zivilgesellschaft in Europa weiter zu stärken sind. Als Akteure der Zivilgesell-

schaft verstehen sich die in der BAGFW zusammengeschlossenen Verbände als solche auch im europäischen Kontext. In einer europäischen Zivilgesellschaft sehen wir uns in vielfältiger Weise an der Seite anderer zivilgesellschaftlicher Akteure und der Bürger*innen Europas. Parlamentarische Verfahren wie die Europäische Bürger*inneninitiative des Vertrags von Lissabon mit § 11, Abs. 1, die zur Stärkung direkter Bürger*innenbeteiligung und damit demokratischen Bestrebungen in Europa beitragen, müssen in ihrer Verbindlichkeit gestärkt und zu einem tatsächlichen Instrument direkter Demokratie ausgebaut werden.

Auch die Möglichkeiten direkter Begegnungen der Bürger*innen Europas, verschiedener Generationen und Ethnien bzw. der Austausch von Bürger*innen in Form der vielfältigen Möglichkeiten an Friedens- und Freiwilligendiensten, inkl. dem neuen European Solidarity Corps (ESC), betrachten wir als geeignete Möglichkeiten und Maßnahmen Europa und die EU zu stärken. Dabei ist die Grundauffassung von Freiwilligendiensten als einer besonderen Form bürger-schaftlichen Engagements und einer so auch verstandenen und praktizierten Engagementpolitik zentral. Dies muss klar von Instrumenten der Arbeitsmarkt-politik abgegrenzt sein.

In jüngster Vergangenheit haben manche Mitgliedstaaten versucht zivil-gesellschaftliche Organisationen in ihrer Arbeit einzuschränken, wie beispiels-weise bei Maßnahmen der Seenotrettung oder der Integration von Geflüchteten. Es muss sichergestellt werden, dass Organisationen, die sich an EU-Recht halten, ihre Arbeit uneingeschränkt ausüben können.



Gemeinsam gilt es, Fluchtursachen, die durch Klimaveränderungen oder Armut entstehen, zu begegnen. Aber auch dem europäischen Arbeitsmarkt und dem Thema Menschenrechte muss mehr Bedeutung zukommen.

Dazu plädiert die Diakonie über die Wahlen der Europäischen Union (EU) im Mai 2019 hinaus dafür, diese Anliegen während der deutschen EU – Ratspräsidentschaft im 2. Halbjahr 2020 intensiv zu verfolgen. Dabei sei an die Erklärung der Konferenz Europäischer Kirchen (KEK) in Bratislava 1998 erinnert: »Europa ist mehr als ein Wirtschaftsraum, Europa gilt es als Sozialraum zu gestalten«. 2019 sei gesagt: die bestehende Wirtschaftsgemeinschaft EU muss wieder mehr als Wertegemeinschaft (demokratischer!) Staaten in Europa verstanden werden und entsprechend in Erscheinung treten.

An diesem Punkt lässt sich deutlich festmachen, welche Rolle und Position die Organisationen der Zivilgesellschaft besitzen. Wird der Zivilgesellschaft in einem oder mehreren EU-Mitgliedstaaten der Raum zum Handeln genommen, haben wir es mit den für die Demokratie sehr schädlichen Wirkungen der »Shrinking Spaces« zu tun.

»Checks and Balances« einer lebendigen Demokratie

Erst kürzlich wurde die Bertelsmann-Studie für 2018 zu den Governance-Indikatoren für eine nachhaltige Politik veröffentlicht. Sie greift unter anderem Polen und Ungarn auf, wo zunächst demokratisch aufgestellte Abläufe, an denen die Zivilgesellschaft – gesetzlich abgesichert – beteiligt war, zurückgenommen wurden. Ebenso werden weitere zentrale Akteure von politischen Beteiligungsprozessen ausgeschlossen. Die Regierungen seien in einem ständigen Wahlkampfmodus und bringen keine Fakten oder kohärente Ziele ihrer politischen Vorhaben mehr in die Öffentlichkeit.

Besonders erschwert folgendes Phänomen einen möglichen Einfluss der EU auf Länder wie Polen und Ungarn: Laut der Studie steigt fataler Weise das Vertrauen der Bevölkerung in ihre Regierungen, während die demokratischen Standards sinken. Die Studie zieht daraus den wohl richtigen Schluss, dass wesentliche demokratische Werte nicht, oder nicht genug, in Teilen der Bevölkerung verankert und sie daher für diese Werte der EU nur schwer erreichbar sind. Mitte letzten Jahres wurde in Ungarn ein Gesetz verabschiedet, das einen strengeren Zugriff auf Nichtregierungsorganisationen ermöglicht, Menschenrechtsaktivisten behindert, akademische Freiheiten beschränkt und die politische Kontrolle gegenüber der Justiz verstärkt. Nur wenige Tage später wurde in Polen gesetzlich

bestimmt, dass Richter und Richterinnen an höchsten Gerichten vorzeitig in den Ruhestand versetzt werden können. Auch aus Österreich dringen Alarmsignale zu uns: So wurde Österreich im November letzten Jahres im globalen Demokratie-Rating (CIVICUS Monitor) von »offen« auf »eingeeengt« herabgestuft. Mit dem CIVICUS Monitor soll aufgezeigt werden, wie sich nationale Gegebenheiten auf Demokratie und die organisierte Zivilgesellschaft auswirken, indem die Rahmenbedingungen dafür anhand von zahlreichen Indikatoren und eigenen Erhebungen weltweit dargestellt und verglichen werden.

Die Zukunft Europas basiert aus Sicht der Diakonie auf beiden, auf der demokratisch-rechtsstaatlichen und auf der sozialen Säule. Die Zivilgesellschaft, und hier insbesondere die BAGFW als zivilgesellschaftlicher und sozialanwaltschaftlicher Akteur, ist Teil des wichtigen Systems der Checks and Balances einer lebendigen Demokratie in einem sozialen und offenen Europa. So wird die vorhandene Vielfalt austariert und dabei ermittelt, wie aktuell soziale Gerechtigkeit verstanden wird und wie sie realisiert werden kann.

In Deutschland ist der Sozialstaat in der parlamentarisch verabschiedeten Verfassung verankert. Eingangs erwähnte ich einige soziale Prinzipien der EU, die man durch den ebenfalls in den Verträgen verbrieften sozialen Fortschritt, die soziale Marktwirtschaft und die besondere Stellung der im Allgemeinwohl handelnden sozialen Dienste ergänzen kann. Den Sozialstaat sehen wir als eine wesentliche zivilisatorische Errungenschaft der Moderne. Sie geht von einer damit verknüpften und theologisch sowie sozialetisch begründeten sozialen Marktwirtschaft aus, in der das Soziale keinesfalls bloßes Anhängsel der marktwirtschaftlichen Prozesse, sondern selbst konstitutiver Bestandteil einer Wirtschafts- und Sozialordnung ist, in der wirtschaftliche Prosperität, demokratische Partizipation und soziale Sicherheit gleichermaßen bestimmende Elemente darstellen. Auch die EU muss nach meiner Auffassung ihren Zielbestimmungen einer sozialen Marktwirtschaft sowie der sozialen Gerechtigkeit überzeugender als bisher nachkommen. Die Europaarbeit der Diakonie setzt im Kontext der BAGFW genau da an und betont, dass eine auf Rechtsansprüchen basierende soziale Sicherheit eine grundlegende Bedingung für eine gleichberechtigte Teilnahme am demokratischen Prozess darstellt. Es gibt also einen engen Zusammenhang zwischen sozialer Sicherheit und Freiheit, den Heinrich Bedford-Strohm einmal so beschrieben hat: »Würde und Freiheit des Einzelnen sind kein Mittel, sondern sind der Zweck der Gesellschaft. (...) Dies setzt eine Gesellschaft voraus, welche die Teilhabe aller an den sozialen Grundgütern der Gesellschaft sichert.«

Ein Versprechen auf sozialen Fortschritt

Schaut man dazu noch einmal in die EU-Verträge, so erkennt man einen Gleichklang von wirtschaftlichem und sozialem Fortschritt sowie dem Bekenntnis zur sozialen Marktwirtschaft. Damit enthalten sie ein Versprechen, das aus dem Blick zu geraten droht. Die gewachsenen wirtschaftlichen und sozialen Ungleichheiten zwischen und in den Mitgliedstaaten bilden mittlerweile die Basis für eine weit verbreitete Unzufriedenheit mit der EU.

Mit der Erweiterung der EU, insbesondere um die Staaten Südeuropas (Spanien, Portugal) sowie Ost- und Südosteuropas haben sich die ökonomischen Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten bekanntlich erheblich vergrößert. Aber auch innerhalb der Mitgliedstaaten gibt es große Unterschiede. So ist nach Eurostat-Angaben¹ beispielsweise das BIP pro Kopf in der italienischen Region Emilia-Romagna fast doppelt so hoch wie in Sizilien, in Frankreich ist das BIP pro Kopf im Großraum Paris doppelt so hoch wie in den angrenzenden Regionen Picardie und Pas de Calais. Auch in Deutschland sind eklatante Unterschiede vorhanden, in Mecklenburg-Vorpommern liegt das BIP pro Kopf bei knapp 50 % des in der Region Stuttgart erwirtschafteten Wertes.

Die Heterogenität dessen, was unter zentralen Begriffen wie soziale Marktwirtschaft oder soziale Sicherung zu verstehen ist, hat ebenfalls zugenommen. Ein Konsens muss allerdings dazu herbeigeführt werden, dass die Menschen innerhalb eines jeden Mitgliedstaats ihr Leben zumindest auf der Grundlage eines würdevollen Mindesteinkommens führen können. Gleichwertige Lebensverhältnisse sind eine entscheidende Gelingensvoraussetzung für eine lebendige Demokratie.

Angesichts der nach wie vor gravierenden Armutsschwelle in fast allen EU-Mitgliedstaaten müssen in der EU Grundsicherungssysteme bestehen und gestärkt oder dringend eingeführt werden, um ein menschenwürdiges Leben oberhalb der Armutsschwelle zu ermöglichen.

¹ Eurostat Angaben für 2014 BIP NUTS 2 Regionen, vgl. auch: https://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php/GDP_at_regional_level/de#Regionales_Pro-Kopf-BIP

Fazit

Internationale soziale Rechte werden in zwischenstaatlichen Verträgen und Resolutionen vereinbart, wie der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, dem internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (wsk-Rechte) der Vereinten Nationen, der EU-Grundrechtecharta oder der europäischen Sozialcharta. Für uns in der Diakonie ist es ein zentraler Punkt, dass das neuzeitliche Menschenrecht ein universelles Recht ist, das nicht verdient werden, sondern als jedem Menschen gegeben anerkannt werden muss. Verbindliche sozialpolitische Vorgaben für den sozialen Schutz aller Bürgerinnen und Bürger in den Mitgliedstaaten müssen daher vor allem für die Grundsicherungssysteme so formuliert werden, dass beispielsweise das soziale und kulturelle Existenzminimum aller Bürgerinnen und Bürger der EU, selbstverständlich bezogen auf das jeweilige Land, gesichert ist. Hier verstehen wir die Aufgabe der EU koordinierend. Sie sollte aber auch verbindlich initiativ werden, damit sie ihre Werte der sozialen Gerechtigkeit, Solidarität und Gleichheit aus der Achtung der Würde jedes Menschen inkl. der Umsetzung der Menschenrechte überzeugend verwirklicht. »Europa muss sein Schicksal mehr als bisher in die eigenen Hände nehmen. Nur gemeinsam hat die EU eine Chance, sich in dieser Welt zu behaupten und ihre gemeinsamen Interessen durchzusetzen. Nur gemeinsam können wir unsere Werte und unser solidarisches Gesellschaftsmodell, das sich mit der Sozialen Marktwirtschaft verbindet, verteidigen« (Koalitionsvertrag 2018, 6). Alles andere als die ursprüngliche Vision des europäischen Friedensprojekts wieder zu stärken, wäre politisch leichtsinnig, in einem Wort: »unerhört«!

Ulrich Lilie ist seit 2014 Präsident der Diakonie Deutschland und seit 2017 Vorstandsvorsitzender des Evangelischen Werks für Diakonie und Entwicklung. Zuletzt erschienen: Ulrich Lilie, Unerhört. Vom Verlieren und Finden des Zusammenhalts, Herder 2018. <https://www.herder.de/religion-spiritualitaet-shop/unerhoert!-gebundene-ausgabe/c-38/p-13692/>
Kontakt: praesidialbereich@diakonie.de

Weitere Informationen:

Strategie Europa 2020

https://ec.europa.eu/info/business-economy-euro/economic-and-fiscal-policy-coordination/eu-economic-governance-monitoring-prevention-correction/european-semester/framework/europe-2020-strategy_de

EHAP

<https://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=1089&langId=de>

Europäischer Sozialfonds (ESF)

<https://www.esf.de/portal/DE/Startseite/inhalt.html>

Bundesarbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtspflege e.V.

<https://www.bagfw.de/>

Die Europäische Bürgerinitiative

<http://www.europarl.europa.eu/factsheets/de/sheet/149/die-europaische-burger-initiative>

European Solidarity Corps (ESC)

https://europa.eu/youth/solidarity_de

Infoportal der Diakonie zum Thema Freiwilliges Engagement und Freiwilligendienste

<https://www.diakonie.de/freiwilliges-engagement/>

<https://www.diakonie.de/freiwilligendienste/>

Position der Diakonie zur Europawahl

https://www.diakonie.de/fileadmin/user_upload/Diakonie/PDFs/Broschuere_PDF/2019-02_Auf-den-Punkt_Europawahl2019.pdf

Bertelsmann-Studie 2018 zu Governance-Indikatoren für nachhaltige Politik

<http://www.sgi-network.org/2018/>

CIVICUS Monitor

<https://monitor.civicus.org/>

wsk-Rechte

<https://www.institut-fuer-menschenrechte.de/publikationen/wsk-rechte/>

Redaktion

BBE-Newsletter für Engagement und Partizipation in Deutschland

Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE)

Michaelkirchstr. 17/18

10179 Berlin

Tel: +49 30 62980-115

newsletter@b-b-e.de

www.b-b-e.de

Pulsschlag

Anja Nordmann*

Europa braucht uns – wir brauchen Europa!

<https://doi.org/10.1515/fjsb-2019-0066>

»Denk ich an Deutschland in der Nacht. Dann bin ich um den Schlaf gebracht.« Beim Nachdenken über Europa ist mir dieses Zitat von Heinrich Heine aus meiner frühen Zeit am Gymnasium wieder eingefallen. Nicht, dass Europa mir den Schlaf raubt. Noch nicht. Aber Sorgen bereitet es mir: Die tiefen Gräben in der Asyl- und Migrationspolitik, der Brexit, der Versuch konkurrierender Wirtschaftsnationen, die EU zu zerschlagen, die Wahlerfolge rechter, demokratiefeindlicher Parteien und deren Angriff auf die Selbstbestimmungsrechte von Frauen oder die Attacken gegen »Gender-Politik« – das alles zusammen nährt die Befürchtung in uns, dass die EU tatsächlich vor ihrer größten Herausforderung seit Gründung steht. Doch gibt es für diese Herausforderung keine einfachen und schon gar keine nationalen Lösungen. Wir brauchen europäische Antworten.

Nur geeint wird sich die Europäische Union gegen die Kräfte behaupten können, die auf nationalen Chauvinismus, Kleinstaaterei und auf Konfrontation setzen. Und nur geeint wird die Europäische Union friedlich und auf Dauer überleben können. Diese Union ist eine historische Errungenschaft, die uns die längste Friedensperiode im Europa der Neuzeit beschert hat. Als nachgeborene Generationen des letzten Weltkriegs haben wir diese bislang für eine Selbstverständlichkeit erachtet: die Abwesenheit von Krieg als eine Art Garantie auf Lebenszeit. Inzwischen bin ich sehr unsicher, ob das für mich und meine Kinder noch gelten wird. Doch immerhin war die Europäische Union über 70 Jahre und bis heute meist erfolgreich darin, Interessenkonflikte zwischen einer wachsenden Zahl europäischer Nationen auf dem Weg der Verhandlungen und Verträge friedlich auszutragen und nicht durch Waffengewalt. »Als Voraussetzung für eine freie Zukunft braucht dieses versöhnte Europa ein dauerhaftes Fundament, das auf zwei Pfeilern beruht: Weitergabe der Erinnerung und Demokratie,« mahnte die ehemalige EU-Parlamentspräsidentin Simone Veil, eine Überlebende des Holocausts, anlässlich des Gedenktages für die Opfer des Nationalsozialismus am 27. Januar 2004 im Deutschen Bundestag. Ein unmissverständlicher Auftrag.

Die Europäische Union ist gewiss keine Insel der Glückseligen. Dennoch ist sie neben einer starken Wirtschafts-, auch eine Wertegemeinschaft, für die sich

*Kontakt: Dr. Anja Nordmann, Deutscher Frauenrat, E-Mail: nordmann@frauenrat.de

vor allem das Europäische Parlament, aber auch zivilgesellschaftliche Kräfte immer wieder stark gemacht haben. Diese Werte sind demokratisch ausgehandelt und vertraglich fixiert worden: Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und die Wahrung der Menschenrechte. Sie sind inzwischen durch politische Entwicklungen in einigen EU-Mitgliedsstaaten aber umstritten und akut gefährdet. Der Begriff der »illiberalen Demokratie«, vom ungarischen Ministerpräsidenten Viktor Orbán vor geraumer Zeit in Umlauf gebracht, stärkt auch eine unheilige Allianz aus rechten Parteien und Bewegungen, christlichen FundamentalistInnen und selbsternannten »LebensschützerInnen«. Sie wollen zurück zur »natürlichen« patriarchalen Ordnung. Frauen- und Minderheitenrechte leiden unter ihrem Vormarsch als erste.

Zu den Grundwerten der EU gehört auch die Gleichstellung von Frauen und Männern. Deren aktive Förderung wurde im Amsterdamer Vertrag von 1999 zu einem Leitprinzip erhoben. Und tatsächlich hat sich die EU in der Vergangenheit immer wieder als starker Motor für die Gleichberechtigung erwiesen: zuerst beim gleichen Entgelt für Frauen und Männer für gleiche und gleichwertige Arbeit, später bei der Gleichbehandlung von Frauen und Männern beim Zugang zu und bei der Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen, bei der Chancengleichheit und Gleichbehandlung von Frauen und Männern in Arbeits- und Beschäftigungsfragen, in der Bekämpfung von geschlechtsspezifischer Gewalt und aktuell bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Doch ist dieser Motor seit geraumer Zeit gehörig ins Stottern geraten. Der jüngste europäische Gleichstellungsindex aus dem Jahr 2017 verzeichnet immer noch eine geschlechtsspezifische Gerechtigkeitslücke von rund 33 Prozent. Das ist nicht hinnehmbar. Dagegen helfen nur eine entschlossene Gleichstellungspolitik sowie eine konsequente Bekämpfung aller Formen geschlechtsspezifischer Gewalt. Dazu gehört vor allem auch die vorbehaltlose Umsetzung der Istanbul-Konvention zur Bekämpfung und Verhütung von Gewalt gegen Frauen und Mädchen und häusliche Gewalt. Dazu gehört eine paritätische Besetzung des Europaparlaments und aller politischen Entscheidungspositionen in der EU. Geschlechtergerechtigkeit stärkt die Demokratie, denn die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen in allen Bereichen und auf allen Ebenen kann unsere Gesellschaft vor toxischer Männlichkeit und Extremismus schützen.

Wir können dafür aktiv werden, indem wir die wichtigste demokratische Institution in der EU stärken: das Europaparlament. Gemeinsam mit dem Rat der Europäischen Union ist es für die EU-Gesetzgebung verantwortlich. Ohne dieses Parlament kann heute fast nichts mehr in der EU beschlossen werden. Und es wird von uns gewählt: den Unionsbürgerinnen und -bürgern. Es muss uns also angehen, wer dort für uns über den Kurs der EU mitbestimmt. Wir können dieses Parlament nicht den national-chauvinistischen, rechtspopulistischen und -extre-

mistischen, antifeministischen und fremdenfeindlichen Kräften überlassen, die aus Europa eine Festung machen wollen. Als Deutscher Frauenrat und gemeinsam mit der Europäischen Frauenlobby rufen wir daher alle demokratischen Kräfte dazu auf, im Mai für ein demokratisches Europa zu stimmen, in dem Solidarität, Gleichberechtigung und Menschenrechte weiter gelten. Denn Europa braucht uns – und wir brauchen Europa!

Dr. Anja Nordmann ist Geschäftsführerin des Deutschen Frauenrats. Sie vertritt den DF im Koordinierungsausschuss des BBE. Kontakt: nordmann@frauenrat.de

Weitere Informationen:

www.frauenrat.de

<https://eige.europa.eu/gender-equality-index>

<https://eige.europa.eu/rdc/eige-publications/gender-equality-index-2017-measuring-gender-equality-european-union-2005-2015-report>

https://www.institut-fuer-menschenrechte.de/fileadmin/user_upload/Publikationen/ANALYSE/Analyse_Istanbul_Konvention.pdf

<https://www.womenlobby.org/Our-Manifesto-for-a-Feminist-Europe?lang=en>

Redaktion

BBE-Newsletter für Engagement und Partizipation in Deutschland

Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE)

Michaelkirchstr. 17/18

10179 Berlin

Tel: +49 30 62980-115

newsletter@b-b-e.de

www.b-b-e.de

Pulsschlag

Susanne Keuchel*

Nachhaltigkeit, Kulturelle Bildung und zivilgesellschaftliches Engagement ... Zur den Chancen Europas als Wegbereiter für gesellschaftliche Transformationsprozesse

<https://doi.org/10.1515/fjsb-2019-0067>

Einleitung

Europa hat eine lange Historie gesellschaftlicher Transformationsprozesse aufzuweisen, von der Demokratie im Athen der Antike, der Römischen Republik, über die mittelalterlich-feudale Gesellschaft, den demokratischen Nationalstaat, Faschismus, Sozialismus, Kommunismus, modernen Kapitalismus etc.

Seit der industriellen Revolution (vgl. Engels [1845] 1990), dem Gesellschaftsumbruch von der Agrargesellschaft zur Industriegesellschaft, bis ins Informationszeitalter bestimmen Prinzipien der Ökonomisierung, Globalisierung und Technokratisierung in zunehmendem Maße Gesellschaftsprozesse. Damit einhergehend kann eine zunehmende Liberalisierung und Individualisierung der Gesellschaft beobachtet werden, die Gesellschaft auf der einen Seite in ihrer Vielfalt bereichert, auf der anderen Seite aber Schattenseiten mit sich bringt und den Einzelnen in der Gesellschaft belasten kann, im Sinne der Beck'schen Risikogesellschaft (vgl. Beck 1986). Angesichts zunehmend begrenzter Ressourcen, Spaltungseffekten innerhalb der Leistungsgesellschaft und der Erkenntnis, dass die Spirale des Wettbewerbsprinzips sich nicht endlos weiterdrehen lässt, werden Prinzipien der Ökonomisierung als zentrale gesellschaftliche Steuerungsprinzipien immer häufiger in Frage gestellt. Statt technokratischer Prinzipien entwickelt sich erneut ein Bedarf nach normativen Zielsetzungen. Ein Beispiel hierfür ist die UN-Nachhaltigkeitsagenda 2030, innerhalb derer sich international auf die Umsetzung von 17 normativen Zielen verständigt wurde (vgl. Vereinte Nationen 2015).

*Kontakt: Prof. Dr. Susanne Keuchel, Akademie der Kulturellen Bildung des Bundes und des Landes NRW e.V., E-Mail: keuchel@kulturellebildung.de

Im Folgenden werden die aktuellen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, die sich durch Prinzipien der Ökonomisierung und Technokratisierung ergeben, kritisch reflektiert. Es werden die Chancen, aktuellen Herausforderungen und notwendigen Bildungsaufgaben der Zivilgesellschaft zur Umsetzung der Nachhaltigkeitsagenda diskutiert, um abschließend ein Fazit zu den Chancen Europas für die Bewältigung weltweiter Zukunftsaufgaben zu ziehen.

Zum Status Quo einer ökonomisierten und technokratisierten Gesellschaft

Wirtschaft wird in einer ökonomisierten Gesellschaft als System von Märkten verstanden, das durch Angebot und Nachfrage reguliert wird. Im Vordergrund steht »eine freiheitliche, marktwirtschaftliche Wirtschaftsordnung«, die »staatliche Eingriffe in die Wirtschaft [...] auf ein Minimum beschränken« (Duden Wirtschaft 2013: 35) möchte.

Gesellschaftliche Entwicklung wird aus diesem ökonomisierten Blickwinkel maßgeblich von der industriellen Produktion und technologischem Fortschritt bestimmt. Technokratische Prinzipien der Industrie werden daher auf staatliche Politik übertragen (vgl. Esser 1985: 212ff) mit der Perspektive, dass »mit steigender wissenschaftlicher Erkenntnis und ständiger Modernisierung der Technik [...] Spielräume für politische Entscheidungen, die auf Werten oder Ideologien beruhen, immer kleiner [werden]« (Böcher 2007:17). Nach Helmut Schelsky entzieht damit der »technische Staat ..., ohne antidemokratisch zu sein, der Demokratie ihre Substanz. Technisch-wissenschaftliche Entscheidungen können keiner demokratischen Willensbildung unterliegen ... « (Schelsky 1961: 29).

Die Einschränkung staatlicher Steuerungsprozesse durch technokratische Prinzipien führt also in letzter Konsequenz zu Demokratiemüdigkeit (vgl. Kock 2014), die sich heute in Teilen der Gesellschaft schon abzeichnet. Diese Prozesse werden durch Globalisierungseffekte noch verschärft, hier beispielsweise im Rahmen von internationalen Freihandelsabkommen, innerhalb derer Marktfragen, unabhängig von Einzelstaatinteressen verhandelt werden. So kritisiert der Wirtschaftsexperte Gustav Horn solche Freihandelsabkommen, deren Umsetzung dann in Folge nicht vom Einzelstaat, sondern unabhängigen Schiedsgerichten überwacht werden, ebenfalls als »Beschränkung des demokratischen Entscheidungsspielraums« (Horn 2016: 13).

Prinzipien der Technokratie und marktwirtschaftliche Wettbewerbsprinzipien betreffen nicht nur staatliche Steuerungsprozesse, sondern alle gesellschaftlichen Lebensbereiche. Im Sinne liberalisierter Zugänge hat jeder Einzelne

im Wettbewerb die Chance, sich Zugänge zu Bildung, Berufserfolg und gutem Einkommen zu ermöglichen. Dies führt jedoch auch dazu, dass das Selbstgefühl des Einzelnen »immer stärker von dem Erfolg ab[hängt], mit dem er sich gewinnbringend verkaufen kann« (Kim 1994: 147). Positive wie negative Effekte dieser Prinzipien beschreibt Ulrich Beck in seinem Modell der Risikogesellschaft (vgl. Beck 1986). So führe die zunehmende Individualisierung auf der einen Seite zur Wahlfreiheit des Einzelnen, zugleich verschiebt sich jedoch die gesellschaftliche Verantwortung für den Einzelnen auf das Individuum. Wenn nun aber der Einzelne und nicht die Gesellschaft für das Gelingen der eigenen Biografie verantwortlich gemacht wird, kann sich für den Einzelnen durchaus die berechtigte Frage ergeben, warum er sich für die Gemeinschaft engagieren sollte. Ökonomisierung und Technokratisierung können daher gesellschaftlichen Zusammenhalt und die Bereitschaft, Verantwortung für andere zu übernehmen, gefährden, und damit in Folge auch demokratische Beteiligungsprozesse und die Akzeptanz verbindlicher Normen und Werte.

Bildung in zivilgesellschaftlicher Verantwortung zur Entwicklung nachhaltiger Zukunftsstrategien

Zur Umsetzung der Nachhaltigkeitsagenda 2030 bedarf es eines veränderten Handelns und Denkens in der Gesellschaft. Bildung wird dabei als essenziell angesehen. Daher hat die UNESCO von 2015 bis 2019 das Weltaktionsprogramm »Bildung für nachhaltige Entwicklung« (BNE) ins Leben gerufen. In Deutschland engagieren sich viele Akteure aus der Zivilgesellschaft bei der Vermittlung von BNE.

BNE möchte »Menschen zu zukunftsfähigem Denken und Handeln« (Nationale Plattform für Bildung für nachhaltige Entwicklung 2017: 7) befähigen, sodass diese »die Auswirkungen des eigenen Handelns auf die Welt« (ebd.: 8) verstehen lernen. Es geht also letztlich vor allem um moralisches, also normatives Handeln (de Haan 2009: 21) mit dem konkreten Bildungsziel der Umsetzung der Nachhaltigkeitsagenda 2030. Der Einzelne soll lernen, Verantwortung für die Gesellschaft zu übernehmen. Das Medium hierzu ist interdisziplinäres und vor allem globales Wissen.

In der UNESCO-Roadmap zur Umsetzung des Weltaktionsprogramms BNE werden dabei vor allem die Säulen Ökonomie, Soziales und Ökologie hervorgehoben (Unesco 2014). Kultur nimmt hier keine zentrale Säulenfunktion ein. Es wird lediglich auf den wichtigen Aspekt der kulturellen Vielfalt hingewiesen, den es bei diesem Diskurs gilt, angemessen zu berücksichtigen.

Die geringe Rolle, die der Kultur innerhalb dieses Diskurses zugebilligt wird, könnte aus verschiedener Perspektive, vor allem aus einer europäischen heraus, bedauert werden. Kultur, Kulturelle Bildung und hier vor allem die »Künste« wurden innerhalb Europas schon immer als ein wesentlicher Motor gesellschaftlicher Entwicklung angesehen. So heißt es beispielsweise in einer Studie der Europäischen Kommission von 2009: »A culture-based creativity policy ... inspiring our societies with alternative values and objectives to statistical as well as productive ends and short-term benefits« (European Commission 2009: 161). In diesem Sinne kann es spannend sein, die Prinzipien von BNE und der Kulturellen Bildung gegenüberzustellen und Gemeinsamkeiten, aber auch Unterschiede herauszuarbeiten.

Kulturelle Bildung beruht auf einem subjektorientierten Ansatz. Es geht um die Stärkung individueller Haltungen und Positionierungen, letztlich um Fragen der eigenen Identitätsbildung. Hierzu ermöglicht das Medium der »Künste«, eigene Standpunkte zu entwickeln, Perspektivwechsel: Alltägliches wird in neue künstlerische Kontexte gesetzt und damit in der bisherigen Deutung hinterfragt. Innerhalb der »Künste« ist zugleich der Regelbruch fest verankert und damit die Erkenntnis, es gibt keine »richtige« oder »falsche« Kunst bzw. Lösungen. Eine solche Offenheit in der Gestaltung fördert zugleich einen stärkenorientierten Ansatz innerhalb der Kulturellen Bildung, da es hier keine »Fehler« gibt.

Damit ergeben sich zwischen BNE und Kultureller Bildung vor allem zwei zentrale Unterschiede: Kulturelle Bildung fördert das Subjekt in der Entwicklung eigener Haltungen und Standpunkte, zielt also auf den Einzelnen ab. BNE dagegen verfolgt nicht die Stärkung des Einzelnen, sondern gesamtgesellschaftliche Ziele. Aus diesem Blickwinkel heraus stellt sich eine berechtigte Frage: Muss nicht zuerst der Einzelne in seinen normativen Haltungen, Identitäten und Perspektiven gestärkt werden, bevor er Verantwortung für Dritte übernehmen kann? Auch stellt sich grundsätzlich die Frage, können normative Werte und Haltungen pädagogisch zielgerecht vermittelt werden? Oder bedarf es hierzu nicht auch eigener Freiräume für Selbstbildungsprozesse? Die Chancen der Kulturellen Bildung für BNE könnten also darin liegen, statt durch das Setzen normativer Vorgaben zur Nachhaltigkeit, Selbstbildungsprozesse anzustoßen, aus denen »nachhaltigere«, subjektspezifische Haltungen resultieren. Um dies jedoch zu ermöglichen, bedarf es eines offenen Prozesses, der letztlich nicht steuerbar ist. Es können dadurch entsprechende »nachhaltigere« Haltungen angeregt werden, aber es könnten sich hier auch ganz andere Positionierungen ergeben.

Auch Perspektivwechsel, die in der Kulturellen Bildung mit dem Medium der Künste fest verankert sind, können nachhaltiges Denken und Handeln fördern. Das Wissen um globale oder ökologische Zusammenhänge, wie es BNE fordert, fördert in der Regel eine retropektivisch ausgerichtete Analyse und ist daher

im Aussagegehalt oft negativ konnotiert. Wird beispielsweise der bisherige Umgang mit Ressourcen analysiert, entstehen im Sinne der Nachhaltigkeit negative Narrative, die dann auf eine Verhaltensänderung hinwirken sollen. Es muss beispielsweise künftig sparsamer mit Wasser, Energie etc. umgegangen werden. Kulturelle Bildung lädt hier mit ihrem gestalterischen Handlungsauftrag und Perspektivwechseln zu neuen, zukunftsorientierten und positiven Narrativen ein: Wie wollen wir Zukunft gestalten? Und was müssen wir dafür tun, damit die eigenen Vorstellungen real werden? Diese Ergebnisoffenheit der Kulturellen Bildung und ihre Orientierung an experimentellem Vorgehen kann in diesem Sinne auch ein notwendiges Korrektiv sein, bestehende eindimensionale Lösungsansätze für verantwortliches nachhaltiges Handeln kritisch zu reflektieren und so zur Entwicklung alternativer Lösungsansätze beizutragen.

Fazit – Chancen Europas als Wegbereiter für weltweite Zukunftsaufgaben

Prinzipien der Ökonomisierung und Technokratisierung werden innerhalb Europas zunehmend kritisch reflektiert. Es liegen alternative Ordnungsprinzipien, wie die der Nachhaltigkeitsagenda 2030, auf dem Tisch. Die Frage nach der konkreten Umsetzung dieser Strategien bleibt jedoch offen. Es herrscht Einigkeit darüber, dass es eines Umdenkens in der Gesellschaft bedarf und hierfür Bildungsstrategien essenziell sind. Es fehlt jedoch eine konkrete Zukunftsvision, wie sich Gesellschaft verändern muss, um nachhaltiger und sozial gerechter agieren zu können. Entsprechende Anstrengungen werden bisher immer nur innerhalb des bestehenden Systems unternommen, statt im Sinne eines Perspektivwechsels, wie ihn die Kulturelle Bildung anstößt, aus dem System herauszutreten und Zukunft und Gesellschaft neu zu gestalten. Für eine Korrektur bzw. Deregulierung von Prinzipien der Ökonomisierung und Technokratisierung bedarf es zudem starker gesellschaftlicher Kräfte. Da der Wirtschaftssektor aktuell am stärksten von diesen Prinzipien berührt wird, könnte diese Kraft eine starke und geeinte Zivilgesellschaft innerhalb Europas sein, die diese gesellschaftlichen Transformationsprozesse anstößt. Es bedarf zugleich Persönlichkeiten mit eigenen Haltungen und Ideen. In diesem Sinne sind Kulturelle Bildung und Selbstbildungsprozesse gefragt, die junge Menschen dazu ermutigen, gesetzte Leistungs-, Qualitäts- und Wettbewerbskriterien einer Gesellschaft nicht als gesetzt und umkehrbar anzunehmen, sondern eigene moralische Standpunkte zu beziehen.

Um einen solchen Wandel anzustoßen und Gesellschaft nachhaltig zu verändern, bedarf es aber auch starker Bilder und Narrative, die richtungsweisend

für neue Zukunftsvisionen stehen. Europa sucht seit Längerem neue identitätsstiftende Narrative. 2014 wurden beispielsweise von der EU-Kommission Arbeitsgruppen eingesetzt, um einer neuen »Erzählung« näherzukommen. Es entstand eine vierseitige Erklärung »Körper und Geist Europas« (European Commission 2014), die nicht von Ökonomen, sondern von »Künstlern, Intellektuellen und Wissenschaftlern« (ebd.: 1) verfasst wurde. »Werte wie Menschenwürde und Demokratie« (ebd.), »Frieden, Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit« (ebd.: 2) als in Europa historisch gewachsene Werte, spielen in dieser Erklärung eine wichtige Rolle. Es stellt sich jedoch die Frage, ob ein rückwärtsgewandtes Narrativ ausreicht, um Europa für gesellschaftliche Transformationsprozesse von Morgen zu festigen. So fordert auch der Politikwissenschaftler Jackson Janes mehr Vorwärtsgewandtheit: »Es entsteht ein wachsender Bedarf nach einem neuen Narrativ – und zwar nicht länger darüber, wo Frankreich und Deutschland herkommen, sondern vielmehr darüber, wohin sie zusammen als Teil des großen europäischen Projekts gehen wollen« (Miskimmon online 2015).

Zur Entwicklung eines solchen vorwärtsgewandten Narrativs, das die Kraft hat, europäische Gesellschaftstransformationsprozesse anzustoßen, bedarf es letztlich normativer, nachhaltiger Werte und Zielsetzungen, Kultureller Bildung und damit einhergehend Perspektivwechsel, um neue Zukunftsvisionen zu entwickeln und eine starke und geeinte Zivilgesellschaft, die partizipativ den Prozess der Gesellschaftstransformation begleitet und ermöglicht, dass Europa seinen Beitrag zur Bewältigung weltweiter Zukunftsaufgaben leisten kann.

Prof. Dr. Susanne Keuchel ist Direktorin der Akademie der Kulturellen Bildung des Bundes und des Landes NRW e.V. Kontakt: keuchel@kulturellebildung.de

Literatur und weitere Informationen:

Beck, Ulrich (1986): Risikogesellschaft. Suhrkamp.

Böcher, Michael (2007): Wissenschaftliche Politberatung und wissenschaftliche Prozesse. In Krott/Suda (Hrsg.) Macht Wissenschaft Politik? Aspekte wissenschaftlicher Beratung im Politikfeld Wald und Umwelt. S. 14–42. VS Verlag.

de Haan, Gerhard (2009): Bildung für nachhaltige Entwicklung. Freie Universität Berlin. Programm Transfer-21

Duden Wirtschaft von A bis Z: Grundlagenwissen für Schule und Studium, Beruf und Alltag. 5. Aufl. Bibliographisches Institut 2013. Lizenzausgabe Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung 2013.

Engels, Friedrich [1845] (1990): Die Lage der arbeitenden Klasse in England. In: Karl Marx/Friedrich Engels: Werke. Band 2. Dietz.

European Commission (2014): New Narrative for Europe: The Mind and Body of Europe [Dt.: New Narrative for Europe: Körper und Geist Europas]. <http://>

ec.europa.eu/assets/eac/culture/policy/new-narrative/documents/declaration_en.pdf

European Commission (Hrsg.) (2009): THE IMPACT OF CULTURE ON CREATIVITY. A Study prepared for the European Commission (Directorate-General for Education and Culture), June 2009 S. 161

Horn, Gustav A. »Freier Handel und Kultur« In: puk 6/16, Seite 13

Kim, Myun-Shin (1994): Bildungsökonomie und Bildungsreform: Der Beitrag der OECD in den 60er und 70er Jahren. Würzburg: Königshausen und Neumann. S. 147

Kock, Sonja (2014): Ausstieg aus der Demokratie? Dissertationsschrift Justus-Liebig Universität Gießen

Miskimmon, Alister (online 18.12.2015): Strategische Narrative deutscher Europapolitik. In: bpb Bundeszentrale für politische Bildung. <http://www.bpb.de/apuz/217308/strategische-narrative-deutscher-europapolitik?p=all> Zuletzt aufgerufen am 25.02.2019

Nationale Plattform Bildung für nachhaltige Entwicklung (Hrsg.) (2017): Nationaler Aktionsplan Bildung für nachhaltige Entwicklung. Berlin.

Schelsky, Helmut (1961): Der Mensch in der wissenschaftlichen Zivilisation. Westdeutscher Verlag

UNESCO (2014): roadmap for implementing the Global Action Programme on Education for Sustainable Development.

Vereinte Nationen (2015): Transformation unserer Welt: die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung. Resolution der Generalversammlung, verabschiedet am 25. September 2015

Redaktion

BBE-Newsletter für Engagement und Partizipation in Deutschland

Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE)

Michaelkirchstr. 17/18

10179 Berlin

Tel: +49 30 62980-115

newsletter@b-b-e.de

www.b-b-e.de

IPB beobachtet



Débora Medeiros* und Renata Motta

Ein Blick aus der Bewegungsforschung auf den Rechtsruck in Brasilien

<https://doi.org/10.1515/fjsb-2019-0068>

August 2019. Der Amazonas-Regenwald brennt seit mehreren Wochen und Präsident Jair Bolsonaro's erste öffentliche Reaktion darauf ist eine Aussage, die einer billigen Verschwörungstheorie gleicht: Umwelt-NGOs hätten die Brände gelegt, um seine Regierung in ein schlechtes Licht zu rücken (Andreoni et al. 2019). Hierauf wurde die brasilianische Regierung, weltweit vertreten durch ihre Botschaften, zur Adressatin von Protesten. Bewegungen wie Extinction Rebellion und Fridays for Future taten sich mit brasilianischen Aktivist*innen im Ausland zusammen, um einen Stopp der Brände und der zerstörerischen Umweltpolitik Bolsonaros zu fordern (Speare-Cole 2019).

Seit Jahrzehnten war Brasilien bekannt dafür, sich diplomatisch stark für Umweltschutz und die Bekämpfung des Klimawandels einzusetzen und trug diesbezügliche Initiativen auf internationaler Ebene mit. Aktuell wird das Land jedoch von Klimawandelleugner*innen regiert, die die Fortschritte des jahrzehntelangen Umweltaktivismus der Zivilgesellschaft rückgängig machen möchten. Ähnliche Entwicklungen sind auch in Bereichen wie Minderheiten- und Arbeiter*innenrechten zu beobachten. Durch diese Rückschläge stehen die zivilgesellschaftlichen Akteur*innen Brasiliens, die üblicherweise im Fokus der Bewegungsforschung stehen, unter Bolsonaro vor besonderen Herausforderungen. Dies wirft wichtige ethische und praktische Fragen für Bewegungsforschende auf, etwa nach der eigenen Sicherheit bei der Feldforschung oder der Sicherheit von Ansprechpartner*innen aus sozialen Bewegungen.

Um diese Fragen diskutieren zu können, ist es essenziell zu verstehen, wie es zu solch einem starken Rechtsruck in Brasilien kam: Seit Jair Bolsonaro die letzten Präsidentschaftswahlen mit 55 Prozent der Stimmen gewann, versuchen

***Kontakt: Débora Medeiros**, Freie Universität Berlin, Institut für Publizistik- und Kommunikationswissenschaften, SFB Affectie Societies, Berlin, Deutschland; Institut für Protest- und Bewegungsforschung (ipb), Berlin, Deutschland, E-Mail: deb.medeiros@fu-berlin.de
Renata Motta, Institut für Protest- und Bewegungsforschung (ipb), Berlin, Deutschland; Freie Universität Berlin, Lateinamerika Institut, Berlin, Deutschland, E-Mail: renata.motta@fu-berlin.de

Expert*innen seinen Aufstieg zu erklären. Angelehnt an Debatten, die einen globalen Aufstieg des Populismus diagnostizieren, fokussieren ihre Erklärungsmuster entweder auf Bolsonaros Diskurs eines Kulturkampfes gegen progressive Kräfte, der den Diskursen anderer rechter Politiker*innen weltweit ähnelt, oder auf seine wirtschaftsliberale Agenda, die er als Lösung für die akute Wirtschaftskrise in Brasilien seit 2015 verkauft. Beide Argumente schließen sich allerdings nicht gegenseitig aus. Aus der Perspektive der Bewegungsforschung kann der Aufstieg Bolsonaros zudem nur erklärt werden, wenn unterschiedliche Bewegungsektoren in Brasilien in Beziehung zueinander gesetzt werden, d. h. im Sinne einer *relationalen* Perspektive: Auf der einen Seite stehen dabei die Arbeiter*innenbewegung und die „neuen“ sozialen Bewegungen – darunter der Feminismus, die Indigene Bewegung und die Schwarze Bewegung¹, die Umweltbewegungen sowie die Bewegungen für Landreformen und ein alternatives Entwicklungsmodell. Seit dem Ende der Diktatur (1964–1985) konnten sie viele Forderungen durchsetzen. Auf der anderen Seite stehen neue soziale Mobilisierungen der Rechten, die im Kontext einer globalen reaktionären Bewegung mehr als drei Jahrzehnte Fortschritt im Bereich der politischen und sozialen Inklusion in Brasilien zurückdrehen wollen.

1 Die Wahl Bolsonaros in Brasilien und die neue reaktionäre Bewegung

Verglichen mit den jahrzehntelangen Mobilisierungen von progressiven Akteur*innen ist die reaktionäre Bewegung, die Bolsonaro stützt, relativ neu. Einige gesellschaftliche Sektoren, wie z. B. Unternehmer*innenverbände, fundamentalistische Christ*innen und die Agrarlobby, versuchten schon in früheren Regierungen, Umverteilungs- und Sozialpolitiken aufzuhalten und stellten sich gegen progressive Akteur*innen. Diese Kräfte fanden allerdings erst im Laufe der Amtszeit von Luís Inácio „Lula“ da Silva (2003–2010) und Dilma Rousseff (2011–2016) zueinander.

Die Regierungen der Arbeiterpartei (*Partido dos Trabalhadores*, PT) wurden als gemeinsamer Feind konstruiert, gegen den sich die reaktionäre Bewe-

¹ In diesem Text folgen wir den Empfehlungen von antirassistischen Akteur*innen, indem die Wörter *Schwarz* und *Indigen* durchgehend großgeschrieben werden, um zu verdeutlichen, dass es sich bei diesen Bezeichnungen um politische Kategorien handelt, keine deskriptive Adjektive. Mehr dazu: <http://isdonline.de/uber-schwarze-menschen-in-deutschland-berichten/>.

gung bildete und immer besser vernetzte. Spätestens seit 2007 wurde sie auf der Straße in Form zivilgesellschaftlicher Akteur*innen wie dem *Movimento Cansei* sichtbar (Tatagiba et al. 2015). Parallel dazu entstand ein kompliziertes Geflecht von konservativen Instituten, *Think-Tanks* und Organisationen, die eine Art außerparlamentarische Opposition zu den Regierungen der Arbeiterpartei formten. Sie kritisierten vor allem die Sozialpolitik der Regierung und versuchten, deren Sozialprogramme als Stimmenkauf bei den Ärmeren zu diskreditieren.

Dieses Akteur*innennetzwerk vertrat stattdessen neoliberale Politiken, die auf dem Ideal der Meritokratie basierten und soziale Ungleichheiten und Privilegien ausklammerten. Die massiven Proteste 2013 sahen sie als eine einzigartige Gelegenheit, ihre Reichweite zu erhöhen und somit ihrem Ziel näherzukommen, der Regierungszeit der Arbeiterpartei ein Ende zu setzen. Als die Polizei im Juni 2013 einen Protest gegen die Erhöhung der Fahrpreise im öffentlichen Nahverkehr in São Paulo gewaltsam unterdrückte brachte dies landesweit Millionen auf die Straße. Diese Proteste waren von einer Vielfalt an Forderungen gekennzeichnet und waren politisch nicht eindeutig zuzuordnen. Der Ruf nach Verbesserungen der Qualität in den öffentlichen Gesundheits- und Bildungssystemen stand etwa neben der Forderung nach einem schlanken Staat und Steuerenkungen.

Diese „ambivalente Revolte“ (Pinheiro-Machado 2018) setzte indes neue Kräfte in den politischen Debatten in Brasilien frei, die eine starke Anti-Establishment-Kritik befeuerten (Bringel 2016; Alonso/Mische 2017). So konnten sowohl linke als auch rechte Gruppierungen an Bedeutung gewinnen, die für sich in Anspruch nahmen, für die Protestierenden zu sprechen. Als sich der Oppositionskandidat Aécio Neves nach den Präsidentschaftswahlen 2014 weigerte, Dilma Rousseffs Wiederwahl anzuerkennen, wurde die Forderung nach einem Amtsenthebungsverfahren gegen Rousseff zentral für den reaktionären Teil der Bewegung. Dieser versuchte daraufhin durch eigene Kundgebungen die entfesselte soziale Mobilisierung der Massenprotesten 2013 in die Forderung nach einem Amtsenthebungsverfahren zu kanalisieren. Korruptionsskandale wie der *Mensalão* und *Operação Lava-Jato*, die Machenschaften um illegale Kampagnenfinanzierung und öffentliche Auftragsvergaben an Privatunternehmen aufdeckten, dienten dabei als Grundlage für einen Diskurs, der Korruption vor allem mit der Arbeiterpartei assoziierte. Obwohl die Korruption im ganzen politischen System verankert ist, übernahmen die Medien, das Parlament und die Judikative dieses *Framing* und beteiligten sich so an der politischen Instrumentalisierung des Anti-Korruptionsdiskurses.

Der Hass gegen die Arbeiterpartei, bekannt als *Antipetismo*, wurde zu einem entscheidenden Faktor, der die reaktionäre Bewegung einte. Sie erreichte 2016 ein

Amtsenthbungsverfahren gegen Rousseff² und verhalf letztendlich Bolsonaro an die Macht (Costa/Motta 2019). Da die etablierte politische Opposition keinen starken Kandidaten für die Präsidentschaftswahlen 2018 hatte, unterstützen die meisten konservativen Akteur*innen entweder direkt oder indirekt (als einzige Alternative zur einer weiteren Arbeiterpartei-Regierung) Bolsonaros Kandidatur. Somit wurde dessen Wahl zum politischen Ausdruck des *Antipetismo*, welcher nicht nur eine Alternative zu der Hegemonie der langjährigen Regierungspartei PT anbietet. Sie steht vielmehr für die gesellschaftliche Reaktion auf Veränderungen in der sozialen Struktur, die Verschiebungen in der Verteilung ökonomischer Ressourcen und Machtpositionen mit sich brachte (Costa/Motta 2019). Jedoch reicht Bolsonaros Politik weit über sein Wahlversprechen, das Erbe der Arbeiterpartei zu demontieren, hinaus: Sie zielt auf die Zersetzung der Verfassung von 1988, die als Ergebnis von früheren Wellen sozialer Mobilisierung in Brasilien zu verstehen ist.³

Jair Bolsonaro war im brasilianischen Kongress seit 1991 Abgeordneter für das Bundesland Rio de Janeiro. Der ehemalige Fallschirmjäger-Hauptmann ging nach einem Disziplinarverfahren, das beinahe in einer unehrenhaften Entlassung aus dem Militär endete, in die Politik. Das hinderte ihn allerdings nicht daran, sich auf seine militärische Vergangenheit zu berufen, um für Stimmen zu werben. Über Jahrzehnte wurde er immer wieder von einer kleinen Wählerschaft unterstützt. Ohne erwähnenswerte Initiativen voranzubringen blieb er in der Abgeordnetenversammlung weitgehend unauffällig.⁴ Durch schockierende abwertende Aussagen über Frauen und Minderheiten und seine nostalgische historische Verharmlosung der Militärdiktatur gewann er erst im Laufe der 2010er-Jahre landesweite Bekanntheit.

² Das Amtsenthebungsverfahren gegen Rousseff stieß zunächst an legale Grenzen. Insbesondere konnten die Prozessverantwortlichen den Vorwurf nicht entkräften, dass ihre Bemühungen, Rousseff zu entmachten, rein politisch motiviert waren. Ähnliche Vorwürfe hatten bereits den Prozess gegen Lula da Silva überschattet, der ebenfalls von Willkür und illegalen Ermittlungsmethoden geprägt war. Lulas erneute Präsidentschaftskandidatur wurde indes durch den Prozess verhindert. Die Enthüllung von Nachrichten in einer privaten Chatgruppe lieferte später handfeste Beweise dafür, dass beide Verfahren geheime und illegitime Absprachen zwischen Mitgliedern der Staatsanwaltschaft und dem verantwortlichen Richter zugrunde lagen, die das Ziel hatten, die Arbeiterpartei zu entmachten. Mehr dazu hier: <https://www.nzz.ch/meinung/ex-praesident-lula-da-silva-geht-ins-gefaengnis-und-brasilien-ist-doch-keinen-schritt-weiter-ld.1375664>.

³ Siehe die Rekonstruktion der Mobilisierung und vor allem die Demobilisierung in Brasilien in Lapegna, Motta und Paredes (in Vorbereitung).

⁴ Eine Zusammenfassung von Bolsonaros Aktivitäten in der Abgeordnetenversammlung ist auf der Website des brasilianischen Kongresses abrufbar: <https://www.camara.leg.br/deputados/74847>.

Anfangs belächelt, wurde seine Präsidentschaftskandidatur 2018 allerdings immer aussichtsreicher, als er Unterstützung von Führungsfiguren der meisten großen evangelikalischen Kirchen und der Agrarlobby erfuhr. Zuletzt bekam er Rückenwind von vielen brasilianischen Unternehmer*innen, als er mit dem neoliberalen Ökonomen Paulo Guedes einen Verfechter einer strengen Privatisierungs- und Austeritätspolitik zu seinem Wirtschaftsberater ernannte.⁵ Diese Wirtschaftspolitik entsprach wiederum Idealen der reaktionären Bewegung und war darauf ausgerichtet, die Erfolge der brasilianischen Arbeiter*innenbewegung in den letzten Jahrzehnten rückgängig zu machen.

2 Die Arbeiter*innenbewegung und der Klassenkampf

Erkämpft wurden diese Erfolge von einer in den 1980er Jahren entstandenen Bewegung, die über disruptive Protestrepertoires wie Massenstreiks eine zentrale Rolle bei der demokratischen Öffnung Brasiliens spielte. Zwischen 2003 und 2013, in einer günstigen Konjunkturphase mit hohem Wirtschaftswachstum, stieg der reale Mindestlohn um 75 Prozent. Jedes Jahr wurden Millionen neuer formeller Arbeitsplätze und Karrierechancen im öffentlichen Sektor geschaffen. Gegenüber den vorangegangenen zehn Jahren im Zeichen von Kürzungen, Rezession und Repressionen verbesserte sich die Lage der Arbeitnehmer*innen merklich.

Dies war jedoch kein Nebeneffekt des Wirtschaftswachstums. Die Verbesserungen resultierten vielmehr aus politischen Entscheidungen im Zusammenspiel mit Druck aus der Arbeiter*innenbewegung und Verhandlungen zwischen ihr und dem Staat. Das Interaktionsmuster zwischen Staat und sozialen Bewegungen änderte sich mit der Wahl von Lula im Jahr 2003. Seine Partei war aus den neuen Gewerkschaften und der Basisarbeit von sozialen Bewegungen hervorgegangen. Durch Lulas Wahl verbanden die Gewerkschaften Protestrepertoires mit der Teilhabe am Staat und erzielten deutliche Erfolge (Costa/Prado 2017). Mit der Absetzung von Lulas Nachfolgerin Dilma Rousseff brach die symbiotische Beziehung zwischen Staat und Arbeiter*innenbewegung indes auseinander.

⁵ Die Kandidatur Bolsonaros erlebte mit dem Narrativ, dass „der Markt“ hinter ihm stünde, einen Aufschwung. Analyst*innen haben seitdem seine Kandidatur als die beste Option für „den Markt“ eingeschätzt: <https://www1.folha.uol.com.br/mercado/2018/10/bolsonaro-se-consolidou-como-o-mito-do-mercado.shtml>.

Der Aufstieg Michel Temers – Dilma Rousseffs ehemaliger Vizepräsident – zum Präsidenten nach Rousseffs Absetzung institutionalisierte die ersten Siege der reaktionären Bewegung. Dies schlug sich vor allem in der Wirtschaftspolitik nieder: Temer leitete den neoliberalen Kurs ein, den Bolsonaros Regierung nun fortsetzt. Diese Kontinuität wird besonders sichtbar in den Versuchen beider Regierungen, Gesetze zur Regulierung von Überstunden und Kündigungsschutz aufzuweichen. Bolsonaros Regierung hat auch eine strenge Rentenreform zur höchsten Priorität erkoren, die für die meisten Arbeiter*innen eine Erhöhung des Renteneintrittsalters und weitere Nachteile bedeuten würde. Linke Oppositionsparteien, Gewerkschaften und soziale Bewegungen mobilisieren dagegen durch Kampagnen und Aufrufe zum Generalstreik – bisher ohne Erfolg. Die meisten Gewerkschaften sind heute geschwächt. Sie erlebten noch unter Temer eine folgenreiche Niederlage, als dessen Regierung die verpflichtenden Gewerkschaftsbeiträge abschaffte, was große finanzielle Unsicherheiten für gewerkschaftliche Strukturen mit sich brachte. Andere progressive soziale Bewegungen erleben ähnliche Rückschläge.

3 „Neue“ soziale Bewegungen und der „Kulturkampf“

Die Forderungen der Arbeiter*innenbewegung und die sogenannten identitären Kämpfe „neuer“ sozialer Bewegungen sind durch die Intersektionalität von Klasse, Geschlecht, *Race*, Ethnizität sowie die Kluft zwischen Stadt und Land verbunden, da diese Aspekte die strukturellen sozialen Ungleichheiten in Brasilien prägen. Ähnlich wie bei den Gewerkschaften bot das Ende der Militärdiktatur den „neuen“ sozialen Bewegungen den politischen Raum für Handlungsrepertoires wie Proteste, Demonstrationen und Besetzungen. Dies wurde auch von der Professionalisierung von Aktivist*innen begleitet, die in NGOs neue institutionelle Wege der zivilgesellschaftlichen Teilhabe ausprobierten.

Seit Ende der 1980er gewann etwa die Umweltbewegung in Brasilien eine deutlichere sozio-ökonomische Dimension als die Landgewerkschaft der Kautschukzapfer in Acre (im Gebiet der Amazonischen Regenwälder) zusammen mit Indigenen Bevölkerungsgruppen und einer transnationalen Allianz Blockaden (*embates*) gegen die Entwaldung organisierten. 1995 brachte die Schwarze Bewegung 30.000 Personen zur *Marcha Zumbi dos Palmares* nach Brasília und forderte politische, soziale und ökonomische Inklusion (Telles 2004). 1999 organisierte die Landlosenbewegung *Movimento dos Trabalhadores Rurais Sem Terra* (MST) einen Marsch mit 100.000 Teilnehmenden und zeigte sich als die stärkste Basis-

bewegung Brasiliens, die nicht nur für eine Landreform kämpfte, sondern auch für Bürgerrechte, Demokratie und Entwicklung in ländlichen Räumen. Feministische Organisationen in urbanen und ländlichen Gewerkschaften artikulierten die Forderungen der Arbeiter*innenbewegung neben Forderungen nach gleichen sozialen und politischen Rechten für Frauen sowie dem Kampf gegen patriarchale Gewalt. In einer transnationalen Allianz mit dem *World March of Women* mobilisierten sie im Jahr 2000 im Rahmen der ersten *Marcha das Margaridas* 20.000 Frauen nach Brasília.

Die Regierungen der Arbeiterpartei PT erlaubten eine experimentelle Gestaltung der Beziehung zwischen Staat und Zivilgesellschaft (Abers et al. 2014). Sie erkannten soziale Bewegungen als politische Subjekte an und gründeten Bundesämter für ethnische Gleichstellung und Frauenrechte. Aktivist*innen wie Marina Silva aus der Landgewerkschaft der Kautschukzapfer in Acre wurden für ministeriale Ämter nominiert. Die PT-Regierungen verstärkten und erweiterten darüber hinaus Mechanismen der deliberativen Demokratie, u.a. in der Sozial- und Sicherheitspolitik sowie in Bezug auf Menschenrechte, Frauen- und LGBTIQ-Rechte (Pogrebinschi 2018). Politiken der *affirmative action* wie z.B. Zugang zu öffentlichen Universitäten für Schwarze, Indigene und für ärmere Menschen wurden ausgeweitet.

Politische Erfolge bei der Armutsbekämpfung und die Erhöhung des Mindestlohnes kamen vor allem der Bevölkerung ländlicher Gebiete, der Schwarzen Bevölkerung und alleinerziehenden Müttern zugute, d.h. denjenigen, die am meisten von extremer Armut betroffen sind. Die politische Priorisierung von Nahrungssicherheit förderte eine alternative ländliche Entwicklung, ohne die Hegemonie der Agrarindustrie herauszufordern. Die Errungenschaften der Arbeiterpartei, die in einer Koalition mit Konservativen regierte, entsprachen nicht immer den Erwartungen der sozialen Bewegungen (Motta 2016). Doch zielte deren Mobilisierung nicht nur auf konkrete Politiken ab, sondern auch auf einen kulturellen Wandel. Dieser verfestigte sich unter den Regierungen der Arbeiterpartei auch in wichtigen Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts in Bezug auf LGBTIQ-Rechte, reproduktive Rechte und Indigene Rechte.

Präsident Bolsonaros Amtsantritt läutete diesbezüglich eine Kehrtwende ein. In einer Allianz mit fundamentalistischen evangelikalischen Kirchen lässt er seinem Kulturkampfdiskurs entsprechende Maßnahmen folgen. Die neue Regierungslinie wird beispielweise in der Ernennung der evangelikalischen Pastorin Damares Alves zur Ministerin für Frauen, Familien und Menschenrechte sichtbar: Unter ihr wird die traditionelle heterosexuelle Kleinfamilie zum Hauptfokus der Staatstätigkeit. Politiken der *affirmative action* aus der Regierungszeit der Arbeiterpartei werden dagegen als klientelistisch und überflüssig abgetan. Feministische, Schwarze und LGBTIQ-Bewegungen werden regelmäßig von Regierungsmitgliedern als ego-

istisch, auf der Suche nach Sonderbehandlung oder als Unruhestifter geschmäht, da die Regierung strukturelle Ungleichheiten in der Gesellschaft nicht anerkennt.⁶

Die Agrarlobby wird indes bedient, indem öffentliche Ämter, die eigentlich dem Schutz von Natur- und Indigenenreservaten dienen, mit Personen besetzt werden, die offen für die Interessen der Großgrundbesitzer*innen eintreten – eine Politik, die auf die Zerstörung dieser Strukturen von innen hinausläuft.⁷ Prozesse zur Anerkennung neuer Indigenenreservate⁸, die mit der Verabschiedung der Verfassung von 1988 zur Aufgabe des Staats wurden, sind auf Eis gelegt. Folgen dieser Entwicklungen sind schon jetzt ein massiver Anstieg in den Statistiken für Landraub, illegale Abholzung und Bergbau im Amazonas-Gebiet und in anderen Naturreservaten.⁹

Damit nicht genug: Historische Verbündete der Arbeiterpartei, wie die Bewegungen für Landreform MST und für das Recht auf Wohnraum *Movimento dos Trabalhadores Sem Teto* (MTST), werden von der Bolsonaro-Regierung kriminalisiert und vom Präsidenten als terroristische Organisationen bezeichnet (Ribeiro 2018). Dass dies keine bloße Rhetorik ist, zeigen Gesetzentwürfe, die dem Kongress bereits vorliegen und die Klassifizierung von sozialen Bewegungen als terroristische Organisationen ermöglichen könnten (Vieira 2018). Würden diese Gesetzentwürfe verabschiedet, zwänge das zwei der größten und am besten organisierten sozialen Bewegungen Brasiliens in den Untergrund mit desaströsen Folgen – auch für die Forschung über diese und andere soziale Bewegungen.

4 Konsequenzen für die Bewegungsforschung

Nachdem die Forderungen progressiver Akteur*innen seit dem Ende der Militärdiktatur lange Zustimmung gefunden hatten, wird ihr Status durch die Gleichgültigkeit, Verachtung und Kriminalisierung der Bolsonaro-Regierung nun

⁶ Bolsonaro bestritt sogar, dass es in Brasilien hungernde Menschen gäbe: <https://www1.folha.uol.com.br/internacional/en/brazil/2019/07/bolsonaro-says-hunger-in-brazil-is-a-lie.shtml>.

⁷ Diese Zerstörung von staatlichen Umweltschutzbehörden hatte einen öffentlichen Brief acht ehemaliger Umweltminister*innen zur Folge, die die Umweltpolitik der Bolsonaro-Regierung offen verurteilten: <https://www.dw.com/de/kommentar-brasiliens-anschlag-auf-den-weltweiten-klimaschutz/a-48675597>.

⁸ Ähnliches gilt für die *Quilombolas*, die Nachfahren von Sklav*innen, die noch während der Zeit der Sklaverei in Brasilien autonome Gemeinschaften gründeten. Sie fordern die Anerkennung ihres historisch begründeten Landbesitzes.

⁹ Zahlen dazu hier: <https://www.tagesspiegel.de/politik/abholzung-der-amazonas-region-brasilien-praesident-feuert-den-waechter-des-regenwaldes/24869640.html>.

zunehmend prekär. Das stellt Bewegungsforschende vor grundsätzliche Fragen: Welche ethischen Aspekte sollte man angesichts der aktuellen Lage während der Feldforschung beachten? Welche Risiken ergeben sich für Forschende und deren Ansprechpartner*innen vor Ort? Wie kann die Bewegungsforschung bedrohten Organisationen oder Aktivist*innen zur Seite stehen? Und wie auf die erstarken den rechten Akteur*innen im Feld reagieren?

Eine Herausforderung stellt auch die Spaltung innerhalb der politischen Soziologie und Politikwissenschaft in unterschiedliche Forschungszweige dar. Die Bewegungsforschung fokussiert auf die Handlungsform des Protests, die Forschung zu partizipativer Demokratie befasst sich mit der institutionalisierten Teilhabe von NGOs und Organisationen sozialer Bewegungen (Alvarez et al. 2017). Die Grenzen von beiden Herangehensweisen wurden seit Juni 2013 in Brasilien klar. Beide Perspektiven waren nicht darauf eingestellt, die flexiblen Strukturen, die innovativen Mobilisierungsstrategien sowie die Verbreitung von Desinformation und polarisierenden Onlinediskursen (Recuero/Gruzd 2019) zu verstehen.¹⁰

Einerseits sollte sich der Blick von Forschenden auf rechtsextreme Strömungen in Brasilien ausweiten, damit ihre Praktiken und Diskurse kritisch analysiert werden können. Die Forschung über die brasilianische Rechte wurde lange vernachlässigt, vielleicht weil Bewegungsforschende dazu tendieren, Bewegungen zu untersuchen, mit denen sie selbst sympathisieren (Teune/Ulrich 2018). Dazu bräuchte es auch mehr interdisziplinäre Forschung, um die seit Jahren wachsende politische Rolle und Mobilisierungsmacht der – insbesondere neopentekostalen – evangelikalischen Kirchen in Brasilien zu analysieren und die Schnittstellen zwischen fundamentalistischen und rechtsextremen Diskursen zu beleuchten.

Andererseits gilt es auch, künftig konsequenter Sicherheits- und Vorsichtsmaßnahmen zu treffen, damit Partner*innen vor Ort nicht gefährdet werden. Verantwortungsvolle Feldforschung fängt schon bei der Vorbereitung und Planung eines Forschungsaufenthalts an und hört längst nicht nach der Rückkehr an die eigene Heimatuniversität auf: Aspekte wie Datensicherheit, Anonymisierung und Maßnahmen gegen Überwachung wurden immer wichtiger in den letzten Jahren,¹¹ da Bewegungsforschende stärker ins Visier von staatlichen und nicht-staatlichen Akteur*innen geraten. Während die meisten Bewegungsforschenden sich selten

¹⁰ Wie in den Kampagnen für den Brexit und für die Wahl von Donald Trump stützte sich die Wahlkampagne von Bolsonaro auf die (illegale) Verbreitung von Desinformation. Mehr dazu hier: <https://www.sueddeutsche.de/politik/brasilien-wahlkampf-bolsonaro-1.4173643>.

¹¹ Das Projekt *SAFERresearch* zur Erstellung eines Handbuchs für sichere Feldforschung leistet einen wichtigen Beitrag zu dieser Diskussion. Das Handbuch, das im Frühjahr 2020 bei SAGE erscheinen wird, beinhaltet Reflektionen und praktische Anleitungen bezüglich der Sicherheit von Forschenden. Mehr dazu hier: <http://gld.gu.se/en/projects/saferresearch/>.

Sorgen um ihre eigene Sicherheit nach dem Abschluss der Feldforschung machen müssen, bleiben ihre Interviewpartner*innen einer gefährlichen Lage ausgesetzt. Wenn sensible Daten über diese in die falschen Hände geraten, kann das sogar den Tod für sie bedeuten.

Das gilt insbesondere für progressive Bewegungen, deren Aktivist*innen seit Jahren ermordet und bedroht werden – Brasilien ist eins der Länder, in denen am meisten Menschenrechts- und Umweltaktivist*innen ermordet werden (Front Line Defenders 2019). Mit Blick auf die Sicherheit von Forschenden aus dem Ausland ist die Lage in Brasilien (noch?) nicht so düster wie in Ägypten (Grimm 2018), aber sie ist mittlerweile unvorhersehbarer geworden. Vor allem die bereits erwähnten Änderungsvorschläge im Anti-Terror-Gesetz könnten auch für Forschende gefährlich werden, da ihr Kontakt mit Organisationen, die plötzlich als terroristisch gelten, sie mindestens suspekt gegenüber den Behörden machen könnte. Gefahren, die nicht direkt vom Staat ausgehen, sind im Moment aber dringender. Darunter fallen zum Beispiel die erstarkenden paramilitärischen Strukturen sowohl in Großstädten wie Rio de Janeiro als auch auf dem Land, die vor allem in Landkonflikten eine Bedrohung darstellen.¹²

Brasilianische Forschende haben noch viel mehr zu befürchten als ihre Kolleg*innen aus dem Ausland. Die Zahl der Fälle von Forschenden, die wegen ihres akademischen Schwerpunkts oder ihres politischen Engagements mit Einschüchterungsversuchen konfrontiert sind (z. B. anonyme Drohbriefe oder politisch motivierte Disziplinarverfahren), steigt rapide.¹³ Vor allem Forschende aus Disziplinen wie Gender Studies, Geschichte und Politikwissenschaft, die oft einen Bezug zu progressiven Bewegungen haben, geraten ins Visier. Angesichts dieser Bedrohungen wurden schon einige gezwungen, ins Exil zu gehen.¹⁴ Denn Brasiliens staatliche Universitäten, die traditionell den größten Anteil der nationalen Forschungsproduktion generieren, können ihnen zurzeit keinen ausreichenden Schutz bieten: Sie sind ihrerseits sukzessiven Budgetkürzungen und politischen Angriffen vonseiten des Bildungsministeriums ausgesetzt. Mit der Begründung,

12 Das Erstarken der Paramilitärs in Brasilien hängt mit Bolsonaros Waffenpolitik und mit seiner politischen Karriere und der seiner Söhne in Rio de Janeiro zusammen, wie die Ermittlungen im Fall der Ermordung von Stadträtin Marielle Franco deutlich machten. Flávio Bolsonaro beschäftigte sowohl die Ehefrau als auch die Mutter eines Tatverdächtigten zeitweise in seinem Abgeordnetenbüro und wollte ihn sogar mit einer Verdienstmedaille ehren: <https://www.tagesspiegel.de/politik/ermordete-stadtraetin-paramilitaers-terrorisieren-brasiliens-favelas/24097792.html>.

13 Einige dieser Fälle sind im Projekt *Academic Freedom Monitoring* dokumentiert: <https://www.scholarsatrisk.org/academic-freedom-monitoring-project-index/>.

14 Der bekannteste Fall ist der der Anthropologin Débora Diniz, die zu Themen wie dem Abtreibungsrecht forschet und seit mehr als einem Jahr im Exil lebt: <https://www.scholarsatrisk.org/report/2018-09-01-universidade-de-brasilia/>.

dass sie Unruhe stiften, kürzte das Bildungsministerium im März 2019 das Budget von drei Universitäten um 30 Prozent. Diese Kürzungen wurden seitdem auf alle Bundesuniversitäten erweitert.¹⁵ Universitäten, insbesondere deren geistes- und sozialwissenschaftliche Fachbereiche, werden von der Bolsonaro-Regierung als Orte linker Indoktrination betrachtet, die es zu entmachten gilt.

Angesichts dieser Lage ist internationale Solidarität mehr denn je gefragt. Diese kann mehrere Formen annehmen, sei es durch öffentliche Bekundung von Unterstützung¹⁶ oder durch institutionelle Partnerschaften mit brasilianischen Forschenden, die sowohl einen Austausch auf Augenhöhe als auch eine Umverteilung von Ressourcen und höhere Sichtbarkeit bedeuten. Trotz wachsender Prekarität in der Wissenschaft, auch in Ländern des sogenannten Globalen Nordens, verfügen die meisten Forschenden aus diesen Ländern immer noch über größere institutionelle und finanzielle Ressourcen als ihre Kolleg*innen in Ländern wie Brasilien, deren Forschung wegen strukturellen Ungleichheiten global viel weniger zirkuliert. Folglich sollten Überlegungen zur eigenen Verantwortung gegenüber diesen Kolleg*innen einen grundlegenden Aspekt transnationaler Forschungsprojekte darstellen.

An dieser Stelle möchten wir die Forderungen nach ethischen Forschungsstandards, die ungleichgewichtige Dynamiken zwischen Forschenden und Aktivist*innen zu durchbrechen versuchen (Barbas/Postill 2017; Luchies 2015), bestärken und ergänzen, indem wir einen gleichberechtigten Umgang zwischen Bewegungsforschenden im Globalen Norden und im Globalen Süden fordern. Angriffe auf Rede- und Forschungsfreiheit wie diejenige, die die Bolsonaro-Regierung betreibt, betreffen uns alle – wenn auch nicht in gleicher Weise.

Débora Medeiros ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Sonderforschungsbereich Affective Societies an der Freien Universität Berlin und Mitglied des Instituts für Protest- und Bewegungsforschung (ipb). Für ihre Dissertation untersuchte sie Medienpraktiken bei der alternativen Berichterstattung von Protestbewegungen in Brasilien. Kontakt: deb.medeiros@fu-berlin.de

Renata Motta ist Mitglied des Instituts für Protest- und Bewegungsforschung (ipb). Sie hat zur sozialen Mobilisierung gegen Gentechnik in Argentinien und Brasilien promoviert. Sie ist Junior Professorin in Soziologie am Lateinamerika Institut der Freien Universität Berlin. Seit 2019 leitet sie die vom BMBF geförderte Nachwuchsgruppe Food for Justice: Power, Politics and Food Inequalities in a Bioeconomy (siehe nachstehende Informationen). Kontakt: renata.motta@fu-berlin.de

¹⁵ Siehe: <https://www.insidehighered.com/news/2019/05/06/far-right-government-brazil-slashes-university-funding-threatens-cuts-philosophy-and>.

¹⁶ Ein Beispiel ist diese Unterschriftensammlung: <https://www.theguardian.com/world/2018/nov/01/we-deplore-this-attack-on-freedom-of-expression-in-brazils-universities>.

Literatur

- Alonso, Angela/Mische, Ann* 2017: Changing Repertoires and Partisan Ambivalence in the New Brazilian Protests. In: *Bulletin of Latin American Research*, 36(2): 144–159.
- Alvarez, Sonia E./Rubin, Jeffrey W./Thayer, Millie/Baiocchi, Gianpaolo/Laó-Montes, Agustín* 2017: *Beyond civil society: Activism, participation, and protest in Latin America*. Duke University Press.
- Andreoni, Manuela/Casado, Letícia/Londoño, Ernesto* 2019: With Amazon Rain Forest Ablaze, Brazil Faces Global Backlash. *The New York Times*, 22.08.2019. www.nytimes.com.
- Barbas, Angel/Postill, John* 2017: Communication Activism as a School of Politics: Lessons From Spain's Indignados Movement. In: *Journal of Communication*, 67(5): 646–664.
- Bringel, Breno* 2016: 2013–2016: Polarization and Protests in Brazil. www.opendemocracy.net.
- Costa, Sérgio/Motta, Renata* 2019: Social Classes and the Far Right in Brazil. In: Foley, Conor (Hg.): *In Spite of You. Bolsonaro and the New Brazilian Resistance*. OR Books.
- Costa, Frederico Alves/Prado, Marco Aurélio Máximo* 2017: Artimanhas da hegemonia: obstáculos à radicalização da democracia no Brasil. In: *Psicologia & Sociedade*, 29 (online first). www.scielo.br.
- FrontLineDefenders* 2019: *FrontLineDefendersGlobalAnalysis2018*. www.frontlinedefenders.org.
- Grimm, Jannis* 2018: Das Ende des 'Arabischen Frühlings' der Bewegungsforschung. In: *Forschungsjournal Soziale Bewegungen*, 30(3): 84–92.
- Lapegna, Pablo/Motta, Renata/Paredes, Maritza* (in Vorbereitung): *Demobilization in Latin America*. In: Federico Rossi (Hg): *The Oxford Handbook of Latin American Social Movements*. Oxford University Press.
- Luchies, Timothy* 2015: Towards an Insurrectionary Power/Knowledge: Movement-Relevance, Anti-Oppression, Prefiguration. In: *Social Movement Studies*, 14(5): 523–538.
- Motta, Renata* 2016: *Social Mobilization, Global Capitalism and Struggles over Food: A Comparative Study of Social Movements*. Routledge.
- Pinheiro-Machado, Rosana* 2018: França está reeditando os protestos 2013 do Brasil. theintercept.com.
- Pogrebinschi, Thamy* 2018: *Deliberative Democracy in Latin America*. In: Bächtiger, André/Dryzek, John S./Mansbridge, Jane/Warren, Mark E. (Hg.): *The Oxford Handbook of Deliberative Democracy*. Oxford University Press.
- Recuero, Raquel/Gruzd, Anatoliy* 2019: Cascatas de „Fake News“ Políticas: Um estudo de caso no Twitter. *Revista Galáxia* 41: 31–47.
- Ribeiro, Jeferson* 2018: Bolsonaro quer tipificar invasão de propriedade por MST e MTST como prática terrorista. oglobo.globo.com.
- Speare-Cole, Rebecca* 2019: Amazon rainforest fires LIVE: Worldwide protests after Macron blasts blazes as 'crime against humanity' in war of words with Brazil. *Evening Standard*, 23.08.2019. www.standard.co.uk.
- Tatagiba, Luciana/Trindade, Thiago/Teixeira, Ana Cláudia C.* 2015: „CorruPTos“. Um ensaio sobre protestos à direita no Brasil (2007–2015). *NEPAC-Unicamp*, 67(5): 1–29.
- Telles, Edward E.* 2004: *Race in another America: the significance of skin color in Brazil*. Princeton University Press.
- Teune, Simon/Ullrich, Peter* 2018: Protestforschung mit politischem Auftrag? In: *Forschungsjournal Soziale Bewegungen*, 30(1–2): 418–424.
- Vieira, Anderson* 2018: *Mudança na Lei Antiterrorismo opõe representantes de movimentos sociais*. www12.senado.leg.br.

Literatur

Europa zwischen Teufelskreis und neuer Souveränität

Hillje, Johannes 2019: Plattform Europa. Warum wir schlecht über die EU reden und wie wir den Nationalismus mit einem neuen digitalen Netzwerk überwinden können. Bonn: Dietz.

Besprochen von **Nino Kavelashvili**, Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE), Kontakt: nino.kavelashvili@b-b-e.de

<https://doi.org/10.1515/fjsb-2019-0069>

Im Februar 2019 diskutierte Politik- und Kommunikationsberater Johannes Hillje im Rahmen der von der Rudolf Augstein Stiftung organisierten Konferenz *re:claim public discourse!* die Frage, was JournalistInnen und VertreterInnen der liberalen Demokratie rechtspopulistischen Medienstrategien entgegensetzen können. Johannes Hillje sprach über seinen Zugang zum Thema: „Ich habe mich viel mit dem Populismus auseinandergesetzt; ich war dieser Analyse des Destruktiven etwas überdrüssig und habe versucht, dies mit einem konstruktiven Vorschlag zu verbinden. Denn gerade für den Diskurs über Europa ist es sehr wichtig, dass wir von der Reaktion in die Aktion kommen“. Vier Vorschläge für konkrete Aktionen hat Johannes Hillje nun in seinem neuen Buch *Plattform Europa* dargelegt – ein Buch, das Europas Probleme gewissermaßen als Kommunikationsprobleme versteht: Um die EU demokratischer, sozialer und nachhaltiger zu gestalten, sei ein gemeinsamer Kommunikationsraum notwendig, in dem über die Wege dorthin diskutiert werden kann – so die Ausgangsthese des Buchs.

Toxischer Europadiskurs

Es ist kein großes Geheimnis: Je negativer ein Ereignis ist, umso eher wird darüber berichtet. In der Medienrealität gilt: „good news are no news“. Europäische Politik ist dabei keine Ausnahme: „Europäische Politik ist vor allem dann für die Medien attraktiv, wenn sie als Krise erzählt werden kann“ (3). Konfrontativ zuge-spitzt und anhand von Auf- und Abwertungen wird über die Konflikte zwischen den Mitgliedsländern berichtet, was die Abgrenzungen zwischen den Nationen fördert und so die Bildung einer europäischen Öffentlichkeit und/oder die Suche nach gesamteuropäischen Lösungen behindert. Es ist ein Teufelskreis aus Krise, News und Nationalismus.

Johannes Hillje zitiert Niklas Luhmanns Diktum „was wir über die Welt wissen, wissen wir über die Medien“ und schlägt eine Brücke zum interdisziplin-

nären Framing-Modell, ein Ansatz, der in der Politik-, Kommunikations- und Kognitionswissenschaft sowie in der Psychologie verwendet wird. Der in den 1970er Jahren von dem kanadischen Sozialwissenschaftler Erving Goffman in die Wissenschaft eingeführte Begriff beschreibt, wie die Medien ein Thema darstellen, welche Aspekte sie hervorheben und welche Sprachmittel sie verwenden.

In den Medien dominieren nach Hillje zwei populäre Europa-Frames: *Europäisches Projekt* und *europäische Idee* – die dem Autor zufolge „ungünstig gewählt, wenn nicht gar unzutreffend“ (32) sind: Sie sind als Begriffe flüchtig und beschreiben etwas zeitlich Befristetes. „Eine Idee kann man schnell wieder verwerfen, ein Projekt erstreckt sich über einen gewissen Zeitraum, hat aber auch einen Abschluss, einen Endpunkt“ (33). Dazu kommt, dass selten aus einer genuin europäischen Perspektive gesprochen wird – einer der Gründe, warum nationalistische Kräfte in der Debatte im Vorteil sind. „In den nationalen Diskursen wird die europäischen Ebene sprachlich vom „wir“ entkoppelt. Europa ist nicht ein zur Heimat gewordener Teil von „uns“. Damit bleibt in den Debatten das nationale Interesse der zentrale, ja meist sogar einzige Bewertungsmaßstab für europäische Politik“ (161). In der medialen Berichterstattung werden europäische Institutionen selten als Problemlöser dargestellt. In den Vordergrund wird die Legitimität der nationalen Regierungen gestellt. Die Betonung von Nationalismus statt europäischem Gemeinsinn stärkt einen toxischen Europadiskurs und gefährdet weitere Schritte der europäischen Integration.

Europäisches Europa vs. nationale Filterblasen

Anstatt europäische Themen in einem europäischen Kommunikationsraum zu diskutieren, werden die Themen laut Hillje in nationalen Filterblasen verhandelt. In den Mitgliedsländern wird vielleicht mehr als früher über die EU und auch übereinander gesprochen, aber immer noch viel zu wenig miteinander. Die BürgerInnen bekommen EU-Politik durch einen nationalen Filter serviert. Hier spricht Hillje nicht über Filter als Algorithmus, sondern über Filter als mediale Diskursordnung, die den Fokus auf den nationalen Saldo legen und nicht auf europäische Solidarität. Das ist ein Grund nicht nur für den toxischen Europadiskurs, sondern auch für das fehlende Gefühl der Zusammengehörigkeit: In der Öffentlichkeit herrscht ein Verständnis „von Präferenzen für ein ‚französisches Europa‘, ein ‚deutsches Europa‘ oder ein ‚ungarisches Europa‘, aber eben nicht für ein ‚Europäisches Europa‘“ (14).

In seiner Analyse über die Form einer Öffentlichkeit, die der europäischen Demokratie auf die Sprünge helfen könnte, betrachtet der Autor drei Modelle:

(1) Eine „Super-Öffentlichkeit“, verstanden als eine europäische Öffentlichkeit mit europäischen (Leit-)Medien, die über den nationalen Öffentlichkeiten angesiedelt ist, und (2) ein Modell der europäischen Öffentlichkeit, das durch die Europäisierung aller nationalen Öffentlichkeiten und nationalen Medien entsteht. Den dritten Weg zu einer europäischen Öffentlichkeit, den Johannes Hillje in Betracht zieht, nennt er „digital first“. Darunter versteht er eine öffentliche europäische Arena mit digitaler Infrastruktur. Das Internet ist aus Sicht des Autors angesichts der geographischen Entgrenzung der Digitalisierung und der übernationalen Geographie der EU wie für die europäische Demokratie gemacht.

Plädoyer für eine *Plattform Europa*

Ein nach demokratischen und europäischen Maßstäben organisierter und öffentlich finanzierter Kommunikationsraum, ein kultureller und sozialer Raum – so lässt sich kurz Johannes Hilljes *Plattform Europa* beschreiben. Wie realistisch ist es aber, dass die Schaffung einer europäischen Plattform tatsächlich gelingt? Die Frage, auf die Johannes Hillje ausführlich eingeht, ist durchaus berechtigt, denn schließlich sind die Versuche, eine öffentliche europäische Arena zu etablieren, schon einmal gescheitert: Das Image des paneuropäischen Senders „Euronews“, der am 1. Januar 1993 an den Start ging, ist „freundlich gesagt, nicht sonderlich positiv. Die Marke Euronews wird mit Hotellobbys und Airline-Programmen verbunden“ (74). Die ZuschauerInnenzahlen sind über die Jahre drastisch gesunken: Im Jahr 2008 waren es 7 Millionen, 2013 waren es 5 Millionen und 2017 nur noch 3,3 Millionen ZuschauerInnen. Auch das europäische Radionetzwerk „Euranet Plus“ ist keine Erfolgsgeschichte. „Diese Medien finden im Bewusstsein der EuropäerInnen schlichtweg nicht statt“ (75). Der Autor ist dennoch zuversichtlich, allerdings unter einer Voraussetzung: Ein neuer Versuch könne nur gelingen, wenn man aus den Fehlern der Vergangenheit lernte und von der Frage ausginge, was die europäische Gesellschaft möchte und bräuchte. Die Plattform Europa müsse bottom-up entwickelt werden, auf Grundlage der Bedürfnisse der BürgerInnen, die durch Meinungsforschung und öffentliche Konsultationen erhoben werden müssten.

Vier Eckpfeiler, die das Fundament der Plattform bilden, stellen konkrete Vorschläge dar, wie ein europäischer Öffentlichkeitsraum gestaltet werden könnte: Erstens fordert Hillje die Etablierung eines europäischen Newsrooms, eines europäischen Nachrichtenangebots, und generell eines europäischen Journalismus, der die EU-BürgerInnen informiert und EU-Institutionen kontrolliert. Die Plattform Europa würde Meinungs- und Pressefreiheit auf europäischer Ebene garan-

tieren, auch wenn sie im nationalen Rahmen eingeschränkt oder bedroht ist. Zweitens sollte die Plattform Europa Beteiligungsmöglichkeiten und politisches Engagement der BürgerInnen auf EU-Ebene fördern. Drittens sollte die Plattform Europa nicht nur die Vielfalt der EU abbilden, sondern auch ihre Einheit darstellen und durch Kultur- und Unterhaltungsangebote den „European Way of Life“ fördern: Es könnte eine Serie über Erasmus-Studierende sein, ein „House of Cards“ in Brüssel oder eine Kochshow mit europäischen Fusions-Gerichten – „Geschichten und Formate, die das Leben in der europäischen Gemeinschaft repräsentieren“ (150).

Viertens sollten Apps entwickelt werden, um die Zugänglichkeit zu Leistungen der EU zu verbessern, Austausch zu stärken und gegenseitiges Verständnis und Empathie zu fördern. Zum Beispiel sollte eine Job-App freie Stellen in ganz Europa bekanntmachen. Auch eine Erasmus-App würde Beratung und Bewerbung im Rahmen des Erasmus-Programms vereinfachen. „Denkbar ist folglich vieles [...]. Es muss einen konkreten Bedarf nach alternativen Anbietern oder neuen, noch nicht existierenden Angeboten geben“ (159). Mit der Durchsetzung europäischer Werte in verschiedenen Bereichen der digitalen Infrastruktur könne die *Plattform Europa* den Menschen „zu mehr digitaler Souveränität verhelfen“ (163). Für Johannes Hillje wäre die *Plattform Europa* „ein Dienst an der Demokratie, der den BürgerInnen digitale Selbstbestimmung ermöglicht“ (160).

Fazit

Das Buch verbindet theoretische Ansätze aus den Kommunikationswissenschaften mit Fragen praktischer Umsetzung und stellt hiermit eine interessante Lektüre dar. Das Buch ist reizvoll nicht nur für KommunikationswissenschaftlerInnen und EuropaexpertInnen, sondern auch für die breite Leserschaft, denn die Perspektive, wie das Konzept *Plattform Europa* in der Praxis umgesetzt werden kann und was die BürgerInnen davon haben, steht im Fokus der Überlegungen. Die LeserInnen, die das Buch in die Hand nehmen, um ein Allheilmittel gegen das europäische Demokratie- und Öffentlichkeitsdefizit zu bekommen, werden freilich enttäuscht. Sucht man aber nach inspirierenden Impulsen für mögliche Formate zur Entwicklung einer europäischen Öffentlichkeit, findet man mit *Plattform Europa* ein reizvolles Buch, das gespannt darauf macht, welchen Weg Europa in Zukunft gehen wird. Bei einem Punkt werden auch die kritischen LeserInnen mit dem Autor übereinstimmen: Für einen proeuropäischer Weg ist ein europäischer Kommunikationsraum alternativlos.

Rechtspopulismus in postindustriellen Gesellschaften

Adorno, Theodor W. 2019: Aspekte des neuen Rechtsradikalismus. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Koppetsch, Cornelia 2019: Die Gesellschaft des Zorns. Rechtspopulismus im globalen Zeitalter. Bielefeld: transcript.

Besprochen von **Felix Schilk**, Technische Universität Dresden, Institut für Soziologie.
Kontakt: Felix.Schilk@tu-dresden.de

<https://doi.org/10.1515/fjsb-2019-0070>

Im Jahr 1955 erschien in den USA ein Sammelband mit dem Titel *The New American Right*. In der Hochzeit der McCarthy-Ära und der Konjunktur antikommunistischer Verschwörungstheorien konstatierte der Herausgeber Daniel Bell, dass „the standard explanations of American political behavior in terms of economic-interest-group conflict or the role of the electoral structure were inadequate to the task“ (Bell 1963: xi). Der Historiker Richard Hofstadter (Hofstadter 1963) schlug deshalb vor, zur Analyse die neue Kategorie einer „status anxiety“ einzuführen. Er unterschied zwischen zwei Formen der Politik, die unterschiedliche Dimensionen sozialer, ökonomischer und kultureller Konflikte adressiere: „interest“ bzw. „class politics“ als Ausdruck von ökonomischen Interessenkämpfen einerseits und „status politics“ als eine Form kultureller Abwehrkämpfe abstiegsbedrohter Gruppen.

Die umfangreichen, aktuellen Diskussionen in der Populismusforschung über einen neuen, kulturellen *cleavage* zwischen den „Anywheres und Somewheres“ (Goodhart 2017) oder „Kosmopolitismus und Kommunitarismus“ (Merkel 2017) und die „deep story“ blockierter Aufstiegsversprechen (Hochschild 2016) wurde im Sammelband von 1955 bereits vorweggenommen. Die meisten Argumente, die in den letzten Jahren mit großer Innovationsgeste vorgebracht wurden, finden sich darin in zum Teil elaborierterer Form, weil explizit auch der Zusammenhang von Populismus, Antisemitismus, Rassismus, Intellektuellenfeindlichkeit und Verschwörungstheorien in den Blick genommen wird.

Wundmale der Demokratie

Dass sich in den USA als avanciertester Industriegesellschaft die sozialen Friktionen des Spätkapitalismus verdichteten, prägte auch den Erfahrungshintergrund der Kritischen Theorie im Exil. Neun Jahre nach Erscheinen des Sammelbandes hielt Theodor W. Adorno vor einem österreichischen Publikum eine Rede über *Aspekte des neuen Rechtsradikalismus*, die viele der Überlegungen über Status-

und Anerkennungsverluste aufgriff und in einen bundesdeutschen Kontext stellte. Anlass war der Aufstieg der 1964 gegründeten NPD, der kurz darauf der Einzug in zahlreiche Landtage gelang. Adornos Vortrag, der bisher nur als Tondokument existierte, wurde für die neu editierten *Nachgelassenen Schriften* verschriftlicht und erschien im Juli 2019 als Vorabdruck bei Suhrkamp. Volker Weiß, dessen Studie *Die autoritäre Revolte* mittlerweile zu den deutschsprachigen Standardwerken zur Neuen Rechten gehört, hat dazu ein Nachwort beige-steuert, in dem er auf die verblüffende Aktualität der Analyse hinweist, „die sich passagenweise wie ein Kommentar zu aktuellen Entwicklungen liest“ (59). Gleichwohl gelte es, den Anspruch der Kritischen Theorie folgend, „durch den Kontext Bedingtes und Grundsätzliches zu unterscheiden“ und die „hellsichtig wirkende Aktualität (...) mit dem historischen Zeitkern ihrer Wahrheit ins Verhältnis zu setzen“ (62).

Zu den grundsätzlichen Aspekten, die Adorno zur Analyse des Rechtsradikalismus entwickelt, gehört seine „objektive Basis“ (20) in den Kränkungs- und Ohnmachtserfahrungen einer formal gebliebenen Demokratie, die „dem gesellschaftlich-ökonomischen Inhalt nach (...) bis heute nirgends wirklich und ganz sich konkretisiert hat.“ Die faschistischen Bewegungen könnte man daher als „Wundmale, als die Narben einer Demokratie bezeichnen“ (18), in der das „Gefühl der sozialen Katastrophe“ (19) in verzerrter Form antizipiert werde. Adorno kritisiert die tröstende These des *lunatic fringe*, der zufolge es in jeder Demokratie einen radikalen Bodensatz von Unbelehrbaren gebe. Weder sollte man diese Bewegungen „wegen ihres niedrigen geistigen Niveaus und wegen ihrer Theorielosigkeit“ (23) unterschätzen, noch sie als Anachronismus missverstehen. Ihre Anhänger seien über die ganze Bevölkerung verteilt, wobei Abstiegsängste und der „sich verschärfende Gegensatz der Provinz gegen die Stadt“ (15) entscheidende Mobilisierungsfaktoren seien.

Neben diesen Parallelen in der sozialen Basis erinnern auch Adornos Analysen der rechten Agitations- und Propagandatechniken an aktuelle Formen des Rechtspopulismus. Da ist der „Bandwagon-Effekt“ (22), der sich auf die siegesgewisse Pose der Rechtspopulisten übertragen lässt, die „Technik der Anspielung“ (35), mit deren Hilfe der öffentlich tabuisierte Antisemitismus in codierter Form an seine Adressaten gelangt, oder der „Trick des Offiziellen oder des Amtlichen“ (46), auf den die Agitatoren zur Wahrung einer bürgerlichen Fassade zurückgreifen. „Das offen Antidemokratische fällt weg. Im Gegenteil: Man beruft sich immer auf die wahre Demokratie und schildert die anderen antidemokratisch“ (37).

Doch dabei handele es sich „um eine relativ kleine Zahl immer wiederkehrender standardisierter und vollkommen vergegenständlichter Tricks (...), die ganz arm und dünn sind, die aber auf der andern Seite gerade durch ihre permanente Wiederholung ihrerseits einen gewissen propagandistischen Wert für diese Bewegungen gewinnen“ (43f.). Und Propaganda sei die „Substanz der Politik“

(24) der rechtsradikalen Bewegungen. Ihre Einheit liege in „diesem Appell an die autoritätsgebundene Persönlichkeit“ (41), deren unbewussten Tendenzen in den Dienst des Agitators und seiner politischen Sache gestellt werden.

Leo Löwenthal, auf dessen Studien zur faschistischen Agitation sich Adorno hier bezieht, hat diesen Mechanismus einmal als „umgekehrte Psychoanalyse“ (Jay 1973: 173) bezeichnet. Adorno schlägt als Gegenmaßnahmen vor, „auf die drastischen Interessen derer [zu] verweisen, an die sich die Propaganda wendet“, da sich in den Studien zur Autoritären Persönlichkeit gezeigt habe, dass auch vorurteilsvolle Persönlichkeiten „an der Stelle, wo es sich um ihre eigenen durchsichtigen, für sie selbst durchsichtigen Interessen gehandelt hat, ganz anders reagieren“ (52).

In Zeiten von Trump und Brexit scheint dieser Glaube an die Aufklärungsfähigkeit beschädigter Subjekte jedoch wenig überzeugend, wie etwa Arlie Hochschild (2016) in ihrer ernüchternden Studie über die Industriearbeiter in Louisiana feststellte. Wirksamer dürfte sich die Vermittlung der Erkenntnis erweisen, „dass das Ganze auf eine gigantische psychologische Wurztechnik, auf einen gigantischen psychologischen Nepp herausläuft“ (54), der aber ernst genommen und in seinen sozialen Ursachen aufgeklärt werden muss. Wie Volker Weiß im Nachwort schreibt, wird „[d]ie alleinige Verteidigung des Status quo (...) als Abwehrstrategie fehlgehen, wenn nicht erkannt wird, dass die rechte Renaissance ihrerseits ein Resultat ebenjenes Status quo ist“ (86).

Soziale Gegenbewegung gegen die globale Moderne

Diese These nimmt Cornelia Koppetsch in ihrem aktuellem Buch *Die Gesellschaft des Zorns* zum Ausgangspunkt einer umfangreichen Betrachtung der Tiefendimension des Rechtspopulismus. Diesen versteht sie, ähnlich wie Adorno, als eine „gesamtgesellschaftliche Gegenbewegung“ (24), die einen gesellschaftlichen Strukturwandel anzeige: „Bei diesem Umbruch handelt es sich um die im Mauerfall kulminierende Neuausrichtung westlicher Gesellschaften von einer im nationalen Rahmen verankerten Industriemoderne hin zu einer Ordnung, die in diesem Buch als globale Moderne bezeichnet wird und die kulturell durch das Regime des progressiven Neoliberalismus abgestützt wird“ (14). Auf die damit verbundenen Krisenerscheinungen reagiere der Rechtspopulismus mit drei Kernvorhaben: Re-Nationalisierung, Re-Souveränisierung und Re-Vergemeinschaftung.

Koppetsch will eine durch „gesellschaftliche Betroffenheit“ angeregte Beobachtungsperspektive der „theoriegeleiteten Empathie“ einnehmen und einen

„Beitrag zur Selbst-Dezentrierung akademischer und sozialwissenschaftlicher Diskurse leisten, indem sie deren *Standpunkte* auf gesellschaftliche *Standorte*, d. h. auf soziale Lagen innerhalb des (sich zunehmend global erweiternden) Sozialraums, bezieht“ (31). Ein Ziel dieser Perspektive ist es, die „blinde Stelle (...) linker Gesellschaftskritik“ aufzuklären, die in der Leugnung einer „Mittäterschaft“ der akademischen Mittelschicht an den Ursachen der sozialen Konflikte der Gegenwart bestehe. Denn für Koppetsch ist die „akademische Mittelschicht sogar die *Schlüsselfigur* des neuen Kapitalismus und seiner globalen Verflechtungen“, weshalb Akademiker, die als „Sinn- und Kulturvermittler zumeist privilegierten Sozialmilieus angehören“, sich „de facto als Komplizen der herrschenden Ordnung erweisen“ (81). Der Rechtspopulismus sei ein Protest gegen diesen hegemonialen „kosmopolitischen Geist“ (88) und seine Sozialfiguren: „Die neuen populistischen Rechtsparteien errichten gegen die liberale Front aus kosmopolitischen Mittel- und Oberschichten nun ein Bündnis zwischen der konservativen Oberschicht, traditionellen Milieus der unteren Mittelschicht, gesellschaftlichen Verlierern und unterschiedlichen prekarierten Gruppen“ (89).

Das Motiv der Lebensstilkritik, das hier anklingt, durchzieht leitmotivisch das Buch und wird in acht Kapiteln sowohl variationsreich entfaltet als auch mit ökonomischen Dimensionen und sozio-historischen Entwicklungstendenzen verknüpft. Das ist zumindest der erklärte Anspruch Koppetschs, den sie mit Ausführungen zur „sozialen Frage“, zur „Neuordnung des politischen Raums“ in postindustriellen Gesellschaften, zu „Neuen Trennlinien“ in transnationalisierten Sozialräumen, zu kulturellen „Herrschaftskonflikten“, identitären „(Neo-)gemeinschaften“, der „Dialektik der Globalisierung“, zu veränderter „Affektmodellierung“ und „De-Zivilisierung“ sowie einem Deutungskampf um Heimatbegriffe einlösen möchte.

Doch Koppetschs Studie schillert. So sehr der Anspruch nach Differenzierung und Dialektik in den Unterkapiteln betont wird, gerät die Analyse immer wieder ins Plakative. Das betrifft bereits die selektiv zugespitzte Darstellung des Forschungsstands, gegen den sich Koppetsch vor allem wissenschaftspolitisch positioniert. So dominierten in der Forschung zwei divergierende Erklärungsansätze, die den Aufstieg des Rechtspopulismus entweder als Zeichen von „ökonomischen Ungleichheiten“ oder aber als „kulturelle Backlash-Bewegung“ deuten, was Koppetsch als „unnötige Vereinfachung“ (106) kritisiert. Sie stellt dem die These einer „zusammengesetzten Konfliktlinie“ gegenüber: „Die AfD kombiniert materielle und kulturelle Motive“ (104).

Der theoretische Hintergrund ihres Modells ist ein von Pierre Bourdieu entlehntes Modell des Sozialraums, mit dem sie die „dichotomische Aufteilung in ‚Sozialstruktur‘ und ‚Kultur‘“ überwinden möchte. Die These einer neuen Konfliktlinie „zwischen unternehmerisch-kosmopolitischen und konservativen

Kapitalausstattungen“ (114) ist jedoch nicht neu, sondern wird in der Populismusforschung seit Jahren diskutiert. Koppetschs Sozialraummodell stützt sich in großen Teilen auf Andreas Reckwitz‘ (2017) *Gesellschaft der Singularitäten*, der soziologische Zeitdiagnosen der letzten Dekaden in einer luziden Metatheorie verdichtet hatte. Auch der eingängige Buchtitel ist eine Paraphrase von Pankaj Mishras (2017) *Zeitalter des Zorns*.

Weil Koppetsch über den Forschungsstand der letzten Jahre kaum hinausblickt, überschätzt sie systematisch den Innovationswert ihrer Thesen. Die Beobachtung, dass der „Prozess des kollektiven Aufstiegs, der die Zeit des fordistischen Klassenkompromisses dominierte, (...) heute an sein Ende gekommen [ist]“ (218 f.), wurde bereits im erwähnten Sammelband von 1955 registriert. Zwar halten die Unterkapitel für sich genommen zahlreiche interessante Beobachtungen und Rückgriffe auf Theorien bereit, etwa zu einer trennscharfen Unterscheidung von linken und rechten Protestbewegungen (44 f.), zu Robert Pfallers Beobachtung einer „neuen Rigidität“ (55), zu Zygmunt Baumanns These einer „globalen Nostalgie-Epidemie“ (57), zu Saskia Sassens Untersuchungen der *global cities* (191 ff.), zu Norbert Elias‘ Studien zur Affektmodellierung (205 ff.) oder zu Peter Sloterdijks Überlegungen zu „Zornunternehmen“ und „Zornkollektiven“ (231 f.). Die Grundthese des Buches ist jedoch kaum mehr als eine kommentierte Kompilation von aktuellen Veröffentlichungen und bekannten Gegenwartsdiagnosen.

Die Suggestivkraft der Narration

Problematisch ist daran vor allem, dass Koppetsch weder eigene empirische Daten erhoben hat, noch ihre Gegenwartsdiagnosen mit bestehenden Daten empirisch unterfüttert. So haben die wiederkehrenden Beschreibungen des Lebensstils der Kosmopoliten eine hohe Suggestivkraft, sind aber in der vorgetragenen Vehemenz zweifelhaft: Weder die These einer Hegemonie der kosmopolitischen Milieus, die heute den „Geist des Kapitalismus“ definierten (119), noch die Behauptung, der „kulturelle Liberalismus“ sei „in westlichen Gesellschaften zur *herrschenden Ideologie* geworden“ (124), sind ausreichend begründet. Das ist umso fragwürdiger, da Koppetsch als Quelle dieser Analyse den französischen Querfrontphilosophen Jean-Claude Michéa und seinen Begriff des „doppelten Liberalismus“ (83, 120) anführt, ohne Person und Werk zu problematisieren. Michéa wird in Frankreich vor allem im Umfeld der Neuen Rechten und des Rassemblement National rezipiert und ist aufgrund seines linken Populismus – der ebenfalls auf die Suggestivkraft der Narration setzt – höchst umstritten. Im Anschluss an Michéa führt sie eine Unterscheidung von zwei „Säulen des Liberalismus“ ein – eine „wirtschafts-

liberale“ und eine „links- bzw. kulturliberale“ –, die miteinander konvergierten. „Ihre Gegnerschaft zu den beiden Säulen des Liberalismus positioniert die neuen Rechtsparteien nun in tatsächliche Opposition zur herrschenden Gesellschaftsordnung und den liberalen Narrativen“ (84).

Diese grundlegende These ist in mehrfacher Hinsicht fragwürdig. Die meisten rechtspopulistischen Parteien haben ihre programmatischen Wurzeln im Rechtslibertarismus und den sogenannten „Steuerrebell“ und kämpfen explizit gegen sozialstaatliche Bürokratie. Historisch wurde die postdemokratische „Verlagerung von immer mehr Entscheidungsgewalt auf nicht-politische Institutionen und Expertengremien“, die „die Wählerschaft der Möglichkeit zur Beteiligung beraubt“ und den „ökonomischen Sektor dereguliert und privatisiert“ hat, nicht primär von „liberalen Parteien“ (124 f.) vorangetrieben, sondern war zunächst ein Produkt des europäischen Neokonservatismus, der von rechten Thinktanks und Institutionen flankiert wurde. Koppetsch ignoriert diese Konvergenz von Rechtspopulismus und Neoliberalismus und sitzt der Selbstdarstellung der Rechtsparteien bisweilen unkritisch auf.

In ähnlicher Weise schließt sie unvermittelt von der Alltagsevidenz einer diskursiven Hegemonie auf die Sozialstruktur. Dabei übersieht sie sowohl das vielfältige Nebeneinander verschiedener Hegemonieblöcke als auch die Binnenvielfalt der kosmopolitischen Milieus. Die Behauptung, „dass dieselben Milieus, die für Offenheit und Toleranz eintreten, sich in exklusiven Enklaven hochpreisiger Stadtquartiere abschließen, ihre Kinder in exklusive Kindergärten und Schulen (mit einem geringen Migrantenanteil) schicken und sich durch kulturell avancierte Lebensstile nach unten abschließen“ (125), mobilisiert vereinfachende Klischees und weist frappierende Parallelen zu einem Text von Alexander Gauland auf, den er im Oktober 2018 unter dem Titel *Warum muss es Populismus sein?* in der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung veröffentlichte.

Koppetschs Argumentation, die immer wieder solch zugespitzte und zuweilen stereotype Beispiele anführt und sie an anderer Stelle wieder revidiert, ist nicht dialektisch, sondern schlechterdings inkohärent. So stellt sie einmal „die AfD-Anhänger“ kollektiv und dichotom gegen „den Kosmopoliten“ (122), verweist aber an anderer Stelle darauf, dass die AfD ihre Wähler in unterschiedlichen Milieus rekrutiere (96). Von wenig Gespür für parteiinterne Entwicklungen und den intensiven Austausch, der zwischen Parteiführung und neurechten Thinktanks seit Jahren besteht, zeugt schließlich die fälschliche Diagnose, dass die „rechtskonservative Bewegung der Neuen Rechten (...) von den offiziellen Vertretern der AfD aufgrund ihrer profaschistischen Ausrichtung jedoch eher abgelehnt [wird]“ (132).

Disparat fällt auch Koppetschs Ursachenanalyse aus, wenn die „zusammengesetzte Konfliktlinie“ in der Argumentation dann doch einseitig auf einen „Kul-

turkonflikt, d. h. der Kampf um Anerkennung, Würde, Macht und Einfluss“ heruntergebrochen wird, der im Zentrum der „rechtspopulistischen Klassenkämpfe“ (255) stehe oder „die Identifikation mit der Nation“ einmal als „eine progressive, keine regressive Kraft“ (186) eingeführt wird, nur um wenig später hinter dem „nationalen Container (...) zwei basale Ungleichheitsprinzipien“ (197) der Moderne zu identifizieren.

Eine Ursache für diese auffälligen Widersprüche liegt in einer unpräzisen und zum Teil unsystematischen Verwendung von Begriffen und Konzepten. Da wird neoliberal zu liberal, eine Emotion zum Affekt und ein Milieu zur Klasse. Die oberflächliche Definition des Neoliberalismus, den sie mit Nancy Fraser als ein Regime versteht, „das den Markt grundsätzlich dem Staat als Mittel der Lösung von Problemen vorzieht und alle Bereiche des Lebens wirtschaftlichen Imperativen unterwirft und einem ökonomischen Bild entsprechend vermisst – mit nachteiligen Folgen für die Demokratie“ (14), hat jüngst Quinn Slobodian (2018) einer umfangreichen Kritik unterzogen, die im Buch ebenfalls nicht berücksichtigt wird.

Selbsttäuschungen des Liberalismus

Trotz der schillernden Argumentation gehören bündige und deutlich differenziertere Zwischenbemerkungen zu den Stärken des Buches. An vielen Stellen gelingt Koppetsch eine überzeugende Kritik an den „Selbsttäuschungen in liberalen Milieus, die eine postpolitische Haltung dokumentieren“ (253). Im Kern läuft das auf eine radikale Gesellschaftskritik hinaus, die der Kritischen Theorie Adornos nahesteht: „Die Ideen von Egalitarismus, Meritokratie und Öffnung stehen in Widerspruch zur Persistenz einer auf ethnischen und rassistischen Ausbeutungsprinzipien basierenden Weltökonomie“ (202), die der Liberalismus jedoch systematisch verdrängen müsse. Liberale seien „in dem Dilemma gefangen, dass sich die von ihr behauptete universelle Geltung der Menschenrechte nicht mit den eigenen exklusiven Privilegien in wohlhabenden Gesellschaften vereinbaren lassen“ (257).

Parallelen zu den sozialpsychologischen Ansätzen der Kritischen Theorie bestehen auch dort, wo Koppetsch auf die Subjektivierung im Neoliberalismus zu sprechen kommt und „[b]lockierte Aufstiege und Geltungsverluste“ sowie „Erfahrungen des Kontrollverlustes und der Ohnmacht“ als Ursachen für eine „*De-Zivilisierung des Verhaltens* bei den Enttäuschten und in den ‚Verlierergruppen‘“ (212) benennt. Zugleich aktualisiert sie die Theorie des Autoritären Charakters vor dem Hintergrund veränderter Dispositive in postindustriellen Gesellschaften: „Der

Wunsch nach *Wiederaufrichtung von Fremdzwängen* äußert sich im Regime neo-liberaler Selbstverantwortlichkeit weniger im Verlangen nach einem starken Herrscher als vielmehr dadurch, dass das Subjekt Zuflucht in den neuen identitären Gemeinschaften und Kollektiven sucht“ (231).

Liest man Adornos Rede nach über 50 Jahren, verblüfft die Aktualität seiner Analysen. Die Ursachen für die Zuflucht in identitären Gemeinschaften haben sich kaum verändert, neu ist lediglich ihre Erscheinungsform. Wenn Rechtspopulisten heute gegen einen vermeintlichen „Kulturmarxismus“ agitieren, liegt dem die „bereits aus dem Antisemitismus-Kapitel der *Dialektik der Aufklärung* bekannte Verschränkung von Antiintellektualismus, Antimarxismus und Antisemitismus“ (78) zu Grunde, wie Volker Weiß schreibt. Das dürfte ein weiterer Grund für den geringen Innovationswert zahlreicher Veröffentlichungen zum aktuellen Phänomen des Rechtspopulismus sein, in denen sich im Grunde eine ahistorische und damit postpolitische Haltung dokumentiert. Koppetschs Studie ist daher leider auch ein Symptom der Selbsttäuschungen und des sozialen Vergessens, deren Kritik sie beansprucht.

Literatur

- Bell, Daniel (Hrsg.) (1963): *The Radical Right*. New York: Doubleday & Company.
- Goodhart, David (2017): *The Road to Somewhere. The Populist Revolt and the Future of Politics*. London: Hurst & Company.
- Hochschild, Arlie Russell (2016): *Strangers in their own land. Anger and mourning on the American right*. New York: New Press.
- Hofstadter, Richard (1963): *The Pseudo-Conservative Revolt*. In: *The Radical Right*. New York: Doubleday & Company, S. 63–80.
- Jay, Martin (1973): *The Dialectical Imagination. A History of the Frankfurt School and the Institute of Social Research 1923 – 1950*. Berkeley: University of California Press.
- Merkel, Wolfgang (2017): *Kosmopolitismus versus Kommunitarismus. Ein neuer Konflikt in der Demokratie*. In: Harfst, Philipp/Kubbe, Ina/Poguntke, Thomas (Hrsg.): *Parties, Governments and Elites*. Wiesbaden: Springer VS, S. 9–23.
- Mishra, Pankaj (2017): *Das Zeitalter des Zorns. Eine Geschichte der Gegenwart*. Frankfurt am Main: S. Fischer Verlag.
- Reckwitz, Andreas (2017): *Die Gesellschaft der Singularitäten. Zum Strukturwandel der Moderne*. Berlin: Suhrkamp.
- Slobodian, Quinn (2018): *Globalists. The end of empire and the birth of neoliberalism*. Cambridge, Massachusetts: Harvard University Press.

Die Identitäre Bewegung in Nahaufnahme

Zúquete, José Pedro 2018: *The Identitarians. The movement against globalism and Islam in Europe*. Notre Dame, Indiana: University of Notre Dame Press.

Besprochen von **Maik Fielitz**, Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg. Kontakt: E-Mail: fielitz@ifsh.de

<https://doi.org/10.1515/fjsb-2019-0071>

Die „Identitären“ sind in Europa eine der auffälligsten rechtsextremen Bewegungen der letzten Jahrzehnte. Mit ihren inszenierten Aktionen, provokanten Tabubrüchen und professionellen Online-Auftritten erhalten sie viel Aufmerksamkeit in Presse und Politik. Im Zentrum ihrer Aktionen stehen der Protest gegen Migration und „den“ Islam. Sie gerieren sich als eine geschlossene Gemeinschaft, die sich – mal mehr mal weniger gut – von traditionellen Formen des Rechtsextremismus abzugrenzen versucht. Aber: Was wollen die Identitären eigentlich? Viele Beiträge bleiben bislang nur an der Oberfläche, setzen sich nicht mit den ideologischen Grundlagen und dem Selbstverständnis der Bewegung auseinander.¹ *The Identitarians* will hier mit einer beeindruckenden Fülle an Quellen neue Maßstäbe setzen.

José Pedro Zúquete widmet sich dem Phänomen mit einer knapp 500-seitigen Monographie, die sich zum Ziel setzt, die Lesenden zu informieren, was Identitäre zu sagen haben und wie sie sich selbst verstehen – ganz ohne Polemik, wie der Autor wiederholt schreibt. Dazu bedient er sich Schriftstücken identitärer Gruppen aus ganz Europa, verschiedenen Online-Auftritten sowie Interviews mit zentralen Köpfen der Bewegung. Dieser ethnographische Ansatz bietet einen Blick in das Innenleben der Identitären, der die Bewegung aus Sicht der Aktivist_innen verstehen will. Der Erkenntnisgewinn ist auf den ersten Blick vielversprechend in einem Feld, in dem mehr über als mit den Forschungsobjekten gesprochen wird. Allerdings birgt diese Herangehensweise, die strategische Überlegungen der Identitären im Umgang mit Medien und Wissenschaft ausblendet, Tücken bei einer Bewegung, die jede Form von (manipulierter) Öffentlichkeit als einen Erfolg für sich vermarktet.

1 Wichtige Ausnahmen sind Bruns et al. (2017) und Goetz et al. (2018).

Anatomie einer rechten Bewegung

Das Buch gliedert sich in sechs Abschnitte. Es beginnt mit den ideologischen Grundlagen und Netzwerken, auf die die Identitären aufbauen. Zúquete widmet sich vor allem den Dissidenten der Neuen Rechten wie Dominique Venner, Pierre Vial und Guillaume Faye, deren Texte auch im europäischen Neonazismus rezipiert werden. Ihre Aufrufe zum „Widerstand“ finden laut Zúquete in den identitären Gruppen ihren Ausdruck, die sich seit den frühen 2010er Jahren von Frankreich aus gründeten. Kenntnisreich erörtert Zúquete die Entstehung der *Génération Identitaire* in Frankreich und zeichnet deren Adaptionen in Österreich und Deutschland sowie das politische Franchising in Großbritannien, Irland und einigen mittel- und osteuropäischen Ländern nach. Aus einer europäischen Perspektive unterstreicht er die Heterogenität der Bewegung und zeigt Konfliktlinien und nationale Besonderheiten auf. Viel Beachtung schenkt er zudem den italienischen Neofaschisten der *CasaPound*, die der Autor als Teil der Identitären versteht, von denen sich viele Identitäre allerdings abgrenzen.

Kapitel zwei und drei widmen sich dem identitären Aktivismus gegen „den Globalismus“ und „den Islam“. Zúquete diskutiert anfänglich Europakonzepationen der Identitären, die auf die ethnische und kulturelle Homogenität von Nationalstaaten ausgerichtet sind. Er erörtert zentrale Mobilisierungsframes wie „Remigration“ und den Widerstand gegen „den großen Austausch“ im Kontext der sogenannten „Flüchtlingskrise“ und zeigt die (regressive) Logik ihrer Kritik am Kapitalismus auf. Die „Identitäre Kriegserklärung“ von Markus Willinger dient dem Autor als zentrale Referenz, obwohl der Text in identitären Kreisen selbst umstritten ist.² Den Islam verortet Zúquete zutreffend als das kategorisch Andere zum identitären Selbstbild. Er zeigt über verschiedene historische Bezüge (*Reconquista*) und künstliche Heroisierungen (Karl Martell) auf, dass Islamfeindlichkeit der zentrale Kitt der Bewegung ist. Dass der Begriff der Islamisierung, den die Identitären mitgeprägt haben, heute in aller Munde ist und von Pegida und anderen Bewegungen gar im Namen getragen wird, verstehen die Aktivist_innen als ihren Erfolg.

Kapitel vier setzt sich mit den geopolitischen Positionen der Identitären auseinander. Es ist bekannt, dass sich rechte Akteure gerade mit Blick nach Osten

² Der neurechte Ideologe Götz Kubitschek charakterisierte Willingers „Manifest“ als „das Büchlein eines Autors, der nicht zur Bewegung gehört, den Rummel um diese Idee aber für seine Autorenkarriere nutzt“. Das Buch erschien im Arktos Verlag und ist in zehn Sprachen übersetzt. Es hat auf den ideologischen Kanon keinen Einfluss, sondern richtet sich mit markigen Aussagen eher an eine breitere Öffentlichkeit.

eine neue Weltordnung imaginieren, die sich gegen den Liberalismus stemmt. So überrascht es nicht, dass die eurasischen Ansätze Alexander Dugins im identitären Arktos Verlag repliziert werden, wenngleich die imperialen Vorstellungen Russlands in identitären Kreisen auch umstritten sind, wie Zúquete aufzeigt. Vielmehr sei die Visegrád-Gruppe um Polen, Tschechien, Slowakei und Ungarn für Identitäre ein attraktiver Ausgangspunkt für ein alternatives Europa, da sie laut identitärer Ideologen die höchste ethnische Homogenität aufweisen.

Daran anschließend beschäftigt sich das fünfte Kapitel mit der Frage nach der Bedeutung von „Rasse“ und Ethnizität im identitären Kanon. Hierbei treten die deutlichsten Differenzen zwischen den verschiedenen nationalen Ablegern zutage. Während der Bezug auf Rasetheorien in Ländern wie Deutschland und Österreich als höchstes Tabu gilt, haben osteuropäische Divisionen weniger Probleme mit einer offen biologistischen Argumentation. Mit hinein spielt hier die Bedeutung der US-amerikanischen Alt-Right-Bewegung, die das identitäre Label adaptiert haben. Aufgrund ihrer offenen nationalsozialistischen Bezüge und der zentralen Stellung von weißen Überlegenheitsvorstellungen unterscheiden sie sich laut Zúquete vom „Identitarianism“. Der Autor macht deutlich, wie der Anspruch, das eigene Volk – oder wahlweise die eigene Zivilisation – vor dem Aussterben zu bewahren, allerdings zu ähnlichen Argumentationsmustern führt.

Das letzte Kapitel ist übertitelt mit „The Coming War?“ und thematisiert die apokalyptischen Weltbilder der Identitären. Hier spielt der stetige Bezug auf einen bevorstehenden Bürgerkrieg eine zentrale Rolle, der den Trainingscamps und der allgemeinen Kampfbereitschaft in den identitären Gruppierungen Vorschub leistet. Andererseits stellt Zúquete auch dystopische Literatur aus ihrem Umkreis vor. Hier wird mit dunklen Szenarien eine Mentalität von Rettern kultiviert, deren Aufgabe sich die Identitären annehmen würden. Zúquete beschreibt das schwierige Verhältnis einer Bewegung, die gleichzeitig versucht, attraktiv für aktionsorientierte Jugendliche zu sein und nicht als extremistische Organisation gekennzeichnet zu werden.

Ein unvollständiges Bild

Das Buch bildet einen bislang in dieser Form einmaligen Quellenpool zu den Identitären in Europa ab und führt in die verschiedenen ideologischen Denktraditionen und aktivistischen Repertoires der Bewegung ein. Nach der Lektüre des Buchs fügt sich ein identitäres Mosaik über Europa zusammen, das vorher nur durch viele einzelne Erzählungen eingefangen worden ist. Allerdings stellt sich die Frage, aus welcher Perspektive dieses Porträt zustande kommt, da die Erzäh-

lungen des identitären Führungspersonals großen Raum im Buch einnehmen. Hierbei haben wir es mit hochideologisierten Aktivist_innen zu tun, die darauf bedacht sind, Widersprüche kleinzureden und sich als aufstrebende Jugendbewegung zu präsentieren. Dem Autor mag dies bewusst sein. Allerdings kann schnell ein falsches Bild der Bewegung entstehen, da einige Aussagen im Text nicht mit vorhandenem akademischen und aktivistischen Wissen abgeglichen werden.

Die letzten Kapitel zeigen zudem, dass der identitäre Schirm an seinen Enden ausfranst. Oft ist aus dem zerstrittenen Bewegungskontext selbst nicht zu verstehen, wer sich als identitär versteht. Dies unterstreicht, dass „Identitarianism“ als distinktiver Theoriekorpus und Aktionsform schwer von anderen Formen des Rechtsextremismus abzugrenzen ist. Damit sind methodologische Probleme verbunden: Kann man eine Bewegung wie die Identitären aus sich selbst heraus verstehen? Kann man sie abkapseln von anderen Entwicklungen am rechten Rand? Man kann. Aber man verliert einen Teil des Gesamtbildes und man verschiebt die Perspektive zugunsten der untersuchten Gruppe. Hinzu kommt, dass der Autor durch die Anordnung der Quellen, die Interpretation von Aussagen und die Auswahl von Gesprächspartner_innen automatisch Teil einer Erzählung wird. Dasselbe gilt für die Sprachwahl des Autors. Viele Begriffe werden unkritisch repliziert: „Remigration“, „Globalismus“ und „Islamisierung“ sind Teil des identitären Jargons und trotzdem werden sie ganz ohne Anführungszeichen auch im Text verwendet.

Zudem bleibt die Analyse an einigen zentralen Stellen blind: in Überlegungen und Hintergründen zu den popkulturellen Elementen und den Online Strategien der Bewegung; in der widersprüchlichen Haltungen zu politischen Parteien und dem militanten rechten Spektrum im europäischen Vergleich; und nicht zuletzt in der Thematisierung der von den Identitären praktizierten und/oder angedrohten Gewalt.³ All das trägt dazu bei, dass sich der Autor – auch aufgrund der Aufmachung des Werks im ‚identitären‘ schwarz-gelb – der Gefahr aussetzt, dass die Identitären das Buch als einen weiteren metapolitischen Erfolg für sich verbuchen.

³ Eine entlarvende Dokumentation über die Identitären in Frankreich wurde vom Fernsehsender Al Jazeera veröffentlicht. In *Generation Hate* wird deutlich, dass identitäre Aktivisten mit terroristischen Angriffen auf Migrantinnen und Muslime liebäugeln, unzertrennlich mit der Neonaziszene verbunden sind und zudem gezielt Jagd auf Menschen mit (scheinbar) arabischem Hintergrund machen. Quelle: bit.ly/2srZW0t.

Literatur

- Bruns, Julian/Glösel, Kathrin/Strobl, Natascha 2017: Die Identitären. Handbuch zur Jugendbewegung der Neuen Rechten in Europa. Unrast.
- Goetz, Judith/Sedlacek, Joseph Maria/Winkler, Alexander (Hg.) 2018: Untergangster des Abendlandes. Ideologie und Rezeption der rechtsextremen ‚Identitären‘. Marta Press.

Protest als kollektive Erfahrung

Donath, Stefan 2018: *Protestchöre*. Zu einer neuen Ästhetik des Widerstands. Stuttgart 21, Arabischer Frühling und Occupy in theaterwissenschaftlicher Perspektive. Bielefeld: Transcript.

Besprochen von **Sebastian Sommer**, Institut für Theaterwissenschaft, Freie Universität Berlin, Berlin, Deutschland. Kontakt: sommer.sebastian@fu-berlin.de

<https://doi.org/10.1515/fjsb-2019-0072>

Um ein mögliches Missverständnis gleich zu Beginn auszuräumen: In seiner Dissertation über „Protestchöre“ beschreibt Stefan Donath mitnichten den Einsatz von Gruppengesang in Versammlungskontexten. Vielmehr dient der theatrale Chor als Modell einer theaterwissenschaftlichen Betrachtung von drei Protestbewegungen der jüngeren Vergangenheit, deren konkrete Versammlungspraktiken als kollektive beziehungsweise kollektivierende Performanzen interpretiert und detailliert analysiert werden. Dabei verdeutlicht bereits die einleitende (historische) Zusammenfassung die Vielfalt theatraler Chöre – von „klassischen“ Sprechchören, wie sie beispielsweise in antiken Dramen und deren (gegenwärtigen) Aufführungen häufig auftreten, bis hin zu Bewegungschören, wie den stark rhythmisierten Bühnenkollektiven Einar Schleefs.

Donaths neuer Blick auf entsprechende Chor-Praktiken besteht darin, die Betrachtung von der „Chorform“ als Inszenierung eines (homogenen) identitären Kollektiv(-subjekt-)s zu lösen. Stattdessen leitet er aus den unterschiedlichen Praktiken ein übergreifendes „Modell des Chorisches“ ab, in dessen Zentrum die vielfältigen Interaktions-, beziehungsweise Abstimmungsprozesse stehen, mit denen sich die heterogenen Teilnehmenden aufeinander einstellen und den Chor als kollektive Performanz einer Vielheit hervorbringen. In diesen chorischen Austauschprozessen sieht Donath den Schlüssel für ein erweitertes Verständnis (postidentitärer) Protestbewegungen der vergangenen Jahre. Deren Protestpraxis scheint von der Inszenierung einer homogenisierten und abschließenden (Kollektiv-)Identität (*als* Chor) Abstand zu nehmen und demgegenüber kollektives Handeln (*im* Chor) als einen fortdauernden Dialog unter der Wahrung von Differenz und Diversität erfahrbar zu machen. Dadurch scheint in ihnen eine „neue

Ästhetik des Widerstands“ auf, wie der Untertitel der Untersuchung verspricht. So bezieht sich der Begriff der „Ästhetik“ nicht auf die Anwendung „künstlerischer“ Praktiken. Im Sinne von „aisthesis“ beschreibt er sinnliche Wahrnehmungspotenziale in konkreten Protestsituationen – sowohl in Bezug auf die produktionsästhetische Erfahrung (der Beteiligten) als auch die rezeptionsästhetische Wahrnehmung (der Zuschauenden).

Chor ist nicht gleich Chor

Die Differenz zwischen „Chorform“ und dem „Modell des Chorischen“ verdeutlicht die Gegenüberstellung von zwei der verhandelten Beispiele. So realisiert der Theaterregisseur Volker Lösch mit den im Rahmen der „Stuttgart 21“-Proteste inszenierten „Bürgerchören“ eine Gemeinschaft von im synchronen Gleichklang agierenden Beteiligten, indem er vorher ausgewählte Interessierte eingeprobte Texte rhythmisch abgestimmt auf ausgewählten Versammlungen vortragen lässt. Der Chor erscheint so als in Auftreten und Handeln identitär vereinheitlichter „Block“, dessen Aktionen von anderen Protestierenden aufgrund fehlender Partizipationsmöglichkeiten lediglich aus der Rolle als Zuschauende wahrgenommen werden können (analog zu „klassischen“ Theateraufführungen).

Demgegenüber erscheinen die Abstimmungsprozesse der Occupy-Bewegung in Form der kollektiv genutzten Handzeichen und des „human mic“ als Beispiele chorischen Handelns. Erstere erlauben als festgelegte gestische Codes die nonverbale Aushandlung der im Plenum besprochenen Problemstellungen und erweitern so den wahrnehmbaren Diskussions- und Partizipationsraum der Proteste über die Sprache hinaus. Das „human mic“ ist demgegenüber eine Praxis der gegenseitigen Verstärkung von Wortbeiträgen, die jeweils von den Umstehenden wiederholt werden und auf diese Weise durch die Versammlungen „wandern“. Neben der Notwendigkeit eines fokussierten Zuhörens zeichnet sich diese Form des kollektiven Sprechens durch die Möglichkeit zur Wiederholung der Gedanken anderer aus, welche so intensiver wahrgenommen werden können. Statt einer festgelegten Aussage präsentieren beide Praktiken einen Prozess der Aushandlung als resonanzhaftes Aufeinandereingehen, um so die individuelle Verortung in einem heterogenen, aber nichtsdestotrotz gemeinsam performenden Kollektiv erfahrbar und von außen wahrnehmbar zu machen.

Vor diesem Hintergrund irritiert jedoch das dritte Beispiel der „Protestchöre“: die Aktionen des „stillen Widerstandes“ gegen die ägyptische Regierung unter Mubarak aus dem Jahr 2010. Dabei verabredeten sich zahlreiche (überwiegend junge) Menschen über das Internet, um sich im öffentlichen Raum ägyptischer

Städte mit einigem Abstand zueinander, schweigend und bewegungslos – sowie meist in Schwarz gekleidet – zu langen Ketten aufzureihen. So wie diese Protestaktionen als öffentliche Ausstellung kollektiver Verweigerung sicherlich eine Herausforderung des repressiven ägyptischen Regimes darstellen, scheint das Prinzip des „Protestchores“ hier an Kontur zu verlieren, da weniger der performative Aushandlungsprozess und mehr dessen Resultat als lebendiges Stillleben ausgestellt wird. Aufgrund der ähnlichen Kleidung sowie der kollektiven (Nicht-)Handlungen strahlen die Beteiligten trotz ihrer relativen räumlichen Zerstreuung Zusammengehörigkeit aus, die sowohl von ihnen selbst als auch den Zuschauenden wahrgenommen werden kann. Doch ist die öffentliche Erfahrbarmachung von Kollektivität ein ausreichendes Merkmal einer neuen Widerstandsästhetik? Oder tendiert das Konzept des „Protestchores“ so zur Beliebigkeit, da es prinzipiell auf jede Form kollektiven Handelns (und Nichthandelns) angewendet werden kann, insbesondere wenn, wie bei den Aktionen des „Stillen Widerstands“, der performative Aushandlungsprozess im kollektiven Protestakt kaum ausgeprägt zu sein scheint?

Die technische Vermittelbarkeit ästhetischer Erfahrung

Insgesamt sind die Betrachtungen Donaths zur Ästhetik konkreter Widerstandspraktiken als Beitrag einer sich gegenwärtig im kultur- wie sozialwissenschaftlichen Feld verstärkenden Debatte zur performativen Dimension von Protest zu verstehen. Widerstands- und Protesthandeln wird dabei zunehmend als eigene „Lebensform“ (Rancière) oder „Sozialform“ (Butler) verstanden, was sich in Konzepten wie „präsentischer Demokratie“ bei Lorey oder der „Versammlung“ („assembly“) als lokale Organisationsform der „multitude“ bei Hardt und Negri verdichtet. Vor diesem Hintergrund leistet die beispielhafte Untersuchung einzelner „Protestchöre“ eine wichtige Ergänzung bisheriger Forschungen, da sie als theaterwissenschaftliche (Aufführungs-)Analyse die Versammlungen nicht nur idealtypisch betrachtet, sondern konkrete Einzelpraktiken beschreibt. So kann ein Eindruck von den unmittelbar zu beobachtenden Auswirkungen sowie den sich realisierenden Wahrnehmungspotentialen chorischen Protesthandelns entstehen.

An dieser Stelle offenbart sich jedoch aus theaterwissenschaftlicher Sicht ein methodisches Problem. Trotz der Orientierung an der performativen Ästhetik von Protest erfolgt die Betrachtung der konkreten Praktiken ausschließlich anhand von Videomaterial. Die Analyse schöpft somit nicht aus dem vollen ästhetischen

Potential der konkreten Protestperformanz. Deren filmische Repräsentation kann einerseits bestimmte Sinnesinhalte, wie zum Beispiel proxemische Wahrnehmungen, nicht umfassend abbilden. Andererseits werden selbst die vermittelten Wahrnehmungsebenen notwendigerweise „geframed“ und damit in ihrer Vielfalt beschnitten. Insbesondere bei der Verwendung von „offiziell“ Video- und Dokumentationsmaterial, das unter anderem bei Lösch oder den Praktiken des „Stillen Widerstands“ den Hauptteil der Datengrundlage bildet, werfen entsprechende Rahmensetzungen erkenntnistheoretische Fragen auf. Gleiches gilt für die Nutzung der weiteren Quellen, da die Arbeit vor allem auf Beschreibungen von Teilnehmenden oder Beobachtenden zurückgreift, die unmittelbar in Planung und Durchführung der Protestperformanzen involviert waren.

Deshalb stehen deren Berichte zumindest im Verdacht, die gemachten Wahrnehmungen im Sinne einer polit-strategischen Erwünschtheit idealisierend abzubilden. In diesem Sinne sollten die Beschreibungen der „Protestchöre“ weniger als Untersuchung der unmittelbaren ästhetischen Erfahrung konkreter Protestperformanzen verstanden werden. Vielmehr handelt es sich um eine im engen Sinne theaterhistoriographische, das heißt vom direkten Vollzug abgelöste, Analyse der medialen Darstellung und um die technisch vermittelte Wahrnehmung bestimmter Kollektivpraktiken. Dies gilt es insbesondere bei der Beschreibung von vermeintlichen Erfahrungen oder Wahrnehmungen der unmittelbar Anwesenden zu erinnern, die der Analyse nur in begrenztem Maß zugänglich sind.

Trotz der methodischen Einwände ist „Protestchöre“ ein gelungener Beitrag zu einer erweiterten Analyse von Protest, da sie das genuine Potential theaterwissenschaftlicher Verfahren aufzeigt, die performative Ebene konkreter Praktiken als Handeln im Vollzug beschreibbar zu machen. Gerade bei Protestformaten wie Occupy ergibt sich so ein neuer Blick auf die politische Dimension der Versammlungen: Während unmittelbare Auswirkungen auf die politische Entscheidungsfindung (oftmals) ausblieben, haben die Wahrnehmungen innerhalb der Proteste als gelebte Formen der performativen Subjektivierung Auswirkungen auf die (zukünftige) Welterfahrung der Beteiligten. In diesem Zusammenhang hebt Donath die idealtypische Fähigkeit chorischer Protestpraktiken hervor, im kollektiven Abstimmungsprozess eigene Positionen zu hinterfragen und sich auf andere Menschen und ihre Rhythmen einstellen zu müssen. Diese Fähigkeit zum Aufeinanderzugehen ist gerade in Zeiten von sich gegeneinander verschließenden identitären (Sub-)Szenen, Filterblasen und Echokammern tatsächlich etwas, das sich – nicht nur im Protest – auszuprobieren lohnt.